

Konzernabschluss und Konzernlagebericht
der Bremer Landesbank
nach IFRS per 31. Dezember 2011

Der Bremer Landesbank Konzern im Überblick

	1.1.–31.12.2011	1.1.–31.12.2010	Veränderung	
	(in Mio. €)	(in Mio. €)	(in Mio. €)	(in %)
Zinsüberschuss	376	314	62	20
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-112	-59	-53	90
Provisionsüberschuss	26	28	-2	-7
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten einschließlich Hedge Accounting	25	-89	114	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	1	17	-16	-94
Verwaltungsaufwand	159	162	-3	-2
Finanzanlageergebnis	-2	8	-10	-
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	10	6	4	67
Ergebnis vor Steuern	165	63	102	>100
Ertragsteuern	34	14	20	>100
Konzernergebnis	131	49	82	>100
Cost-Income-Ratio (CIR)	36,4%	57,0%		
Eigenkapitalrentabilität (nach Steuern)	15,8%	7,0%		
	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
	(in Mio. €)	(in Mio. €)	(in Mio. €)	(in %)
Bilanzielles Eigenkapital	1.048	989	59	6
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital	1.895	1.913	-18	-
– davon Kernkapital	1.710	1.576	134	9
Risikogewichtete Aktiva	17.897	17.449	448	3
Bilanzielle Eigenkapitalquote	5,86%	5,67%		
Gesamtkennziffer	10,59%	10,96%		
Kernkapitalquote	9,09%	9,33%		
Forderungen an Kreditinstitute	4.851	5.513	-662	-12
Forderungen an Kunden	22.685	22.060	625	3
Risikovorsorge	-378	-306	-72	24
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.349	1.087	262	24
Finanzanlagen	5.234	5.688	-454	-8
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	84	77	7	9
Sonstige Aktiva	1.037	682	355	52
Summe Aktiva	34.862	34.801	61	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.009	11.600	-591	-5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10.604	10.155	449	4
Verbriefte Verbindlichkeiten	8.692	8.939	-247	-3
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1.686	1.449	237	16
Rückstellungen	319	320	-1	-
Sonstige Passiva	334	185	149	81
Nachrangkapital	1.170	1.163	7	1
Bilanzielles Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1.048	989	59	6
Summe Passiva	34.862	34.801	61	0
Personalbestand				
Gesamt	1.092	1.061		
Aktuelle Ratings (long term rating)				
Moody's	A2	Aa2		
Fitch Ratings	A	A		

Inhalt

Konzernabschluss und Konzernlagebericht für das Berichtsjahr 2011

Der Bremer Landesbank Konzern im Überblick	2
1. Konzernlagebericht	6
A. Geschäft und Rahmenbedingungen	6
B. Ertragslage	12
C. Finanz- und Vermögenslage	18
D. Segmentberichterstattung	27
E. Nachtragsbericht	33
F. Prognosebericht	34
G. Chancen- und Risikobericht	39
2. Konzern Gewinn- und Verlustrechnung	84
3. Gesamtergebnisrechnung	85
4. Konzernbilanz	86
5. Eigenkapitalveränderungsrechnung	87
6. Kapitalflussrechnung	88
7. Konzernanhang (Notes)	89
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	89
(1) Grundlagen zur Aufstellung des Konzernabschlusses	89
(2) Anpassung der Vorjahreszahlen	90
(3) Angewandte IFRS	91
(4) Konsolidierungsgrundsätze	95
(5) Konsolidierungskreis	96
(6) Währungsumrechnung	97
(7) Finanzinstrumente	97
(8) Risikovorsorge	107
(9) Sachanlagen	108
(10) Leasinggeschäfte	109
(11) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	110
(12) Immaterielle Vermögenswerte	111
(13) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	111
(14) Andere Rückstellungen	112
(15) Ertragsteuern	113
(16) Nachrangkapital	113
Segmentberichterstattung	114
(17) Segmentierung nach Geschäftsfeldern (primäres Berichtsformat)	114
Erläuterungen zur Konzern Gewinn- und Verlustrechnung	122
(18) Zinsüberschuss	122
(19) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	123
(20) Provisionsüberschuss	124
(21) Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	125

(22)	Ergebnis aus Hedge Accounting	126
(23)	Ergebnis aus Finanzanlagen	126
(24)	Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	127
(25)	Verwaltungsaufwand	127
(26)	Sonstiges betriebliches Ergebnis	128
(27)	Ertragsteuern	128
	Erläuterungen zur Konzernbilanz	130
(28)	Barreserve	130
(29)	Forderungen an Kreditinstitute	130
(30)	Forderungen an Kunden	131
(31)	Risikovorsorge	131
(32)	Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	134
(33)	Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	135
(34)	Finanzanlagen	135
(35)	Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	136
(36)	Sachanlagen	137
(37)	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	137
(38)	Immaterielle Vermögenswerte	139
(39)	Laufende Ertragsteueransprüche sowie latente Ertragsteuern	139
(40)	Sonstige Aktiva	140
(41)	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	141
(42)	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	142
(43)	Verbriefte Verbindlichkeiten	142
(44)	Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente	143
(45)	Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	143
(46)	Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	144
(47)	Rückstellungen	144
(48)	Laufende Ertragsteuerverpflichtungen sowie latente Ertragsteuern	147
(49)	Sonstige Passiva	148
(50)	Nachrangkapital	149
(51)	Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung	150
(52)	Erläuterungen zum Eigenkapital	150
(53)	Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung	152
	Erläuterungen zu Finanzinstrumenten	153
(54)	Fair-Value-Hierarchie	153
(55)	Buchwerte nach Bewertungskategorien	156
(56)	Nettoergebnisse nach Bewertungskategorien	157
(57)	Wertminderungen/Wertaufholungen nach Bewertungskategorien	157
(58)	Fair Values von Finanzinstrumenten	158
(59)	Maximales Ausfallrisiko und verfügbare Sicherheiten	159
(60)	Derivative Finanzinstrumente	160
(61)	Angaben zu ausgewählten Ländern	163
(62)	Grundgeschäfte in effektiven Hedge-Beziehungen	165
(63)	Restlaufzeiten von finanziellen Verbindlichkeiten	167
(64)	Angaben zur Fair-Value-Option	167
(65)	Der Bremer Landesbank Konzern als Sicherungsgeber	168
(66)	Echte Wertpapierpensionsgeschäfte	168
	Weitere Erläuterungen	169
(67)	Eigenkapitalmanagement	169
(68)	Aufsichtsrechtliche Grunddaten	170
(69)	Fremdwährungsvolumen	171
(70)	Langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (mit einer Realisierung nach 12 Monaten)	172
(71)	Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	172

(72)	Leasing	173
(73)	Sonstige finanzielle Verpflichtungen	174
(74)	Nachrangige Vermögenswerte	175
(75)	Treuhandgeschäfte	175
(76)	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	175
	Unternehmen und Personen mit Konzernverbindung	176
(77)	Anzahl der Arbeitnehmer	176
(78)	Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	176
(79)	Verzeichnis der Mandate	182
(80)	Aufwendungen für Organe und Organkredite	183
(81)	Anteilsbesitzliste gemäß § 313 Abs. 2 und § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB	184
(82)	Honorar des Konzernabschlussprüfers	185
	8. Versicherung der gesetzlichen Vertreter	186
	9. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	187
	10. Bericht des Aufsichtsrates	189
	11. Bericht der Trägerversammlung	190
	12. Berichterstattung zur Corporate Governance	191
	13. Daten und Fakten	195
	14. Organe der Bremer Landesbank	196

1. Konzernlagebericht

Im folgenden Text werden die Begriffe Bank und Bremer Landesbank verwendet. Darunter ist jeweils der Konzern Bremer Landesbank zu verstehen. Die Entwicklung des Konzerns ist fast ausschließlich geprägt durch das Mutterunternehmen. Als ein wichtiger Teil der NORD/LB-Gruppe werden die Unternehmen des Konzerns Bremer Landesbank in deren Konzernabschluss einbezogen und konsolidiert.

A. Geschäft und Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

Nach einem sehr positiven Start in das Jahr 2011 nahm die Konjunkturdynamik im Verlaufe des Jahres 2011 ab. Insgesamt ergab sich in der Weltwirtschaft ein Wachstum in Höhe von 3,8% nach 5,2% im Jahr 2010 laut Internationalem Währungsfonds.

Das Wachstum war ungleich verteilt. Während die Schwellenländer mit einer Zunahme um 6,2% nach 7,3% im Jahr 2010 reüssierten, verzeichneten die Industrienationen einen Anstieg um lediglich 1,6% nach 3,2% im Jahr 2010. Der Welthandel konnte vor diesem Hintergrund um 6,2% zulegen. 2010 waren es noch 12,7%.

Die Schwellenländer waren weiterhin der maßgebliche Impulsgeber 2011. Chinas Wachstum stellte sich auf 9,2%. Indien brachte es auf 7,4%. Lateinamerikas Wirtschaft legte um 4,6% zu, während Russland 4,1% Wachstum aufwies.

Deutschland setzte in Europa mit einem Wachstum in Höhe von 3% des BIP positive Akzente. Hinsichtlich der Reformanstrengungen der Länder mit hohen Haushaltsdefiziten und der daraus resultierenden Krise ergab sich in der gesamten Eurozone lediglich ein Zuwachs des BIP in Höhe von 1,6%. Die Vereinigten Staaten expandierten mit 1,8% und wiesen im zweiten Halbjahr ein hohes Maß an konjunktureller Stabilität gegen den weltweiten Trend auf.

Die Dynamikverluste der Weltkonjunktur waren nicht durch Sättigungseffekte in der globalen Wirtschaftszyklik bestimmt, sondern sie waren Reaktionen auf exogene Einflussfaktoren. Begonnen mit dem „Arabischen Frühling“, dessen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft kaum zu messen waren, setzten sich stärkere Belastungsfaktoren im Rahmen der Natur- und Atomkatastrophe in Japan im Frühjahr durch. Im Anschluss lieferte die Krise um die Erhöhung des US-Schuldenlimits die nächste Herausforderung für die globale Wirtschaft. Ab dem 1. August 2011 setzte eine aggressive Spekulation gegen Frankreich ein, die die europäische Defizitkrise stark verschärfte und gleichzeitig das Vertrauen in die globale Wirtschaft hinsichtlich eines möglichen Scheiterns der Eurozone unterminierte. Politische Risiken waren damit primär für die Dynamikverluste der Weltwirtschaft verantwortlich.

Die fiskalische Gesundung der Eurozone schreitet voran, ohne von den Märkten angemessen berücksichtigt zu werden. Nachdem die Neuverschuldung der Eurozone 2010 bei 6,2% des BIP lag, stellt sich dieser Wert 2011 auf 4,3%. Für 2012 erwarten IWF und OECD Werte um die 3%-Marke. Die Eurozone ist im Vergleich zu den USA, Japan und Großbritannien, deren Werte

2012 zwischen 7 und 10% angesiedelt sein sollen, deutlich attraktiver aufgestellt. Das gilt sowohl für die Gesamtverschuldung als auch für das Volumen der Reformpolitik.

Die Folgen der erhöhten Risikoaversion waren 2011 global an den Finanzmärkten spürbar. Die Aktienmärkte sanken im zweiten Halbjahr 2011. Der deutsche Aktienindex DAX ging von 7.600 Punkten im Mai auf 4.965 Punkte im Sommer 2011 zurück, um am Jahresende bei 5.898 Punkten zu schließen. Die Renditen der 10-jährigen Bundesanleihe fielen deutlich unter die 2%-Marke, während die Reformländer der Eurozone kräftige Renditeanstiege verzeichneten. Der Euro kam unter Druck, Rohstoffpreise sanken. Sicherheit war gesucht und Risikoaktiva wurden zur Disposition gestellt.

Die Konjunktorentwicklung Deutschlands spiegelte das Bild der globalen Wirtschaftsentwicklung. Nach einem fulminanten Start mit einem Wachstum in Höhe von 5,0% im 1. Quartal nahm die Dynamik latent ab. Für das 4. Quartal 2011 wird eine leichte Kontraktion des BIP in Höhe von -0,2% im Quartalsvergleich erwartet. Sinkende Auftragseingänge, korreliert mit schwächeren Produktionswerten, waren maßgebliche Katalysatoren der Schwäche. Das Bauhauptgewerbe zeigte dagegen trotz abnehmendem Auftragseingang zum Jahresende Stärke. Die Arbeitsmärkte waren von anhaltendem Beschäftigungswachstum geprägt. Die saisonal bereinigte Arbeitslosenquote stellte sich per Dezember 2011 auf 6,8% nach 7,4% Ende 2010. Zum Jahresende 2011 ergaben sich bei dem IFO-Geschäftsklimaindex nach Jahrestiefstwerten im Oktober 2011 zweimal in Folge Anstiege auf 107,3 Punkte. Der Jahresausklang 2011 bot damit positive Voraussetzungen für eine Stabilisierung der Konjunktur in Deutschland 2012.

Region

Die Handelskammer Bremen schaut auf ein zufriedenstellendes Jahr 2011 zurück. Nach einem starken Jahresbeginn in den Sektoren Industrie, Export, Verkehrswirtschaft und Investitionstätigkeit als auch Gastgewerbe mit positiven Folgen für den Arbeitsmarkt und stabiler Entwicklung im Baugewerbe, im Grundstücks- und Wohnungswesen als auch verhaltener Entwicklung im Einzelhandel kam es zu einer fühlbaren Abschwächung im Herbst 2011 in den Erwartungshaltungen der Betriebe, die sich real in der Wirtschaft niederschlugen.

Zum Jahresende 2011 ergab sich ein positiv geprägtes Bild. Der Geschäftsklimaindex legte auf 124 Punkte (historischer Spitzenwert 2010 136 Punkte, Tiefstwert 2011 105 Punkte) spürbar zu und bewegt sich damit deutlich oberhalb des langfristigen Durchschnittswerts von 105 Zählern.

Die IHK Bremerhaven stellt zum Jahresende 2011 fest, dass es niemals zuvor so viele zufriedene Unternehmen seit Beginn der Konjunkturumfrage gegeben hätte, und blickt auf ein branchenübergreifend positives Jahr zurück.

Der Aufschwung im Oldenburger Land hat sich 2011 fortgesetzt. Die oldenburgische Wirtschaft zeigt sich laut IHK weitgehend unbeeindruckt von der konjunkturellen Abschwächung in Deutschland. Die Stimmungslage ist zum Jahresende positiv ausgeprägt. Eine robuste Verfassung der Inlandsnachfrage ist Schlüssel der Konjunkturlage. Zum Jahresende haben Auslandsorders merklich nachgelassen. Neben den stabilen Inlandsorders sorgt ein hoher Auftragsbestand für das positive Gesamtbild. Das Baugewerbe profitierte 2011 von der Niedrigzinsphase. Der Konsum konnte die Erwartungen im 4. Quartal trotz eines zufriedenstellenden Weihnachtsgeschäfts nicht voll erfüllen. Der Dienstleistungssektor war 2011 von einer guten Geschäftslage geprägt. Das Ernährungsgewerbe verzeichnete bis Ende des 3. Quartals 2011 einen Zuwachs in Höhe von circa 6%.

Die Wirtschaft in Ostfriesland und Papenburg erlebte 2011 ein erfolgreiches Jahr. Der Konjunkturklimaindikator sank von dem historischen Höchstwert bei 130, der im Sommer 2011 markiert wurde, auf zuletzt 120 Punkte. Damit bewegt sich der Index drei Punkte unter dem Vorjahreswert und 10 Punkte unter dem historischen Höchstwert.

Die Industrie, Groß- und Einzelhandel als auch die Dienstleistungsunternehmen und der Verkehrssektor blicken auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Die Investitionsbereitschaft ist im 4. Quartal 2011 nur gering gesunken. Der Arbeitsmarkt hat sich 2011 positiv entwickelt.

Bremer Landesbank

Die Bremer Landesbank veröffentlicht seit dem Berichtsjahr 2005 als kapitalmarktorientiertes Unternehmen einen Konzernabschluss nach den Vorschriften des HGB. Für das Geschäftsjahr 2007 wurde erstmals ein Konzernabschluss nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung (IAS/IFRS) inklusive Vergleichszahlen für das Jahr 2006 veröffentlicht. Der unter Beachtung der Vorschriften der IAS 27 und IAS 28 festgelegte Konsolidierungskreis stellt sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

Mutterunternehmen:

- Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen

Tochtergesellschaften und Investmentfonds, an denen die Bremer Landesbank direkt oder indirekt mehr als 50% der Stimmrechte hält oder anderweitig einen beherrschenden Einfluss ausüben kann:

- BLB Immobilien GmbH, Bremen
- BLB Leasing GmbH, Oldenburg
- Bremische Grundstücks-GmbH, Bremen
- NORDWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen
- NORDWEST VERMÖGEN Vermietungs-GmbH & Co. KG, Bremen

Bei eigenem Fortbestand hat die NORDWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen, einen Teilbetrieb auf die per 30.9.2011 neugegründete NORDWEST VERMÖGEN Vermietungs- GmbH & Co. KG mit Sitz in Bremen übertragen. Die Bremer Landesbank ist an der NORDWEST Vermietungs- GmbH & Co. KG mit 10% direkt und zu 90% über die BLB Immobilien GmbH, Bremen, indirekt beteiligt.

Zudem werden folgende assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bilanziert:

- DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
- BREBAU GmbH, Bremen
- Ammerländer-Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede
- GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg
- Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds

Im Berichtsjahr 2011 ergaben sich ansonsten keine Änderungen am Konsolidierungskreis.

Die Bremer Landesbank AöR als Mutterunternehmen ist in der Geschäftsführung und/oder den Aufsichtsgremien vertreten. Die wesentlichen Interessen aus Konzernsicht werden durch die Einbeziehung der Tochtergesellschaften in den Planungsprozess koordiniert.

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – als Mutterunternehmen des Konzerns ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt und mündelsicher. Die Bremer Landesbank ist mit Niederlassungen an den beiden Oberzentren der Metropolregion Nordwest vertreten, in Oldenburg mit rd. 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in Bremen mit über 700. Die Nordwest-Region ist ihr staatsvertraglich anerkanntes Geschäftsgebiet.

Als ein wichtiges Unternehmen der NORD/LB-Gruppe wird sie in deren Konzernabschluss einbezogen und voll konsolidiert. Gleichzeitig erstellt die Bremer Landesbank einen eigenen Teilkonzernabschluss nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung.

Nach der Entscheidung der Europäischen Kommission zum Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung im Jahr 2001 hat sich die Bremer Landesbank ein fokussiertes Geschäftsmodell gegeben, das zügig umgesetzt wurde und stetig weiterentwickelt wird. Sie ist damit zukunftsfähig aufgestellt und in der Lage, schnell und flexibel auch auf heterogene Entwicklungen des regionalen Marktes und der überregionalen Spezialsegmente zu reagieren.

Die Rating-Agenturen bewerten das Geschäftsmodell der Bremer Landesbank als regionale Geschäftsbank mit guter Ertragskraft und angemessener Kapitalausstattung positiv (Moody's Financial Strength: C–; Fitch Viability-Rating: bbb). Die Langfristratings (Fitch: A; Moody's: A2) ermöglichen der Bremer Landesbank den Zugang zu den nationalen und internationalen Kapitalmärkten. Im Herbst haben die Rating-Agenturen etliche Ratings europäischer Banken gesenkt. In diesem Zusammenhang wurden auch das Financial Strength Rating von Moody's für die Bremer Landesbank auf C– und das Langfristrating auf A2 angepasst. Nennenswerte Auswirkungen auf die Refinanzierung der Bank ergaben sich dadurch bislang nicht.

Im Berichtsjahr stand die konsequente Verfolgung des Geschäftsmodells als regionale Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft bei Wahrung der Funktion als Landesbank und Sparkassenzentralbank erneut im Vordergrund.

Die Fortführung des kundengetriebenen Wachstums der Erlöse sowie ein stringentes Kosten- und ein konsequentes Risikomanagement ermöglichen es der Bremer Landesbank nachhaltig, ihre Kapitalbasis zu stärken.

Kapitalmarkt- und Entscheidungskompetenzen vor Ort heben die Bremer Landesbank im regionalen Wettbewerb hervor. Die Erfolge als regionale Geschäftsbank und als Landesbank im öffentlich-rechtlichen Sektor bestätigen die strategische Ausrichtung und ihre erfolgreiche Positionierung.

Gesamtbanksteuerung

Die Gesamtbanksteuerung der Bremer Landesbank ist wert- und risikoorientiert ausgerichtet, neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen werden den Entscheidungsträgern wesentliche

steuerungsrelevante Informationen bereitgestellt. Zentrales Steuerungsinstrument der Bank ist die nach Geschäftsfeldern und Kostenstellen strukturierte Deckungsbeitragsrechnung.

Zentrale Größen für die interne Steuerung der Geschäftsfelder sind das Ergebnis vor Steuern sowie die Kennzahl RoRaC (Ergebnis vor Steuern / gebundenes Kernkapital).

Maßgebliche Größen der Rentabilitätssteuerung auf Gesamtbankebene sind die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity = RoE) und die Cost-Income-Ratio (CIR)¹.

Die Verwaltungsaufwendungen umfassen neben den Personal- und Sachaufwendungen auch die AfA auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte. Die operativen Erträge umfassen u.a. Zins- und Dienstleistungserträge sowie das Handelsergebnis.

Die Gesamtbanksteuerung wird damit zur Verbindung folgender Steuerungskreisläufe:

- Handelsrechtliche Größen wie z.B. der laufende Abgleich zwischen Deckungsbeitragsrechnung und GuV
- Aufsichtsrechtliche Größen wie z.B. der konsequente Ausweis der „risk weighted assets“
- Wert- und risikoorientierte Größen wie z.B. der Ansatz der Eigenkapitalkosten und des Expected Loss

Ausgangspunkt des Steuerungskreislaufs in der Bremer Landesbank ist der Strategie-Review durch den Vorstand und die zweite Führungsebene im Frühjahr. Neben der Überprüfung der strategischen Ausrichtung der Bank werden im Rahmen eines Strategieworkshops künftige Handlungsfelder für die Gesamtbank und die Geschäftsfelder herausgestellt (im Rahmen des Beteiligungscontrollings sind zudem die Tochtergesellschaften in den Planungs- und Steuerungsprozess des Konzerns einbezogen).

Aus den Ergebnissen des Strategieworkshops leiten sich die Top-down-Vorgaben für die Geschäftsfelder auf Basis der dargestellten Steuerungsgrößen ab. Der sich anschließende Prozess der mittelfristigen Planung mit einem Fünfjahreshorizont findet seinen Abschluss in der Planungsklausur im Herbst. Die finalen quantitativen Planwerte sind wesentliche Eingangsgrößen für den bankweiten Zielvereinbarungsprozess.

Dieser in sich geschlossene und etablierte Prozess der Unternehmenssteuerung, dessen integraler Bestandteil das Management von Chancen und Risiken inklusive des Monitorings von Zielerreichungsgraden ist, wird fortlaufend konzeptionell weiterentwickelt, das eingesetzte Instrumentarium kontinuierlich verfeinert.

Geschäftsentwicklung

Die operativen Erträge der Bremer Landesbank haben sich im vergangenen Jahr insgesamt sehr erfreulich entwickelt. Das Zinsergebnis als wichtigste Ertragsquelle stieg kundengetrieben erneut kräftig an. Der Verkauf der mittelbar an der DekaBank Deutsche Girozentrale gehaltenen

¹ RoE: Betriebsergebnis nach Risikovorsorge / Nachhaltiges Kapital (Bestandteile: Stammkapital; Kapitalrücklage; Gewinnrücklagen; Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter). CIR: Verwaltungsaufwand / Summe Erträge.

Beteiligung beeinflusste das Zinsergebnis ebenfalls positiv. Das Provisionsergebnis hat sich auf dem Niveau des Vorjahres stabilisiert. Das Handelsergebnis stand zwar bewertungsbedingt aufgrund der Verschuldung einiger europäischer Staaten erneut unter Druck, schloss aber dennoch mit einem positiven Saldo ab.

Die Bremer Landesbank festigte im vergangenen Jahr weiter ihre Position als bedeutender Kreditgeber der Region und führende Bank im Nordwesten. Die negativen Auswirkungen der anhaltenden Krise an den Finanz- und Kapitalmärkten wirkten sich im Jahr 2011 – insbesondere im Schifffahrtsbereich – stärker als erwartet auf die Risikovorsorge der Bank aus. Dennoch hat sich das konsequente Risikomanagement der Bremer Landesbank in diesem Zusammenhang weiterhin bewährt.

Wertkorrekturen auf den Eigenbestand an Wertpapieren waren im vergangenen Jahr lediglich in geringem Umfang erforderlich.

Der Verwaltungsaufwand ist im Jahr 2011 leicht zurückgegangen. Die Personalaufwendungen haben sich trotz eines höheren Personalbestandes leicht reduziert. Hauptsächlich durch den Anstieg der Aufwendungen für Informationstechnologie und das Projekt zur Migration auf die Systeme der Finanz Informatik kam es wie erwartet zu insgesamt höheren Ausgaben im Bereich der anderen Verwaltungsaufwendungen, die sich jedoch wegen der nach IFRS verpflichtenden Aktivierung von selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten nicht vollständig in der GuV niederschlugen.

Die Intensivierung der Zusammenarbeit im Verbund ist ein weiteres strategisches Ziel der Bremer Landesbank. Basierend auf den vertraglichen Regelungen der Verbundvereinbarung von 2006 hat die Umsetzung eines ganzheitlichen Betreuungskonzeptes für die 14 verbundenen Sparkassen des Geschäftsgebietes wesentlich zur Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit beigetragen.

Den in der Immobilienwirtschaft tätigen Tochtergesellschaften ist es trotz weiterhin schwieriger Rahmenbedingungen gelungen, sich durch Konzentration auf bestimmte Marktsegmente erfolgreich im Markt zu behaupten.

Die BLB Leasing generiert ihr Neugeschäft überwiegend über die Kundenbetreuer der Bremer Landesbank. Diese Geschäftsstrategie hat sich weiter gut bewährt und wiederum zu einem nennenswerten Neugeschäftsvolumen geführt. Zusätzlich wurden von zwei mit dem Mutterunternehmen zusammenarbeitenden Leasinggesellschaften Verträge mit nicht unerheblichem Volumen übernommen. Der Beaufsichtigung als Finanzdienstleistungsgesellschaft trägt die BLB Leasing angemessen Rechnung.

Das sehr gute Ergebnis des Geschäftsjahres 2011 erlaubt es der Bremer Landesbank AöR, sowohl die haftenden Eigenmittel deutlich zu stärken als auch eine angemessene Ausschüttung an die Träger vorzusehen. Eine Inanspruchnahme staatlich angebotener Unterstützungsleistungen ist für die Bremer Landesbank weiterhin nicht notwendig.

Im Folgenden wird über die geschäftliche Entwicklung des Konzerns Bremer Landesbank im Jahr 2011 detailliert berichtet.

B. Ertragslage

Die Ertragslage der Bank hat sich im Jahr 2011 insgesamt sehr gut entwickelt.

Erfolgsrechnung

	Notes	1.1.–31.12. 2011 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2010 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Zinserträge		2.263	2.140	6
Zinsaufwendungen		1.887	1.826	3
Zinsüberschuss	18	376	314	20
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	19	-112	-59	90
Zinsergebnis nach Risikovorsorge		264	255	4
Provisionserträge		51	57	-11
Provisionsaufwendungen		25	29	-14
Provisionsüberschuss	20	26	28	-7
Handelsergebnis		13	-93	-
Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten		0	0	-
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	21	13	-93	-
Ergebnis aus Hedge Accounting	22	12	4	>100
Ergebnis aus Finanzanlagen	23	-2	8	-
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	24	10	6	67
Verwaltungsaufwand	25	159	162	-2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	26	1	17	-94
Ergebnis vor Steuern		165	63	>100
Ertragsteuern	27	34	14	>100
Konzernergebnis		131	49	>100
davon: auf Anteilseignern des Mutterunternehmens entfallend		131	49	>100
davon: auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss entfallend		-	-	-

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss ist um 20% von 314 Mio. € auf 376 Mio. € gestiegen.

Wesentlicher Treiber im kundenorientierten Geschäft war erneut das Segment Spezialfinanzierungen, während die Geschäfte mit der regionalen Firmenkundschaft sich auf hohem Niveau stabilisierten. Die Veräußerung der mittelbar über die GLB GmbH & Co. OHG gehaltenen Beteiligung an der DekaBank Deutsche Girozentrale beeinflusste das Zinsergebnis ebenfalls positiv. Die Belastung des Zinsergebnisses aus der gezielten Liquiditätsbevorratung konnte die Bank weiterhin gut verkraften.

In den kommenden Jahren wird von einer zuerst etwas verhalteneren Entwicklung des Zinsergebnisses ausgegangen, danach wird ein kontinuierlicher Anstieg unterstellt.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ist im Jahr 2011 deutlich auf 112 Mio. € (Vorjahr: 59 Mio. €) gestiegen.

Die negativen Auswirkungen der anhaltenden Krise an den Finanz- und Kapitalmärkten wirkten sich im Jahr 2011 – insbesondere im Schifffahrtsbereich – stärker als erwartet auf die Risikovorsorge der Bank aus. Der seit Spätsommer 2008 stattfindende drastische Verfall der Frachtraten hatte zunächst seinen Tiefpunkt im ersten Halbjahr 2010 erreicht. Im weiteren Jahresverlauf 2010 waren dann in wichtigen Teilmärkten Erholungen der Frachtraten zu beobachten. 2011 verschärfte sich die Krise allerdings wiederum. In der Tank- und Bulkschifffahrt waren ganzjährig und in der Container- und MPP-Schifffahrt im zweiten Halbjahr lediglich betriebs- und zinskostendeckende Charterraten zu beobachten. In der Folge war festzustellen, dass mit den niedrigen Fracht- und Charterraten auch die Wertentwicklung der Schiffspreise und der Sicherheitenwerte negativ beeinflusst wurde. Das erneute Überangebot an Schifftonnage führte zu sinkenden Charterraten und Schiffspreisen. Die im ersten Halbjahr 2011 eingetretene Erholung der Weltwirtschaft, die zeitweise zu steigenden Frachtraten führte, konnte die vermehrten Ablieferungen im zweiten Halbjahr nicht mehr absorbieren. Die wieder gesunkene Bonität vieler Reedereien wirkt sich ratingsystembedingt allerdings zeitverzögert aus. Die Risikovorsorge verlief zwar über den Prognosewerten, die von einer Seitwärtsbewegung auf den Märkten ausgingen, aber aufgrund der hohen Granularität des Portfolios dennoch ohne substantielle Beeinträchtigung der Ertragslage der Bremer Landesbank.

Dennoch hat sich das konsequente Risikomanagement der Bremer Landesbank in diesem Zusammenhang weiterhin bewährt.

Durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen trägt die Bank vermutlich eingetretenen, aber noch nicht erkannten Risiken Rechnung. Während im Berichtsjahr hier eine Zuführung in Höhe von 7 Mio. € erfolgte, war dies im Vorjahr nicht erforderlich. Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen wurden 6 Mio. € verbraucht. Die besondere Situation in bestimmten Teilssegmenten des Schifffahrtssektors wurde im Rahmen der Portfoliowertberichtigung erneut mit einem Stressaufschlag in Höhe von 5 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €) berücksichtigt.

Der Risikovorsorgebedarf in den Jahren 2012 und 2013 wird voraussichtlich noch durch die allmählich nachlassenden realwirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise geprägt sein. Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der Bremer Landesbank insbesondere durch die Entwicklungen in der Handelsschifffahrt bestimmt. Sofern 2012 in diesem Bereich keine Markterholung einsetzt, dürfte sich die Risikovorsorge auf dem Niveau des Jahres 2011 bewegen.

Provisionsüberschuss

Das Provisionsergebnis ist zwar von 28 Mio. € auf 26 Mio. € und damit um 7% zurückgegangen, hat sich damit aber nahe dem Niveau von 2010 stabilisiert.

Während bei den Avalprovisionen, insbesondere für Schiffsfinanzierungen, weiter konjunkturbedingte Rückgänge zu verzeichnen waren, haben sich die übrigen Provisionserträge, z.B. aus dem Wertpapiergeschäft und dem Zahlungsverkehr, stabil fortentwickelt.

Für das Jahr 2012 rechnet die Bank konjunkturbedingt mit einem weiteren leichten Rückgang des Provisionsergebnisses, ab 2013 sollte dann wieder ein kontinuierlicher Anstieg eintreten.

Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten

Die akute Krise auf den Finanz- und Kapitalmärkten hat zwar weiter nachgelassen, die Unsicherheit über die Finanzierbarkeit der hohen Verschuldung einiger Staaten hat jedoch weiterhin zu deutlichen Ausschlägen auf den Märkten geführt, die das Handelsergebnis der Bremer Landesbank im vergangenen Jahr vor allem unter Bewertungsaspekten erneut beeinflusst haben. Im Jahr 2011 konnte dennoch insgesamt aus der Fair-Value-Bewertung von Finanzinstrumenten ein Gewinn von rd. 13 Mio. € verzeichnet werden, während im Vergleichszeitraum noch ein Verlust in Höhe von 93 Mio. € auflief.

Mit aktiven Handelstätigkeiten, die das kundengetriebene Geschäft unterstützen, konnte die Bremer Landesbank im Jahr 2011 erneut erfolgreich an den Finanzmärkten agieren.

Der Bestand an Credit Default Swaps, bei denen die Bremer Landesbank als Sicherungsgeber auftritt, ist aufgrund von Fälligkeiten leicht zurückgegangen. Mit diesem sogenannten Kreditersatzgeschäft hat die Bremer Landesbank freie Eigenkapitalspielräume zur Erzielung von im Handelsergebnis ausgewiesenen Provisionseinnahmen und zur Diversifikation ihres Kreditportfolios insbesondere mit Blick auf Regionen/Länder und Ratingklassen genutzt. Grundsätzlich hat die Bank nur Sicherung für Adressen mit einwandfreiem finanziellem Hintergrund und auf der Basis von anerkannten Standardverträgen (ISDA-Protokoll vor sogenanntem big bang) gegeben. Aufgrund der im Laufe des Jahres 2007 aufgetretenen Schwierigkeiten auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten und der damit verbundenen Ausweitung der Credit Spreads hat die Bank ihr Neugeschäft in diesem Bereich bis auf vereinzelte selektive Positionsaufösungen bzw. -sicherungen eingestellt.

Der irische Staat war im späten Herbst 2010 gezwungen, den finanziellen Schutzschirm der EU in Anspruch zu nehmen, da er die finanziellen Lasten in Verbindung mit der Stützung verschiedener nationaler Banken offenbar nicht mehr allein bewältigen konnte. In diesem Zusammenhang wurden in der Folge sogenannte Restructuring Credit Events für die Irish Resolution Bank Corporation (vormals: Anglo Irish Bank), die Bank of Ireland und die Irish Life and Permanent erklärt. Die Bremer Landesbank hatte verschiedene CDS auf diese Unternehmen als Sicherungsgeber in Höhe von insgesamt 230 Mio. € im Bestand. Der Bank wurden für einen Teilbestand von 185 Mio. € gegen Zahlung des Nominalbetrages Papiere der entsprechenden irischen Institute geliefert. Die Papiere, für die eine Durchhalteabsicht besteht, werden bei Zugang der Haltekategorie Available for Sale zugeordnet. Für einen Teilbestand in Höhe von 45 Mio. € auf das Risiko Irish Life and Permanent wurden der Bank noch keine Credit Event Notices zugestellt.

Mitte Dezember 2011 wurde für die in Abwicklung befindliche englische Bank Northern Rock ebenfalls ein sogenanntes Restructuring Credit Event aufgrund der Veränderung der Bedingungen für Nachrangdarlehen festgestellt. Im Bestand der Bremer Landesbank befanden sich CDS in Höhe von 30 Mio. € als Sicherungsgeber und CDS in Höhe von 10 Mio. € als Sicherungsnehmer. Mittlerweile wurde mit dem Partner der Sicherungsgeberkontrakte ein Aufhebungsvertrag geschlossen, sodass die Bank hier keine Wertpapiere zum Nominalwert erwerben muss. Die Lieferverpflichtung aus dem Sicherungsnehmerkontrakt kann die Bremer Landesbank aus vorhandenen Wertpapierbeständen erfüllen.

In den ersten Monaten des Jahres 2012 kam es zu einer deutlichen Anspannung der Situation um die Verschuldung des griechischen Staates, sodass ein Credit Event im Zusammenhang mit der freiwilligen Umschuldung nicht mehr ausgeschlossen werden konnte. Im Laufe des ersten Vierteljahres 2012 fanden langwierige Verhandlungen zwischen dem griechischen Staat, der EU, dem IWF und dem Privatsektor statt. Der dabei ausgehandelte Kompromiss eines freiwilligen Verzichts des privaten Sektors in Höhe von 53,5% auf das Nominalvolumen der ausstehenden Schulden Griechenlands wurde von der großen Mehrheit der privaten Investoren angenommen. Dennoch hat sich die griechische Regierung im Februar 2012 dazu entschlossen, per Gesetz für nach nationalem Recht begebene Papiere sogenannte Collective Action Clauses (CAC) einzuführen, mit denen nachträglich die Bedingungen der Anleihen geändert werden können. Diese CAC wurden am 8. März 2012 von der griechischen Regierung gezogen. Daraufhin hat die ISDA (International Swaps and Derivatives Association) am 9. März 2012 einen sogenannten Restructuring Credit Event festgestellt. Die Bremer Landesbank muss deshalb nunmehr davon ausgehen, aus der Sicherungsgeberposition in Anspruch genommen zu werden, und hat von den Kontrahenten in der Zwischenzeit sogenannten Credit Event Notices erhalten. Ein Teil der Geschäftspartner hat der Bank darüber hinaus inzwischen sogenannten Notices of Physical Settlement (NOPS) zugestellt, mit denen die Lieferung eines bestimmten Wertpapiers avisiert wird. Diese sind allerdings noch nicht rechtlich bindend und können bis kurz vor tatsächlicher Lieferung einer Anleihe noch abgeändert werden. Für das Volumen an CDS auf Griechenland in Höhe von umgerechnet 58,6 Mio. € hat die Bank zum 31. Dezember 2011 Handelspassiva in Höhe von 33,2 Mio. € bilanziert. Die auf das Jahr 2012 entfallende wahrscheinliche Belastung des Handelsergebnisses durch die Fair-Value-Bewertung des Volumens an CDS auf Griechenland in Höhe von umgerechnet 58,6 Mio. € könnte bis zu rd. 14 Mio. € betragen.

Weitere Credit Events, bei denen die Bank z.B. durch Lieferung des Referenzaktivums als Sicherungsgeber in Anspruch genommen worden wäre, sind nicht aufgetreten.

Das Bewertungsergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten hat sich deutlich von –107 Mio. € auf –29 Mio. € verbessert, während das realisierte Ergebnis sich auf 24 Mio. € nach –5 Mio. € im Vorjahr einstellte. Das Handelsergebnis wird nach wie vor wesentlich durch das Bewertungsergebnis aus Credit Default Swaps in Höhe von –50 Mio. € (Vorjahr: –129 Mio. €) geprägt. Die Bank hat diese Positionen in den zurückliegenden Jahren als Kreditersatzgeschäft aufgebaut und führt sie aufgrund der Durchhalteabsicht weit überwiegend im aufsichtsrechtlichen Anlagebuch. Aufgrund der seit dem Jahr 2008 entstandenen Inaktivität der Märkte für Kreditderivate, die für viele Titel nach wie vor besteht, wurde die Bewertung dieser Finanzinstrumente weiterhin standardkonform auf der Basis eines Bewertungsmodells durchgeführt. Die Schätzparameter für das Modell wurden im Jahr 2011 im Einklang mit dem IAS 39 angepasst.

Im Devisenergebnis verdiente die Bremer Landesbank unverändert 12 Mio. €.

Das Ergebnis aus der Bewertung von Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value war im Jahr 2011 erneut nur unwesentlich. Diese Kategorie wird von der Bremer Landesbank nur sehr selten genutzt.

Prognosen zur Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten sind nach wie vor schwierig. Die Märkte reagieren seit Beginn der Finanzkrise überaus empfindlich auf beunruhigende Nachrichten. Die Bank geht davon aus, dass die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Finanzsituation bestimmter Staaten im Jahr 2012 anhalten werden, der globale Wille zur Bewältigung der Situation jedoch letztendlich wieder zur Beruhigung der Märkte führen muss. Weitere negative Bewertungsergebnisse lassen sich aus den angeführten Gründen nicht gänzlich ausschließen. Es werden jedoch gute Chancen gesehen, auch in den Jahren 2012 und 2013 im aktiven kundengetriebenen Handelsgeschäft erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren.

Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen

In dieser Position werden die Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungszusammenhängen erfasst. Je effektiver die Hedge-Beziehungen sind, umso geringer sind deren Ergebnisauswirkungen. Die Bremer Landesbank setzt seit Längerem im Rahmen des Fair Value Hedge Accounting Mikro-Fair-Value-Hedges zur Reduktion der Ergebnisauswirkungen von IAS-immanenten sogenannte Balance Mismatches ein. Im Jahr 2010 wurde das Steuerungsinstrumentarium um den sogenannte Portfolio Fair Value Hedge erweitert. Hier werden Gruppen bestimmter Grundgeschäfte mit entsprechenden Sicherungsgeschäften zu einem Portfolio zusammengefasst, sodass sich die gegenläufigen Wertentwicklungen dieser Finanzinstrumente nahezu ausgleichen.

Die von der Bremer Landesbank designierten Hedge-Beziehungen erzeugten im Jahr 2011 ein Ergebnis von 12 Mio. € nach einem Wert von 4 Mio. € im Jahr 2010. Sowohl bei den Mikro-Fair-Value-Hedges als auch im Portfolio Fair Value Hedge wurde die negative Wertänderung der Grundgeschäfte durch die positive Wertänderung der Sicherungsgeschäfte überkompensiert.

Die Bank geht davon aus, dass das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen sich in den kommenden Jahren mit fortgesetzter intensiver Nutzung des Hedge Accounting und in Abhängigkeit von der Entwicklung der Zinslandschaft weiterhin volatil entwickeln wird.

Ergebnis aus Finanzanlagen

Das Ergebnis aus Wertpapieren und Beteiligungen der Kategorie Available for Sale (AfS) beläuft sich auf –2 Mio. € nach +8 Mio. € im Jahr 2010. Während das Ergebnis im Vorjahr durch den Verkauf einer inflationsgebundenen Anleihe wesentlich beeinflusst wurde, resultiert das Ergebnis des Jahres 2011 aus der Wertkorrektur eines von der Bank gehaltenen Unternehmensanteils.

Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

Das Ergebnis aus Unternehmen, die at Equity bewertet werden, beträgt 10 Mio. € nach 6 Mio. € im Jahr 2010. Die der Bremer Landesbank zuzurechnenden anteiligen GuV-Erfolge der at Equity in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen bewegen sich über Vorjahresniveau.

Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen haben sich anders als erwartet um 2% von 162 Mio. € auf 159 Mio. € reduziert.

Die Personalaufwendungen haben sich trotz eines im Vergleich zum Vorjahr plangemäß höheren Personalbestandes von 92 Mio. € um 1% auf 91 Mio. € reduziert.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich um 3 Mio. € oder 5% auf 62 Mio. € reduziert. Die Ausgaben für Informationstechnologie und die Beratungsaufwendungen sind hauptsächlich aufgrund des Projektes zur gegen Ende des Jahres 2011 erfolgten Migration auf die Systeme der Finanz Informatik angestiegen. Nach IFRS müssen jedoch Aufwendungen für selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte verpflichtend aktiviert werden. Die Ausgaben schlugen sich daher nicht vollständig in der GuV 2011 nieder. Projekte für Steuerungsmaßnahmen aufgrund gesetzlicher oder aufsichtsrechtlicher Änderungen führten ebenfalls zu höheren Aufwendungen. Insgesamt blieben die anderen Verwaltungsaufwendungen unter dem erwarteten Niveau.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen haben sich um 1 Mio. € von 5 Mio. € auf 6 Mio. € erhöht. Dies hängt mit den höheren Abschreibungsbeträgen auf Gebäude und langlebige Wirtschaftsgüter zusammen, die hauptsächlich aus der Fertigstellung der Umbaumaßnahmen in Oldenburg resultieren.

Im Jahr 2012 werden die Personalaufwendungen tarifbedingt leicht ansteigen. Für die anderen Verwaltungsaufwendungen wird im Jahr 2012 projektbedingt nochmals ein Anstieg erwartet, ab dem Jahr 2013 ist insgesamt eine Konsolidierung des Kostenniveaus vorgesehen.

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Das sonstige betriebliche Ergebnis beläuft sich auf 1 Mio. € nach 17 Mio. € im Jahr 2010. Neben Auflösungen von Rückstellungen sind in diesem Posten auch Aufwendungen und Erträge aus dem Rückkauf eigener Emissionen enthalten. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der erstmals 2011 gezahlten Bankenabgabe (5 Mio. €). Im Vorjahr fielen einmalig Erträge aus der Veräußerung gekündigter wertgeminderter Schuldverschreibungen isländischer Kreditinstitute (7 Mio. €) an.

Ergebnis vor Steuern

Das Ergebnis vor Steuern des Konzerns Bremer Landesbank für das Jahr 2011 beträgt 165 Mio. € und ist damit gegenüber dem Jahr 2010 kräftig um 102 Mio. € gestiegen. Der gestiegene Zinsüberschuss sowie das deutlich verbesserte Handelsergebnis (insbesondere aus der Bewertung von Credit Default Swaps) haben die gestiegenen Risikovorsorgeaufwendungen überkompensiert.

Ertragsteuern

Die laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag der Bremer Landesbank haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 6 Mio. € auf 47 Mio. € erhöht. Ursächlich ist die Erhöhung des zu versteuernden Einkommens des Mutterunternehmens.

Die latenten Steuern, die im Jahr 2010 mit einem Ertrag von 27 Mio. € erfasst wurden, belaufen sich im Jahr 2011 auf einen Ertrag von 13 Mio. €, sodass sich die Ertragsteuern insgesamt um 20 Mio. € auf 34 Mio. € erhöht haben. Wie im Vorjahr liegt der Jahresüberschuss vor Steuern unter dem tatsächlich zu versteuernden Ergebnis.

Konzernjahresüberschuss

Der Konzernjahresüberschuss beträgt 131 Mio. € (Vorjahr: 49 Mio. €).

Basis für die Gewinnverwendung ist der Jahresüberschuss des Mutterunternehmens nach nationalen Rechnungslegungsvorschriften in Höhe von 78 Mio. € (Vorjahr: 48 Mio. €). Wie im Vorjahr ist bei der Muttergesellschaft eine Ausschüttung von 28 Mio. € an die Träger der Bank vorgesehen. Dies entspricht einer Rendite von 20% auf das Stammkapital. Darüber hinaus erlaubt die insgesamt sehr gute Ertragslage eine Stärkung der Eigenkapitalbasis durch Dotierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 50 Mio. €.

Die Schwierigkeiten an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten und deren negative Folgen hatten auch Einfluss auf das Ergebnis der Bremer Landesbank. Die Auswirkungen konnte die Bank jedoch ohne substantielle Beeinträchtigungen ihrer guten Ertragslage verkraften. Die Bank geht davon aus, dass dies grundsätzlich auch in den Jahren 2012 und 2013 so bleibt.

C. Finanz- und Vermögenslage

Bilanzsumme

Die Bank konzentrierte sich wie in den Vorjahren vermehrt auf ertragsstarke Geschäfte. Mit dem Wiederaufleben der Krise an den Finanz- und Kapitalmärkten im Zusammenhang mit der verschlechterten Bonität einiger Staaten hat das Interbankengeschäft sich wieder deutlicher reduziert. Durch die gegenläufige Erhöhung der Kundenforderungen hat sich die Bilanzsumme von 34,8 Mrd. € auf 34,9 Mrd. € erhöht und damit auf Vorjahresniveau stabilisiert.

Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden im Zusammenhang mit dem Rückgang des Interbankengeschäftes im Geschäftsjahr 2011 vor allem im Bereich der Geldmarktgeschäfte deutlich um 12% von 5,5 Mrd. € auf 4,9 Mrd. € reduziert. Andere Forderungen an Kreditinstitute bestanden in ähnlicher Höhe wie im Vorjahr.

Forderungen an Kunden

Die Forderungen gegenüber Kunden erhöhten sich im Berichtsjahr um 0,6 Mrd. € auf 22,7 Mrd. €. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus befristeten Forderungen gegenüber ausländischen Kunden und täglich fälligen Forderungen gegenüber inländischer Kundschaft. Eine differenzierte Betrachtung dieser Position findet sich in den Erläuterungen zur Entwicklung der Geschäftsfelder im Rahmen der Segmentberichterstattung.

Risikovorsorge

Der offen auf der Aktivseite abgesetzte Bestand an Risikovorsorge des Konzerns Bremer Landesbank hat sich im Berichtsjahr erneut um 24% oder 72 Mio. € auf 378 Mio. € erhöht und beträgt damit 1,37% des Forderungsbestandes (Vorjahr: 1,11%).

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente (aFV)

In dieser Position werden die Marktwerte der der Kategorie Held for Trading zugeordneten Finanzinstrumente erfasst. Titel mit einem positiven Marktwert werden auf der Aktivseite, solche mit negativen Marktwerten auf der Passivseite ausgewiesen. Der Bestand an Finanzinstrumenten mit positiven Marktwerten hat sich im Jahr 2011 um 262 Mio. € auf 1.349 Mio. € erhöht, während sich die negativen Marktwerte um 237 Mio. € auf 1.686 Mio. € erhöht haben.

Derivative Geschäfte werden in der Bremer Landesbank im Wesentlichen zur Steuerung und Absicherung von Zins- und Fremdwährungsrisiken, aber auch zur Erzielung von Eigenhandelserfolgen eingesetzt. Darüber hinaus hat die Bremer Landesbank freie Eigenkapitalspielräume durch Abschluss von Kreditderivaten zur Erzielung von im Handelsergebnis ausgewiesenen Provisionseinnahmen und zur Diversifikation ihres Kreditportfolios insbesondere mit Blick auf Regionen/Länder und Ratingklassen genutzt. Das Nominalvolumen zum Jahresende 2011 betrug 58,8 Mrd. € nach 63,1 Mrd. € im Vorjahr und damit das etwa 1,7-Fache (Vorjahr: 1,8-Fache) der Bilanzsumme. Im Vergleich zu anderen Instituten der Branche wird in der Bremer Landesbank also nur in relativ geringem Umfang auf solche Geschäfte zurückgegriffen. Kontrahenten sind fast ausschließlich Banken mit Sitz in Ländern, die der OECD angehören, sodass von einem einwandfreien finanziellen Hintergrund ausgegangen werden kann. Für

Detailinformationen zu den Volumina sowie der Fristen- und Kontrahentengliederung wird auf die Darstellung im Anhang des Konzernabschlusses der Bremer Landesbank verwiesen.

Positive/negative beizulegende Zeitwerte aus derivativen Sicherungsbeziehungen und Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente

Die Fair Values aus Hedge-Derivaten haben sich im Jahr 2011 gemäß der in den Notes unter den Nummern (33) und (46) dargestellten Übersicht verändert. Dem Teil der Wertänderung, der auf das abgesicherte Zinsrisiko zurückzuführen ist, stehen entsprechend gegenläufige Wertänderungen bei den Grundgeschäften gegenüber.

Finanzanlagen/Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

Der Bestand an Finanzanlagen hat sich von 5,7 Mrd. € im Jahr 2010 auf 5,2 Mrd. € im Jahr 2011 reduziert. Hier werden im Wesentlichen Wertpapiere und Anteile an nicht konsolidierten Unternehmen der Kategorie Available for Sale mit ihren Marktwerten ausgewiesen. Der Bestand an Emissionen anderer Schuldner reduzierte sich aufgrund von Fälligkeiten.

Der Bestand der Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen hat sich im Berichtsjahr um 7 Mio. € auf 84 Mio. € erhöht. Die Veränderung ergibt sich vollständig aus Zuschreibungen.

Wertpapiere sind entweder der strategischen Position des Vorstands oder dem sogenannten Credit-Investment-Portfolio des Geschäftsfelds Financial Markets zuzuordnen. Es kam 2011 sowohl zu Bestandsveränderungen durch Ab- und Zugänge von Finanzanlagen als auch durch Wertveränderungen weiterhin gehaltener Papiere. Diese sind in der Neubewertungsrücklage, einer Unterposition des Eigenkapitals, abgebildet.

Traditionell kommt die Bremer Landesbank ihren öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und den Verpflichtungen im Verbund auch über das Beteiligungsportfolio nach. Insbesondere sei hier die Förderung der Wirtschaft über Beteiligungen an Bürgschaftsbanken (z.B. Bürgschaftsbank Bremen, Niedersächsische Bürgschaftsbank), Spezialkreditinstituten (z.B. Deutsche Factoring Bank) sowie Wirtschaftsförderungsgesellschaften genannt.

Der regionale Bezug wird insbesondere durch die Beteiligung der Bank an mehreren Wohnungsbaugesellschaften, die teilweise dem im Anhang aufgelisteten Anteilsbesitz entnommen werden können, deutlich.

Durch die Veräußerung der mittelbar über die GLB GmbH & Co. OHG gehaltenen Beteiligung an der DekaBank Deutsche Girozentrale und die damit verbundene Kapitalherabsetzung der GLB GmbH & Co. OHG haben sich der Buchwert der Beteiligungen und das Beteiligungsrisiko zum 31. Dezember 2011 gegenüber dem 31. Dezember 2010 deutlich reduziert. Die Bremer Landesbank haftet unabhängig von der Veräußerung gemeinsam mit anderen Gesellschaftern weiterhin als Gewährträger für bestimmte Altverbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale.

Weitere wesentliche Beteiligungstransaktionen wurden im Jahr 2011 nicht durchgeführt.

Primär zielt das Beteiligungsgeschäft auf den strategischen und operativen Nutzen und erst sekundär auf das Ertragspotenzial ab. Im Rahmen der strategischen Fokussierung der Bremer Landesbank wird daher von einer stagnierenden bis rückläufigen Entwicklung des Beteiligungsvolumens ausgegangen. Neue Beteiligungen kommen künftig nur in Betracht, wenn sie einen deutlichen Mehrwert für die Bank respektive die Region generieren.

Sachanlagen/Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien/ Immaterielle Vermögenswerte

Das Sachanlagevermögen, in dem die Betriebs- und Geschäftsausstattung und die betrieblich genutzten Gebäude und Gebäudeteile erfasst werden, hat sich bedingt durch die zum Bilanzstichtag abgeschlossenen Umbaumaßnahmen der Gebäude am Standort Oldenburg und die Fertigstellung der Auslagerung der Rechenzentren der Bank um 2 Mio. € auf 38 Mio. € erhöht. Durch die RZ-Spiegelung erhöht sich der Anteil der Betriebs- und Geschäftsausstattung auf 8 Mio. €.

In der Position „Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien“ werden die zur Fremdnutzung vorgesehenen bzw. fremd vermieteten Immobilien des Konzerns ausgewiesen. Die Verringerung des Bestandes um 2 Mio. € auf 68 Mio. € resultiert aus Umgliederungen in die Sachanlagen.

Die immateriellen Vermögenswerte haben sich um 9 Mio. € auf 11 Mio. € erhöht. Dies resultiert aus von im Rahmen der Migration auf die Systeme der Finanz Informatik erzeugte System- und Anwendungssoftware.

Tatsächliche Ertragsteueransprüche/Aktive latente Steuern/ Sonstige Aktiva

Aus zeitlich begrenzten Unterschieden von Werten in der IFRS-Konzernbilanz für Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten zu den steuerlichen Werten in den Konzerngesellschaften resultieren potenzielle Ertragsteuerentlastungen in der Zukunft, die als aktive latente Steuern ausgewiesen werden und im Jahr 2011 142 Mio. € (Vorjahr: 117 Mio. €) betragen. Darüber hinaus bestehen bereits im HGB-Abschluss unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesene sogenannte laufende Ertragsteueransprüche in Höhe von 6 Mio. € gegenüber 7 Mio. € im Vorjahr. Es ergeben sich somit Ertragsteueransprüche von insgesamt 148 Mio. € gegenüber 124 Mio. € 2010.

Die sonstigen Aktiva betragen per 31.12.2011 27 Mio. € (Vorjahr: 38 Mio. €). Neben Vorräten, Steuererstattungsansprüchen und aktivierten Erstattungen für die Inanspruchnahme aus Avalverbindlichkeiten sind hier Forderungen gegenüber nicht konsolidierten Tochtergesellschaften in Höhe von 14 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €) und Forderungen aus gekündigten Wertpapieren isländischer Banken in Höhe von 7 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €) enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sanken um 5% von 11,6 Mrd. € auf 11,0 Mrd. €. Im Kontext des Rückgangs des Interbankengeschäftes haben die Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften im Vergleich zum Vorjahr deutlich abgenommen, während die befristeten anderen Verbindlichkeiten – vor allem gegenüber inländischen Kreditinstituten – beträchtlich zugenommen haben.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Refinanzierung der Bank über Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stieg um rd. 4% auf 10,6 Mrd. €. Die Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kunden – sowohl aus Geldmarktgeschäften als auch aus anderen Geschäften – nahm jeweils leicht zu. Spareinlagen spielen in der Refinanzierung der Bremer Landesbank nur eine untergeordnete Rolle.

Verbriefte Verbindlichkeiten

In den verbrieften Verbindlichkeiten der Bank werden Pfandbriefe, Kommunalschuldverschreibungen und sonstige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere wie z.B. Commercial Papers ausgewiesen. Der Bestand ist im Jahr 2011 um 3% auf 8,7 Mrd. € zurückgegangen.

Eine differenzierte Darstellung der Refinanzierung der Bank über die verschiedenen Emissionsprogramme findet sich in den Erläuterungen zum Geschäftsfeld Financial Markets in der Segmentberichterstattung im Konzernanhang und im Abschnitt Finanzierungsmaßnahmen.

Rückstellungen

Die Rückstellungen insgesamt betragen für den Konzern Bremer Landesbank zum Jahresende 2011 319 Mio. € (Vorjahr: 320 Mio. €) und sind damit um 1 Mio. € gesunken.

Den weit überwiegenden Teil machen die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen aus, die im Konzern 281 Mio. € nach 275 Mio. € im Vorjahr betragen. Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung wird dabei unter Nutzung bestimmter Parameter, wie z.B. einem konzerneinheitlichen Diskontierungszinssatz basierend auf der Rendite erstrangiger Industrieanleihen mit gleicher Duration, aktuarisch ermittelt. Andere einfließende Parameter sind u.a. Gehalts-, Karriere- und Rententrends und Fluktuationsraten (siehe u.a. Übersicht). Das durch die Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank zweckgebunden angelegte Vermögen – die sogenannten Plan Assets – wird zum Zeitwert (35 Mio. € nach 36 Mio. € 2010) mit dem Barwert der Verpflichtung verrechnet. Darüber hinaus werden durch die Veränderung des Diskontierungszinssatzes entstehende finanzmathematische Gewinne bzw. Verluste erfolgsneutral in einer gesonderten Position im Eigenkapital abgebildet. Im Berichtsjahr betragen diese kumuliert 56 Mio. € (Vorjahr: 56 Mio. €).

Parameter	31.12.2011	31.12.2010
Fluktuation (ohne Ruhestand/Vorruhestand)	1,5%	1,5%
Rechnungszins	5,1%	5,3%
Rententrend		
Vorstand/Vertragsangestellte p.a.	2,5%	2,5%
Gesamtversorgungen p.a.	3,5%	3,5%
Additive Versorgungsleistungen p.a.	2,0%	2,0%
Neue Versorgungsordnung	1,0%	1,0%
ermittelt aus		
Tarifsteigerungen p.a.	2,0%	2,0%
Berufsjahressprünge	—*	—*
Individuellen Gehaltsanhebungen (ruhegehaltfähig) p.a.	0,4%	0,4%
Erhöhungen der gesetzlichen Rente	0,5%	0,5%
Erhöhungen der ÖLV-Rente	1,0%	1,0%
BVV	0,0%	0,0%

* Nicht relevant, da bei den Berechnungen bereits die erreichbaren Endgehälter zugrunde gelegt wurden.

Für Mitarbeiter, mit denen die Bremer Landesbank nach dem 31.12.2008 ein Arbeitsverhältnis begründet hat, ist eine Neuausrichtung der betrieblichen Altersversorgung erfolgt.

Den Versorgungsberechtigten werden jährlich festgelegte Versorgungsbeiträge auf individuellen Versorgungskonten gutgeschrieben, die bis zum Eintritt des Versorgungsfalls mit einem garantierten Zinssatz in Höhe von 3,25% p.a. verzinst werden. Zur Rückdeckung der zugesagten Versorgungsleistungen erwirbt die Bremer Landesbank in Höhe des jeweils gutgeschriebenen Versorgungsbeitrags Wertpapiere. Die Bemessungsgrundlage für die späteren Versorgungsleistungen richtet sich nach dem höheren Wert aus Versorgungskonto (inklusive Garantieverzinsung) und dem Wert des Wertpapiervermögens bei Eintritt des Versorgungsfalls.

Darüber hinaus besteht für die Versorgungsberechtigten die Möglichkeit, der betrieblichen Altersversorgung durch Entgeltumwandlungen eigene Beiträge zuzuführen.

Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft bestanden per Jahresende in einer Höhe von 21 Mio. € nach 26 Mio. € zum Ende des Vorjahres.

Die Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten betragen Ende 2011 16 Mio. € nach 19 Mio. € im Jahr 2010. Hier handelt es sich im Wesentlichen um Verpflichtungen aus dem Personalbereich wie z.B. Vorruhestandsrückstellungen (2011: 12 Mio. €, 2010: 14 Mio. €) oder Jubiläumsrückstellungen (2011: 3 Mio. € wie im Vorjahr).

Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen/Passive latente Steuern/Sonstige Passiva

Aus zeitlich begrenzten Unterschieden von Werten in der IFRS-Konzernbilanz für Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten zu den steuerlichen Werten in den Konzerngesellschaften resultieren potenzielle Ertragsteuerbelastungen in der Zukunft, die als passive latente Steuern ausgewiesen werden und 2 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) betragen. Darüber hinaus bestehen bereits

im HGB-Abschluss sogenannte laufende Ertragsteuerverpflichtungen in Höhe von 32 Mio. € (Vorjahr: 33 Mio. €). Es ergeben sich somit Ertragsteuerverpflichtungen von insgesamt unverändert 34 Mio. €.

Die sonstigen Passiva betragen per 31.12.2011 34 Mio. € gegenüber 24 Mio. € zum Vorjahresende. Davon entfallen 2 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) auf noch abzuführende Steuern und Sozialbeiträge. Darüber hinaus sind in diesem Posten noch zu zahlende Arbeitnehmervergütungen in Höhe von 9 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €) und Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen von 4 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €) enthalten. Die sonstigen Verbindlichkeiten entfallen auf die Zuführung zum Deckungsstock der Unterstützungskasse (4 Mio. €), auf die Passivierung der Gewinnausschüttung der GLB GmbH & Co. OHG (5 Mio. €) sowie auf Verbindlichkeiten der Bremer Landesbank gegenüber Dritten in Höhe von 9 Mio. €.

Nachrangkapital

Das Nachrangkapital des Konzerns Bremer Landesbank beläuft sich zum Jahresende 2011 auf unverändert 1,2 Mrd. €. In dieser Position werden auch die nach HGB dem Eigenkapital zugeordneten Einlagen stiller Gesellschafter ausgewiesen.

Eigenkapital

Das Eigenkapital des Konzerns Bremer Landesbank beträgt insgesamt zum Ende des Jahres 2011 1.048 Mio. €. Es hat damit um 59 Mio. € oder 0% zugenommen. Seit Beginn der Bilanzierung nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung zum Jahresanfang 2006 hat sich das Eigenkapital des Konzerns um 159 Mio. € oder 18% erhöht.

Da nach IFRS auch Sachverhalte, die die Vermögenslage des Konzerns betreffen, direkt im Eigenkapital erfasst werden – d.h. die Wertveränderung der in der Kategorie Available for Sale erfassten Vermögenswerte – und nicht durch die Gewinn- und Verlustrechnung laufen, kommt der Veränderung des Eigenkapitals eine höhere Bedeutung zu als nach den bis 2006 für die Konzernrechnungslegung anzuwendenden Vorschriften des HGB.

Das gezeichnete Kapital des Mutterunternehmens beträgt unverändert 140 Mio. €. Die Kapitalrücklage beläuft sich ebenfalls unverändert auf 40 Mio. €.

Die Gewinnrücklagen im Konzern Bremer Landesbank sind von 763 Mio. € zum Ende des Jahres 2010 auf 866 Mio. € oder 13% angestiegen. In die Gewinnrücklagen wird im laufenden Jahr der Jahresüberschuss des Vorjahres vermindert um Ausschüttungen an die Träger des Mutterunternehmens eingestellt.

Der Jahresüberschuss des Konzerns Bremer Landesbank beträgt im Jahr 2011 131 Mio. € (Vorjahr: 49 Mio. €). Zur Ausschüttung an die Träger der Bremer Landesbank AöR sind wie im Vorjahr 28 Mio. € vorgesehen.

Die Rücklage aus Erstanwendung, in der die Unterschiede von Vermögenswerten und Verpflichtungen zwischen der nationalen Rechnungslegung und der erstmaligen Anwendung von IFRS als ein fixer Bestandteil dargestellt werden, beträgt 185 Mio. €.

Die versicherungsmathematischen Erfolge aus Pensionsrückstellungen betragen unverändert 56 Mio. €.

Die Neubewertungsrücklage, in der die Wertänderungen der in der Kategorie Available for Sale geführten Vermögenswerte abgebildet werden, hat sich im Jahr 2011 um 44 Mio. € auf 2 Mio. € verringert. Der Rückgang resultiert hauptsächlich aus dem Verkauf der Beteiligung an der De-kaBank Deutsche Girozentrale.

Die Kernkapitalquote des Mutterunternehmens belief sich zum Jahresende unter Berücksichtigung der Gewinnverwendung und der im Jahresabschluss gebildeten Wertberichtigungen auf 9,1% (Vorjahr: 9,3%).

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Das Volumen des als Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen dargestellten traditionellen außerbilanziellen Geschäftes der Bremer Landesbank bewegte sich per Jahresende auf einem leicht reduzierten Niveau von 1,1 Mrd. € (Vorjahr: 1,2 Mrd. €).

Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 2,6 Mrd. € nach 2,8 Mrd. € zum Ende des Vorjahres.

Darüber hinaus bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen des Konzerns Bremer Landesbank aus den im Konzernanhang angegebenen Sachverhalten.

Finanzierungsmaßnahmen

Im Jahr 2011 waren die begebenen Inhaber- und Namensschuldverschreibungen erneut die wichtigste überjährige Refinanzierungsquelle der Bank.

Der Bruttoabsatz im Emissionsgeschäft der Bremer Landesbank einschließlich aufgenommener Schulscheindarlehen betrug 2,3 Mrd. € (ohne ECP-Programm und EIB-Darlehen) gegenüber 1,8 Mrd. € im Jahr 2010.

Das Volumen der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen betrug zum Jahresende unverändert 17,4 Mrd. € (Vorjahr: 17,4 Mrd. €).

Das ausstehende Gesamtvolumen aufgenommener Refinanzierungsdarlehen bei der Europäischen Investitionsbank betrug per 31.12.2011 rd. 1,0 Mrd. € (Vorjahr 1,1 Mrd. €).

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt laufend die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Das European-Commercial-Paper-Programm (ECP-Programm) wurde im Jahr 2011 in den Währungen EUR, USD, CHF und GBP bedarfsgerecht/gezielt genutzt. Per 31.12.2011 beträgt das ausstehende Volumen 0,524 Mrd. € Gegenwert (Vorjahr: 0,566 Mrd. €).

Kennzahlen

Der Return on Equity (RoE) für das Berichtsjahr 2011 nach der oben definierten Bewertungsformel beträgt 15,8% nach 7,0% im Vorjahr. Der deutliche Anstieg resultiert aus mehreren zusammenwirkenden Faktoren:

- das erhebliche Ertragswachstum aus dem operativen Geschäft ergänzt um Einmaleffekte,
- die Verbesserung des Bewertungsergebnisses aus Kreditderivaten und
- die im Vergleich zum Vorjahr relative Konstanz der Kosten.

Die Cost-Income-Ratio (CIR) beläuft sich auf 36,4% nach 57,0% im Jahr 2010. Die operativen Erträge der Bremer Landesbank sind also im Jahr 2011 stärker gestiegen als die Verwaltungsaufwendungen. Damit hat das konsequente Kostenmanagement der Bremer Landesbank auch zur deutlichen Verbesserung der Kennzahl beigetragen.

Die Risikoquote (definiert als das Verhältnis zwischen dem Risikovorsorgeaufwand im Kreditgeschäft und den Risikoaktiva) per 31.12.2011 beträgt 0,62% nach einem Stand von 0,43% im Vorjahr. Der Anstieg resultiert aus der gestiegenen Risikovorsorge im Kreditgeschäft – insbesondere bei den Schiffsfinanzierungen.

Die Eigenmittelanforderungen nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) betragen insgesamt rd. 1,4 Mrd. € (Vorjahr: rd. 1,4 Mrd. €), was Risikoaktiva in Höhe von rd. 17,9 Mrd. € (Vorjahr: rd. 17,4 Mrd. €) entspricht. Die Gesamtkennziffer beläuft sich auf 10,6% nach 11,0% zum Ende des Vorjahres. Wesentliche Ursachen für den Anstieg der Risikoaktiva und das Absinken der Gesamtkennziffer sind Ratingmigrationen und damit ein höherer sogenannter Shortfall für IRBA-Positionen. Eine zusammengefasste Meldung nach § 10a KWG ist wegen der Befreiungsvorschrift des § 10a Abs. 10 KWG nicht erforderlich.

Investitionstätigkeit

Die Bremer Landesbank plant nach wie vor, erhebliche Investitionen in die Modernisierung und Umgestaltung ihrer Gebäude zu tätigen. Am Standort Oldenburg wurden die Baumaßnahmen im Jahr 2011 abgeschlossen und die neuen Räumlichkeiten werden inzwischen bankbetrieblich genutzt. Für den Standort Bremen wurde im Jahr 2011 der Architektenwettbewerb durchgeführt. Die Baumaßnahmen befinden sich derzeit in der logistischen Vorbereitungsphase.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Nähe zu den Märkten und den Menschen, die in der Region arbeiten und leben, ist für die Bremer Landesbank Anspruch und Verpflichtung zugleich. Dies dokumentiert sich z.B. in ihrem sozialen und gesellschaftlichen Engagement, in der Auslobung des Förderpreises NordWest Award, aber auch darin, dass der Konzern Bremer Landesbank mit seinen durchschnittlich 1.098 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vorjahr: 1.058) zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor des Landes Bremen und der Nordwest-Region zählt. Sie bietet attraktive Arbeitsplätze, was sich auch in der im Branchenvergleich niedrigen Fluktuationsrate von 1,4% (Vorjahr: 2,0%) und einer vergleichsweise hohen durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 16,2 Jahren (Vorjahr: 16,1 Jahre) für die Bremer Landesbank AöR widerspiegelt.

Als führende Regionalbank im Nordwesten hat es sich die Bremer Landesbank vorgenommen, auch in Sachen Familienfreundlichkeit mit gutem Beispiel voranzugehen und für ihre Beschäftigten eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erreichen. Dafür wurde sie 2010 von der berufundfamilie gGmbH in Berlin mit dem Zertifikat zum audit berufundfamilie ausgezeichnet.

Die vorstehenden Sachverhalte beschreiben bereits einen kleinen Teil des Bestrebens der Bremer Landesbank, ihr Handeln in allen Bereichen nachhaltig in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht zu gestalten. Hierzu hat sie 2011 erstmalig einen Nachhaltigkeitsstatus entwickelt, der in einem gesonderten Dokument veröffentlicht wurde. Die Bank wird ihre Aktivitäten zum Thema Nachhaltigkeitsmanagement in den nächsten Jahren weiter intensivieren.

Gesamtaussage

Das trotz schwieriger konjunktureller Lage – insbesondere bei den Schiffsfinanzierungen – sehr gute Ergebnis des Jahres 2011 bestätigt die Ausrichtung der Bremer Landesbank als Regionalbank mit Spezialitäten – im und für den Nordwesten. In enger Zusammenarbeit mit den Sparkassen und den Verbundpartnern hat sie sich nachhaltig als führende Bank in der Region positioniert und etabliert und ist nach wie vor mit Abstand größter Partner der mittelständischen Wirtschaft im Nordwesten. Mit der rechtzeitigen und konsequenten Ausrichtung auf ihr Geschäftsmodell hat die Bremer Landesbank sich gut positioniert, um auch in eventuell schwierigerem wirtschaftlichen Umfeld in sicherem Fahrwasser profitabel zu bleiben und ihre geschäftliche Entwicklung in den Jahren 2012 und 2013 weiter zielgerichtet voranzutreiben.

D. Segmentberichterstattung

Informationen zu den Geschäftsfeldern

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Management Approach“, der verlangt, die Segmentinformationen auf Basis der internen Berichterstattung so darzustellen, wie sie vom sogenannten „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu den Segmenten und zur Beurteilung ihrer Performance herangezogen werden. Im Bremer Landesbank Konzern übt der Vorstand die Funktion des „Chief Operating Decision Maker“ aus.

Die Segmentberichterstattung dient der Information über die Geschäftsfelder des Konzerns und erfolgt in Übereinstimmung mit dem Geschäftsmodell der Bank. Die Segmente werden dabei als Kunden- oder Produktgruppen definiert, die sich an den Organisationsstrukturen des Konzerns orientieren. Mit Blick auf die überwiegend regionale Geschäftstätigkeit der Bank kommen Abgrenzungsmerkmale für eine geografische Segmentierung nicht in Betracht. Die Anzahl der Segmente im Konzern ist gleich geblieben. Folgende Segmente werden in der Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern betrachtet.

Geschäftsfeld Firmenkunden

Das Geschäftsfeld Firmenkunden, ausgerichtet auf das Geschäft mit mittelständischen Firmenkunden und Gewerbekunden in der Nordwest-Region, steht seinen Kunden als zuverlässiger und innovativer Partner bei Finanzdienstleistungen zur Verfügung.

Im Jahr 2011 wurden die Vertriebsaktivitäten weiter ausgebaut. In einem sehr unterschiedlichen Marktumfeld konnten die Ertragserwartungen an das Geschäftsfeld deutlich übertroffen werden. Sowohl bei Investitionsdarlehen als auch bei Betriebsmittelkrediten ist im Jahresverlauf ein erfreulicher Anstieg der Volumina zu verzeichnen. Die klassische Investitionstätigkeit in der Region war zeitweise etwas verhalten, die vertriebliche Verstärkung des Bereiches „Öffentliche Fördermittel“ führte aber auch bei langfristigen Finanzierungen zu erfreulichen Volumenausweitungen. Trotz gestiegenem Kreditvolumen lagen die Risikokosten deutlich unterhalb der antizipierten Werte.

Als hoffnungsvolles Nischenprodukt zeigte sich der Warenterminhandel im Agrar-Segment, hier konnte eine deutliche Ausweitung erzielt werden. Mit der Einführung einer elektronischen Handelsplattform zum Jahresende 2011 wurde die Basis für einen weiteren Ausbau gelegt. Das 2011 deutlich in Bewegung befindliche Zinsniveau führte zu einer zunehmenden Nachfrage nach derivativen Produkten. Volatile Märkte können 2012 zu weiter steigenden Erträgen aus Absicherungsprodukten führen.

Für 2012 erwarten wir generell eine verhalten positive Entwicklung der Ertragslage. Hierbei ist von wesentlicher Bedeutung, dass der konjunkturelle Verlauf sich nicht zu deutlich eintrübt und sich die Kreditnachfrage auf hohem Niveau hält. Eine gesunde Risikostruktur in Verbindung mit einer komfortablen Eigenkapitalausstattung versetzt uns auch in Zukunft in die Lage, umfangreiche Investitionsvorhaben der Kunden zu begleiten.

Insgesamt ist es das Ziel des Geschäftsfeldes Firmenkunden, die führende Bank im Firmenkundengeschäft der Region zu sein und dies durch weiter steigende Marktanteile zu unterlegen.

Die Bremer Landesbank hat traditionell in der Region den Ruf als stabiler und verlässlicher Partner. Während der Wirtschaftskrise konnte dieser Vertrauensbonus noch ausgebaut werden. Wir sehen darin eine gute Basis, neue Kunden gewinnen zu können und bei bedeutenden Unternehmen noch stärker die Hausbankfunktion zu übernehmen.

Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen

Das Spezialfinanzierungsgeschäft der Bremer Landesbank umfasst das Schiffsfinanzierungsgeschäft, die Refinanzierung von Mobilien-Leasing- und Factoringgesellschaften sowie Sozialimmobilien und Erneuerbare Energien mit den Teilsegmenten Windkraft, Biogas und Photovoltaik.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank hat sich auch im Jahr 2011 weiterhin positiv entwickelt. Die Wachstumsdynamik der Spezialfinanzierungen verläuft seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise insgesamt moderater. Insbesondere bei den Schiffsfinanzierungen hat dies spürbare Auswirkungen gehabt. Die Risikovorsorge verlief zwar über den Prognosewerten, die von einer Seitwärtsbewegung auf den Märkten ausgingen, aber aufgrund der hohen Granularität des Portfolios dennoch ohne substantielle Beeinträchtigung der Ertragslage der Bremer Landesbank. Die geplante Ertragsentwicklung konnte im Geschäftsfeld dennoch erneut erreicht werden. Insbesondere die Erneuerbaren Energien wussten Marktchancen zu nutzen und konnten über Plan wachsen.

Im Schiffsfinanzierungsgeschäft hat die Bremer Landesbank seit Verschärfung der Schifffahrtskrise nur selektives Neugeschäft in begrenztem Umfang getätigt. Das Volumenwachstum ist insbesondere auf Ablieferungen aus bereits in den Vorjahren kontrahiertem Geschäft zurückzuführen. Das von der Bremer Landesbank praktizierte Krisenmanagement erweist sich als umsichtig und tragfähig. Die Bremer Landesbank ist unverändert auf mögliche Leistungsstörungen, bedingt durch die Schifffahrtskrise, vorbereitet und wird, sofern erforderlich, die Risikovorsorge entsprechend anpassen. Gleichmaßen ist die Bank mit nachhaltigen Finanzierungsstrukturen und langjährigen Direktkundenbeziehungen unverändert gut aufgestellt und geht allerdings erst ab 2013 von einer langsamen Markterholung aus. Langfristig wird aufgrund des Globalisierungstrends mit steigendem Welthandelsvolumen ein zunehmender Bedarf an moderner Schiffstonnage erwartet.

Bei der Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften konnte die Bremer Landesbank ihre Position als führender Finanzierer mittelständischer Leasinggesellschaften 2011 behaupten und die Ertragssituation weiter ausbauen. Die Bremer Landesbank nimmt seit 2008 die Kompetenzzentrumfunktion innerhalb der NORD/LB-Gruppe in diesem Teilsegment wahr und ist bei breiterer Kundenbasis unverändert verlässlicher Partner für banknahe Leasinggesellschaften. Seit Beginn des Jahres 2011 konnten darüber hinaus erste Geschäftsabschlüsse bei der Refinanzierung von Factoringgesellschaften erzielt werden.

Der deutliche Schwerpunkt in der Finanzierung von Sozialimmobilien der Bremer Landesbank liegt in der Finanzierung von Pflegeheimen, für die die Bank ebenfalls die Kompetenzzentrumfunktion im NORD/LB-Konzern übernommen hat. Die demografische Entwicklung und der insgesamt zunehmende stationäre Pflegebedarf unterstreichen die strategische Bedeutung des Bereiches.

Im Segment der regenerativen Energien verzeichnete die Bremer Landesbank im abgelaufenen Geschäftsjahr ein deutliches Wachstum. Die Neugeschäftsentwicklung spiegelt auch den verstärkten Strukturierungs- und Finanzierungsbedarf der Kunden nach erfolgter Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wider. Insbesondere Windkraft und Photovoltaik konnten weiterhin von positiven Rahmenbedingungen profitieren. Innerhalb der NORD/LB-Gruppe nimmt die Bremer Landesbank die Kompetenzcenterfunktion für Biogas und Photovoltaik in Deutschland wahr. Darüber hinaus werden erfahrene Kunden selektiv ins europäische Ausland begleitet.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank sieht sich mit der Fokussierung auf die Teilsegmente Schifffahrt, Leasingrefinanzierung, Sozialimmobilien und Erneuerbare Energien bei nachhaltiger Ausrichtung auf langjährige, verlässliche Kundenbeziehungen im überwiegend mittelständischen Bereich weiterhin gut positioniert.

Geschäftsfeld Privatkunden

Das Geschäftsfeld Privatkunden bündelt die gesamten Aktivitäten der Bremer Landesbank im Geschäft mit den privaten Kunden. Der Bereich besteht aus den Geschäftseinheiten Privatkundenbetreuung, Private Banking sowie dem Asset- und Wertpapiermanagement.

Die Krise an den internationalen Finanzmärkten hat sich auch auf das Geschäftsfeld Privatkunden ausgewirkt. Insbesondere hat diese Situation zu einem erhöhten Informationsbedarf seitens der Kunden geführt. Hier konnte die Bremer Landesbank durch professionelles Kundenmanagement das Vertrauen der Kunden nachhaltig stärken. Dies wurde uns auch in den sehr guten Ergebnissen der durchgeführten Kundenzufriedenheitsanalyse bestätigt und widergespiegelt.

Das Augenmerk gilt nach wie vor dem weiteren Ausbau des Marktanteils im Private Banking. Die Geschäftsentwicklung unterstreicht auch 2011 die aufgebaute Positionierung als Premiumanbieter im Private Banking.

Ein wesentlicher Baustein für die positiven Ergebnisse ist die konsequente Umsetzung des ganzheitlichen Beratungsansatzes. Im Private Banking wird dies durch unter finanzplanerischen Aspekten erstellte Vermögenskonzepte unterstützt. Im Kundensegment der Privatkundenbetreuung wurde das ebenso auf finanzplanerischen Aspekten beruhende Finanzkonzept mit großem Erfolg auch für weniger komplexe Vermögenssituationen eingeführt.

Mit großem Erfolg wurde das „Unternehmerbanking“ weiter vorangetrieben. Auch hier hat sich die ganzheitliche Beratungsphilosophie als Erfolgstreiber herausgestellt. Durch eine enge Zusammenarbeit und Vernetzung mit den Bereichen Spezialfinanzierungen und Firmenkunden wird die Kompetenz des Private Banking in dieser Kundenklientel gut angenommen. Eine noch stärkere Fokussierung der Berater im Private Banking auf den „Unternehmer und Selbstständigen“ soll den Erfolg verstetigen.

Ein weiterer Baustein für die positiven Ergebnisse ist, dass das Geschäftsfeld Privatkunden über ein eigenes, unabhängiges Portfolio-Management verfügt. Die Ergebnisse des hier konzipierten SIP®-Investmentprozesses kommen insbesondere in den Vermögensverwaltungen, der SIP®-Fondsfamilie sowie im Beratungsprozess zum Tragen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich der Trend aus dem letzten Jahr – die verhaltene Nachfrage der Kunden nach Wertpapierprodukten, die sich zudem überwiegend auf sogenannte sichere Anlagen erstreckte – auch in diesem Jahr fortgesetzt hat.

Geschäftsfeld Financial Markets

Das Geschäftsfeld Financial Markets der Bremer Landesbank stellt den Zugang zu den nationalen und internationalen Finanzmärkten für die privaten und institutionellen Kundengruppen sowie für das Eigengeschäft der Bank bereit. Die über- und unterjährigen Refinanzierungsmaßnahmen der Bremer Landesbank werden ebenfalls im Geschäftsfeld Financial Markets durchgeführt.

Mit dem über das Kunden- und Kontrahentenportfolio generierten Geschäftsvolumen trägt das Geschäftsfeld Financial Markets der Bremer Landesbank wesentlich zu bilanzrelevanten Positionen des Konzerns bei.

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank 2011 neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt laufend die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Das operative Kapitalmarktgeschäft wurde in einem Marktumfeld durchgeführt, das im Jahresverlauf 2011 wesentlich durch die Auswirkungen der Euro-Krise und die länder- und institutionenübergreifenden Bemühungen zur Begrenzung der Folgen auf den Finanz- und Realmärkten gekennzeichnet war.

Die Treasury-, Handels- und Vertriebsaktivitäten der Financial-Markets-Einheiten der Bremer Landesbank erwiesen sich dabei als erfolgreich, wobei die Steuerung der Liquiditäts- und Zinsrisiken, die durchgängige Sicherstellung der Liquidität der Bank und die Versorgung der oben genannten Kundengruppen mit Geld- und Kapitalmarktprodukten die Schwerpunkte des Handels bildeten.

Die Sales-Einheiten des Geschäftsfeldes verzeichneten 2011 erneut hohe Umsätze und einen anhaltend intensiven Beratungs- und Betreuungsbedarf in allen Geld-, Devisen- und Derivatprodukten.

Auch 2011 zeigten die Credit Spreads ihre Wirkung auf das Bewertungsergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und damit das Segmentergebnis insgesamt. Die immer noch negativen Ergebnisse aus der CDS-Bewertung konnten durch die operativen Aktivitäten des Geschäftsfeldes Financial Markets kompensiert werden und es konnte durch den erfreulichen Zinsüberschuss ein positives Segmentergebnis mit einer deutlichen Steigerung zum Vorjahr erzielt werden.

Das im Geschäftsfeld Financial Markets ebenfalls betriebene Verbundgeschäft der Bremer Landesbank wurde 2011 mit der ganzheitlichen Betreuung der verbundenen Sparkassen mit Erfolg fortgesetzt.

Im Konsortialgeschäft mit Firmenkunden der verbundenen Sparkassen standen neben dem klassischen Finanzierungsgeschäft erneut das Zins- und Währungsmanagement sowie das dokumentäre Auslandsgeschäft im vertrieblichen Fokus.

Ein weiterer Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten im Verbund bleibt die Refinanzierung der öffentlichen Hand.

Neben den eigenen Finanzierungsangeboten gegenüber Gebietskörperschaften bildete die Unterstützung der Verbundsparkassen bei deren Finanzierung der öffentlichen Hand einen weiteren Teil der Vertriebsaktivitäten.

Zusammenfassend ist es in einem nicht leichten wirtschaftlichen Umfeld mit ausgeprägten Wettbewerbsstrukturen gelungen, ein positives Segmentergebnis zu erzielen und das Ergebnis des Vorjahres deutlich zu übertreffen.

E. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Lage der Bank nach Abschluss des Geschäftsjahres 2011 sind bis zur Aufstellung des Konzernabschlusses mit Ausnahme des nachstehend geschilderten nicht eingetreten bzw. im Konzernabschluss berücksichtigt.

Für die im Exposure gegenüber Griechenland enthaltenen Kreditderivate auf den griechischen Staat muss die Bremer Landesbank aufgrund der aktuellen Sachlage nunmehr davon ausgehen, aus der Sicherungsgeberposition in Anspruch genommen zu werden. Die auf das Jahr 2012 entfallende wahrscheinliche Belastung des Handelsergebnisses durch die Fair-Value-Bewertung des Volumens an CDS auf Griechenland in Höhe von umgerechnet 58,6 Mio. € könnte bis zu rd. 14 Mio. € betragen.

Bestandsgefährdende Risiken liegen unverändert nicht vor.

F. Prognosebericht

Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

Nach den Dynamikverlusten der Weltwirtschaft seit Frühjahr 2011 erwarten die führenden internationalen Wirtschaftsinstitute für 2012 verhaltenes Wachstum der Weltwirtschaft. Der IWF unterstellt für 2012 eine Zunahme der weltwirtschaftlichen Leistung in Höhe von 3,3%. Auch 2012 bleiben die Schwellenländer mit einem Anteil an der Weltwirtschaft von circa 50% wesentlicher Motor der Weltwirtschaft. Der IWF erwartet in diesem Segment ein Wachstum in einer Größenordnung von 5,4% nach 6,2% 2010. Die Industrienationen sollen laut Prognose des IWF mit 1,2% nach 1,6% 2010 aufwarten.

Die aktuellen Prognosen stellen ein Echo auf die Defizitkrise in der Eurozone und deren bisherige makroökonomische Folgen dar.

Aus der Analyse der globalen zyklischen Kräfte, ob Lagerzyklus oder Investitionsgüterzyklus, lassen sich keine nachhaltigen Sättigungseffekte erkennen. Im Gegenteil hat die abnehmende Konjunkturdynamik des Jahres 2011 Potenzial für eine stärkere weltwirtschaftliche Konjunkturlage geschaffen, sofern eine nachhaltige Beordnung in der Defizitkrise der Eurozone erfolgt. Einkaufsmanagerindizes deuten seit zwei bis drei Monaten in Richtung einer globalen Konjunkturbelebung.

Die Reaktionen an den Finanzmärkten zu Beginn des Jahres 2012 implizieren eine entspanntere Haltung gegenüber den meisten Reformländern. In der Ausrichtung der Krisenpolitik innerhalb der Eurozone ergeben sich qualitative Veränderungen in Richtung verstärkter Solidarität für die Erhaltung der politischen Integrität der Eurozone, die zwingende Voraussetzung für eine nachhaltige Beordnung der europäischen Probleme sind. Auch die anstehende Umsetzung des Fiskalpakts als Beginn der Stabilitätsunion vor dem Hintergrund der im Vergleich zu den USA, Japan und Großbritannien deutlich besseren Neu- und Gesamtverschuldungsdaten signalisiert positives Überraschungspotenzial für die Eurozone mit korrespondierenden konjunkturellen Wirkungen auf globaler Basis. Entsprechend sind die aktuell kursierenden Wachstumsprognosen für die Weltwirtschaft als verhalten zu klassifizieren. Dennoch wird die weitere Entwicklung von Unsicherheit geprägt sein.

Die Deutsche Bundesbank schreibt in ihrem Monatsbericht Januar 2012, dass sich zum Jahresbeginn 2012 eine konjunkturelle Seitwärtsbewegung nach der Abschwächung im 4. Quartal 2011 andeutet. Die Bundesbank beruft sich auf positiv veränderte Erwartungshaltungen in der gewerblichen Wirtschaft.

Deutschlands Wirtschaft ist mit der Weltwirtschaft unter anderem über den Sektor der Investitionsgüter eng verbunden. Die Prognose des IWF für das deutsche BIP mit einem Wachstum von 0,3% im Jahr 2012 ist Ausdruck der Extrapolation der Situation der letzten neun Monate. Hinsichtlich des Status des Investitionsgüterzyklus und Lagerzyklus in der Weltwirtschaft ist diese Prognose als moderat zu klassifizieren.

Die anhaltende freundliche Situation am deutschen Arbeitsmarkt mit entsprechenden positiven Konsequenzen für den Konsum bietet 2012 binnenwirtschaftliche Stabilität und Wachstumspotenzial. Die Baubranche wird auch 2012 einen Wachstumsbeitrag liefern. Gefüllte Auftragsbü-

cher mit Reichweiten von durchschnittlich circa neun Monaten in den Sektoren Chemie, Maschinenbau und Automobile trotz der konjunkturellen Abschwächung 2011 implizieren höheres Wachstumspotenzial als derzeit im Konsensus unterstellt. Gerade die Tatsache, dass es keine nennenswerte Stornoquote in dem Abschwung gab, unterstreicht die These einer nicht gegebenen Sättigung in der globalen Zyklus. Entsprechend ergibt sich gegenüber den kursierenden Wachstumsprognosen positives Überraschungspotenzial für die deutsche Wirtschaft.

Infolge des hohen Wachstums während der letzten zwei Jahre als auch den Folgen der Agenda 2010 geht die fiskalische Gesundung des öffentlichen Haushalts in Deutschland voran. So wie das Jahr 2011 hinsichtlich der Haushaltsprognosen der Bundesregierung massiv positiv überraschte, ergibt sich auch für das Jahr 2012 gegenüber der Planung positives Überraschungspotenzial losgelöst von den fiskalischen Anforderungen für die Dotierung des ESM mit Eigenkapital.

Die Finanzmärkte zeigen zu Beginn des Jahres 2012 eine geringer ausgeprägte Risikoaversion. Anpassungen der extrem untergewichteten Positionierung in Risikoaktiva sind hier maßgebliche Hintergründe.

Die Bereitschaft der Federal Reserve, an der Nullzinspolitik dauerhaft bis voraussichtlich 2014 festzuhalten, und die Geldpolitik der EZB mit unlimitierten Tendergeschäften über eine Laufzeit von 36 Monaten unterstreichen den Willen der entscheidenden Zentralbanken, Grundlagen für konjunkturelle Stabilität und Expansion zu liefern. Sie schaffen damit auch Anreize für eine Positionierung in den Klassen der Risikoaktiva mit dem Ziel, die Funktionalität dieser Märkte für die Realwirtschaft zu beleben und zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund sind die deutschen Bundesanleihen derzeit „ambitioniert“ bewertet. Aktien (DAX) sind im historischen Vergleich und unter zyklischen Gesichtspunkten unterbewertet. Die verhalten eingeschätzten Inflationspotenziale basieren auf den moderaten Wachstumsprognosen und sind 2012 anfällig für Revisionen.

Region

Laut Handelskammer-Konjunkturreport 2012 ergibt sich in Bremen zum Jahresbeginn eine anhaltend gute Geschäftslage. Die aktuelle Umfrage deutet für Bremen für das Gesamtjahr 2012 in den Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes, des Handels und des Dienstleistungssektors auf ein moderates Wachstum hin.

Zwei Drittel der Industriebetriebe zeigen sich zum Jahresanfang 2012 optimistisch. Der Index der Auftragseingänge bewegt sich knapp unter dem Wert des Vorjahres. Die Baubranche blickt verhalten in die Zukunft. Der Groß- und Außenhandel unterstellt eine Konjunkturberuhigung und erwartet, dass der Export seine Rolle als Konjunkturmotor verliert. Das Gastgewerbe zeigt sich zuversichtlich trotz der Tourismusabgabe. Dagegen ist die Bewertung der aktuellen als auch der zukünftigen Lage im Einzelhandel durchwachsen und bestenfalls als moderat zu klassifizieren. Die Verkehrs- und Logistikwirtschaft bietet ein uneinheitliches Bild mit leicht negativen Vorzeichen.

Anders als zu Jahresbeginn 2011 werden die Risiken und damit einhergehend die Herausforderungen ausgeprägter eingeschätzt. Neben der europäischen Defizitkrise und den Folgen an den Finanzmärkten sind die Fragen der Energie- und Rohstoffversorgung als kritische Themen im Unternehmenssektor definiert.

Gemäß der IHK Bremerhaven ergibt sich für 2012 eine weitgehend identische Einschätzung der Konjunkturlage als auch der Risiken für 2012 im Vergleich zu der bremischen Bewertung.

Die Oldenburgische Industrie- und Handelskammer präsentiert eine positive Konjunktüreinschätzung für 2012. Der Konjunkturklimaindex, der sowohl die gegenwärtige als auch zukünftige Lage misst, stieg zuletzt auf 125 Punkte und erreichte damit einen Wert wie zu Hochkonjunkturzeiten. Jedes vierte Unternehmen erwartet im laufenden Jahr eine günstigere Entwicklung, während 60% der Unternehmen eine gleich bleibende Lage prognostizieren. Inländische Investitionsnachfrage und der Konsum werden als tragende Faktoren definiert. Der Beitrag der Exporte wird schwächer als zuvor eingeschätzt.

Industrieunternehmen, Baugewerbe, Binnengroßhandel, Verkehrsunternehmen und Dienstleistungsgewerbe sind 2012 die maßgeblichen Katalysatoren für eine Fortsetzung des positiven Konjunkturbildes. Der Einzelhandel zeigt sich in der Erwartungshaltung verhaltener.

Die Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg bietet für 2012 einen optimistischen Ausblick. Nach einer leichten Abschwächung zum Jahresende dominiert Zuversicht. Die Staatsdefizitkrise der Eurozone wird als maßgebliches Risiko klassifiziert. Der Großhandel, das Verkehrsgewerbe und der Dienstleistungssektor stechen mit besonders positiven Einschätzungen hervor. Stabile Ertragslagen überwiegen. Die optimistische Grundhaltung der Unternehmen schlägt sich am Arbeitsmarkt nieder. Mehr als 95% der befragten Unternehmen gehen von gleich bleibenden oder steigenden Beschäftigungszahlen aus. Die Investitionsbereitschaft bleibt gegeben. Knapp zwei Drittel der Unternehmen wollen ihre Investitionen ausweiten. Das Auslandsgeschäft wird dagegen kritischer bewertet.

Bremer Landesbank

Mit der rechtzeitigen und konsequenten Ausrichtung auf ihr Geschäftsmodell hat die Bremer Landesbank sich gut positioniert, um auch in schwierigerem wirtschaftlichen Umfeld in sicherem Fahrwasser profitabel zu bleiben und ihre geschäftliche Entwicklung in den Jahren 2012 und 2013 weiter zielgerichtet voranzutreiben. Die akute Krise auf den Finanz- und Kapitalmärkten hat zwar weiter nachgelassen, die zugenommene Unsicherheit über die Finanzierbarkeit der hohen Verschuldung einiger Staaten hat jedoch weiterhin zu deutlichen Ausschlägen auf den Märkten geführt. Dies wird vermutlich auch in den kommenden Jahren noch eine Rolle spielen.

Unterstützende Impulse werden von den diversen Konjunkturmaßnahmen der öffentlichen Hand, aber auch von der Geschäftsausweitung in Zukunftsbranchen erwartet. Die Anerkennung des Nordwestens als Metropolregion kann der regionalen Wirtschaft, insbesondere dem Mittelstand, zu weiterem Wachstum verhelfen, ebenso umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen entlang von Straße, Schiene und Wasserwegen sowie Großprojekte, wie z.B. in der Hafenwirtschaft.

Der Wettbewerb im Kreditgewerbe wird weiter zunehmen. Speziell der in der Vergangenheit oftmals untergewichtete Mittelstand ist mittlerweile in den Fokus der Großbanken geraten. Mit Blick auf Wettbewerbsvorteile wie ortsansässige Beratung, kurze Entscheidungswege und Kapitalmarktcompetenz vor Ort, Expertise im Auslandsgeschäft und eine umfangreiche Produkt- und Leistungspalette ist die Bremer Landesbank dennoch zuversichtlich, sich im Wettbewerb um dieses risikoarme und ertragreiche Geschäft nicht nur zu behaupten, sondern ihre Marktanteile durchaus noch weiter ausbauen zu können.

Die nachhaltig gestärkte Kooperation mit den verbundenen Sparkassen und Landesbanken, kurze Entscheidungswege und hohe Reaktionsgeschwindigkeit bilden Erfolg versprechende Rahmenbedingungen für eine weitere solide Entwicklung des Ergebnisses in den Kerngeschäftsfeldern.

Die im Immobiliengeschäft tätigen Tochtergesellschaften der Bank gehen von mittel- bis langfristig stabilen bzw. langfristig kontinuierlich steigenden Ergebnissen aus.

Die BLB Leasing GmbH geht davon aus, dass das Neugeschäftsvolumen sowie der Ertrag das Niveau des Jahres 2010 erreichen werden. Die Entwicklung der Wirtschaftskraft der Unternehmen in der Region schafft die Voraussetzungen dafür, dass die BLB Leasing GmbH in Zusammenarbeit mit der Bremer Landesbank ihre Funktion als Investitionsfinanzier für die gemeinsamen Kunden wahrnehmen kann. Wichtigstes und weiter auszubauendes Geschäftsfeld bleibt nach wie vor das Direktgeschäft mit Kunden der Bremer Landesbank durch die Kundenbetreuer der Bremer Landesbank.

Gesamtbanksteuerung

Verantwortung für die laufende Weiterentwicklung der wert- und risikoorientierten Steuerung trägt der Bereich Gesamtbanksteuerung. 2011 wurde das Berichtswesen der Bank planmäßig und systematisch weiterentwickelt. Im Zuge der Mittelfristplanung wurden zudem die voraussichtlichen aufsichtlichen Anforderungen nach Basel III berücksichtigt.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Nach den Einschätzungen der Bank wird der Konzernjahresüberschuss in den Jahren 2012 und 2013 zuerst zurückgehen, um in der Folge wieder konstant anzusteigen. Die Bank geht trotz der im Kreditgewerbe normalerweise erst mit einiger Verzögerung zu spürenden Rezessionsauswirkungen davon aus, auch in den kommenden Jahren in der Lage zu sein, ihre Kapitalbasis weiter zu stärken und eine angemessene Dividende auszuschütten. Eine Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsmaßnahmen wird nach den Planungen der Bank nicht erforderlich sein.

In den kommenden Jahren wird von einer zuerst etwas verhalteneren Entwicklung des Zinsergebnisses ausgegangen, danach wird ein kontinuierlicher Anstieg unterstellt.

Der Risikovorsorgebedarf in den Jahren 2012 und 2013 wird voraussichtlich noch durch die allmählich nachlassenden realwirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise geprägt sein. Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der Bremer Landesbank insbesondere durch die Entwicklungen in der Handelsschifffahrt bestimmt. Sofern 2012 in diesem Bereich keine Markterholung einsetzt, dürfte sich die Risikovorsorge auf dem Niveau des Jahres 2011 bewegen.

Für das Jahr 2012 rechnet die Bank konjunkturbedingt mit einem weiteren leichten Rückgang des Provisionsergebnisses, ab 2013 sollte dann wieder ein kontinuierlicher Anstieg eintreten.

Prognosen zur Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten sind nach wie vor schwierig. Die Märkte reagieren seit Beginn der Finanzkrise überaus empfindlich auf beunruhigende Nachrichten. Die Bank geht davon aus, dass die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Finanzsituation bestimmter Staaten im Jahr 2012 anhalten werden, der globale Wille zur Bewältigung

der Situation jedoch letztendlich wieder zur Beruhigung der Märkte führen muss. Weitere negative Bewertungsergebnisse lassen sich aus den angeführten Gründen nicht gänzlich ausschließen. Es werden jedoch gute Chancen gesehen, auch in den Jahren 2012 und 2013 im aktiven kundengetriebenen Handelsgeschäft erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren.

Die Bank geht davon aus, dass das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen sich in den kommenden Jahren mit erweiterter Nutzung des Hedge Accounting und in Abhängigkeit von der Entwicklung der Zinslandschaft weiterhin volatil entwickeln wird.

Im Jahr 2012 werden die Personalaufwendungen tarifbedingt leicht ansteigen. Für die anderen Verwaltungsaufwendungen wird im Jahr 2012 projektbedingt nochmals ein Anstieg erwartet, ab dem Jahr 2013 ist insgesamt eine Konsolidierung des Kostenniveaus vorgesehen.

Es wird erwartet, dass der Return on Equity nach dem sehr erfreulichen Ergebnis des Jahres 2011 in der Betrachtungsperiode zuerst zurückgehen wird, um in der Folge wieder anzusteigen. Die Cost-Income-Ratio wird sich im Jahr 2012 über dem Niveau des Jahres 2011 bewegen, um 2013 wieder zurückzugehen. Die Risikoquote wird im Prognosezeitraum insgesamt voraussichtlich leicht absinken. Nach den Planungen der Bank werden die Risikoaktiva im Prognosezeitraum weiter ansteigen.

Die Schwierigkeiten an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten und deren negative Folgen hatten auch Einfluss auf das Ergebnis der Bremer Landesbank. Die Auswirkungen konnte die Bank jedoch ohne substantielle Beeinträchtigungen ihrer guten Ertragslage verkraften. Die Bank geht davon aus, dass dies grundsätzlich auch in den Jahren 2012 und 2013 so bleibt.

G. Chancen- und Risikobericht

Der Risikobericht der Bremer Landesbank und des Teilkonzerns Bremer Landesbank zum 31. Dezember 2011 wurde auf Basis des IFRS 7 erstellt; ferner wurden die nationalen Vorgaben des HGB sowie des näher konkretisierenden Deutschen Rechnungslegungsstandards DRS 5 bzw. DRS 5-10 berücksichtigt.

Anwendungsbereich

Die Risiko-Berichterstattung hat prinzipiell alle Unternehmen aus dem Konsolidierungskreis (IFRS) zu berücksichtigen. Die gemäß MaRisk erforderliche Wesentlichkeitsanalyse hat für die Bremer Landesbank 2011 ergeben, dass alle unmittelbaren und mittelbaren Tochtergesellschaften unter Risikogesichtspunkten unwesentlich sind. Die Bremer Landesbank nimmt daher grundsätzlich keine qualitative Einwertung etwaiger Risiken aus Bremer-Landesbank-Töchtern in den IFRS-Notes vor. Bedeutende oder spezifische Risiken werden aber unabhängig von den Ergebnissen der Wesentlichkeitsprüfung insgesamt erläutert.

Gesamtbanksteuerung

Als Risiko definiert die Bremer Landesbank aus betriebswirtschaftlicher Sicht die Möglichkeit direkter oder indirekter finanzieller Verluste aufgrund unerwarteter negativer Abweichungen der tatsächlichen von den prognostizierten Ergebnissen der Geschäftstätigkeit.

Die Bremer Landesbank hat in einem mehrstufigen Prozess das Gesamtrisikoprofil ermittelt. Es bildet die für die Bank relevanten Risiken ab und unterscheidet zwischen wesentlichen und nicht wesentlichen Risikoarten. Wesentlich sind in diesem Zusammenhang alle Risikoarten, die die Kapitalausstattung, die Ertragslage, die Liquiditätslage oder das Erreichen von strategischen Zielen wesentlich beeinträchtigen können. Das Gesamtrisikoprofil der Bremer Landesbank wird jährlich sowie anlassbezogen überprüft (Risikoinventur) und bei Bedarf angepasst.

Risiko / Subrisiko (Risikouniversum)		Relevant	Wesentlich			
Adressrisiken	Klassisches Kreditrisiko		x	x		
	Kreditrisiken	Adressrisiko des Handels			Ausfallrisiko im Handel	
					Wiedereindeckungsrisiko	
					Settlementrisiko	Vorleistungsrisiko
						Abwicklungsrisiko
					Emittentenrisiko	
	Beteiligungsrisiken		x	x		
	Marktpreisrisiken	Zinsrisiken	Allgemeines Zinsrisiko ¹⁾	x	x	
			Besonderes Zinsrisiko			
		Währungsrisiken				
Aktienkursrisiken						
Fondspreisrisiken						
Volatilitätsrisiken						
Credit-Spread-Risiken im Anlagebuch						
Rohwarenrisiken	–	–				
Liquiditätsrisiken	Klassisches Liquiditätsrisiko		x	x		
	Refinanzierungsrisiko					
	Marktliquiditätsrisiko					
Operationelles Risiko	Rechtsrisiko		x	x		
	Reputationsrisiko als Folgerisiko					
	Compliance-Risiko					
	Outsourcing-Risiko					
	Fraud-Risiko					
Weitere Risiken	Veritätsrisiko		–	–		
	Geschäfts- und strategische Risiken inkl. Verbundrisiken					
	Reputationsrisiken					
	Syndizierungsrisiken					
	Modellrisiken					
	Kollektivrisiken					
	Versicherungstechnische Risiken					
	Restwertrisiken					
Immobilienrisiken		x	–			

¹⁾ Credit-Spread-Risiken im Handelsbuch werden unter dem Allgemeinen Zinsrisiko subsumiert.

Es ist sicherzustellen, dass die wesentlichen Risiken der Bremer Landesbank durch das Risiko- deckungskapital laufend abgedeckt sind. Im Risikotragfähigkeitsmodell geschieht dies im Rah- men von drei Sichtweisen.

- Die erste Sichtweise stellt den Going Concern Case dar und geht von der Unternehmensfortführung auf Basis des bestehenden Geschäftsmodells aus. Die Risikomessung basiert auf einem definierten Konfidenzniveau von 90% und stellt ökonomisch ermittelte Risikopotenziale den freien aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln oberhalb eines definierten Schwellenwertes gegenüber. Darüber hinaus werden unterjährige risikokapitalwirksame Effekte berücksichtigt.
- Neben dem Going-Concern-Ansatz wird in der ökonomischen Kapitaladäquanz bei der Ermittlung des Risikopotenzials auf höhere Konfidenzniveaus abgestellt. Die Risikomessung reflektiert schwerwiegende Ereignisse, welche in dieser Höhe statistisch circa alle 1.000 Jahre auftreten. Kapitaleseitig wird auf sämtliche Eigenkapital- und eigenkapitalnahen Bestandteile abgestellt. Eine Berücksichtigung von unterjährigen risikokapitalwirksamen Effekten wird durchgeführt. Diese Sichtweise dient als Nachweis der für die gemäß MaRisk erforderliche Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung (ICAAP – Internal Capital Adequacy Assessment Process).
- In der dritten Sichtweise, der regulatorischen Kapitaladäquanz, wird die Risikotragfähigkeit auf Basis der regulatorischen Vorgaben geprüft. Kapitaleseitig wird wie in der ökonomischen Kapitaladäquanz auf alle Eigenkapital- und eigenkapitalnahen Bestandteile abgestellt. Diese Sichtweise ist als strenge Nebenbedingung einzuhalten.

Ergänzt werden die ökonomische und regulatorische Kapitaladäquanz jeweils um eine Betrachtung unter Stress. Die Stresstests reflektieren die Geschäfts- und Risikoschwerpunkte der Bremer Landesbank. Es wird auf die Branchen, Segmente, Regionen und Kunden selektiert, die einen maßgeblichen Einfluss auf die Risikosituation der Bremer Landesbank haben. Alle Stress-Szenarien sind risikoartenübergreifend ausgestaltet. Bei der Ermittlung der Stressauswirkungen aus den Risikoarten ist eine Risikokapital mindernde und eine Risikopotenzial erhöhende Kalkulationsvorschrift vorgesehen, sodass die Stresstests stets eine Risikokapital- und eine Risikopotenzialwirkung haben.

Die Ermittlung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt auch Risikokonzentrationen, sowohl innerhalb einer Risikoart als auch über Risikoarten hinweg. Konzentrationen innerhalb einer Risikoart betreffen maßgeblich Kreditrisiken als bedeutendste Risikoart der Bremer Landesbank. Diese werden über das interne Kreditrisikomodell in das RTF-Modell integriert. Darüber hinaus wird den Anforderungen der MaRisk hinsichtlich risikoartenübergreifender Konzentrationen in der ökonomischen Kapitaladäquanz über Stresstests Rechnung getragen.

Im RTF-Modell wird festgelegt, dass ein Teil der gesamten Risikodeckungsmasse als Puffer vorgehalten wird. Die Säule ökonomische Kapitaladäquanz muss einen Deckungsgrad von 125% aufweisen (Primärkriterium). Als Sekundärkriterium wird eine Verteilung des Risikokapitals auf die Risikoarten in der ökonomischen Kapitaladäquanz festgelegt und diese als strategische Limite überwacht. Die Ableitung von weiteren operativen Limiten für jede Risikoart erfolgt konsistent aus diesen strategischen Limiten. Parallel hierzu erfolgt die Kapitalallokation auf die Geschäftsfelder der Bank in Form von Obergrenzen für die risikogewichteten Aktiva (RWA), ausgehend von der Risikotragfähigkeit und unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Ergebnisplanungen.

Die genannten Kennzeichen und Limite werden im Rahmen der monatlichen Berichterstattung überwacht.

Im NORD/LB-Konzern wurde im Berichtsjahr das bestehende RTF-Modell überarbeitet und weiter verbessert. Schwerpunkt der Optimierungen war eine differenziertere quantitative Erfassung der ausgewiesenen Risikopotenziale. Hierzu gehört vor allem eine umfassende Weiterentwicklung des Kreditportfoliomodells, unter anderem bei der Modellierung der Schadenhöhen bei Ausfall und bei der Berücksichtigung von Abhängigkeiten zwischen einzelnen Kreditnehmern, sowie die Integration von Schäden durch Ratingmigrationen. Im Gegenzug wurden hierfür bislang vorgenommene Modellaufschläge reduziert. Die Überführung der Daten des internen Kreditrisikoreportings in eine neue IT-Umgebung ermöglicht eine weitere Verbesserung der Datenqualität, z.B. hinsichtlich der berücksichtigten Marktwerte und Sicherheiten.

Das Verfahren zur Quantifizierung des Beteiligungsrisikos wurde neu konzipiert, um auch über den Buchwert hinausgehende Risiken angemessen zu berücksichtigen. Bei der Berechnung des Marktpreisrisikos wurde der für längere Haltedauern genutzte Skalierungsfaktor angepasst. Zusätzlich wurden zum 31. Dezember 2011 erstmals inverse Stresstests durchgeführt.

Unter anderem vor dem Hintergrund der branchenweiten Diskussion mit der deutschen Aufsicht zur Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte und den diesbezüglich von der Aufsicht formulierten Anforderungen wird das RTF-Modell derzeit einer kritischen Überprüfung unterzogen, um auch künftig die Mindestanforderungen an das Risikomanagement zu erfüllen. Die Umstellung auf das überarbeitete RTF-Modell ist zum Stichtag 31. März 2012 vorgesehen.

Strategie und Management

Der Umgang mit Risiken ist kein einmaliger Vorgang, sondern ein dauerhafter Prozess und damit fest in den Geschäftsabläufen der Bremer Landesbank verankert. Die tatsächliche Wirksamkeit eines effektiven Risikomanagements hängt entscheidend davon ab, ob die Prozesse im Sinne einer risikoorientierten Unternehmenskultur auch täglich gelebt werden, und das nicht nur von der Unternehmensleitung, sondern von allen Mitarbeitern. Dieses bedingt das Vorhandensein einer offenen Risikokultur und damit die Förderung des bewussten Umgangs mit Risiken. Eine risikoorientierte Unternehmenskultur äußert sich in den Einstellungen, Fähigkeiten und der fachlichen Kompetenz der Mitarbeiter und wird maßgeblich durch die Unternehmensphilosophie und den Führungsstil beeinflusst. Die klare Verteilung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten innerhalb der Bremer Landesbank, Transparenz und offene Kommunikation sind unerlässliche Bestandteile einer gelebten Risikokultur. Durch die Sicherstellung einer funktionierenden horizontalen und vertikalen Kommunikation wird die Sensibilisierung aller Mitarbeiter für Risiken in der Bremer Landesbank und ihren Geschäftsabläufen zusätzlich unterstützt.

Die Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung des Risikomanagementprozesses werden Kreditinstituten bzw. Kreditinstitutsgruppen auf der Grundlage von § 25a des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) mit den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vorgegeben.

Vor diesem Hintergrund hat der Vorstand ein Risikomanagementsystem eingerichtet, das nicht nur die gesetzlichen Anforderungen erfüllt, sondern auch den internen betriebswirtschaftlichen Anforderungen gerecht wird. Das Risikomanagementsystem beinhaltet die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikoerkennung und zum Umgang mit den Risiken aus dem Bankgeschäft. Die Grundsätze des Risikomanagementsystems sind in der Risikostrategie festgelegt. Die Geschäftsleitung hat eine nachhaltige Geschäftsstrategie sowie

eine dazu konsistente Risikostrategie festzulegen. Diese orientiert sich neben den Vorgaben der MaRisk auch an der Gruppenrisikostrategie der NORD/LB-Gruppe.

Die Risikostrategie dient als Leitlinie für den gesamten Bremer Landesbank Konzern und enthält Aussagen zu den risikopolitischen Grundsätzen und der Organisation des Risikosteuerungsprozesses sowie Risikoteilstrategien zu den wesentlichen bankspezifischen Risikoarten. Die Risikostrategie legt ihren Fokus auf die zukunftsgerichtete Sicherstellung der Risikotragfähigkeit der Bank. Sie wird mindestens jährlich überprüft und dem Aufsichtsrat der Bremer Landesbank zur Kenntnis gegeben und mit ihm erörtert.

In der Strategie spiegeln sich die nachhaltige Risikopolitik sowie die bewusst konservative Ausrichtung des Geschäftsmodells der Bremer Landesbank wider.

Die Bank hat einen bereichsübergreifenden Risikomanagementprozess implementiert. Im Rahmen des strategischen Teilprozesses Risikoidentifikation werden die für die Bank relevanten Risikoarten identifiziert sowie auf ihre Wesentlichkeit analysiert (Risikoinventur). Die wesentlichen Risiken durchlaufen danach die operativen Teilprozesse Risikobewertung, Risikoreporting sowie Risikosteuerung und Überwachung. Im Rahmen der Risikoinventur wird der strategische Teilprozess Risikoidentifikation mindestens jährlich sowie anlassbezogen durchlaufen. Die operativen Teilprozesse werden dagegen laufend in einem von der Risikoart abhängenden Rhythmus durchgeführt. Das Instrumentarium zur Risikosteuerung wird sowohl durch betriebsorganisatorische Maßnahmen als auch durch die Anpassung von Risikomess- und Risikosteuerungsparametern laufend verfeinert.

Das Risikohandbuch trägt zu einem einheitlichen Risikoverständnis innerhalb der Bank bei. Es bietet einen Überblick über das gesamte Risikomanagementsystem und ist die Basis, um die für die Weiterentwicklung des Risikobewusstseins notwendige Transparenz zu schaffen. Konkretisierungen und Details werden in Arbeitsanweisungen, Organisationsrichtlinien bzw. Vorstandsbeschlüssen geregelt. Im Rahmen der ständigen Qualitätskontrolle werden die Regularien regelmäßig aktualisiert. Etwaige Änderungen im Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem werden in den jeweiligen Arbeitsanweisungen bzw. Handbüchern dargestellt.

Die Bank hat risikoartenspezifische Frühwarnsysteme eingerichtet. Diese versetzen die Bank in die Lage, latente Risiken im zeitlichen Vorlauf frühzeitig zu identifizieren und zu analysieren. So wird sichergestellt, dass die für die kritischen Erfolgsfaktoren der Bank relevanten risikobezogenen Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden. Es besteht aus den Reportings (Marktpreis- und Liquiditätsrisiken und monatlichem RTF-Bericht sowie dem Kreditportfoliobericht) und den risikoartenspezifischen Methoden der Früherkennung.

Aufbauorganisation

Die Rahmenbedingungen für die Aufbauorganisation der Bremer Landesbank werden vom Vorstand vorgegeben und gewährleisten dauerhaft ein geregelttes Zusammenspiel aller am Risikomanagementprozess beteiligten Bereiche. Des Weiteren sorgen effiziente Risikosteuerungs- und -controllingprozesse mit klar definierten Aufgaben und Kompetenzen für einen reibungslosen Ablauf, unterstützt durch eine adäquate IT-Infrastruktur und qualifizierte Mitarbeiter.

Der Vorstand trägt auch die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement.

Das Risikocontrolling ist auf Gesamtbankebene dafür verantwortlich, die verschiedenen Risiken zu identifizieren, messbar zu machen, zu bewerten und darüber zu informieren. Die Aufgaben verteilen sich einerseits auf die Gruppe Marktpreisrisikocontrolling und andererseits auf die Gruppe Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling. Sie entwickeln die Methoden, implementieren die notwendigen Systeme, überwachen den gesamten Risikomanagementprozess und berichten über die Risiken.

Die Risikosteuerung erfolgt aktiv in den vier Geschäftsfeldern und dem Bereich Marktfolge Finanzierungen innerhalb vorgegebener Rahmenbedingungen.

Die Organisationseinheit (OE) Marktfolge Finanzierungen ist eine von den Marktbereichen unabhängige Instanz, die die Risiken auf Einzelkreditnehmerebene bzw. der Teilportfolioebene überwacht. Die mit den Einzelkrediten in Zusammenhang stehenden administrativen Tätigkeiten werden ebenfalls von dem Bereich Marktfolge Finanzierungen durchgeführt. Ferner obliegen dem Bereich die Optimierung und Qualitätssicherung des gesamten Kreditprozesses (Markt, Marktfolge) sowie die zentrale Zuständigkeit für die Regularien und die Meldungen gemäß § 13 und § 14 KWG.

Der Bereich Unternehmensservice ist für die Abwicklung und Kontrolle der im Marktbereich abgeschlossenen Handelsgeschäfte verantwortlich. Die Aufgaben beinhalten unter anderem die Kontrolle der vollständigen und korrekten Erfassung der Geschäfte sowie die Prüfung auf Abweichungen von vorgegebenen Standards. Die Prüfung der Marktgerechtigkeit der Geschäfte erfolgt durch das Marktpreisrisikocontrolling.

Die risikoorientierte und prozessunabhängige Prüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit des gesamten Risikomanagements erfolgt durch die Interne Revision. Als ein Instrument des Vorstandes ist sie Bestandteil des Internen Überwachungssystems. Zu den Zielen der Internen Revision zählt auch, einen Beitrag zur Sicherung der Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Geschäftstätigkeit zu leisten. Weiterhin fördert sie die Optimierung der Geschäftsprozesse sowie der Steuerungs- und Überwachungsverfahren. Im Rahmen der Weiterentwicklung der gruppenweiten Überwachungsinstrumente arbeitet die Interne Revision der Bremer Landesbank auf Basis einer einheitlichen Revisionspolicy und weitestgehend vereinheitlichten Revisionsmethoden eng mit der Konzernrevision der NORD/LB und den Internen Revisionen der NORD/LB Luxembourg und der Deutschen Hypothekbank zusammen.

Ein funktionierendes Internes Kontrollsystem (IKS) als Bestandteil des Internen Überwachungssystems sorgt für Prozesssicherheit, stellt die Verlässlichkeit der Finanzdaten sicher und minimiert wirtschaftskriminelles Handeln. Neben der Erfüllung gesetzlicher Anforderungen werden Prozesswissen gesichert, Geschäftsabläufe optimiert und das Risikobewusstsein im Unternehmen erhöht. Es schafft eine einheitliche prozess- und risikoorientierte Aufbau- und Ablauforganisation. Dem IKS werden hierzu sämtliche organisatorischen Sicherungs- und Kontrollmaßnahmen zugeordnet. Sie ermöglichen eine umfassende Kontrolle aller relevanten Geschäftsabläufe innerhalb der Bremer Landesbank. In der Aufbauorganisation sind Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten klar verteilt. Die Fachbereiche führen die Kontrollen im Rahmen des Tagesgeschäftes durch. Die IKS-Evidenz liegt in der Organisation/Informatik. Sie entwickelt die Methoden und Instrumente weiter, beurteilt die Angemessenheit und Wirksamkeit der Kontrollen in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen und leitet ggf. Maßnahmen ab.

Die Einführung von neuen Geschäftsaktivitäten erfolgt über einen strukturierten Prozess (NPP = Neue-Produkte-Prozess), der die Auswirkungen auf das Risikoprofil und das Risikomanagement berücksichtigt. Ein Produkt wird durch sein individuelles Risiko- und Ertragsprofil definiert. Das Risikoprofil ergibt sich aus den jeweiligen Risikoarten gemäß der vorliegenden Risikostrategie. Wesentliches Ziel des Neue-Produkte-Prozesses ist es, dass alle potenziellen Risiken für die Bremer Landesbank im Vorfeld der Geschäftsaufnahme aufgezeigt, analysiert und bewertet werden. Damit verbunden ist eine Dokumentation der neuen Geschäftsaktivitäten, deren Behandlung im operativen Gesamtprozess, der Entscheidungen zur Geschäftsaufnahme sowie ggf. der damit verbundenen Restriktionen.

Neben der institutsspezifischen Organisationsstruktur wurden auf Ebene des NORD/LB-Konzerns Gremien installiert, die gruppenweite methodische Standards gewährleisten bzw. ggf. erforderliche abweichende institutsspezifische Regelungen abstimmen.

Somit gehören u.a. die Risikocontrolling-Methodenboards zum Instrumentarium der Konzernrisikosteuerung und ergänzen den regelmäßigen bilateralen Austausch zwischen der NORD/LB und ihren Tochtergesellschaften.

Im Rahmen der ganzheitlichen Betrachtung von Risiken in der NORD/LB-Gruppe wird der jeweilige Vorstand vom Group Risk Committee (GRC) unterstützt. Das GRC ist ein Ausschuss, der sich aus dem Chief Risk Officer, den Dezernenten der Marktbereiche sowie den Leitern der Bereiche Zentralmanagement Risiko, Risikocontrolling, Research/Volkswirtschaft und der Marktfolgebereiche Kredit der NORD/LB sowie den Risikodezernenten der Bremer Landesbank, der NORD/LB Luxembourg und der Deutschen Hypo zusammensetzt.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess

Da die Bremer Landesbank eine kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft im Sinne des § 264d HGB ist, sind gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB die wesentlichen Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess, der auch die Rechnungslegungsprozesse bei den in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften einbezieht, zu beschreiben.

Das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess ist gesetzlich nicht definiert. Die Bank versteht das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem als umfassendes System und lehnt sich dabei an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf, zum rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystem (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340 Tz. 4) an. Unter einem Internen Kontrollsystem werden danach die vom Management im Unternehmen eingeführten Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen verstanden, die gerichtet sind auf die organisatorische Umsetzung der Entscheidungen des Managements:

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen),
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Die Bremer Landesbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Konzernabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Bremer Landesbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Konzernabschluss aus.

Aufgaben des konzernrechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Bremer Landesbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des Internen Kontrollsystems.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sind bei der Bremer Landesbank folgende Strukturen und Prozesse implementiert:

Organisation des konzernrechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Konzernabschlusses sowie die Konzernlageberichterstattung verantwortlich. Er hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet.

Die Bremer Landesbank stellt ihren Konzernabschluss nach den Vorschriften der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, auf. Ferner werden die nationalen Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) im Rahmen des § 315a HGB und die Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) berücksichtigt.

Für Zwecke der Einbeziehung von Tochter- und assoziierten Unternehmen erstellen diese Berichte (sogenannte Konzern-Packages), die nach Konzernvorgaben aufgestellt werden.

Die Erstellung des Konzernabschlusses und die Rechnungslegung werden überwiegend durch den Bereich Gesamtbanksteuerung gesteuert und durchgeführt. Dieser nimmt dabei die folgenden wesentlichen Aufgaben wahr:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen
- Erstellung und Pflege der Abschlussanweisungen
- Zusammenstellung des Konzernabschlusses nebst Konzernlagebericht
- Bereitstellung der Informationen für die Segmentberichterstattung
- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben
- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken

Im Rahmen des Konzernrechnungslegungsprozesses sind weitere Bereiche unter anderem mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- Ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen
- Berechnung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben
- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten
- Bereitstellung relevanter Angaben zum Anhang und Konzernlagebericht

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Billigung des Konzernabschlusses der Bremer Landesbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, Internes Kontrollsystem, Risikomanagement und -controlling, Interne Revision (inklusive Auskunftsrecht)
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Bremer Landesbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstandes Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen und Tochterunternehmen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und Angemessenheit des Internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sind, bevor der Konzernabschluss gebilligt wird, durch den vom Aufsichtsrat beauftragten Abschlussprüfer zu prüfen.

Die Grundsätze, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems (inklusive des konzernrechnungslegungsbezogenen) sind in einer Arbeitsanweisung niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst wird.

Im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess erachtet die Bremer Landesbank solche Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems als wesentlich, die die Bilanzierung und die Gesamtaussage des Konzernabschlusses einschließlich Konzernlagebericht maßgeblich beeinflussen können. Dies sind insbesondere die folgenden Elemente:

- Identifikation der wesentlichen Risikofelder und Kontrollbereiche mit Relevanz für den Rechnungslegungsprozess
- Bereichsübergreifende Kontrollen zur Überwachung des Rechnungslegungsprozesses

Präventive Kontrollmaßnahmen im Finanz- und Rechnungswesen der Bank, in den strategischen Geschäftsfeldern und Tochterunternehmen sowie in operativen, leistungswirtschaftlichen Unternehmensprozessen, die wesentliche Informationen für die Aufstellung des Konzernabschlusses einschließlich Konzernlagebericht generieren, inklusive einer Funktionstrennung und vordefinierter Genehmigungsprozesse in relevanten Bereichen

Maßnahmen, die die ordnungsmäßige EDV-gestützte Verarbeitung von rechnungslegungsbezogenen Sachverhalten und Daten sicherstellen

Maßnahmen zur Überwachung des konzernrechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Komponenten des konzernrechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Bremer Landesbank den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen in der Bremer Landesbank eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das Interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die Buchungen verwendet die Bremer Landesbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Datenverarbeitungs-Tools zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des IDV-Monitorings überwacht wird. Die Konzern-Packages der einzubeziehenden Gesellschaften werden in das System SAP SEM/BCS geladen. Aus diesen Daten sowie auf Basis weiterer von den betroffenen Einheiten zur Verfügung gestellten Informationen erstellt die Bank ihren Konzernabschluss.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Konzernabschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Die Konzern-Packages werden einer Prüfung auf Konformität mit dem Konzernhandbuch unterzogen. Der Konzernabschluss wird im Bereich Gesamtbanksteuerung qualitätsgesichert. In regelmäßigen Informationsveranstaltungen für Tochtergesellschaften werden die Vorgehensweise für den Konzernabschluss erläutert und IFRS-Neuerungen weitergegeben.

Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei kommen entweder ein technisches und/oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip zum Einsatz.

Der Rechnungslegungsprozess für den Konzernabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung. Die Konzernabschlusserstellung umfasst darüber hinaus im Wesentlichen die Bestimmung des Konsolidierungskreises, die Meldungen der einbezogenen Gesellschaften, die Intercompany-Abstimmung, automatisierte und manuelle Konsolidierungsbuchungen sowie die letztendliche Generierung des Konzernabschlusses.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Bremer Landesbank bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch. Die Buchung erfolgt im Vier-Augen-Prinzip.

Berichterstattung

Die Zeitintervalle der Berichterstattung orientieren sich an der Dynamik der jeweiligen Risikoart.

Das Risikocontrolling erstellt monatlich einen Bericht über die Risikotragfähigkeit. Mit dem RTF-Bericht erfolgt die Überwachung des in der Risikostrategie verabschiedeten Mindestdeckungsgrades, der Risikokapitalallokation und der RWA-Obergrenzen. Der Vorstand erhält im Rahmen der Risikoberichterstattung monatlich bzw. quartalsweise neben dem RTF-Bericht weitere risikortenspezifische Berichte. Nähere Erläuterungen zu den einzelnen Berichten sind in den jeweiligen Unterkapiteln zu finden.

Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss wird fünfmal pro Jahr über die Risikosituation informiert, darüber hinaus wird auch dem Aufsichtsrat in seinen mindestens halbjährlich stattfindenden Sitzungen über die Risikolage berichtet.

Das Risikoberichtssystem gewährleistet die frühzeitige Risikoerkennung und stellt dem Vorstand die für die Risikosteuerung nötigen Informationen, auf Anforderung auch weitere Analysen und Zwischenberichte zur Verfügung und unterstützt die dezentrale Risikosteuerung in den Geschäftsfeldern.

Analyse

Der Risikomanagementprozess ist aufgrund der bereichsübergreifenden Aufgaben und der sich in verschiedenen Bereichen ständig ändernden Parameter einer stetigen Überprüfung und Weiterentwicklung unterworfen. Die ggf. erforderlichen Anpassungen umfassen organisatorische Maßnahmen, die Änderung von Verfahren der Risikoquantifizierung sowie die laufende Aktualisierung relevanter Parameter.

Die Verfahren zur Risikoquantifizierung innerhalb der Bremer Landesbank werden mit dem Risikocontrolling der NORD/LB abgestimmt. Ziel ist die Anwendung grundsätzlich einheitlicher Methoden und Verfahren in der NORD/LB-Gruppe.

Entwicklung im Jahr 2011

Risikopotenzialauslastung des vorhandenen Risikokapitals in der ökonomischen Kapitaladäquanz

(in Mio. €)	Risikotragfähigkeit			
	31.12.2011		31.12.2010	
Risikokapital	1.906,3	100,0%	1.912,8	100,0%
Kreditrisiken	732,8	38,4%	942,7	49,3%
Beteiligungsrisiken	10,6	0,6%	28,1	1,5%
Marktpreisrisiken	98,1	5,1%	67,3	3,5%
Liquiditätsrisiken	61,4	3,2%	49,5	2,6%
Operationelle Risiken	43,1	2,3%	42,3	2,2%
Risikopotenzial gesamt	946,0	49,6%	1.129,9	59,1%
Überdeckung	960,3	50,4%	782,9	40,9%
Risikodeckungsgrad		201,5%		169,3%

Der Risikodeckungsgrad belief sich zum 31. Dezember 2011 auf 202%. Er liegt weiterhin über dem intern vorgegebenen Mindestdeckungsgrad von 125%. Im Vergleich zum Vorjahreswert sind die methodischen Änderungen bei der Messung der Risikopotenziale von Kreditrisiken im Rahmen des RTF-Konzeptes zu berücksichtigen, die wesentliche Auswirkungen auf die ökonomische Kapitaladäquanz haben. Unter Berücksichtigung der Überarbeitung ergäbe sich zum 31. Dezember 2010 ein höherer Deckungsgrad von 215%. In Anbetracht dessen hat sich im Jahresverlauf die Risikotragfähigkeit aufgrund der erhöhten Ausfallwahrscheinlichkeiten im Portfolio spürbar verschlechtert.

Die Schuldenkrise vieler Euro-Länder, insbesondere in den sogenannten PIIGS-Staaten, verbunden mit der Gefahr eines potenziellen Konjunkturerinbruchs, haben insbesondere im zweiten Halbjahr 2011 zu einem extremen Spreadanstieg bei Banken geführt. So stieg der Itraxx Financial 5y Senior von 152 BP Ende Juni auf 333 BP Mitte Dezember. Die Sorge vor einer systemischen Krise, die im Grunde seit 2008 besteht, führte dazu, dass Banken untereinander das Vertrauen verloren haben und eine Refinanzierung seitdem vor allem in den PIIGS-Staaten grundsätzlich nur über die EZB möglich ist. Der im Spätherbst durchgeführte bzw. Ende des Jahres präziserte EBA-Stresstest hat die Märkte nicht beruhigt. Sein Ziel, mittels einer höheren Kapitalisierung wieder Vertrauen in den Bankensektor zu bringen, hat er nicht erreicht. Der innerhalb relativ kurzer Zeit zu deckende Rekapitalisierungsbedarf der systemrelevanten europäischen Banken wird im Wesentlichen durch den Rückkauf von Nachrangkapital und den Abbau von Risikoaktiva gedeckt und nur in Ausnahmefällen über Kapitalerhöhungen.

Im Credit-Investment-Portfolio der Bank befinden sich mit Italien und Griechenland nur zwei direkte Staatsrisiken in Form von Kreditderivaten. Das Portfolio wird von Bankenrisiken dominiert, die gut diversifiziert sind. Die Ausfallrisiken werden als eher gering eingeschätzt. Credit Events bei Kreditderivaten resultieren nicht aus Bonitätsgründen, sondern aufgrund von Restrukturierungen bei Nachrangkapital. Die Spreadvolatilität wirkt sich im Credit-Investment-Portfolio aus und wird durch den Einsatz einer Modellbewertung, die Teile des Portfolios erfasst, gedämpft.

Kreditrisiko

Das Adressrisiko (inklusive Länderrisiko) umfasst das Kreditrisiko und das Beteiligungsrisiko. Neben das originäre Adressrisiko tritt bei grenzüberschreitenden Transaktionen das Länderisiko (Transferrisiko). Es beinhaltet die Gefahr, dass trotz Fähigkeit und Willigkeit der Gegenpartei, den Zahlungsansprüchen nachzukommen, ein Verlust aufgrund übergeordneter staatlicher Hemmnisse entsteht.

Das Kreditrisiko untergliedert sich in das klassische Kreditrisiko und in das Adressrisiko des Handels.

Das klassische Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Kreditschuldners ein Verlust eintritt.

Das Adressrisiko des Handels bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners bzw. eines Vertragspartners bei Handelsgeschäften ein Verlust eintritt. Es gliedert sich in das Ausfallrisiko im Handel, das Wiedereindeckungs-, das Settlement- und das Emittentenrisiko.

Das Ausfallrisiko im Handel bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners ein Verlust eintritt. Es entspricht dem klassischen Kreditrisiko und bezieht sich auf Geldhandelsgeschäfte der Bereiche Geldmarkt bzw. Treasury.

Das Wiedereindeckungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass in einer schwebenden Transaktion mit positivem Barwert der Vertragspartner ausfällt und diese Transaktion mit Verlust wiedereingedeckt werden muss.

Das Settlementrisiko untergliedert sich in das Vorleistungs- und das Abwicklungsrisiko. Das Vorleistungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass bei Erfüllung eines Geschäftes nach erbrachter eigener (Vor-)Leistung keine Gegenleistung durch den Vertragspartner erfolgt bzw. bei gegenseitiger Aufrechnung der Leistungen die Ausgleichszahlung nicht erbracht wird. Das Vorleistungsrisiko kann ausgeschlossen werden, wenn der Gegenwert vom Vertragspartner vorab valutengerecht angeschafft wird bzw. Zug um Zug anzuschaffen ist oder wenn entsprechende Deckung besteht. Das Abwicklungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Transaktionen zum oder nach Ablauf des vertraglich vereinbarten Erfüllungszeitpunktes beidseitig nicht abgewickelt werden können.

Das Emittentenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder aufgrund der Bonitätsverschlechterung eines Emittenten oder eines Referenzschuldners (Kreditderivate) ein Verlust eintritt.

Strategie und Management

Für die Bank stellt das Kreditgeschäft und somit das Management von Kreditrisiken eine Kernkompetenz dar, die es gilt, permanent weiterzuentwickeln und auszubauen. Das Selbstverständnis der Bank ist auch künftig, sich gegenüber den Kunden als zuverlässige Regionalbank mit überregionalem Spezialgeschäft zu positionieren.

Um den besonderen Erfordernissen jedes Geschäftsfeldes gerecht zu werden, hat die Bank für jedes Marktsegment Finanzierungsgrundsätze festgelegt, die für den zuständigen Marktbereich verbindliche Leitplanken für das Kreditneugeschäft darstellen. Der Fokus im Kreditneugeschäft liegt eindeutig auf Abschlüssen mit Kunden von guter Bonität. Für das Credit-Investment-Portfolio besteht ein Neugeschäftsverbot.

Aufbauorganisation

Die Aufbauorganisation der Bremer Landesbank gewährleistet für das Kreditgeschäft eine funktionale Trennung der Marktbereiche von der Marktfolge bzw. dem Risikocontrolling bis auf Vorstandsebene. Die Aufgaben der unabhängigen Marktfolge werden vom Bereich Marktfolge Finanzierungen, die Aufgaben der unabhängigen Überwachung der Risiken auf Portfolioebene und das unabhängige Berichtswesen vom Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling im Bereich Gesamtbanksteuerung wahrgenommen.

Das von der Bank gewählte Modell zur Funktionstrennung im Kreditentscheidungsprozess trägt ihrer strategischen Ausrichtung als Regionalbank mit überregionalem Spezialfinanzierungsgeschäft Rechnung, indem die Kreditentscheidung sowohl eine qualitativ hochwertige Risikoanalyse im Rahmen des Marktvotums als auch ein Zweitvotum der Marktfolge voraussetzt, welche damit die unabhängige und einheitliche Qualitätssicherungsfunktion für die Risikobeurteilung im Kreditgeschäft übernimmt. Die Marktfolge ist neben der Erstellung des Zweitvotums für die Überprüfung und Festsetzung des Ratings, die Überprüfung von Sicherheitenwerten, die Bearbeitung und Betreuung der Sanierungs-/Abwicklungsfälle und der Risikovorsorge sowie die Gestaltung der Prozesse und Regelwerke des Kreditgeschäfts der Bank zuständig.

Ab bestimmten Größenordnungen werden Entscheidungen durch den Vorstand, den Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss (AAKA) bzw. dessen Vorsitzenden getroffen. Der AAKA als Ausschuss des Aufsichtsrates hat die Aufgabe, in regelmäßig stattfindenden Sitzungen Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates bei der Beratung und Überwachung der Geschäftsführung wahrzunehmen.

Basis der operativen Tätigkeiten im Kreditgeschäft sind die in den Organisationsrichtlinien der Bank enthaltenen Arbeitsanweisungen und internen Richtlinien, insbesondere die Kredit-, Zuständigkeits-, Votierungs-, Sicherheiten- und Ratingrichtlinien, welche die wesentlichen Grundsätze der Kreditvergabe enthalten.

Berichterstattung

Dem Vorstand werden monatlich bzw. quartalsweise im Rahmen der Risikoberichterstattung ein Bericht über die Intensivbetreuungs- und Problemengagements sowie die Entwicklung der Risikovorsorge (IPE-Bericht), ein Bericht über die Überwachung von Konzentrationsrisiken bei Kreditnehmereinheiten (LEM) und ein Kreditportfoliobericht vorgelegt.

- Im Rahmen des vom Bereich Marktfolge Finanzierungen auf Einzelkreditnehmerbasis erstellten Berichts über Intensiv- und Problemengagements erfolgt eine enge Überwachung der Entwicklung potenziell problematischer und ausgefallener Kreditnehmer. Unter anderem können dadurch kurzfristige oder sich über einen längeren Zeitraum erstreckende strukturelle Veränderungen in diesem Portfolio bzw. hieraus abgeleiteten Teilportfolios erkannt und Aktionsfelder für risikobegrenzende bzw. risikoreduzierende Maßnahmen identifiziert werden.
- Im Rahmen des LEM-Berichts wird über Kreditnehmereinheiten berichtet, die unter Berücksichtigung des Risikodeckungskapitals der Bremer Landesbank und der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Einzelkreditnehmers und der Besicherung der Forderung eine bemerkenswerte Risikokonzentration aufweisen.
- Jeweils zum Quartalsende erstellt das Risikocontrolling einen Kreditportfoliobericht, der eine differenzierte Darstellung des Kreditportfolios beinhaltet. Das quartalsweise erstellte Pfandbriefreporting der Bank ist derzeit Bestandteil des Kreditportfolioberichtes.

Die gesamte Methodenhoheit (Rating, Scoring, Risikomodellierung) ist im Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling gebündelt.

Die Risikoberichterstattung der Bank erfolgt unter dem IFRS 7 (International Financial Reporting Standard) nach dem Management Approach. Interne und externe Risikoberichterstattung basieren damit grundsätzlich auf gleichen Begriffen, Methoden und Daten. Im Kontext der Kreditrisikosteuerung spielt der Begriff des Kreditexposures eine maßgebliche Rolle. Diese Zahl spiegelt den Gegenwert aller kreditrisikobehafteten Transaktionen mit einem Kontrahenten wider.

Basis für die Berechnung des Kreditexposures sind die Inanspruchnahmen (bei Garantien der Nominalwert, bei Wertpapieren der Buchwert) und die Kreditäquivalente aus Derivaten (inklusive AddOn und unter Berücksichtigung von Netting). Unwiderrufliche und widerrufliche Kreditzusagen werden transaktionsspezifisch in das Kreditexposure eingerechnet, während Sicherheiten unberücksichtigt bleiben.

Analyse

Grundlage zur individuellen Beurteilung des Adressausfallrisikos auf Kundenebene sind die in der Sparkassenfinanzgruppe entwickelten Ratingverfahren, die auf die jeweiligen Kundensegmente individuell zugeschnitten und bankaufsichtlich zugelassen sind. Neben den wirtschaftlichen Verhältnissen werden in Abhängigkeit von der Kundengruppe auch die Marktverhältnisse, die Produktqualität, die Wettbewerbssituation, das Management sowie Cashflow- und zukunftsbezogene Daten analysiert und beurteilt.

Mit Hilfe dieser Ratingverfahren wird die Ausfallwahrscheinlichkeit von Kreditnehmern und Kontrahenten ermittelt und einer entsprechenden Ratingklasse zugeordnet.

Masterskala der Bremer Landesbank

IFD	Ratingklasse	Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit	Kundenklasse
Sehr gut bis gut	1 (AAAA)	0,00%	Normalbetreuung
	1 (AAA)	0,01%	
	1 (AA+)	0,02%	
	1 (AA)	0,03%	
	1 (AA-)	0,04%	
	1 (A+)	0,05%	
	1 (A)	0,07%	
	1 (A-)	0,09%	
	2	0,12%	
	3	0,17%	
Gut/zufriedenstellend	4	0,26%	
	5	0,39%	
Noch gut/befriedigend	6	0,59%	
	7	0,88%	
Erhöhtes Risiko	8	1,32%	
	9	1,98%	
Hohes Risiko	10	2,96%	Intensivbetreuung
	11	4,44%	
	12	6,67%	
Sehr hohes Risiko	13	10,00%	Sanierung
	14	15,00%	
	15	20,00%	
Default (= Non-Performing Loans)	16	100,00%	
	17	100,00%	
	18	100,00%	
			Abwicklung

Die Ratingverfahren stellen ein Instrument des aktiven Risikomanagements dar. Die Trennschärfe (Prognosequalität) der Ratingverfahren jeder einzelnen Ratingkomponente und deren Zusammenwirken wird regelmäßig von den Ratingdienstleistern durch Backtesting und Validierung auf Basis der Datenpools geprüft. Diese unter anderem über beobachtete Ausfallraten durchgeführten Qualitätskontrollen bestätigen nicht nur die Einhaltung von Mindeststandards, sondern geben auch Impulse für Weiterentwicklungen.

Die Validierung der Ratingverfahren erfolgt über die beiden zentralen Ratingdienstleister der Sparkassenfinanzgruppe, die „Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH“ (S Rating), eine Tochtergesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), und die „Rating Service Unit GmbH & Co. KG“ (RSU), eine zusammen mit anderen Landesbanken gegründete Gesellschaft. Beide Ratingdienstleister gewährleisten ein internes Rating im Sinne der Solvabilitätsverordnung. Auf Basis eines strukturierten Prozesses wird die Bankenaufsicht regelmäßig über Änderungen und Weiterentwicklungen bei den Ratingverfahren und sonstigen IRBA-Systemen informiert.

Die Daten der Bremer Landesbank werden bei den beiden Ratingdienstleistern gepoolt. Aufgabe der Bremer Landesbank ist es jeweils, die Angemessenheit der auf Poolebene validierten Ratingmodule für das bankinterne Portfolio nachzuweisen (Repräsentativitätsnachweis).

Die Bank hat die Anforderungen der Solvabilitätsverordnung umgesetzt und unterlegt seit 2008 ihre Ausfallrisiken auf Basis des auf internen Ratings basierenden Ansatzes (Basis-IRBA) mit Eigenkapital.

Bei den Ratingsystemen der RSU engagiert sich die Bank bei der Weiterentwicklung der Methodik. Die Schwerpunkte liegen hier bei den Schiffs-, Projekt- und Leasingfinanzierungen, bei denen die Bank über eine besondere Expertise verfügt. Bei den Ratingsystemen der S Rating engagiert sich die Bank in der Qualitätssicherung der Kommunikation der erarbeiteten Ergebnisse innerhalb der Sparkassenfinanzgruppe.

Zur Ermittlung der Länder- und Transferrisiken nutzt die Bremer Landesbank das volkswirtschaftliche Know-how der NORD/LB.

Die Module Banken, Corporates, Länder- und Transferrisiko, Leasing sowie das DSGVO-StandardRating und das DSGVO-KundenkompaktRating basieren auf Scorecard-Verfahren. Im Rahmen von Scorecard-Ansätzen werden Merkmale und Faktoren identifiziert, die die Fähigkeit aufweisen, zwischen guten und schlechten Kreditnehmern zu differenzieren. Voraussetzung für die Anwendung eines Scorecard-Ansatzes ist eine ausreichende Anzahl an relativ homogenen Kreditnehmern.

Da diese Voraussetzung bei Spezialfinanzierungen häufig nicht gegeben ist, kommt hier vorwiegend die Simulationstechnik zum Einsatz. So wird die Bewertung der Finanzierungen von Projekten, Schiffen und nationalen Immobilien mit Hilfe von Cashflow-Simulationsmodellen durchgeführt. Primäre Quelle für die Rückführung der Verbindlichkeit sind die Einkünfte aus dem finanzierten Objekt. Das Kreditrisiko wird insofern durch die Schwankung der Einkünfte und Ausgaben des Objekts bestimmt. Im Simulationsverfahren wird der Cashflow des Objekts in verschiedenen Szenarien nachgebildet, die hinsichtlich der makroökonomischen und industriespezifischen Gegebenheiten variieren und die zukünftige Entwicklung von Faktoren wie z.B. Mieten und Charratern simulieren. Unter der Vielzahl der Szenarien lassen sich im Anschluss diejenigen identifizieren, in denen der Kreditnehmer als ausgefallen gelten muss.

Im Rahmen der Ratingmodule werden sowohl bei den Scorecard- als auch bei den Simulationsverfahren neben den quantitativen auch qualitative Faktoren berücksichtigt. Im Anschluss sind noch Überschreibungsmöglichkeiten vorgesehen, die jedoch in Richtung einer Ratingverbesserung begrenzt sind. Zudem werden Warnsignale und der Konzernhintergrund einbezogen. Erst die Berücksichtigung dieser Aspekte führt dann zum endgültigen Ratingergebnis.

Im Jahr 2012 wird sich die Zusammenarbeit mit der NORD/LB, den in der RSU zusammengeschlossenen Landesbanken und dem DSGVO bei der Weiterentwicklung der Ratingverfahren fortsetzen. Einen Schwerpunkt wird die Zusammenarbeit in der Schätzung von ausfallgefährdetem Volumen und Verlustquoten bilden.

Die vollständige Bewertung des Kreditnehmers bzw. der Transaktion bildet die Grundlage für die Kreditgewährung, die Kreditrisikosteuerung und die risikoadjustierte Kreditbepreisung des erwarteten Verlustes. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei die sich in den Ratingergebnissen widerspiegelnde Ausfallwahrscheinlichkeit der Kreditnehmer bzw. der Transaktionen. Über die Ausfallwahrscheinlichkeit hinaus sind jedoch auch die Verlustquote, die Laufzeit, der ausfallgefährdete Betrag sowie weitere transaktionsspezifische Risiken (unter anderem Währung, Produkt) von zentraler Bedeutung.

Zur Steuerung der Risiken auf Einzelgeschäftsebene wird für jeden Kreditnehmer ein spezifisches Limit festgelegt. Die wesentlichen Parameter zur Ableitung dieses Limits sind die Bonität des Schuldners, ausgedrückt durch eine Ratingnote, sowie die ihm zur Verfügung stehenden freien Mittel zur Bedienung des Kapitaldienstes.

Die Risikobewertung der Engagements erfolgt mittels Ratingverfahren und im Rahmen definierter Kreditprozesse. Im Bestandsgeschäft wird – ausgehend von den Ergebnissen turnusmäßig oder anlassbezogen durchgeführter Ratingverfahren – ein Handlungsbedarf in den operativen Bereichen identifiziert. Wesentliche Rating- bzw. Bonitätsverschlechterungen lösen je nach Rating-/Bonitätsstufe und Engagementhöhe die Erstellung eines Sachstandsberichts oder einer Kreditüberwachungsvorlage aus.

Die Bank stellt weiterhin sicher, dass Engagements mit höherer Ausfallwahrscheinlichkeit in gesonderten Organisationseinheiten von besonders qualifizierten Mitarbeitern betreut werden. Höhere Engagementrisiken führen gemäß Kreditregularien zu Zwangsläufigkeiten in der Bearbeitung und Steuerung. Diese Engagements sind in wesentlich kürzeren Zeitintervallen (halbjährlich oder anlassbezogen bei Negativinformationen) vorzutragen. In Abhängigkeit von Ratingklasse und Engagementhöhe reicht der Genehmigungsprozess bis in den Gesamtvorstand. Grundsätzlich gilt folgende Zuordnung:

1. Engagements ab Ratingklasse 9 sind „intensiv“ zu betreuen. Zu analysieren sind die Ursachen für die Situationsverschlechterung und die Engagementstrategie unter Kosten-Nutzen-Aspekten. Gegebenenfalls werden die Sicherheiten verstärkt, die Konditionen angepasst und die Berichterstattungspflichten des Kunden intensiviert. Die Betreuungszuständigkeit liegt weiterhin in der Markteinheit, die Bearbeitung verbleibt in der bisher bearbeitungszuständigen Marktfolgeeinheit. Die neu zu erstellende Engagementstrategie ist mit der OE MF Sanierung abzustimmen.
2. Ab der Ratingklasse 12 erfolgt eine Übertragung der Betreuungs- und Bearbeitungszuständigkeit in die im Bereich Marktfolge Finanzierungen angesiedelte OE MF Sanierung. Dort erfolgt eine Überprüfung auf Sanierungsfähigkeit und -würdigkeit ggf. unter Einbeziehung externer Berater. Eine Neufestsetzung der Engagementstrategie ist unter Kosten-Nutzen-Aspekten vorgeschrieben. Gegebenenfalls erfolgt eine Absicherung des Sanierungskredites durch weitere adäquate Sicherheiten, eine Anpassung der Konditionen sowie eine Entscheidung über die Kündigung der Geschäftsverbindung.

3. Werden akute Ausfallrisiken erkannt, wird ein Prozess initiiert, der die zeitnahe Bildung, DV-Erfassung und Kommunikation einer Einzelwertberichtigung einheitlich in der Bank sicherstellt. Diese Engagements sind grundsätzlich neu zu bewerten, wobei der Ausfallgrund „EWB-Bildung“ zu erfassen ist. Aus der Einstufung ergeben sich die bereits aufgeführten Zwangsläufigkeiten. Bei erheblichem Risikovorsorgeneu-/mehrbedarf (ab 1 Mio. € im laufenden Jahr) wird über den Dezernenten Marktfolge der Gesamtvorstand unverzüglich informiert.
4. Gekündigte Engagements werden durch die OE Abwicklung bearbeitet; bei Kündigung des Engagements, Insolvenz oder Ähnlichem ist ein neues Rating zu erstellen, wobei der jeweilige Ausfallgrund zu erfassen ist.

Zur Identifizierung und Überwachung von Risikokonzentrationen auf Ebene der Kreditnehmereinheiten hat die Bank ein LEM-Limitmodell (LEM = Large Exposure Management) im Einsatz. Die Limitierung erfolgt dabei auf Basis wirtschaftlicher Verbünde, die mindestens Kreditnehmereinheiten nach § 19 Abs. 2 KWG, ggf. ergänzt um indirekte Obligen, umfassen. Das Modell erlaubt eine Bewertung des Risikokonzentrationsgehalts eines Engagements unter Berücksichtigung des Risikodeckungskapitals der Bank und der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Kreditnehmers und der Besicherung der Forderung.

Das Limitmodell definiert für jedes Large Exposure Grenzen, anhand derer ein Engagement als unauffällig (Weiß-Bereich), risikokonzentrationsbehaftet (Grau-Bereich) oder stark risikokonzentrationsbehaftet (Schwarz-Bereich) klassifiziert wird. Ziel ist es, Engagements im Schwarz-Bereich zu reduzieren und im Grau-Bereich ein ausgewogenes Verhältnis von Risiko und Ertrag zu erhalten. Damit ist ein Schutz vor zu hohen Konzentrationen auf Adressebene gewährleistet.

Die Steuerung von Risiken auf Portfolioebene erfolgt im Wesentlichen auf Basis von Risikoaktivobergrenzen für Geschäftsfelder sowie auf Basis von Länder- und Branchensegmentlimiten. Die Obergrenzen werden aus der Risikotragfähigkeit der Bremer Landesbank abgeleitet.

Für die Bemessung der Adressausfallrisiken sind neben der Bonität der Kreditnehmer bzw. der Kontrahenten auch die zur Verfügung gestellten banküblichen Sicherheiten und andere Risikominderungsstechniken von wesentlicher Bedeutung. Die Bank nimmt daher zur Reduzierung des Adressausfallrisikos in- und ausländische Sicherheiten in Form von Gegenständen und Rechten (Beleihungsobjekten) herein. Bei der Hereinnahme von Sicherheiten wird auf die Verhältnismäßigkeit von Kosten und Nutzen der Besicherung geachtet.

Die Sicherheiten werden sowohl zum Zeitpunkt der Kreditgewährung als auch in der laufenden (mindestens jährlichen) Überwachung danach beurteilt, ob sie nach der voraussehbaren wirtschaftlichen Entwicklung während der (Rest-)Laufzeit des Kredites zu dem angenommenen Wert als verwertbar erscheinen. Es wird daher in jedem Einzelfall geprüft, ob der Wertansatz nach der besonderen Art der Sicherheit und nach ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Verwertbarkeit unter Würdigung der Person des Kreditnehmers und der Art des Kredites gerechtfertigt erscheint. Sofern sich bewertungsrelevante Einflussfaktoren geändert haben, wird die Bewertung entsprechend angepasst.

In den Kreditrichtlinien und Beleihungsgrundsätzen der Bank ist festgelegt, welche grundsätzlichen Arten von Sicherheiten und Beleihungsobjekten Verwendung finden sollen und bis zu

welchem Anteil des Beleihungswertes (Beleihungsgrenze) ein Beleihungsobjekt maximal beliehen werden kann. Als Kreditsicherheiten werden Bürgschaften, bürgschaftsähnliche Kreditsicherheiten, Sicherungsabtretungen von Forderungen und anderen Rechten, Pfandrechte an beweglichen Sachen, Immobilien, Forderungen und anderen Rechten sowie Sicherungsübertragungen von beweglichen Sachen hereingenommen. Darüber hinaus können weitere Sicherheiten mit dem Kreditnehmer kontrahiert werden, die jedoch den Blankoanteil des Engagements nicht reduzieren.

Zur Berechnung der Kreditrisikominderung werden die relevanten Sicherheiten vollständig im Collateral-Management-System (CMS) erfasst. Die realistische Einschätzung der Sicherheiten-erlöse bzw. der Verlustquote bei Ausfall sowie der ausfallgefährdeten Beträge ermöglicht zusammen mit der Ausfallwahrscheinlichkeit eine detaillierte Quantifizierung der Verlustpotenziale aus den einzelnen Kreditengagements.

Die Bank ist zuletzt 2004 im Rahmen von Verbriefungstransaktionen als Investor aufgetreten und verfügt per Jahresultimo über keinen Bestand mehr. Verbriefungen des eigenen Kreditgeschäftes hat die Bank – abgesehen vom traditionellen Pfandbriefgeschäft und von Kommunalobligationen – nicht vorgenommen.

Des Weiteren hat sich die Bremer Landesbank im Rahmen einer Solidaraktion der Landesbanken unter Führung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V. (DSGV) an der Stützungsaktion der ehemaligen Sachsen LB beteiligt. Dazu wurden im Rahmen einer Verbriefungstransaktion Darlehen für die Zweckgesellschaft Sealink Funding gewährt. Aufgrund der Vorrangstellung dieser Darlehen sind die daraus resultierenden Risiken sehr begrenzt. Die Position wird entsprechend dem Portfolioabbau abgebaut, die letzte Fälligkeit wird im Januar 2013 erwartet.

Die Quantifizierung des Ausfallrisikos (Kreditrisiko und Beteiligungsrisiko) erfolgt mit den Risikokennzahlen Erwarteter Verlust und Unerwarteter Verlust. Der Erwartete Verlust wird auf Basis einjähriger Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) unter Berücksichtigung von Verlustquoten ermittelt. Die Risikoprämie, die zur Abdeckung des Erwarteten Verlustes vereinnahmt werden muss, wird mit der Software CPC (Credit Pricing Calculator) berechnet.

Im Gegensatz zum Erwarteten Verlust besteht das eigentliche Risikopotenzial für die Bank in dem Unerwarteten Verlust risikobehafteter Geschäfte, d.h. in der Gefahr, dass tatsächlich eintretende Verluste höher ausfallen als erwartet.

Der Unerwartete Verlust wird für unterschiedliche Konfidenzniveaus und einen Zeithorizont von einem Jahr quantifiziert. Die Bank hat diesbezüglich 2009 ein konzerneinheitliches ökonomisches Kreditrisikomodell eingeführt und 2011 erneut validiert und überarbeitet. Das Modell dient der Schätzung der Eintrittswahrscheinlichkeiten von Unerwarteten Verlusten (Unexpected Loss) unter Berücksichtigung von Portfolioeffekten (Konzentrations- und Diversifikationseffekte aufgrund von Korrelationen im Portfolio). Ziel ist die Überwachung und Begrenzung von Kreditrisiken auf Portfolioebene, insbesondere unter Einbeziehung von Adress- und Branchenkonzentrationen. Das Kreditrisikomodell wird stetig weiterentwickelt.

Entwicklung im Jahr 2011

Das Kreditexposure der Bank beträgt zum 31. Dezember 2011 rd. 39.214 Mio. € und ist damit gegenüber dem Vorjahresresultimo um rd. 0,5% gesunken.

Die nachfolgende Tabelle vergleicht die Ratingstruktur des Kreditbestandes mit dem Vorjahr. Die Klassifizierung entspricht dabei der Standard-IFD-Ratingskala, auf die sich die in der Initiative Finanzstandort Deutschland (IFD) zusammengeschlossenen Banken, Sparkassen und Verbände geeinigt haben. Diese soll die Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Ratingeinstufungen der einzelnen Kreditinstitute verbessern.

Die Ratingklassen der in der Bank genutzten 18-stufigen DSGVO-Rating-Masterskala können direkt in die IFD-Klassen überführt werden.

Kreditgeschäft nach Ratingstruktur

Ratingstruktur ^{1) 2)} (in Mio. €)	Darlehen ³⁾	Wertpapiere ⁴⁾	Derivative ⁵⁾	Sonstige ⁶⁾	Gesamt	
					31.12.2011	31.12.2010
Sehr gut bis gut	13.716	4.964	3.192	4.463	26.336	27.518
Gut/zufriedenstellend	2.960	219	96	765	4.039	4.216
Noch gut/befriedigend	3.319	46	59	492	3.917	3.563
Erhöhtes Risiko	1.350	32	19	129	1.530	1.232
Hohes Risiko	1.027	–	21	26	1.075	950
Sehr hohes Risiko	1.093	–	20	24	1.137	1.189
Default (= NPL)	1.072	–	64	45	1.181	755
Gesamt	24.537	5.260	3.472	5.945	39.214	39.423

¹⁾ Zuordnung gemäß IFD-Ratingklassen.

²⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

³⁾ Beinhaltet in Anspruch genommene bzw. zugesagte Kredite, Bürgschaften, Garantien und andere nicht-derivative außerbilanzielle Aktiva, wobei analog zur internen Berichterstattung die unwiderruflichen und die widerruflichen Kreditzusagen anteilig einbezogen sind.

⁴⁾ Beinhaltet den Wertpapier-Eigenbestand fremder Emittenten (nur Anlagebuch).

⁵⁾ Beinhaltet derivative Finanzinstrumente wie Finanzswaps, Optionen, Futures, Forward Rate Agreements und Devisengeschäfte.

⁶⁾ Beinhaltet sonstige Produkte wie Durchleitungs- und Verwaltungskredite.

Der hohe Anteil in den Klassen „sehr gut“ und „gut“ resultiert aus der großen Bedeutung des Interbankengeschäftes bzw. des Geschäftes mit öffentlichen Haushalten und ist gleichzeitig ein Spiegelbild der Risikopolitik der Bank. Insgesamt hat sich 2011 die Risikostruktur des Kreditportfolios weiter verschlechtert. Dies zeigt sich in steigenden Ausfallwahrscheinlichkeiten und einem deutlichen Anstieg der Non-Performing Loans. Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat sich insbesondere negativ auf das Schiffsfinanzierungsportfolio ausgewirkt. Das erneute Überangebot an Schifftonnage führte zu sinkenden Charterraten. Die im ersten Halbjahr 2011 eingetretene Erholung der Weltwirtschaft, die zeitweise zu steigenden Frachtraten führte, konnte die vermehrten Ablieferungen im zweiten Halbjahr nicht mehr absorbieren. Die wieder gesunkene Bonität vieler Reedereien wirkt sich ratingsystembedingt allerdings zeitverzögert aus. Die Risikovorsorge verlief zwar über den Prognosewerten, die von einer Seitwärtsbewegung auf den Märkten ausgingen, aber aufgrund der hohen Granularität des Portfolios dennoch ohne substanzielle Beeinträchtigung der Ertragslage der Bremer Landesbank. Sofern 2012 keine Markterholung einsetzt, dürfte sich die Risikovorsorge auf Vorjahresniveau bewegen.

Aufgeteilt nach Regionen stellt sich das Kreditexposure wie folgt dar:

Kreditgeschäft nach Regionen

Regionen ¹⁾²⁾ (in Mio. €)	Darlehen	Wertpapiere	Derivative	Sonstige	Gesamt	
					31.12.2011	31.12.2010
Euro-Länder	22.994	4.818	2.717	5.941	36.469	36.594
– davon Deutschland	21.533	3.265	1.076	5.830	31.704	31.275
Übrige EU	343	159	652	4	1.157	1.367
Übriges Europa	132	123	19	0	274	338
Nordamerika	136	141	84	–	361	275
Lateinamerika	148	–	–	–	148	130
Naher Osten / Afrika	196	–	0	1	197	110
Asien	588	20	–	0	608	610
Übrige	–	–	–	–	–	–
Gesamt	24.537	5.260	3.472	5.945	39.214	39.423

¹⁾ In der Zuordnung der Regionen wurden im Vergleich zum Vorjahr leichte Änderungen vorgenommen (insbesondere wird Australien/Ozeanien der Region Asien zugeordnet).

²⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Die Tabellen belegen, dass das Länderrisiko für die Bank von nachgeordneter Bedeutung ist. Der Euro-Raum ist nach wie vor das mit Abstand wichtigste Geschäftsgebiet der Bank. Eine detaillierte Darstellung zu den Ländern mit schwerwiegenden Schuldenproblemen ist unter Note 61 zu finden.

Die Abweichungen zwischen der Gesamtsumme gemäß vorstehender Tabelle nach Regionen und derjenigen für die in der Bilanz enthaltenen Finanzinstrumente resultieren aus unterschiedlichen Bewertungen und anderen AddOns.

Der Anteil von Finanzierungsinstitutionen/Versicherern am Gesamtexposure ist mit 35% (Vorjahr: 39%) zwar relativ hoch, aber er beinhaltet Institutionen mit sehr guten bis guten Ratingnoten. Die bedeutendsten Kreditrisiken resultieren weiterhin aus dem Spezialfinanzierungs- und Firmenkundengeschäft.

Kreditgeschäft nach Branchengruppen

Branchen ¹⁾ (in Mio. €)	Darlehen	31.12.2011			Gesamt	
		Wertpapiere	Derivative	Sonstige	31.12.2011	31.12.2010
Finanzierungsinstitutionen / Versicherer	4.576	3.852	3.005	2.407	13.841	15.182
Dienstleistungsgewerbe / Sonstige	7.920	1.399	189	698	10.207	10.122
– davon Grundstücks-, Wohnungswesen	1.272	–	24	168	1.463	1.186
– davon öffentliche Verwaltung	3.755	1.382	138	57	5.331	5.281
Verkehr / Nachrichtenübermittlung	7.657	9	136	114	7.916	7.855
– davon Schifffahrt	7.022	0	130	44	7.197	7.103
Verarbeitendes Gewerbe	752	–	22	129	904	900
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	2.083	–	38	2.215	4.336	3.377
Handel, Instandhaltung, Reparatur	1.083	–	79	171	1.333	1.346
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	140	–	1	153	294	252
Baugewerbe	325	–	1	58	384	389
Übrige	–	–	–	–	–	0
Gesamt	24.537	5.260	3.472	5.945	39.214	39.423

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

In der Bank werden für akute Ausfallrisiken bei Vorliegen objektiver Hinweise Einzelwertberichtigungen gebildet. Der Risikovorsorgebedarf basiert auf einer barwertigen Betrachtung der noch zu erwartenden Zins- und Tilgungszahlungen sowie der Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten.

Der Bestand an Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen für das Kreditgeschäft ist im Jahr 2011 nochmals deutlich gestiegen. Dies ist insbesondere auf die Verschärfung der Krise in der Schiffsfinanzierung zurückzuführen. Die EWB-Quote als das Verhältnis von EWB-Bestand zur Summe der Exposures beträgt 0,79% (Vorjahr: 0,60%). Der Anteil der Non-Performing Loans am Gesamtexposure beträgt 3,01% (Vorjahr: 1,91%). Die Non-Performing Loans sind vor Sicherheitenanrechnung zu 26,1% (Vorjahr: 31,3%) durch Einzelwertberichtigungen abgesichert.

Der seit Spätsommer 2008 stattfindende drastische Verfall der Frachtraten hatte zunächst seinen Tiefpunkt im ersten Halbjahr 2010 erreicht. Im weiteren Jahresverlauf 2010 waren dann in wichtigen Teilmärkten Erholungen der Frachtraten zu beobachten. 2011 verschärfte sich die Krise allerdings wiederum. In der Tank- und Bulkschifffahrt waren ganzjährig und in der Container- und MPP-Schifffahrt im zweiten Halbjahr lediglich betriebs- und zinskostendeckende Charraten zu beobachten. In der Folge ist festzustellen, dass sich die niedrigen Charraten erwartungsgemäß in geringerem Umfang auf die Neubaupreise und unterproportional auf die Preise für Gebrauchschiiffe niedergeschlagen haben. Die Portfoliowertberichtigung für das Schiffsfinanzierungsportfolio in Höhe von 46,9 Mio. € aus dem Jahr 2010 hat sich um 2,2 Mio. € auf 49,1 Mio. € erhöht.

Risikovorsorgebedarf nach Branchengruppen

Branchen ²⁾ (in Mio. €)	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen ¹⁾		Bestand EWB		Bestand Rückstel- lungen für das Kreditgeschäft		Veränderungen EWB / Rückstel- lungen	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Finanzierungsinstitutionen, Versicherer	3	4	10	8	0	0	2	-2
Dienstleistungsgewerbe, Sonstige	143	133	54	62	2	2	-8	-2
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	695	436	189	115	1	6	68	69
Verarbeitendes Gewerbe	29	18	12	8	2	2	5	-6
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	64	7	8	3	3	2	7	4
Handel, Instandhaltung, Reparatur	16	20	12	15	0	0	-3	0
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	5	4	3	4	1	-	-1	-1
Baugewerbe	53	36	20	22	10	12	-3	10
Übrige	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	1.008	658	308	237	19	24	67	72

¹⁾ Exposure notleidender Forderungen mit Wertminderungen vor Wertminderungsbedarf.

²⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Risikovorsorgebedarf nach Regionen

Regionen ¹⁾ (in Mio. €)	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen		Bestand EWB		Bestand Rückstel- lungen für das Kreditgeschäft		Veränderungen EWB / Rückstel- lungen	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Euro-Länder	948	638	282	230	19	24	47	68
Übrige EU	27	19	11	6	0	0	5	5
Übriges Europa	8	0	5	-	-	0	6	0
Nordamerika	-	1	0	1	-	-	-1	-1
Lateinamerika	11	-	2	-	-	-	2	-
Naher Osten / Afrika	-	-	-	-	-	-	-	-
Asien	14	-	8	0	-	-	8	-
Übrige	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	1.008	658	308	237	19	24	67	72

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Die folgenden Tabellen geben Auskunft über den in Verzug geratenen, aber noch nicht wertgeminderten Forderungsbestand. Als überfällig werden alle Forderungen ausgewiesen, die ab dem ersten Tag in Überziehung sind.

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Branchengruppen

Branchen ¹⁾ (in Mio. €)	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen		Bestand PoWB		Nettozuführungen / Auflösung von PoWB	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Finanzierungsinstitutionen, Versicherer	9	129	2	1	1	0
Dienstleistungsgewerbe, Sonstige	88	67	10	13	-3	-6
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	947	283	51	49	2	-27
Verarbeitendes Gewerbe	11	17	1	2	-1	-1
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	147	42	4	2	2	0
Handel, Instandhaltung, Reparatur	30	55	2	3	-1	0
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	1	9	1	1	0	0
Baugewerbe	2	20	1	1	0	-1
Übrige	-	-	-	-	-	-
Gesamt	1.235	622	72	72	0	-35

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Regionen

Regionen ¹⁾ (in Mio. €)	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen		Bestand PoWB		Nettozuführungen / Auflösung von PoWB	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Euro-Länder	1.069	589	69	64	4	-38
Übrige EU	0	18	0	0	0	-1
Übriges Europa	52	13	0	0	0	0
Nordamerika	11	0	1	1	1	-1
Lateinamerika	20	0	0	0	0	0
Naher Osten / Afrika	-	0	0	1	-1	0
Asien	83	2	2	6	-4	5
Übrige	-	-	-	-	-	-
Gesamt	1.235	622	72	72	0	-35

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Aufgeteilt nach Überziehungstagen ergeben sich folgende überfällige, nicht wertgeminderte Forderungen an Kunden.

Verzugsdauer ¹⁾ (in Mio. €)	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen	
	31.12.2011	31.12.2010
< 30 Tage	538	562
30–60 Tage	628	29
90–180 Tage	7	6
> 180 Tage	62	25
Gesamt	1.235	622

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Im Zusammenhang mit der Verwertung gehaltener Sicherheiten und sonstiger Kreditverbesserungen infolge des Ausfalls von Kreditnehmern hat die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Vermögenswerte erworben.

Ausblick

Die Bank wird auch im Jahr 2012 ihre Ausfallrisikosteuerung weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang werden – wie jedes Jahr – die Risikoparameter und das Kreditrisikomodell insgesamt validiert. Ferner soll der RWA-Managementprozess weiterentwickelt werden, um die Risiko-Renditeplanung zu optimieren und einen Puffer für zukünftige Krisen aufzubauen. Die weiter zu intensivierenden Ausfallrisikoanalysen mit Schwerpunkt inverses Stresstesting sowie die Risikokonzentrationsanalysen auf Adress- und Kreditportfolioebene werden weitere Impulse zur effizienten Kreditrisikosteuerung in der Bank liefern.

Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der Bremer Landesbank insbesondere durch Entwicklungen in der Handelsschifffahrt bestimmt. Sofern 2012 keine Markterholung in dieser Branche einsetzt, dürfte sich die Risikovorsorge auf dem Niveau des Jahres 2011 bewegen.

Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital an Dritte Verluste entstehen. Darüber hinaus ist ein potenzieller Verlust aufgrund von sonstigen finanziellen Verpflichtungen (z.B. Gewährträgerhaftung, Patronat, Ergebnisabführungsvertrag) Bestandteil des Beteiligungsrisikos, sofern er nicht bei den weiteren Risiken berücksichtigt wurde.

Strategie und Management

Mit ihren Beteiligungen kommt die Bank ihrer besonderen Verantwortung für die Nordwest-Region nach. Dementsprechend bilden Beteiligungen an regionalen Unternehmen neben Beteiligungen im Rahmen des Sparkassenfinanzverbundes den Schwerpunkt des Beteiligungsportfolios. Die Bank trägt mit ihren Beteiligungen gleichermaßen zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags und der Stärkung des regionalen Wirtschaftsraumes bei.

Die Tochtergesellschaften sind in die Unternehmensstrategie eingebunden und nehmen am konzernweiten Risikosteuerungsprozess im Sinne des § 25a KWG teil.

Die laufende Kontrolle und Steuerung der Beteiligungsgesellschaften erfolgen durch die Auswertung und Analyse des regelmäßigen Reportings der wichtigen Beteiligungsgesellschaften und die Einflussnahme in den jeweiligen Gremien der Gesellschaft (Gesellschafterversammlung, Aufsichts-, Verwaltungs- oder Beirat).

Aufbauorganisation

Die Steuerung der Adressausfallrisiken bei Beteiligungen erfolgt durch die OE Vorstandsassistenz/Unternehmensentwicklung/Beteiligungen, die Überwachung durch das Risikocontrolling.

Berichterstattung

Das Risikomanagement erfolgt in einem systematischen und permanenten Vorgehen und umfasst die Identifikation, die Analyse und Bewertung sowie die Dokumentation und Kommunikation etwaiger Risiken. Das mit den Beteiligungen verbundene Ausfallrisiko wird dabei im monatlichen

RTF-Bericht kommuniziert. Darüber hinaus wird der Vorstand mindestens halbjährlich in Form eines Beteiligungsreports über die wesentlichen beteiligungsrelevanten Sachverhalte informiert.

Analyse

Die Beteiligungen der Bank werden – bis auf wenige Ausnahmen – analog zum Kreditprozess dem Ratingprozess unterzogen. Ausnahmen hiervon bestehen lediglich dann, wenn bei eigenen Beteiligungen mit geschäftspolitischer Ausrichtung ohne Kreditgeschäft der Buchwertanteil der Bremer Landesbank 1.000 T€ gemäß § 19 (2) KWG nicht übersteigt. Zum 31. Dezember 2011 wurde die Berechnungsmethodik der Risikopotenziale geändert. Durch die Anpassung an ein Scoring-Modell zur Risikoinventur soll eine umfassende Quantifizierung des Risikogehaltes der Beteiligungen erfolgen.

Entwicklung im Jahr 2011

Das Beteiligungsportfolio wurde während der letzten Jahre einer kritischen Prüfung unterzogen. Die Bank hat sich seither von einigen Beteiligungen getrennt und hat diesen Prozess auch 2011 weiter vorangetrieben. Durch den Verkauf der mittelbar über die GLB GmbH & Co. OHG gehaltenen DekaBank-Anteile konnte das Beteiligungsportfolio signifikant reduziert werden, die Buchwerte haben sich mehr als halbiert. Auch 2011 wird keine der Beteiligungen im Sinne der MaRisk als wesentlich angesehen.

Ausblick

Die Optimierung des Beteiligungsportfolios ist weitgehend umgesetzt.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko bezeichnet potenzielle Verluste, die sich aus Veränderungen von Marktparametern ergeben können. Das Marktpreisrisiko unterscheidet das Zins-, das Währungs-, das Aktienkurs-, das Fondspreis-, das Volatilitätsrisiko sowie das Credit-Spread- und das Rohwarenrisiko.

Das Zinsrisiko besteht aus den Komponenten allgemeines Zinsrisiko (inklusive Credit-Spread-Risiko im Handelsbuch) und besonderes Zinsrisiko. Ein allgemeines Zinsrisiko besteht immer dann, wenn der Wert einer Position oder eines Portfolios auf Veränderungen von einem oder mehreren Zinssätzen bzw. auf Veränderungen von kompletten Zinskurven reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können. Darunter wird auch das Credit-Spread-Risiko des Handelsbuchs subsumiert. Der aufsichtsrechtlichen Definition folgend werden unter dem besonderen Zinsrisiko potenzielle Wertveränderungen subsumiert, die sich aus Ratingmigrationen oder aus dem Ausfall von Emittenten (bei Wertpapieren) bzw. Referenzschuldnern (bei Kreditderivaten) ergeben. Im Verständnis der Bremer Landesbank entspricht das besondere Zinsrisiko dem Emittentenrisiko.

Das Währungsrisiko (oder Wechselkursrisiko) beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Devisenwechselkurse reagiert und die Veränderungen der Wechselkurse zu einer Wertminderung der Position führen können.

Das Aktienkursrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Aktienkurse bzw. -indizes reagiert und die Veränderungen der Aktienkurse oder -indizes zu einer Wertminderung der Position führen können.

Das Fondspreisrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Fondspreise reagiert und die Veränderungen der Fondspreise zu einer Wertminderung der Position führen können.

Das Volatilitätsrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Optionsposition aufgrund potenzieller Wertänderungen, die aus Marktbewegungen der für die Optionsbewertung herangezogenen Volatilitäten resultieren, reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können. Volatilitätsrisiken werden abhängig von der Art der Optionsprodukte den Risikokategorien Zinsänderungsrisiko, Aktienkursrisiko und Wechselkursrisiko zugeordnet.

Analog zum Handelsbuch bezeichnet das Credit-Spread-Risiko im Anlagebuch potenzielle Wertveränderungen, die sich ergeben, wenn sich der für den jeweiligen Emittenten, Kreditnehmer oder Referenzschuldner gültige Credit Spread verändert, welcher im Rahmen der Marktbewertung der Position verwendet wird. Um Doppelzählungen von Risiken zu vermeiden, können bonitätsinduzierte Ratingveränderungen bei der Ermittlung von Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches vernachlässigt werden, da diese im Emittentenrisiko berücksichtigt sind.

Das Rohwarenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Position (auch Indizes und Derivate) an Wert verliert, weil sich der Preis der entsprechenden Commodities (z.B. Öl, Weizen) verändert. Das Rohwarenrisiko besitzt für die Bremer Landesbank derzeit keine Relevanz, da keine offenen Positionen geführt werden.

Strategie und Management

Im Rahmen des Managements der Marktpreisrisiken konzentrieren sich die Aktivitäten der Bank auf ausgewählte Märkte, Kunden und Produktsegmente. Die Positionierung an den Geld-, Devisen- und Kapitalmärkten orientiert sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Kunden und der Unterstützung der Banksteuerung. Daneben werden auch Eigenhandelsaktivitäten ausgeübt und strategische Investitionen gehalten, die Marktpreisrisiken tragen.

Hinsichtlich des Zinsrisikos ist es das Ziel der Bank, Fristentransformation zu betreiben und an den allgemeinen Marktentwicklungen im Rahmen der Risikolimits zu partizipieren. Aus den strategischen Investitionen in fristenkongruent refinanzierte Wertpapiere und Kreditderivate resultieren darüber hinaus bedeutsame Credit-Spread-Risiken. Für diese Positionen wird allerdings weit überwiegend eine Buy&Hold-Strategie verfolgt. Die Abbildung der Geschäfte erfolgt daher grundsätzlich im Anlagebuch. Fondsriskos, Aktienkurs- und Wechselkursrisiken sind 2011 strategisch von untergeordneter Bedeutung.

Gemäß Handelsstrategie liegt der Schwerpunkt der Handelsaktivitäten und damit eine bewusste Risikokonzentration beim Zinsrisiko. Wesentliche Produkte sind Zinsderivate und Renten (Bankanleihen, Pfandbriefe, öffentliche Anleihen). Eine Begrenzung der Risikokonzentrationen erfolgt durch eine Limitierung der unterschiedlichen Risikokategorien.

Aufbauorganisation

Der Vorstand beschließt das für Marktpreisrisiken zur Verfügung stehende Risikodeckungskapital.

Durch Handelstransaktionen und -positionen können die einzelnen Handelsbereiche der OE Financial Markets Marktpreisrisiken eingehen. Die Aufgaben und Tätigkeiten der Handelsbereiche

leiten sich aus der Handelsstrategie Financial Markets inklusive Geschäftsstrategien der Bereiche, den Teilstrategien für alle Organisationseinheiten, die gemäß MaRisk Handelsgeschäfte tätigen bzw. in denen Marktpreis-, Liquiditäts- oder Adressrisiken im Sinne der Handelsstrategie auftreten, ab. Die Aufgaben und Tätigkeiten sind in den Arbeitsanweisungen der jeweiligen Bereiche geregelt.

Das Management der offenen Marktpreisrisikopositionen erfolgt im Geschäftsfeld Financial Markets in den Handelseinheiten sowie im Aktiv-Passiv-Management, welches unter anderem die im Einlagen- und Kreditgeschäft begründeten Marktpreisrisiken zentral für Laufzeiten von mehr als zwölf Monaten disponiert und steuert. Der Geldhandel steuert das Zinsänderungsrisiko für Laufzeiten bis zwölf Monate, dem Devisenhandel obliegt die Verantwortung für Abläufe in Fremdwährung über alle Laufzeiten.

Im Dispositionsausschuss stellt das Aktiv-Passiv-Management die aktuelle Situation der strategischen Anlagen vor und unterbreitet Handlungsvorschläge. Der Dispositionsausschuss votiert über das weitere strategische Dispositionsverhalten. Bei diesem zweiwöchentlich tagenden Ausschuss handelt es sich um ein Beratungsgremium des Gesamtvorstandes, dem Vertreter der Bereiche Financial Markets und Gesamtbanksteuerung angehören. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt durch das Aktiv-Passiv-Management nach Beschluss des Vorstandes und innerhalb des Risikolimits für die strategische Disposition (Gesamtbankdisposition).

Im Credit Investment Board stellt der Bereich Credit Investments die Positionierung in fristenkongruent refinanzierten Wertpapieren sowie Kreditderivaten des Anlagebuchs dar und unterbreitet Vorschläge zur Risikosteuerung des Portfolios. Das Board tagt in der Regel zweiwöchentlich. Es berät den Gesamtvorstand bezüglich der Steuerung und zeigt die wirtschaftlichen Auswirkungen auf. Dem Credit Investment Board gehören der Risiko- und der Marktvorstand, Vertreter der OE Financial Markets, Marktfolge Finanzierungen und der Gesamtbanksteuerung an. Die Umsetzung der vom Vorstand beschlossenen Maßnahmen erfolgt durch die OE Credit Investments.

Serviceleistungen erbringen der Bereich Unternehmensservice und die Gruppe Financial Markets Zentrale Aufgaben. Das Marktpreisrisikocontrolling ist den MaRisk entsprechend funktional wie organisatorisch unabhängig von den Marktpreisrisikosteuerungsbereichen. Das Marktpreisrisikocontrolling nimmt Überwachungs-, Limitierungs- und Berichterstattungsaufgaben wahr und ist verantwortlich für die Bewertungsmethodik von Marktpreisrisiken.

Die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme führt das externe Reporting der Marktpreisrisiken gemäß SolvV durch. Die Bremer Landesbank verwendet dafür das von der Aufsichtsbehörde vorgegebene Standardverfahren.

Berichterstattung

Gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) berichtet die OE Marktpreisrisikocontrolling dem Gesamtvorstand täglich über die Marktpreisrisiken der Bremer Landesbank. In der täglichen Marktpreisrisikomeldung ist die Berichterstattung der Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches enthalten. Neben den Value-at-Risk-Analysen wird im Rahmen des täglichen Reportings auch über die Auswirkung der Worst-Case-Szenarien (Financial-Markets-Szenario) berichtet.

Zweiwöchentlich wird ein Reporting über das Credit-Investment-Portfolio erstellt, in dem über die Spread-Risiken, über die Markt- sowie die Modellwerte der enthaltenen Kreditderivate und Wertpapiere berichtet wird. Ergänzend werden Credit-Spread-Risiko und Erfolg auch im täglichen Marktpreisrisikobericht ausgewiesen. Der Gesamtvorstand wird monatlich über die Marktpreisrisiken und die Ergebnisse des Backtestings und des Stresstestings im Rahmen der RTF-Berichterstattung informiert. Die Information des AAKA erfolgt fünfmal jährlich.

Die Meldung der Marktpreisrisiken gemäß SolvV an die NORD/LB erfolgt monatlich auf Basis des Monatsultimos durch die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme. Das externe Reporting an die Bundesbank erfolgt vierteljährlich.

Analyse

Für die risikoartenspezifische interne Steuerung und Überwachung von Marktpreisrisiken setzt die Bremer Landesbank das Varianz-Kovarianz-Verfahren ein, wobei intern ein einseitiges Konfidenzniveau von 95 Prozent und eine Haltedauer von einem Handelstag zugrunde gelegt werden. Als Grundlage für die Berechnung des Value-at-Risk wird ein Normalverteilungsansatz mit einer Varianz-Kovarianz-Matrix zugrunde gelegt, deren Parameter aus den Risikofaktoren (Zinsen/Spreads, Wechselkurse, Aktienkurse/Indizes und Bewertungsvolatilitäten) der letzten zwölf Monate bestimmt werden. Im Rahmen des Value-at-Risk-Verfahrens werden Korrelationen zwischen den Teilportfolios und zwischen den verschiedenen Risikokategorien berücksichtigt.

Die Veränderungen der historischen Marktparameter und die im VaR-Modell inkludierte Normalverteilungsannahme reflektieren eher ein normales Marktszenario. Um auch außergewöhnliche Marktbewegungen abzudecken, werden gesonderte Risikoauswertungen (Stresstests) durchgeführt, die die Sensitivität des Portfolios in Bezug auf große Marktänderungen berücksichtigen. Für jedes Risiko sind konzerneinheitlich Stressparameter definiert.

Im Rahmen eines Marktpreisrisikoprojektes wird angestrebt, ein alternatives Marktpreisrisikosystem und das Verfahren der Historischen Simulation für die tägliche Marktpreisrisikosteuerung einzusetzen. Die Ermittlung des VaR zur Darstellung im RTF-Bericht erfolgt bereits auf Basis der Historischen Simulation durch die OE Marktpreisrisikocontrolling. Bei der Historischen Simulation werden die historisch aufgetretenen Wertveränderungen der Risikofaktoren auf die heutige Position angewandt und jeweils der potenzielle Gewinn oder Verlust ermittelt. Der VaR kann dann aus der Liste der Gewinne und Verluste abgelesen werden. Exemplarisch entspricht der VaR bei einer Liste von 100 Ergebnissen und einem Konfidenzniveau von 99% dem zweitgrößten Verlust.

Für die Value-at-Risk-Werte werden Limite festgelegt, die sich pro Handelsbereich aus den vom Vorstand festgelegten Verlustlimiten ableiten. Etwaige Verluste der Handelsbereiche werden umgehend auf die Verlustlimite angerechnet und führen dem Prinzip der Selbstverzehrung folgend zu einer Reduzierung der Value-at-Risk-Limite. Die genannten Limite werden für den Bereich Financial Markets und die strategische Position in Strukturlimiten für die verschiedenen Risikokategorien untergliedert.

Die Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches werden aktuell nicht mit Hilfe eines Value-at-Risk-Verfahrens gesteuert, sondern über eine Szenario-Analyse ermittelt und separat limitiert. Durch die Marktverwerfungen aufgrund der Finanzmarktkrise und die daraus resultierende stark verminderte Marktliquidität im Wertpapierhandel führt die Modellierung der betroffenen Anlagebuchpositionen über einen Value-at-Risk-Ansatz zwangsläufig zu sehr volatilen Risikowerten. Daher erweist sich die Steuerung des auf eine Buy&Hold-Strategie ausgelegten Portfolios anhand der Szenario-Analysen als stabiler.

Die täglichen Value-at-Risk-Berechnungen werden im Marktpreisrisikocontrolling anhand von Backtesting-Analysen überprüft. Dazu werden im Rahmen des Backtestings die täglichen Ergebnisschwankungen der Handelsbereiche den Value-at-Risk-Prognosen vom Vortag gegenübergestellt. Die zur Quantifizierung der Marktpreisrisiken verwendeten Prognosemodelle und Parameter werden laufend überprüft und ggf. der aktuellen Marktentwicklung angepasst.

Entwicklung im Jahr 2011

In der folgenden Tabelle werden die Marktpreisrisiken der Bank im Berichtsjahr sowie im Vorjahr gezeigt (Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches sind nicht Bestandteil dieser Übersicht):

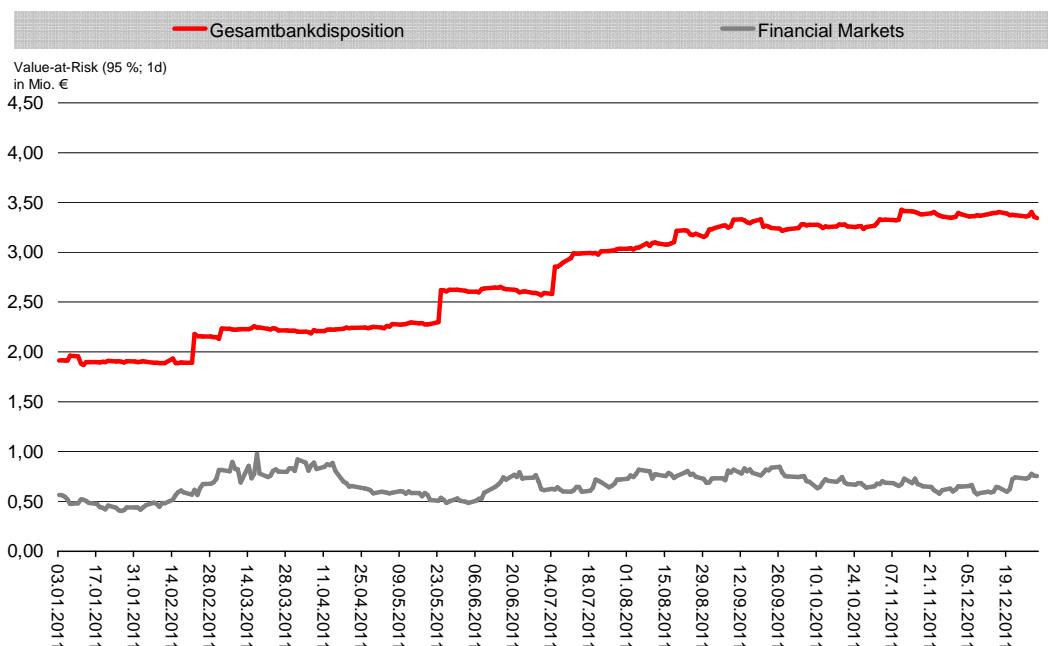
Marktpreisrisiken – Überblick

(in Mio. €)	Maximum		Durchschnitt		Minimum		Jahresendwert	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Zinsrisiko (VaR)	4,6	3,0	3,7	1,8	2,5	0,7	4,6	2,7
Währungsrisiko (VaR)	0,3	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,2
Aktienkurs- und Fondsrisiko (VaR)	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,3	0,1
Gesamtrisiko (VaR)	4,1	2,7	3,1	1,6	1,9	0,6	4,0	2,4

Die Auslastung des Marktpreisrisiko-Limits für die Gesamtbank lag im Jahresdurchschnitt bei 43% (die maximale Auslastung betrug 56%, die minimale Auslastung 25%). Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2011 betrug der Value-at-Risk (Konfidenzniveau von 95% und Haltedauer von einem Tag) der Bank 4,0 Mio. €. Im Berichtsjahr 2011 beträgt die durchschnittliche Auslastung des Risikolimits der OE Financial Markets 19%, die der Gesamtbankdisposition 51%.

Der Verlauf des Value-at-Risk der Bank wird in der nachstehenden Grafik für das Jahr 2011 gezeigt. Auch hier sind die Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches nicht enthalten.

Marktpreisrisiken Value-at-Risk-Verläufe

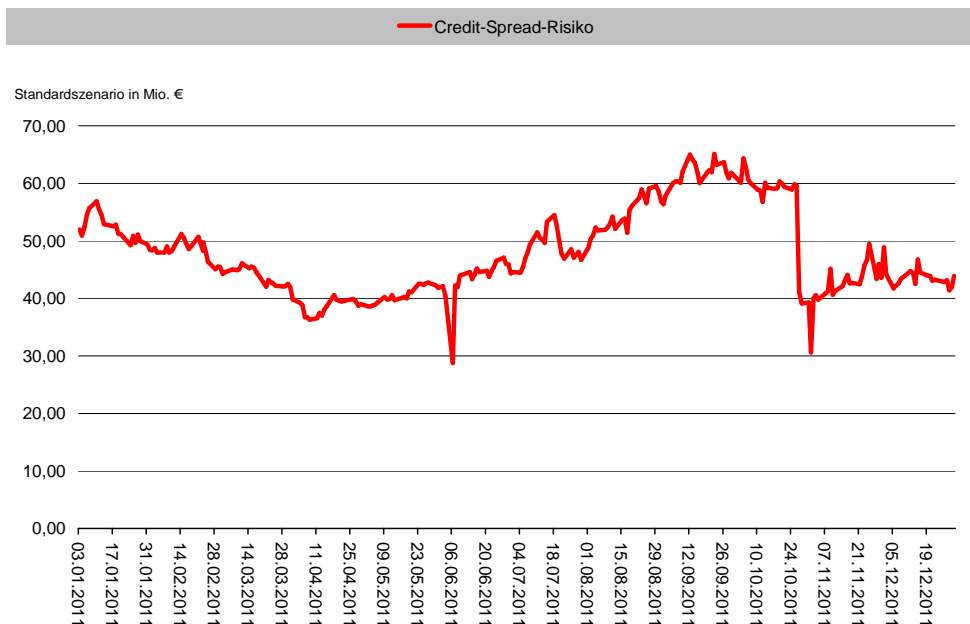


Im Berichtsjahr 2011 ergaben die durchgeführten Stresstests auf Gesamtbankebene ein maximales Risiko von 47 Mio. € sowie einen Durchschnittswert von 37 Mio. € bei einem Minimum von 28 Mio. €. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2011 betrug der Stresstestwert der Gesamtbank 45 Mio. €.

Das Marktpreisrisiko aus der Änderung der Credit Spreads im Credit-Investment-Portfolio betrug gemäß Szenarioansatz am 30. Dezember 2011 44 Mio. €. Dabei lag das Risiko unter dem Niveau des Vorjahres von 51 Mio. €. Das maximale Risiko 2011 betrug 65 Mio. €, 2010 53 Mio. €. Dabei ist zu beachten, dass die Bremer Landesbank im Oktober des Berichtsjahres den Bewertungsalgorithmus für Credit Default Swaps auf eine ausfallrisikobedingte Diskontierung der zukünftigen Prämienzahlungsströme angepasst hat. Bei dem bisherigen Verfahren traten bei stark erhöhtem Spreadniveau, wie es im Zuge der Schuldenkrise, insbesondere im 3. Quartal 2011 vorlag, überhöhte Auswirkungen auf. Daher weist die Abbildung „Verlauf des Credit-Spread-Risikos im Anlagebuch 2011“ im 3. Quartal ein überzeichnetes Risikopotenzial aus. Durch das neue Verfahren sind die Effekte geringer, sodass die Bewertung insgesamt marktnäher ausfällt.

Für diese Position steht ein separates Risikolimit zur Verfügung, das im Rahmen des Steuerungsprozesses maßgeblich ist. In zweiwöchentlichen Sitzungen haben sich das Credit Investment Board und der Vorstand weiter eingehend mit der Markt- und Risikoentwicklung befasst, das Gesamtportfolio einer intensiven, laufenden Durchschau unterzogen und auch 2011 selektiv Einzelpositionen abgebaut.

Verlauf des Credit-Spread-Risikos im Anlagebuch 2011



Die Bank ermittelt monatlich den von Basel II unterstellten Zinsschock. Bei diesem Zinsschock handelt es sich – den Anforderungen eines Rundschreibens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) folgend – um eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve. Die BaFin überprüft die Parallelverschiebung mindestens jährlich und passt ggf. bei deutlichen Abweichungen die Höhe des Zinsschocks entsprechend an. Für die Monate Januar bis September 2011 erfolgte für die Berechnung eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 130 Basispunkte (BP) nach oben und 190 BP nach unten, während für die Monate Oktober bis Dezember 2011 eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um jeweils 200 Basispunkte (BP) nach oben und nach unten angewandt wurde.

Im Berichtsjahr 2011 betrug das Zinsänderungsrisiko bezogen auf das haftende Eigenkapital durchschnittlich 3,35%. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bank weit von einer Klassifizierung als „Outlier-Bank“ entfernt ist. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die barwertige Ermittlung der Zinsänderungsrisiken mit einbezogen.

Für die Berechnung der Eigenkapitalunterlegung für Marktpreisrisiken gemäß SolvV verwendet die Bremer Landesbank das Standardverfahren. Die Meldung an die Bundesbank erfolgt monatlich auf Basis des Monatsultimos durch die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme.

Ausblick

Die Bank hat im Jahr 2011 intensiv am Projekt zur Überprüfung und Weiterentwicklung des Marktpreisrisikomodells gearbeitet. Hauptpfeiler des Projektes ist die Überprüfung des Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Die Verwendung der Varianz-Kovarianz-Methode wird durch die Normalverteilungsannahme eingeschränkt. In der Realität sind vorhandene Risikofaktoren nicht immer

normal verteilt. Für ein Portfolio mit Optionen, die nicht linear von einem bestimmten Underlying abhängig sind, führt dieser Ansatz zu über- oder unterproportionalen Veränderungen des Optionspreises und demzufolge des Risikos. Wesentliche Meilensteine des Projektes waren im vergangenen Jahr die Anbindung einer neuen Risk Engine in die bestehende Systemlandschaft, die Prüfung eines Methodenwechsels in der VaR-Messung sowie methodisch-fachliche Weiterentwicklungen des MPRC-Ansatzes. Die Ermittlung des VaR zur Darstellung im RTF-Bericht erfolgt seit Anfang 2011 auf Basis der Historischen Simulation in der neuen Risk Engine. Für die interne Steuerung wird ein Wechsel auf die Risikokennzahlen der Historischen Simulation im Jahr 2012 angestrebt. Zudem sollen die Credit-Spread-Risiko-relevanten Positionen vollständig in die interne Marktpreisrisikomessung nach Value-at-Risk integriert werden. Zurzeit erfolgt die Risikomessung nach einem Szenarioansatz.

Um die Anforderungen eines geeigneten Risikomanagements in Bezug auf das Pfandbriefgesetz (§27 (1) PfandBG) fortlaufend zu erfüllen, wird 2012 das Pfandbriefreporting im NORD/LB-Konzern weiterentwickelt.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko umfasst Risiken, die sich aus Störungen in der Liquidität einzelner Marktsegmente, unerwarteten Ereignissen im Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft oder Verschlechterungen der eigenen Refinanzierungsbedingungen ergeben können. Im Verständnis der Bremer Landesbank ist das Platzierungsrisiko Bestandteil des Liquiditätsrisikos. Es beschreibt die Gefahr, dass eigene Emissionen am Markt nicht oder nur zu schlechteren Konditionen platziert werden können.

Das Liquiditätsrisiko wird in klassisches Liquiditätsrisiko, Refinanzierungsrisiko und Marktliquiditätsrisiko unterteilt.

Als klassisches Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht fristgerecht nachgekommen werden kann. Potenzielle Ursache kann eine allgemeine Störung in der Liquidität der Geldmärkte sein, die einzelne Institute oder den gesamten Finanzmarkt betrifft. Insbesondere können Marktstörungen dazu führen, dass maßgebliche Asset-Klassen in der Sicherheitenverwendung ausfallen. Alternativ können auch unerwartete Ereignisse im eigenen Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft eine Ursache für Liquiditätsengpässe darstellen. Der Fokus der Betrachtung liegt in der Bremer Landesbank auf den jeweils nächsten zwölf Monaten.

Als Refinanzierungsrisiko werden die potenziellen Ergebniseinbußen bezeichnet, die sich durch die Verschlechterung der eigenen Refinanzierungsbedingungen am Geld- oder Kapitalmarkt ergeben. Wichtigste Ursache ist eine veränderte Einschätzung der Bonität der Bank durch andere Marktteilnehmer. Der Fokus der Betrachtung liegt auf dem gesamten Laufzeitspektrum.

Als Marktliquiditätsrisiko werden die potenziellen Verluste bezeichnet, die zu tragen sind, wenn aufgrund geringer Liquidität in einzelnen Marktsegmenten Transaktionen zu Konditionen abgeschlossen werden müssen, die nicht dem fairen Marktwert entsprechen. Marktliquiditätsrisiken können in erster Linie aus den Wertpapierpositionen in den Handels- und Anlagebüchern resultieren.

Strategie und Management

Die Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität stellt für die Bank eine betriebswirtschaftliche, strategische und aufsichtsrechtliche Notwendigkeit dar. Während das klassische Liquiditätsrisiko grundsätzlich durch das Vorhalten ausreichend liquider Aktiva (insbesondere notenbankfähiger Wertpapiere) vermieden wird, wird das Refinanzierungsrisiko durch eine strukturelle Liquiditätsfristentransformation begründet. In beiden Fällen werden die Risiken durch entsprechende Limite begrenzt. Bei der Bemessung der Höhe der Liquiditätsrisikolimiten werden die Faktoren Sicherstellung der ausreichenden Liquidität, Risikotragfähigkeit und Nutzung der Chance auf einen Erfolgsbeitrag aus der banktypischen Erfolgsquelle Liquiditätsspreads berücksichtigt. Durch die Liquiditätsrisikolimiten erhalten die Fachbereiche den zur Zielerreichung notwendigen Handlungsrahmen.

Die Messung, Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos werden im Risikohandbuch dokumentiert. Das Handbuch LRC (Liquiditätsrisikocontrolling) bildet das Rahmenwerk des Liquiditätsrisikomanagements der Bremer Landesbank. Es definiert die Objekte der Risikosteuerung, den organisatorischen, methodischen und technischen Aufbau des Liquiditätsrisikocontrollings sowie die Einbindung in die Gesamtbanksteuerung.

Im Zuge der Konzernrisikosteuerung ist eine Global Group Liquidity Policy formuliert, welche konsistent zur Liquidity Policy der Bank die Rahmenbedingungen für die konzernweite Liquiditätssteuerung setzt. Das beinhaltet insbesondere die Festlegung der jeweiligen Ziele sowie die Verantwortlichkeiten für die Liquiditätssteuerung unter verschiedenen Szenarien (Situationsmuster). Die Liquidity Policy sowie die Global Group Liquidity Policy werden jährlich überarbeitet.

Der Notfallplan Liquidity Management regelt die Aktivitäten und die Steuerung im Fall von Krisensituationen. Ziel dieses Planes ist die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Bank bei unvorhergesehenen Extremsituationen am Markt. Ebenfalls im Zuge der konzernweiten Liquiditätssteuerung ist das konzernweite Notfallmanagement gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen aufgebaut. Dies bezieht sich insbesondere auf die Notfallprozesse, auf die rechtliche Verteilung von Kompetenzen sowie auf die Sicherstellung der konzernweiten Liquidität.

Aufbauorganisation

In den Prozess der Liquiditätsrisikosteuerung sind in der Bank der Geld- und Devisenhandel, das Aktiv-Passiv-Management und das Marktpreisrisikocontrolling eingebunden.

Der Geld- und Devisenhandel und das Aktiv-Passiv-Management übernehmen das Management von liquiditätsrisikotragenden Positionen und tragen Gewinne und Verluste, die sich aus den Veränderungen der Liquiditätssituation ergeben. Die Liquiditätsablaufbilanz ist Grundlage für das Aktiv-Passiv-Management und wird im Dispositionsausschuss vorgestellt. In diesem Ausschuss wird auch über das Refinanzierungsrisiko berichtet und ggf. über Handlungsvorschläge hinsichtlich des weiteren strategischen Dispositionsverhaltens beraten.

Das Marktpreisrisikocontrolling ist verantwortlich für die Einführung und Weiterentwicklung von internen Verfahren zur Messung, Limitierung und Überwachung von Liquiditätsrisiken. Die Berechnung des Refinanzierungsrisikos und des klassischen Liquiditätsrisikos sowie die Überwachung der Einhaltung der Limite erfolgen ebenfalls durch das Marktpreisrisikocontrolling. Die

OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme ermittelt und überwacht die Auslastung der Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung und übt in diesem Zusammenhang Service- und Kontrollfunktionen aus.

Die Hauptaufgaben des Arbeitskreises Liquiditätssteuerung bestehen darin, die Liquiditätssteuerung zu optimieren und damit in Zusammenhang stehende Detailfragen zeitnah zu klären. Dabei kommt einer kurzfristig reagiblen Steuerung der Neugeschäfts- und Funding-Aktivitäten eine besondere Bedeutung zu. Ebenso werden die im Projekt erarbeiteten Weiterentwicklungen über den Arbeitskreis in die tägliche Steuerung eingeführt.

Berichterstattung

Über die Liquiditätsrisikosituation erfolgt die Berichterstattung durch den monatlichen Liquiditätsstatusbericht des Marktpreisrisikocontrollings, welcher im Arbeitskreis Liquidität sowie im Dispositionsausschuss erörtert wird.

Darüber hinaus wird der Gesamtvorstand im Rahmen der Risikoberichterstattung monatlich über die Liquiditätsrisiken im Kontext der Risikotragfähigkeit informiert. Im Rahmen des Kreditportfolioberichtes wird der Vorstand ferner über die mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken informiert.

Wöchentlich berichtet das Marktpreisrisikocontrolling dem Vorstand über das Refinanzierungsrisiko. Die Managementeinheiten Geld- und Devisenhandel sowie Aktiv-/Passivmanagement erhalten wöchentlich zusätzliche Strukturinformationen aus den Liquiditätsablaufbilanzen in allen Währungen sowie täglich strukturelle Informationen aus den Stress- und Current-Case-Szenarien der klassischen Liquiditätssteuerung.

Analyse

Neben der Liquiditätssteuerung der Gesamtposition umgerechnet in EUR definiert die Bank die Fremdwährungsposition USD als wesentlich und die Fremdwährungspositionen CHF und JPY als bedeutend. Alle weiteren Fremdwährungen sind für die Liquiditätssteuerung der Bank unwesentlich. Refinanzierungsrisiken aus der Fristentransformation in wesentlichen und bedeutenden Fremdwährungen werden auf die Risikotragfähigkeit angerechnet. Wesentliche Fremdwährungen werden auch in der Sicht auf das klassische Liquiditätsrisiko begrenzt.

Zur Steuerung des klassischen Liquiditätsrisikos setzt die Bank folgende Instrumente ein:

Gemäß Liquiditätsverordnung wird die Liquidität des Instituts als gegeben angesehen, wenn die innerhalb der nächsten 30 Tage zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die während dieses Zeitraums zu erwartenden Liquiditätsabflüsse mindestens decken. Die Gegenüberstellung der Zahlungsmittel und der Zahlungsverpflichtungen ergibt die Liquiditätskennzahl, welche mindestens eins betragen muss. Die Anforderung wurde im Berichtsjahr 2011 durchgängig erfüllt. Die Liquiditätskennzahl wird neben der monatlichen Meldung an die Bundesbank täglich ermittelt und im Geldhandel zur Unterstützung der operativen Steuerung verwendet. Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag im Jahresverlauf stets deutlich über der aufsichtsrechtlich geforderten Mindesthöhe von 1,00; per 31. Dezember 2011 betrug die Liquiditätskennzahl 1,74.

Mit den Instrumenten der LST (Liquidity Stress Tests) werden täglich die Auswirkungen von unerwarteten Ereignissen auf die Liquiditätssituation der Bank simuliert. Dies bietet der Bank

die Möglichkeit, vorausschauend zu planen und für Notfälle vorbereitet zu sein. Ziel ist es, Liquiditätsengpässe zu verhindern. In einem dynamischen und drei statischen Szenarien werden die Liquiditätszahlungsströme der Bank über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr betrachtet. In den verschiedenen Szenarien werden bestimmte Annahmen über den im Krisenfall zur Verfügung stehenden Zahlungsstrom der Bank simuliert. Die bei der Zentralbank deponierten liquiden, frei verfügbaren Wertpapiere dienen der Absicherung in den Notfallszenarien.

Mittels Current-Case-Szenarien (CC-Szenarien) werden Zahlungsströme von verschiedenen Produkten sowie Neugeschäfts- und Refinanzierungspotenziale simuliert. Mit den CC-Szenarien können die Auswirkungen von erwarteten Ereignissen auf die Liquiditätssituation der Bank durchgespielt werden. Dieses Instrument bietet der Bank die Möglichkeit, zu planen und das Neugeschäft im Kontext bestehender Vorratsliquidität und eines beeinträchtigten Refinanzierungsmarktes auszusteuern und Liquiditätsengpässe zu verhindern.

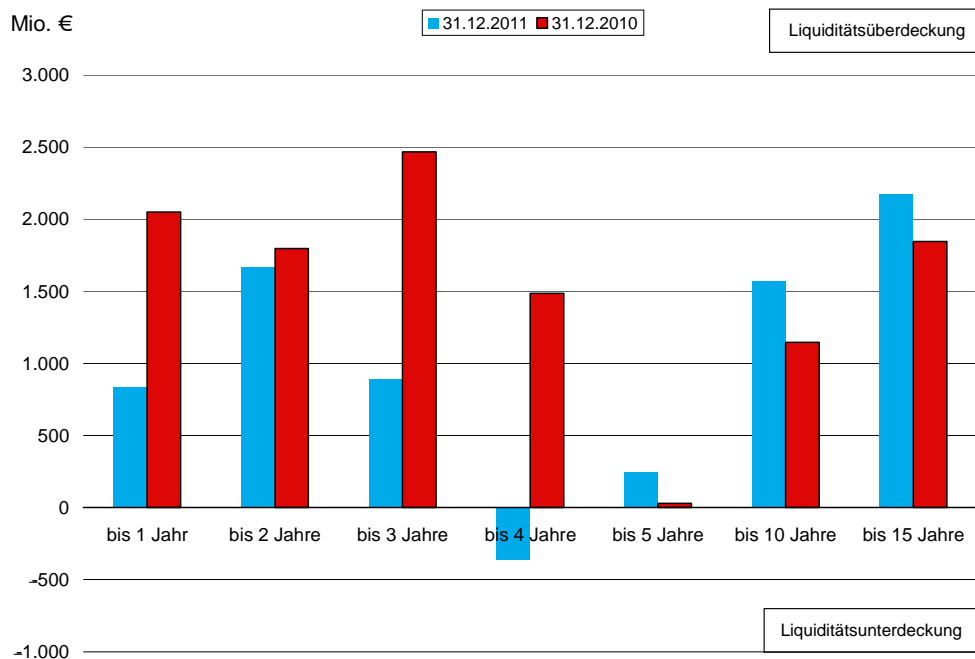
Zur Begrenzung des klassischen Liquiditätsrisikos hat die Bremer Landesbank ein Limitsystem implementiert. Durch ein Ampelsystem (Anzahl der Tage an Liquiditätsüberdeckung) werden Steuerungsmaßnahmen ausgelöst, sofern die simulierte Liquiditätsüberdeckung weniger als 180 Tage bestehen sollte.

Im Jahr 2011 bestand für die Bank in den Current-Case-Szenarien sowie im dynamischen Liquiditätsstresstest ausnahmslos kein Signal auf einen potenziellen Engpass in der Liquiditätssituation. Steuerungssignale aus den statischen Stresstests führen in der Bank nicht automatisch zu Steuerungsmaßnahmen. Vielmehr geben sie Anlass, die gegenwärtige Liquiditätssituation tiefer zu analysieren und die wesentlichen Treiber auch mit der gegenwärtigen Eintrittswahrscheinlichkeit der Krisen-Stress-Szenarien einzuwerten.

Mit Ermittlung des barwertigen Refinanzierungsrisikos analysiert die Bank die barwertigen Kosten für das Schließen einer passiven Liquiditätsinkongruenz im Zeitablauf aller Fälligkeiten in allen Laufzeiten und Währungen unter der Annahme einer definierten Erhöhung der Liquiditätsspreads (Spread-Parameter). Das barwertige Refinanzierungsrisiko wird durch das hierfür allokierte Risikokapital limitiert. Ferner wird die Höhe der passiven Liquiditätsinkongruenzen pro Laufzeitband (Liquiditätsablaufbilanz) zur Vermeidung von Konzentrationen in einzelnen Laufzeiten durch Volumenstrukturlimite begrenzt.

Die zur internen Steuerung des Refinanzierungsrisikos genutzte Liquiditätsablaufbilanz stellt sich zum Berichtsstichtag wie folgt dar:

Kumulierte Liquiditätsabläufe



Die Liquiditätsablaufbilanz der Bank zeigt zum 31. Dezember 2011, dass die Liquiditätssituation weiterhin auskömmlich ist. Leichte Liquiditätsinkongruenzen bestehen im unterjährig Bereich sowie im Laufzeitbereich bis 4 Jahre. Die zur Steuerung genutzten Liquiditätslimite wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr stets eingehalten.

Für die Bank hat die Refinanzierung über Pfandbriefe eine hohe Bedeutung. Bei allen Emissionen der Bank werden die gesetzlichen Anforderungen des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) umfassend erfüllt.

An die Qualität der zur Deckung der Pfandbriefe hereinzunehmenden Darlehen stellt das PfandBG hohe Anforderungen. So hat die Prüfung der formal den Richtlinien des Gesetzes entsprechenden Indekungnahme von Forderungen durch einen externen Treuhänder zu erfolgen. Außerdem sind die wesentlichen Strukturzahlen der Deckungsmasse alle drei Monate durch die Bank zu veröffentlichen.

Das Marktliquiditätsrisiko wird unter den Marktpreisrisiken subsumiert. Ziel ist es, das Marktliquiditätsrisiko grundsätzlich zu begrenzen, indem im Wesentlichen auf liquiden Märkten agiert wird. Unterstützend hat die Bank im Berichtsjahr diese Steuerungsmöglichkeiten in der NORD/LB-Gruppe weiterentwickelt. Das bestehende Liquiditätsklassenkonzept wurde in ein deutlich differenzierteres Wertpapier-Liquiditätsklassenkonzept überführt. Daraus lassen sich spezifische Haircuts für die Steuerung in der Liquiditätsablaufbilanz, den Liquiditätsstresstests und dem Collateral Allocation Management modellieren.

Entwicklung im Jahr 2011

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise sind nach wie vor an den Geld- und Kapitalmärkten zu beobachten. Die Bank hatte weiterhin ausreichenden Zugang zum Geld- und Kapitalmarkt durch angemessen diversifizierte Anlegergruppen und Produkte. Dies zeigt sich darin, dass die Bremer Landesbank sich im Marktvergleich zu guten Bedingungen am Geld- und Kapitalmarkt refinanzieren konnte. Die langfristige Refinanzierung auf gedeckter als auch ungedeckter Basis wird hierbei wesentlich durch langfristige Emissionen und Kundeneinlagen sichergestellt. Durch aufmerksame Beobachtung der Märkte und aktive Liquiditätssteuerung war im Geschäftsjahr 2011 jederzeit sichergestellt, dass die Bank mit ausreichend Liquidität ausgestattet ist.

Im Berichtsjahr 2011 wurden die bestehenden aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Verpflichtungen als Folge der Finanzmarktkrise verschärft. Durch einen verstärkten Ausbau des Liquiditätsmanagements und -controllings im Rahmen eines Projekts hat die Bank den gestiegenen Anforderungen Rechnung getragen. Die Bank entwickelt die Methoden und Modelle der Liquiditätsrisikosteuerung systematisch in enger Abstimmung innerhalb der NORD/LB-Gruppe weiter. Auf Basis des neu entwickelten Wertpapier-Liquiditätsklassenkonzeptes hat die Bank im November 2011 die Anforderungen an die marktkonforme Abbildung des Liquiditätspuffers umgesetzt. Zum 31. Dezember 2011 wurde der Bedarf an Liquiditätspuffer durch hochliquide Aktiva zu 351% gedeckt.

Ausblick

Die Bremer Landesbank entwickelt ihr Liquiditätsrisikomanagement im Kontext der sich ändernden Anforderungen stets weiter.

Die Entwicklungen im Jahr 2012 sind darauf gerichtet, die neuen umfangreichen und sich ändernden aufsichtsrechtlichen Anforderungen aus dem Kontext Basel III/CRD4 frühzeitig in der Liquiditätssteuerung berücksichtigen zu können.

Darüber hinaus wird ein weiterer Schwerpunkt darin liegen, die Liquiditätskosten und Liquiditätsrisikokosten in den Instrumenten der Gesamtbanksteuerung noch früher in der Vor- und Nachkalkulation zu berücksichtigen.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Abläufen, Mitarbeitern und Technologie oder durch externe Einflüsse eintreten. Die Definition schließt Rechtsrisiken sowie Reputationsrisiken als Folge Risiken ein. Nicht berücksichtigt werden Geschäfts- und strategische Risiken.

Das Rechtsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rechtsrahmens ein Schaden entsteht. Das Rechtsrisiko existiert nur im Außenverhältnis der Bank.

Im Verständnis der Bremer Landesbank sind das Compliance-Risiko, das Outsourcing-Risiko, das Veritätsrisiko sowie das Fraud-Risiko ebenfalls Bestandteil des operationellen Risikos.

Das Compliance-Risiko bezeichnet Risiken gerichtlicher, behördlicher oder disziplinarischer Strafen, die aus nicht ordnungsgemäßen Verfahren, Prozessen etc. (aufgrund der Nichteinhaltung von Gesetzen, Vorschriften, Verhaltensregeln und Normen) im Innenverhältnis der Bank resultieren.

Das Outsourcing-Risiko beschreibt Gefahren, die aus der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen resultieren.

Das Veritätsrisiko beschreibt die hinsichtlich des Bestands und der Realisierbarkeit einer angekauften Forderung bestehende Gefahr, dass der Schuldner der angekauften Forderung nicht verpflichtet ist, in vollem Umfang zu leisten.

Das Fraud-Risiko beschreibt die Gefahr, die aus betrügerischen Handlungen gegenüber der Bank resultiert, welche einen vermeidbaren Vermögens- oder Reputationsschaden herbeiführen.

Strategie und Management

Die Leitlinien für den Umgang mit operationellen Risiken sind in der Risikostrategie der Bank formuliert. Die Bank verfolgt bei operationellen Risiken weitgehend eine Strategie der Vermeidung, die sich z.B. in einem Internen Kontrollsystem, Business Continuity Management (BCM) oder im Abschluss von Versicherungen widerspiegelt.

Das Business Continuity Management sowie das Notfall- und Krisenmanagement der Bank wurden in Arbeitsanweisungen umfassend geregelt. Im Rahmen eines bereits laufenden Projektes werden diese Themen bis Mitte 2012 noch weiterentwickelt.

Im Rahmen eines integrierten Personalrisikomanagements werden durch das Personalmanagement die verschiedenen Risikoarten Engpassrisiko, Austrittsrisiko, auf Dauer unangemessene Personalausstattung nach Quantität und Qualität, Anpassungsrisiko sowie Motivationsrisiko differenziert betrachtet und gesteuert. Die anforderungsgerechte und zielgerichtete Personalentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist Aufgabe der jeweiligen Führungskräfte. Das Personalmanagement berät und unterstützt die Bereiche bei der Durchführung von Personalentwicklungsmaßnahmen.

Im IT-Bereich sorgen Verfahrensanweisungen, Ersatzkapazitäten und Sicherungen für eine angemessene Stabilität der IT-Infrastruktur. Sicherheitskonzepte und Wiederanlaufpläne ergänzen die vorbeugenden Maßnahmen, um Schäden durch den Ausfall oder die Manipulation von Anwendungen und Informationen zu verhindern.

Die Bank verfügt über angemessenen Versicherungsschutz. Die Versicherungsdeckung wird regelmäßig überprüft.

Nach § 25a und § 25c KWG ist die Bank verpflichtet, durch die Schaffung angemessener geschäfts- und kundenbezogener Sicherungssysteme sonstige strafbare Handlungen zulasten der Bank und ihrer Tochterunternehmen bereits im Vorfeld zu verhindern. Darüber hinaus verurteilt der Vorstand jeden Versuch betrügerischen bzw. unredlichen Handelns und/oder sonstiger krimineller Handlungen als schweres und nicht tolerierbares Vergehen („Null-Toleranz-Prinzip“). Die Bank lässt nichts unversucht, um sonstige strafbare Handlungen zu verhindern oder

zumindest so frühzeitig wie möglich aufzudecken sowie die entsprechenden Risiken auf das geringstmögliche Potenzial zu beschränken und Kontrollen durchzuführen. Dabei wird etwaigen kriminellen Handlungen in enger Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden begegnet. Neben den bereits eingeführten Grundsätzen und Sicherungssystemen hat die Bank zu diesem Zweck eine detaillierte Gefährdungsanalyse durchgeführt und eine umfangreiche Fraud-Prevention-Organisation erarbeitet und eingeführt. Ein Baustein dieser Fraud-Prevention-Organisation ist die Schaffung eines Fraud-Managements, das in Personalunion vom Geldwäschebeauftragten der Bank ausgefüllt wird. Die Funktion Geldwäscheprävention/Fraud-Management ist als zentrale Stelle im Bereich Compliance angesiedelt und direkt dem Risikovorstand unterstellt.

Zur Absicherung gegen rechtliche Risiken ist unter anderem bei Einleitung von rechtlichen Maßnahmen und beim Abschluss von Verträgen, die nicht auf freigegebenen Mustern basieren, die OE Recht einzuschalten.

Die Qualität externer Lieferanten und Dienstleister wird durch die Vereinbarung von Service-Level-Agreements oder detaillierter Leistungsverzeichnisse sowie durch die laufende Kontrolle der Leistung sichergestellt. Zur Umsetzung der MaRisk zum Outsourcing wurde ein Prozess zur Beurteilung von Dienstleistern hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit unter Risikogesichtspunkten installiert. Für jede wesentliche Auslagerung wird eine verantwortliche Stelle benannt, der das Leistungs- und Risikomanagement der Geschäftsbeziehung obliegt. Zudem wird für jede wesentliche Auslagerung individuell die Notfallplanung abgestimmt.

Aufbauorganisation

In den Risikomanagementprozess operationeller Risiken der Bank sind der Vorstand, das Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling sowie alle weiteren Bereiche eingebunden. Der Vorstand legt den grundsätzlichen Umgang mit operationellen Risiken unter Berücksichtigung der Risikolage auf Gesamtbankebene fest. Das Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling ist für die zentrale Überwachung und unabhängige Berichterstattung der operationellen Risiken zuständig. Die Verantwortung für die Steuerung der operationellen Risiken liegt innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen dezentral bei den einzelnen Bereichen.

Analyse

Die Konzeption und Definition der eingesetzten Controlling-Methoden, Verfahren und Begrifflichkeiten sowie deren laufende Weiterentwicklung obliegen dem Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling. Weiterentwicklungen erfolgen grundsätzlich in enger Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe.

Die Bank sammelt Schadensfälle aus operationellen Risiken und kategorisiert diese nach Ursachen und Auswirkungen. Die gesammelten Schadensfälle werden in das vom VÖB initiierte Datenkonsortium DakOR eingebracht.

Mit Hilfe der in der Bank jährlich durchgeführten Methode Risk Assessment wird die vergangenheitsbezogene Schadensfallsammlung um die Zukunftskomponente ergänzt. Durch Expertenschätzungen werden detaillierte Einblicke in die Risikosituation der einzelnen Fachbereiche gewonnen und ggf. entsprechende Maßnahmen abgeleitet. Das Risk Assessment erfolgt in einem ersten Schritt mittels eines Fragenkatalogs, der qualitative Fragen enthält. Des Weiteren

erfolgt in einem zweiten Schritt für Bereiche mit wesentlichen operationellen Risiken die Durchführung einer Szenariomethode, mit deren Hilfe eine Quantifizierung der operationellen Risiken erfolgt.

Im Jahr 2011 wurde eine Methodik zur Erhebung von Risikoindikatoren eingeführt. Die Auswahl der Indikatoren erfolgt risikoorientiert und wird regelmäßig auf ihre Aktualität geprüft. Mit Hilfe der Risikoindikatoren sollen potenzielle Risiken frühzeitig erkannt und mögliche Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Die Ergebnisse aus Schadensfalldatenbank, Erhebung der Risikoindikatoren und Risk Assessment werden analysiert und ggf. notwendige Maßnahmen von den Bereichen initiiert.

Bei der Ermittlung der Risiken wird innerhalb der NORD/LB-Gruppe eine einheitliche VaR-Methode und ein gruppenweites Allokationsmodell verwendet.

Berichterstattung

Im Rahmen der Risikoberichterstattung erfolgt monatlich die Darstellung der Schäden, der Risikoindikatoren und der Ergebnisse aus dem Risk Assessment.

Entwicklung im Jahr 2011

Im Jahr 2011 wurde eine Methodik zur Erhebung von Risikoindikatoren eingeführt (s.o.). Die Indikatoren ließen 2011 keine erhöhten Risiken erkennen.

Die eingetretenen Schadensfälle des Jahres 2011 werden insgesamt als unwesentlich aus Gesamtbanksicht eingeschätzt. Der Bruttobetrag aller gemeldeten Schadensfälle (inklusive Fällen, die auch das Kreditrisiko betreffen) betrug 2011 16,0 Mio. € (2010: 4,6 Mio. €).

Nettoschäden in % der Gesamtschadenssumme (ohne Schäden mit Kreditbezug)

Schadensfalldatenbank	Anteil 31.12.2011	Anteil 31.12.2010
Externe Einflüsse	2,5%	48,0%
Interne Abläufe	5,3%	0,0%
Mitarbeiter	92,2%	51,8%
Technologie	0,0%	0,2%

Basierend auf den Ergebnissen des Risk Assessments und den Einträgen in die Schadensfalldatenbank geht die Bank nicht davon aus, dass aus operationellen Risiken existenzgefährdende Schäden mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten werden.

Im Rahmen von zwei Insolvenzverfahren von den Insolvenzverwaltern gerichtlich geltend gemachte Zahlungsansprüche in Höhe von insgesamt circa 24,8 Mio. € zuzüglich Zinsen hält die Bank nach wie vor für unbegründet. In einem dieser Fälle wurde die Klage inzwischen erstinstanzlich, mit Ausnahme eines Teilbetrages von circa 37 T€, abgewiesen; der Insolvenzverwalter hat Berufung eingelegt. In jedem Fall können diese Ansprüche die Bank in ihrer Existenz nicht gefährden.

Hinsichtlich der Eigenkapitalunterlegung für das operationelle Risiko wurde auch im Jahr 2011 weiterhin der Standardansatz verwendet.

Ausblick

Mit den eingeführten Methoden und Verfahren zur Steuerung von operationellen Risiken hat die Bank die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt. An der Weiterentwicklung der Methoden wird in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe gearbeitet.

Sonstige Risiken

Über die bereits dargestellten Kredit-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts- und operationellen Risiken hinaus sind die sonstigen Risiken von untergeordneter Bedeutung für die Bank.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Bank verfolgt eine konservative Risikopolitik. Sie hat für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zur Begrenzung getroffen. Das Verlustpotenzial steht in einem angemessenen Verhältnis zur substanziellen Tragfähigkeit der Bank. Die Wirksamkeit der Risikosteuerungssysteme hat sich bereits vor dem Hintergrund der marktübergreifenden Liquiditäts- und Kreditkrise bewährt. Die gewonnenen Erkenntnisse werden für die Weiterentwicklung der Risikosteuerungssysteme in allen Risikoarten genutzt.

Die Risikodeckung war im Berichtszeitraum jederzeit gegeben. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nach Einschätzung der Bremer Landesbank nicht. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise blieben für die Bremer Landesbank im Berichtsjahr spürbar. Insbesondere wirkten erhöhte Ausfallwahrscheinlichkeiten und ein Anstieg der Non-Performing Loans belastend.

Das Credit-Investment-Portfolio wird sich in den nächsten Jahren durch Fälligkeiten und Neugeschäftsverbot weiter kontinuierlich reduzieren und bis zum Ende des Jahres 2015 bis auf unter 1 Mrd. € abgebaut sein. Sofern aus Bonitätsgründen eine vorzeitige Auflösung von Positionen ratsam erscheint, werden entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Das Engagement in den sogenannten PIIGS-Staaten baut sich in etwa proportional zu dem übrigen Engagement ab. Damit verringern sich sukzessive die möglichen Auswirkungen einer anhaltenden Schuldenkrise in den sogenannten PIIGS-Staaten auf das Portfolio der Bank. Mit Ausnahme von Italien und Griechenland hat die Bank keine direkten Staatsrisiken der sogenannten PIIGS-Staaten im Bestand, sondern lediglich solche aus Finanzierungsinstitutionen der entsprechenden Länder. Die EU hat kurzfristig die Anforderungen an die Kapitalausstattung von Finanzinstituten erhöht. Durch die Stärkung der Kapitalbasis der Institute – entweder aus eigener Kraft oder über die weitreichenden Unterstützungsprogramme in der EU – reduziert sich implizit das Risiko von substanziellen Auswirkungen auf das von Finanzierungsinstitutionen dominierte Credit-Investment-Portfolio nach Einschätzung der Bank beträchtlich.

Die Bank stellt sich in ihrer Risikosteuerung auf ein Fortbestehen der angespannten Situation in der Handelsschifffahrt in den nächsten beiden Jahren ein, ergreift adäquate Maßnahmen, betreibt entsprechende Risikovorsorge und aktives Portfoliomanagement, um notleidende Finanzierungen ohne realistisches Wertaufholungspotenzial abzuwickeln. Insgesamt geht die Bank davon aus, dass die Schiffsmärkte in den nächsten zwei bis drei Jahren die durchschnittlichen Marktwerte wieder erreichen werden und daher Sicherheitenverwertungen nach wie vor möglichst zu vermeiden sind.

Im Jahr 2011 hat die Bank die geltenden aufsichtsrechtlichen Vorschriften zum Eigenkapital und zur Liquidität erfüllt. Die Anforderungen aus der 3. MaRisk-Novelle wurden in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe umgesetzt. Die Bank stellt auf Basis einer umfassenden Funding- und Collateral-Strategie die Liquiditätsversorgung der kommenden Jahre sicher. Auf Marktveränderungen kann durch Nutzung von Liquiditätssteuerungsmodellen und regelmäßiger unterjähriger Kontrolle der Funding- und Kreditneugeschäftsabschlüsse reagiert werden.

Die Rating-Agenturen haben im Jahr 2011 weltweit die Ratings von Banken überprüft. Die Wahrscheinlichkeit, inwieweit Banken im Notfall von Dritten unterstützt werden können, wurde hierbei einer besonders kritischen Überprüfung unterzogen. In diesem Zusammenhang hat Moody's das Langfristrating für die Bremer Landesbank von Aa2 auf A2 (stabiler Ausblick) festgelegt. Das Langfristrating von Fitch ist mit A (stabiler Ausblick) bestätigt worden

Ziel ist es weiterhin, die Steuerung des Kreditportfolios unter Rendite-Risiko-Gesichtspunkten zu optimieren und hierzu das bestehende Risikosteuerungssystem weiterzuentwickeln. Dies geschieht im Einklang mit der strategischen Geschäftsausrichtung als Regionalbank mit überregionalem Spezialgeschäft.

Disclaimer – Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen zur Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Bremer Landesbank, die auf den derzeitigen Plänen, Einschätzungen, Prognosen und Erwartungen beruhen. Die Aussagen beinhalten Risiken und Unsicherheiten. Denn es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die auf das Geschäft der Bremer Landesbank einwirken und zu großen Teilen außerhalb ihres Einflussbereiches liegen. Dazu gehören vor allem die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung der Finanzmärkte weltweit und mögliche Kreditausfälle. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können also erheblich von den im Bericht getroffenen Annahmen abweichen. Sie haben daher nur zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Gültigkeit. Es wird seitens der Bremer Landesbank keine Verpflichtung übernommen, die zukunftsgerichteten Aussagen angesichts neuer Informationen oder unerwarteter Ereignisse zu aktualisieren.

2. Konzern Gewinn- und Verlustrechnung

Erfolgsrechnung

	Notes	1.1.–31.12. 2011 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2010 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Zinserträge		2.263	2.140	6
Zinsaufwendungen		1.887	1.826	3
Zinsüberschuss	18	376	314	20
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	19	-112	-59	90
Zinsergebnis nach Risikovorsorge		264	255	4
Provisionserträge		51	57	-11
Provisionsaufwendungen		25	29	-14
Provisionsüberschuss	20	26	28	-7
Handelsergebnis		13	-93	-
Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten		0	0	-
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	21	13	-93	-
Ergebnis aus Hedge Accounting	22	12	4	>100
Ergebnis aus Finanzanlagen	23	-2	8	-
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	24	10	6	67
Verwaltungsaufwand	25	159	162	-2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	26	1	17	-94
Ergebnis vor Steuern		165	63	>100
Ertragsteuern	27	34	14	>100
Konzernergebnis		131	49	>100
davon: auf Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallend		131	49	>100
davon: auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss entfallend		-	-	-

Bei einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2).

3. Gesamtergebnisrechnung

Der gesamte Periodenerfolg der Bremer Landesbank setzt sich aus den direkt im Eigenkapital und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Erträgen und Aufwendungen zusammen.

	Notes	1.1.–31.12. 2011 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2010 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Konzernergebnis aus der GuV		131	49	>100
Veränderung aus Available-for-Sale-(AfS-)Finanzinstrumenten				
Unrealisierte Gewinne/Verluste		-37	16	-
Umbuchungen aufgrund von Gewinn-/Verlustrealisierungen		-20	-7	>100
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen von at Equity bewerteten Unternehmen		0	0	-
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste bei leistungsorientierten Pensionsrückstellungen		1	-7	-
Latente Steuern	27	12	3	>100
Direkt im Eigenkapital erfasste Erträge und Aufwendungen		-44	5	-
Gesamteinkommen der Periode		87	54	61
davon: den Anteilseignern des Mutterunternehmens zustehend		87	54	61
davon: auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss entfallend		-	-	-

Bei einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2).

4. Konzernbilanz

Aktiva

	Notes	31.12. 2011 (in Mio. €)	31.12. 2010 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Barreserve	28	214	74	>100
Forderungen an Kreditinstitute	29	4.851	5.513	-12
Forderungen an Kunden	30	22.685	22.060	3
Risikovorsorge	31	-378	-306	24
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	32	1.349	1.087	24
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	33	531	338	57
Finanzanlagen	34	5.234	5.688	-8
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	35	84	77	9
Sachanlagen	36	38	36	6
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	37	68	70	-3
Immaterielle Vermögenswerte	38	11	2	>100
Laufende Ertragsteueransprüche	39	6	7	-14
Latente Ertragsteuern	39	142	117	21
Sonstige Aktiva	40	27	38	-29
Summe Aktiva		34.862	34.801	0

Passiva

	Notes	31.12. 2011 (in Mio. €)	31.12. 2010 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	41	11.009	11.600	-5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	42	10.604	10.155	4
Verbriefte Verbindlichkeiten	43	8.692	8.939	-3
Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente	44	142	22	>100
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	45	1.686	1.449	16
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	46	124	106	17
Rückstellungen	47	319	320	0
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	48	32	33	-3
Latente Ertragsteuern	48	2	1	100
Sonstige Passiva	49	34	24	42
Nachrangkapital	50	1.170	1.163	1
Eigenkapital		1.048	989	6
Gezeichnetes Kapital		140	140	-
Kapitalrücklage		40	40	-
Gewinnrücklagen		866	763	13
Neubewertungsrücklage		2	46	-96
Auf die Anteilseigner der BLB entfallendes Eigenkapital		1.048	989	6
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		-	-	-
Summe Passiva		34.862	34.801	0

Bei einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2).

5. Eigenkapitalveränderungsrechnung

Entwicklung des Eigenkapitals

(in Mio. €)	Notes	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Eigenkapital vor Anteilen Dritter	Anteile in Fremdbesitz	Konzern-eigenkapital
Eigenkapital 1.1.2011		140	40	763	46	989	0	989
Veränderung des Fair Value der AFS-Finanzinstrumente		–	–	–	–57	–57	–	–57
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	24	–	–	0	–	0	–	0
Veränderung der versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste		–	–	1	–	1	–	1
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Veränderungen	27	–	–	–1	13	12	–	12
Direkt im Eigenkapital erfasste Erträge und Aufwendungen		0	0	0	–44	–44	0	–44
Konzernjahresüberschuss		–	–	131	–	131	–	131
Gesamteinkommen der Periode		0	0	131	–44	87	0	87
Ausschüttungen		–	–	–28	–	–28	–	–28
Veränderung des Konsolidierungskreises		–	–	–	–	–	–	–
Eigenkapital 31.12.2011		140	40	866	2	1.048	0	1.048
Eigenkapital 1.1.2010		140	40	747	36	963	0	963
Veränderung des Fair Value der AFS-Finanzinstrumente		–	–	–	9	9	–	9
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	24	–	–	0	–	0	–	0
Veränderung der versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste		–	–	–7	–	–7	–	–7
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Veränderungen	27	–	–	2	1	3	–	3
Direkt im Eigenkapital erfasste Erträge und Aufwendungen		0	0	–5	10	5	0	5
Konzernjahresüberschuss		–	–	49	–	49	–	49
Gesamteinkommen der Periode		0	0	44	10	54	0	54
Ausschüttungen		–	–	–28	–	–28	–	–28
Veränderung des Konsolidierungskreises		–	–	–	–	–	–	–
Eigenkapital 31.12.2010		140	40	763	46	989	0	989

Bei einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2). Zur Erläuterung der Eigenkapitalveränderungsrechnung wird auf Seite 150 verwiesen.

6. Kapitalflussrechnung

(in Mio. €)	2011	2010
Konzernjahresüberschuss	131	49
Korrektur um zahlungsunwirksame Posten		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte und Finanzanlagen	-1	0
Veränderung der Rückstellungen	22	30
Gewinne/Verluste aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen sowie immateriellen Vermögenswerten	-19	-8
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	227	-47
Sonstige Anpassungen (per Saldo)	-473	-351
Zwischensumme	-113	-327
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	44	-1.790
Handelsbestände und Hedge-Accounting-Derivate	-14	378
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-169	-11
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	-209	983
Verbriefte Verbindlichkeiten	-274	-318
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-18	-2
Erhaltene Zinsen und Dividenden	2.255	2.146
Gezahlte Zinsen	-1.833	-1.765
Ertragsteuerzahlungen	-47	-32
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-378	-738
Einzahlungen aus der Veräußerung von		
Finanzanlagen	974	758
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von		
Finanzanlagen	-363	0
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-16	-21
Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0	7
Cashflow aus Investitionstätigkeit	595	744
Auszahlungen an Unternehmenseigner und Gesellschafter ohne beherrschenden Einfluss (Dividenden und sonstige Zahlungen)	-28	-28
Zinszahlungen für Nachrangkapital	-49	-49
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-77	-77
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	74	145
Cashflow aus operativer Tätigkeit	-378	-738
Cashflow aus Investitionstätigkeit	595	744
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-77	-77
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	214	74

Bei den einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2).

7. Konzernanhang (Notes)

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, Oldenburg (Bremer Landesbank) (Domshof 26, 28195 Bremen) hat ihren Sitz in Bremen (Amtsgericht Bremen; HRA 22159) in der Bundesrepublik Deutschland und unterhält Niederlassungen in Bremen und Oldenburg. Am Stammkapital sind mit 92,5% die Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover, und mit 7,5% die Freie Hansestadt Bremen beteiligt. Die NORD/LB ist unmittelbares und oberstes Mutterunternehmen der Bremer Landesbank.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Grundlagen zur Aufstellung des Konzernabschlusses

Der Konzernabschluss der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, Oldenburg (Bremer Landesbank) zum 31. Dezember 2011 wurde auf Basis der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) des International Accounting Standards Board (IASB) aufgestellt. Maßgeblich waren diejenigen Standards, die zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung veröffentlicht und von der Europäischen Union übernommen waren. Ferner wurden die nationalen Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) im Rahmen des § 315a HGB berücksichtigt.

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2011 umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb der Notes (Note (17)). Die Risikoberichterstattung gemäß IFRS 7 erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des separaten Berichts über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht) als Bestandteil des Konzernlageberichts.

Die Bewertung von Vermögenswerten erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten. Davon ausgenommen sind diejenigen Finanzinstrumente nach IAS 39, welche zum Fair Value bewertet werden. Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind. Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden nachfolgend dargestellt.

Die im Rahmen der Bilanzierung nach IFRS notwendigen Schätzungen und Beurteilungen durch das Management erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Die Vornahme von Schätzungen und Beurteilungen erfolgt insbesondere hinsichtlich folgender Sachverhalte: Ermittlung der Fair Values von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen des Level 2 und des Level 3 einschließlich der Einschätzung des Vorliegens eines aktiven bzw. inaktiven Marktes, Bewertung von Pensionsrückstellungen hinsichtlich den der Ermittlung zugrunde liegenden Parametern, Bemessung der Risikovorsorge bezüglich zukünftiger Cashflows, Ermittlung latenter Steueransprüche in Bezug auf die Werthaltigkeit noch nicht genutzter steuerlicher Verluste.

Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen dargelegt. Die Schätzungen und Beurteilungen selbst sowie die zugrunde liegenden Beurteilungsfaktoren und Schätzverfahren werden regelmäßig überprüft und mit den tatsächlich eingetretenen Ereignissen abgeglichen. Schätzungsänderungen werden, sofern die Änderung nur eine Periode betrifft, nur in dieser berücksichtigt, und falls die Änderung die aktuelle sowie die folgenden Berichtsperioden betrifft, entsprechend in dieser und den folgenden Perioden beachtet.

Berichtswährung des Konzernabschlusses ist Euro. Alle Beträge sind, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. €) kaufmännisch gerundet dargestellt.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 28. März 2012 vom Vorstand unterzeichnet und zur Weitergabe an den Aufsichtsrat freigegeben.

(2) Anpassung der Vorjahreszahlen

Im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 wurden für zwei passivische Termingelder in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden die anteiligen Zinsen um 3 Mio. € zu hoch und das Zinsergebnis damit um diesen Betrag zu niedrig ausgewiesen.

Daneben wurden Kreditbearbeitungsgebühren für Neukreditgewährungen und Restrukturierungen in Höhe von 13 Mio. € nicht unter den Zinserträgen, sondern im Provisionsergebnis ausgewiesen.

Die Anpassung der Vorjahreswerte einschließlich der aus den Anpassungen resultierenden Steuereffekte geht aus folgender Tabelle hervor:

(in Mio. €)	31.12.2010		
	vor Anpassung	Anpassung	nach Anpassung
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10.158	-3	10.155
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	32	1	33
Eigenkapital	987	2	989
Gewinnrücklagen	761	2	763
Zinserträge	2.127	13	2.140
Zinsaufwendungen	1.829	-3	1.826
Provisionserträge	70	-13	57
Ergebnis vor Steuern	60	3	63
Ertragsteuern	13	1	14
Konzernergebnis	47	2	49

Die jeweiligen Anpassungen wurden auch bei folgenden Positionen innerhalb der Notes (17), (18), (20), (27), (42), (48), (51), (55) und (63) berücksichtigt.

Eine Anpassung der Eröffnungsbilanzwerte der Vermögenswerte, Schulden und des Eigenkapitals des Geschäftsjahres 2010 ist nicht erforderlich, da die vorgenommenen Anpassungen keine Auswirkungen auf Perioden vor 2010 haben.

Auf einen Drei-Spalten-Ausweis in der Konzernbilanz entsprechend IAS 1 Rev wurde verzichtet, da sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vergleichsperiode ergeben.

(3) Angewandte IFRS

Im Berichtsjahr werden alle IFRS, Interpretationen und deren jeweilige Änderungen angewendet, sofern sie durch die EU im Rahmen des Endorsement anerkannt wurden und für den Bremer Landesbank Konzern im Berichtsjahr 2011 einschlägig sind.

Im Berichtsjahr wurden folgende zum 1. Januar erstmals anzuwendende Standardänderungen berücksichtigt:

Im November 2009 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IAS-24-Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen. Im Rahmen der Überarbeitung erfolgte insbesondere eine Präzisierung bzw. Ergänzung der Definition der nahe stehenden Unternehmen und Personen sowie die Einführung einer Ausnahmeregelung bezüglich der zu veröffentlichenden Angaben für Regierungen nahe stehende Unternehmen (Government-Related Entities).

Aufgrund der erstmaligen Anwendung des IAS 24 (rev. 2009) hat sich der Kreis der nahe stehenden Unternehmen um die Tochterunternehmen und Joint Ventures des Landes Niedersachsen und des Sparkassenverbandes Niedersachsen (SVN) sowie die Tochterunternehmen von Joint Ventures und assoziierten Unternehmen des Bremer Landesbank Konzerns erweitert. Damit einher geht eine Ausweitung des Volumens der im Anhang angegebenen Geschäfte. Die Vorjahresangaben sind entsprechend angepasst (vgl. Note (78) Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen). Die im geänderten Standard enthaltene Ausnahmeregelung bezüglich der Angaben für Government-Related Entities nimmt der Bremer Landesbank Konzern nicht in Anspruch.

Im Mai 2010 veröffentlichte das IASB im Rahmen seines Annual Improvements Projects weitere Modifizierungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkungen auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die meisten der Anpassungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen.

Die „Verbesserungen der IFRS (2010)“ wirken sich insbesondere durch die Neufassung des IFRS 7.36(b) sowie durch die Streichung des IFRS 7.36(d) aus. Die Neufassung des IFRS 7.36(b) verlangt neben der bisherigen verbalen Beschreibung der gehaltenen Sicherheiten auch eine quantitative Offenlegung. Gleichzeitig entfällt durch die Streichung des IFRS 7.36(d) die Angabepflicht zum nachverhandelten Kreditvolumen. Aus der Beachtung der geänderten Rechnungslegungsstandards und der neuen Interpretationen resultieren keine wesentlichen Auswirkungen.

Aus den Änderungen im Rahmen des genannten Annual Improvements Projects ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Bilanzierung, die Bewertung und den Ausweis im Konzernabschluss der Bremer Landesbank.

Von der vorzeitigen Anwendung der folgenden Standards und Standardänderungen, die erst nach dem 31. Dezember 2011 für den Bremer Landesbank Konzern umzusetzen sind, wurde zulässigerweise abgesehen:

- **IAS 19 (rev. 2011) – Leistungen an Arbeitnehmer**

Der geänderte IAS 19 wurde im Juni 2011 veröffentlicht und tritt für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Aus den darin enthaltenen Regelungen ergeben sich Auswirkungen auf die Erfassung und Bewertung des Aufwands für leistungsorientierte Pensionspläne (Defined Benefit Plans) und von Leistungen aus Anlass der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses (Termination Benefits).

Der IAS 19 (rev. 2011) beinhaltet insbesondere die folgenden Änderungen:

Die Pensionsverpflichtungen und das Planvermögen sind in der Bilanz zukünftig vollständig zu erfassen, d.h. sofortige erfolgsneutrale Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste im sonstigen Ergebnis (Other Comprehensive Income). Das bislang bestehende Wahlrecht zur Anwendung der sogenannten „Korridormethode“, bei der die bilanzielle und erfolgsrechnerische Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste nur bei Überschreitung bestimmter Größenkriterien erfolgt, wird abgeschafft.

Von dem Wahlrecht zum Ansatz der „Korridormethode“ wurde im Konzern der Bremer Landesbank in der Vergangenheit kein Gebrauch gemacht. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste sind schon bisher sofort und in vollem Umfang erfolgsneutral in den Gewinnrücklagen abgebildet worden.

Der überarbeitete IAS 19 sieht zudem eine beschleunigte Erfassung von nachzuverrechnendem Dienstzeitaufwand vor. Der Zinsaufwand und der erwartete Ertrag aus dem Planvermögen (netto) sind unter Berücksichtigung des bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen zugrunde gelegten Zinssatzes zu ermitteln.

Darüber hinaus beinhaltet der überarbeitete IAS 19 erweiterte Anhangangaben.

Eine detaillierte Analyse der Auswirkungen aus der Anwendung des geänderten IAS 19 ist noch vorzunehmen.

- **IFRS 9 – Finanzinstrumente**

Im Rahmen des Projekts zur Ablösung von IAS 39 wurde im Oktober 2010 eine überarbeitete Version des IFRS 9 veröffentlicht. Die erste der drei Phasen beinhaltet Regelungen zur Kategorisierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten sowie finanziellen Verpflichtungen. Für die Kategorisierung von finanziellen Vermögenswerten nach IFRS 9 gibt es nur noch zwei Möglichkeiten, die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten oder die Bewertung zum Fair Value. Die Kategorisierung richtet sich künftig nach dem Geschäftsmodell des bilanzierenden Unternehmens und den vertraglich vereinbarten Zahlungsströmen des Vermögenswertes. Des Weiteren sind die Regelungen für eingebettete Derivate und die Umwidmung modifiziert worden. Die Regelungen in Bezug auf finanzielle Verpflichtungen sind weitgehend unverändert gegenüber IAS 39. Lediglich bei Anwendung der Fair-Value-Option werden bonitätsinduzierte Bewertungsänderungen finanzieller Verpflichtungen zukünftig grundsätzlich im sonstigen Ergebnis (Other Comprehensive Income) gezeigt. Zu den weiteren Phasen mit den Themen Impairment und Hedge Accounting werden Veröffentlichungen des IASB im ersten Halbjahr 2012 erwartet. Ein EU-Endorsement vorausgesetzt, ist der IFRS 9 nach derzeitigem Stand verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2015 beginnen.

Die Übergangsvorschriften des IFRS 9 wurden durch die „Amendments to IFRS 9 and IFRS 7 – Mandatory Effective Date and Transition Disclosures“ geändert. Damit verschiebt sich die erstmalige Anwendung von Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen, auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2015 beginnen. Eine frühere Anwendung ist möglich. Die Anwendung ist grundsätzlich retrospektiv vorzunehmen. Des Weiteren entfällt die Verpflichtung zur Darstellung von angepassten Vorjahreszahlen.

In Bezug auf IFRS 9 werden erhebliche Einflüsse auf die Bilanzierung, die Bewertung und den Ausweis in zukünftigen Konzernabschlüssen erwartet. Eine Quantifizierung der potenziellen Auswirkungen im Bremer Landesbank Konzern kann erst erfolgen, wenn die endgültigen Regelungen zu allen Phasen des IFRS 9 durch das IASB verabschiedet wurden.

- **IFRS 10 – Konzernabschlüsse**

Der im Mai 2011 veröffentlichte IFRS 10 ändert die Definition von Beherrschung und schafft einheitliche Regelungen zur Bestimmung der Beherrschung sowohl für Tochterunternehmen als auch für strukturierte Unternehmen (Zweckgesellschaften), die Grundlage für die Beurteilung der Konsolidierungspflicht sind. Der Standard ersetzt die diesbezüglichen Regelungen des bisherigen IAS 27 sowie des SIC-12 und tritt für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen.

Alle potenziell konsolidierungspflichtigen Unternehmen des Bremer Landesbank Konzerns – insbesondere Zweckgesellschaften – werden derzeit in Bezug auf die neue Beherrschungsdefinition des IFRS 10 analysiert. Inwieweit es zu einer Veränderung des Konsolidierungskreises kommt, kann erst nach Abschluss der Untersuchungen bestimmt werden.

- **IFRS 11 – Gemeinschaftliche Vereinbarungen**

Der IAS 31 – Anteile an Gemeinschaftsunternehmen wird durch den im Mai 2011 veröffentlichten und ab 1. Januar 2013 anzuwendenden IFRS 11 ersetzt. Dieser regelt die Bilanzierung von Sachverhalten, in denen ein Unternehmen gemeinschaftliche Führung (Jointly Control) über ein Gemeinschaftsunternehmen hat (Joint Venture) oder eine gemeinschaftliche Tätigkeit (Joint Operation) ausübt. Gegenüber dem bisherigen Standard gibt es zwei wesentliche Änderungen. Zum einen wurde für die Konsolidierung von Joint Ventures das Wahlrecht für eine Quotenkonsolidierung abgeschafft, d.h., eine Konsolidierung ist nur noch auf Basis der Equity-Methode analog IAS 28 zulässig. Zum anderen wurde die neue Kategorie Joint Operations aufgenommen, für die eine Bilanzierung von dem Konzern zurechenbaren Vermögenswerten und Verbindlichkeiten vorgesehen ist.

Aus der erstmaligen Anwendung des IFRS 11 resultiert für den Bremer Landesbank Konzernabschluss voraussichtlich kein Anpassungsbedarf.

- **IFRS 12 – Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen**

Der neue IFRS 12 fasst die Offenlegungsanforderungen zu Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen, assoziierten Unternehmen und nicht konsolidierten, strukturierten Unternehmen in einem Standard zusammen. Ziel ist die Bereitstellung von Informationen über die Art der Einflussnahmemöglichkeiten auf die genannten Unternehmen und die damit

verbundenen Risiken sowie die Effekte, die sich aus der Einflussnahme auf Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Cashflow ergeben. IFRS 12 ist erstmals für am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnende Geschäftsjahre verpflichtend anzuwenden.

Durch den IFRS 12 ergeben sich für den Bremer Landesbank Konzernabschluss voraussichtlich erweiterte Offenlegungspflichten.

- **IFRS 13 – Bewertung zum beizulegenden Zeitwert**

Das IASB hat im Mai 2011 den IFRS 13 – Fair Value Measurement veröffentlicht, der für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen, anzuwenden ist; die Angabe von angepassten Vergleichszahlen ist nicht verpflichtend. Die im Rahmen des IFRS 13 erfolgten Konkretisierungen betreffen u.a. die Definition des Fair Value und die Level-Einwertung, die Bilanzierung eines Day-One Profit/Loss sowie die Anwendung einer Geld-/Briefspanne bei der Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten.

Die Auswirkungen der Regelungen des IFRS 13 auf die Bilanzierung, Bewertung und Anhangangaben im Bremer Landesbank Konzern werden gegenwärtig geprüft.

- **Amendments zu IAS 1 – Darstellung von Posten des Sonstigen Ergebnisses**

Die im Juni 2011 durch das IASB im Rahmen des Financial-Statement-Presentation-Projektes veröffentlichten Änderungen des IAS 1 sehen vor, die Posten des Sonstigen Ergebnisses (OCI) danach zu unterteilen, ob sie in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert (recycled) werden können oder nicht. Im Fall eines Vor-Steuer-Ausweises des OCI ist bezüglich der Steuerbeträge analog zu verfahren und eine Aufteilung in umklassifizierbare und nicht-umklassifizierbare Posten vorzunehmen. Der für den Bremer Landesbank Konzern verpflichtende Erstanwendungszeitpunkt ist der 1. Januar 2013.

Die Anpassungen an IAS 1 werden zu einer Darstellungsänderung in der Gesamtergebnisrechnung des Bremer Landesbank Konzerns führen.

- **Amendments zu IAS 32 – Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verpflichtungen**

Im Dezember 2011 hat das IASB mit der Veröffentlichung der Änderungen an IAS 32 – Finanzinstrumente: Darstellung seine Anforderungen für die Saldierung von Finanzinstrumenten klargestellt. Die Änderungen, die bestehende Inkonsistenzen bei der Anwendung der Saldierungskriterien beseitigen sollen, erläutern insbesondere die Bedeutung des „gegenwärtigen Rechtsanspruchs zur Aufrechnung“ und unter welchen Bedingungen Systeme mit Bruttoausgleich als äquivalent zum Nettoausgleich im Sinne des Standards angesehen werden können. Die Amendments sind verpflichtend für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen, retrospektiv anzuwenden.

- **Amendments zu IFRS 7 – Angaben: Transfer von finanziellen Vermögenswerten**

Das IASB hat im Oktober 2010 im Zusammenhang mit einer umfassenden Überprüfung bilanzunwirksamer Geschäftsvorfälle Änderungen an IFRS 7 – Finanzinstrumente: Angaben herausgegeben. Die Änderungen sollen einen besseren Einblick in Transaktionen zum Zweck der Übertragung von Vermögenswerten einschließlich möglicher Auswirkungen der beim abgebenden Unternehmen verbliebenen Risiken ermöglichen.

Aus den Amendments resultieren erweiterte Offenlegungsanforderungen, die für den Bremer Landesbank Konzern ab dem 1. Januar 2012 anzuwenden sind. Auf die Angabe von Vergleichszahlen kann im ersten Jahr der Anwendung verzichtet werden.

- **Amendments zu IFRS 7 – Angaben: Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verpflichtungen**

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Amendments zu IAS 32 – Finanzinstrumente: Darstellung wurde im Dezember 2011 auch eine Ergänzung der Angabevorschriften des IFRS 7 bezüglich Offsetting vorgenommen, um Abschlussadressaten die Möglichkeit zu geben, Auswirkungen von Saldierungsvereinbarungen einschließlich der Rechte auf Saldierung von bilanzierten finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten auf die Finanzlage eines Unternehmens einzuschätzen. Die Änderungen sind rückwirkend für Zwischenperioden und Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen, anzuwenden.

Die Auswirkungen der Amendments zu IAS 32 und IFRS 7 bezüglich der Saldierung von Finanzinstrumenten auf den Bremer Landesbank Konzern werden derzeit geprüft.

Des Weiteren wurde von einer vorzeitigen Anwendung der nachfolgenden Standardänderungen bzw. Standardneufassungen abgesehen:

- Amendments zu IAS 12 – Latente Steuern: Rückgewinnung zugrundeliegender Vermögenswerte
- IAS 27 (rev. 2011) – Einzelabschlüsse
- IAS 28 (rev. 2011) – Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen

Diese Änderungen sind im Konzern verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder ab dem 1. Januar 2012 (Amendments zu IAS 12) bzw. 1. Januar 2013 beginnen.

Aus den Änderungen der IAS 12, IAS 27 und IAS 28 werden keine wesentlichen Einflüsse auf den Bremer Landesbank Konzernabschluss erwartet.

Mit Ausnahme der Amendments zu IFRS 7 – Angaben: Transfer von finanziellen Vermögenswerten, deren Endorsement am 22. November 2011 erfolgt ist, steht für alle zuvor genannten Standards und Standardänderungen die Übernahme in europäisches Recht noch aus.

(4) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Bremer Landesbank, der nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt wird, beinhaltet den Abschluss des Mutterunternehmens und der von ihr kontrollierten Unternehmen einschließlich der Zweckgesellschaften (Tochtergesellschaften). Kontrolle liegt vor, wenn das Unternehmen die Möglichkeit besitzt, die Finanz- und Geschäftspolitik eines Unternehmens zu bestimmen, um aus dessen Tätigkeit Nutzen zu ziehen.

Die Kapitalkonsolidierung wird nach der Erwerbsmethode vorgenommen. Dabei werden alle Vermögenswerte und Verpflichtungen der Tochtergesellschaften zum Zeitpunkt der Erlangung des beherrschenden Einflusses mit ihrem Fair Value unter Berücksichtigung latenter Steuern angesetzt. Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochtergesellschaften werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als Anteile ohne beherrschenden Einfluss ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie konzerninterne Aufwendungen und Erträge werden im Rahmen der Schulden- bzw. Aufwands- und Ertragskonsolidierung eliminiert. Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden im Rahmen der Zwischenergebniseliminierung konsolidiert.

Die Ergebnisse der im Lauf des Jahres hinzugekommenen oder abgegangenen Tochtergesellschaften werden entsprechend ab dem Erwerbszeitpunkt oder bis zum Abgangszeitpunkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet und als Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen. Die Anschaffungskosten dieser at Equity bewerteten Unternehmen und die Unterschiedsbeträge werden zum Zeitpunkt der Erlangung des maßgeblichen Einflusses bestimmt. Hierbei werden die gleichen Regeln wie bei Tochtergesellschaften angewandt. Die Fortschreibung des at-Equity-Wertes erfolgt auf Basis der konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erfolgswirksam bzw. erfolgsneutral. Verluste, die den at-Equity-Wert übersteigen, werden nicht erfasst, es sei denn, der Konzern ist rechtliche oder faktische Verpflichtungen eingegangen bzw. leistet Zahlungen an Stelle des at Equity bewerteten Unternehmens.

Bei Transaktionen zwischen einem Konzernunternehmen und einem assoziierten Unternehmen werden Gewinne und Verluste im Umfang des Konzernanteiles an dem entsprechenden Unternehmen eliminiert.

Eine Entkonsolidierung wird zu dem Zeitpunkt vorgenommen, ab welchem kein beherrschender oder maßgeblicher Einfluss mehr besteht.

(5) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss sind neben der Bremer Landesbank als Mutterunternehmen folgende Tochtergesellschaften einbezogen, an denen die Bremer Landesbank direkt oder indirekt mehr als 50% der Stimmrechte hält oder anderweitig einen beherrschenden Einfluss ausüben kann:

- BLB Immobilien GmbH, Bremen
- BLB Leasing GmbH, Oldenburg
- BREMISCHE Grundstücks-GmbH, Bremen
- NORDWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen
- NORDWEST VERMÖGEN Vermietungs-GmbH & Co. KG, Bremen

Bei eigenem Fortbestand hat die NORDWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen, einen Teilbetrieb auf die per 30 September 2011 neugegründete NORDWEST

VERMÖGEN Vermietungs-GmbH & Co. KG mit Sitz in Bremen übertragen. Die Bremer Landesbank ist an der NORTHWEST Vermietungs-GmbH & Co. KG mit 10% direkt und zu 90% über die BLB Immobilien GmbH, Bremen, indirekt beteiligt.

Zudem werden folgende assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bilanziert:

- DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
- BREBAU GmbH, Bremen
- AMMERLÄNDER Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede
- GSG Oldenburg Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg
- Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds

Das assoziierte Unternehmen Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede, wurde mit dem abweichenden Abschlussstichtag 31. Dezember 2010 nach der Equity-Methode bewertet, da die Gesellschaft ihren Abschluss erst nach der Abschlusserstellung des Berichtsunternehmens erstellt.

Die Tochtergesellschaften, Investmentfonds, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sowie die Beteiligungen können der Anteilsbesitzliste (Note (81)) entnommen werden.

(6) Währungsumrechnung

Auf fremde Währung lautende monetäre Vermögenswerte und Verpflichtungen und nicht monetäre Posten, die zum Fair Value bewertet werden, sind mit den EZB-Referenzkursen zum 31. Dezember 2011 umgerechnet. Nicht monetäre Posten, die zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet werden, sind zu historischen Kursen angesetzt. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung werden mit marktgerechten Kursen umgerechnet. Währungsdifferenzen monetärer Posten schlagen sich in der Gewinn- und Verlustrechnung nieder; bei nicht monetären Posten erfolgt die Vereinnahmung gemäß der Erfassung der Gewinne bzw. Verluste solcher Posten erfolgsneutral oder erfolgswirksam.

Zu konsolidierende ausländische Tochtergesellschaften, deren funktionale Währung nicht Euro ist, sind nicht vorhanden.

(7) Finanzinstrumente

Ein Finanzinstrument ist definiert als Vertrag, der bei einem Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei einem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verpflichtung oder zu einem Eigenkapitalinstrument führt. Die Finanzinstrumente der Bremer Landesbank sind bilanziell entsprechend erfasst. Sie werden gemäß den Vorgaben des IAS 39 den Haltekategorien zugeordnet und in Abhängigkeit der Zuordnung bewertet.

Die Finanzinstrumente beinhalten Finanzgarantien gemäß der Definition des IAS 39.

Die Klassenbildung gemäß IFRS 7.6 orientiert sich an den IAS-39-Haltekategorien, die weitestgehend einzelnen Bilanzposten entsprechen. Zusätzliche Klassen bilden die Barreserve, Hedge-Accounting-Derivate, Finanzgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen. Hinzu kommt

die Berücksichtigung von Einlagen stiller Gesellschafter, die nach IAS 32 als Fremdkapital einzustufen sind. Eine Überleitung der Klassen auf die Bilanzposten wird durch die Erläuterung der Zusammensetzung der entsprechenden Posten ermöglicht.

Zugang und Abgang von Finanzinstrumenten

Der Bilanzansatz eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verpflichtung erfolgt, wenn der Konzern Vertragspartei zu den vertraglichen Regelungen des Finanzinstruments wird. Bei regulären Kassakäufen oder -verkäufen von finanziellen Vermögenswerten fallen Handels- und Erfüllungstag im Allgemeinen auseinander. Für diese regulären Kassakäufe oder -verkäufe besteht ein Wahlrecht der Bilanzierung zum Handelstag (Trade Date Accounting) oder zum Erfüllungstag (Settlement Date Accounting). Im Konzern erfolgt für alle finanziellen Vermögenswerte bei Ansatz und Abgang Trade Date Accounting.

Die Abgangsvorschriften des IAS 39 richten sich sowohl nach dem Konzept der Chancen und Risiken als auch nach dem der Verfügungsmacht, wobei bei der Prüfung von Ausbuchungsvorgängen die Bewertung der Chancen und Risiken aus dem Eigentum Vorrang vor der Bewertung der Übertragung der Verfügungsmacht hat.

Bei einer nur teilweisen Übertragung der Chancen und Risiken und der Zurückbehaltung von Verfügungsmacht kommt der Continuing-Involvement-Ansatz zur Anwendung. Der finanzielle Vermögenswert wird dabei unter Berücksichtigung spezieller Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden in dem Umfang erfasst, der seinem fortdauernden Engagement (Continuing Involvement) entspricht. Die Höhe des Continuing Involvement bestimmt sich aus dem Umfang, in dem der Konzern weiterhin das Risiko von Wertänderungen des übertragenen Vermögenswertes trägt.

Eine finanzielle Verpflichtung (oder ein Teil einer finanziellen Verpflichtung) wird ausgebucht, wenn sie erloschen ist, d.h., wenn die im Vertrag genannten Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind. Auch der Rückerwerb eigener Schuldtitel fällt unter die Ausbuchung finanzieller Verpflichtungen. Unterschiedsbeträge beim Rückkauf zwischen dem Buchwert der Verpflichtung (einschließlich Agien und Disagien) und dem Kaufpreis werden erfolgswirksam erfasst; bei Wiederveräußerung zu einem späteren Zeitpunkt entsteht eine neue finanzielle Verpflichtung, deren Anschaffungskosten dem Veräußerungserlös entsprechen. Unterschiedsbeträge zwischen diesen neuen Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag werden nach der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit des Schuldtitels verteilt.

Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten und ihre Bewertung

Die erstmalige Erfassung von finanziellen Vermögenswerten bzw. finanziellen Verpflichtungen erfolgt zum Fair Value. Für die im Konzernabschluss erfassten Finanzgarantien wird die Nettomethode verwendet. Bei Finanzinstrumenten der Kategorien Loans and Receivables (LaR), Held to Maturity (HtM), Available for Sale (AfS) und Other Liabilities (OL) werden Transaktionskosten in die Anschaffungskosten einbezogen, soweit sie direkt zurechenbar sind. Sie werden im Rahmen der effektivzinskonstanten Verteilung der Agien und Disagien auf den Nominalwert bzw. Rückzahlungsbetrag berücksichtigt. Bei Finanzinstrumenten der Kategorie Financial Assets or Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss (aFV) werden die Transaktionskosten sofort erfolgswirksam erfasst.

Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen richtet sich danach, welcher Kategorie nach IAS 39 sie zum Zeitpunkt ihres Erwerbs zugeordnet werden:

Loans and Receivables (LaR – Kredite und Forderungen)

Dieser Kategorie werden nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimm- baren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind, zugeordnet, soweit sie nicht als Financial Assets at Fair Value through Profit or Loss (aFV) oder Available for Sale (AfS) katego- risiert sind. Die Kategorie LaR ist die umfangreichste im Konzern, da hier im Wesentlichen das gesamte klassische Kredit- und Darlehensgeschäft abgebildet wird. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten (Amortised Cost) unter Anwendung der Effektivzinsme- thode. Agien bzw. Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam berücksichtigt. Zu jedem Bilanzstichtag sowie bei Hinweisen auf potenzielle Wertminderungen werden Loans and Receivables (LaR) auf Werthaltigkeit geprüft und ggf. wertberichtigt (vgl. Notes (31) Risikovor- sorge und (23) Ergebnis aus Finanzanlagen). Bei Vorliegen eines Impairments wird dieses bei der Fortschreibung der fortgeführten Anschaffungskosten erfolgswirksam berücksichtigt. Wert- aufholungen werden erfolgswirksam vorgenommen. Die Obergrenze der Wertaufholung bilden die fortgeführten Anschaffungskosten, die sich zum Bewertungszeitpunkt ohne Wertminderun- gen ergeben hätten.

Held to Maturity (HtM – bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinstrumente)

Dieser Kategorie können nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimm- baren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit zugeordnet werden, für die die Absicht und Fähig- keit besteht, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Eine Zuordnung kann insoweit erfolgen, als dass die Finanzinstrumente nicht als Financial Assets at Fair Value through Profit or Loss (aFV), als Available for Sale (AfS) oder als Loans and Receivables (LaR) kategorisiert sind. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten (Amortised Cost) unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Im Konzernabschluss findet die Kategorie Held to Maturity gegenwärtig keine Anwendung.

Financial Assets or Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss (aFV – erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten)

Diese Kategorie umfasst zwei Unterkategorien:

- **Held for Trading (HfT – zu Handelszwecken gehalten)**

Diese Unterkategorie umfasst Finanzinstrumente (Handelsaktiva und Handelspassiva), die mit der Absicht erworben wurden, Gewinne aus kurzfristigen Käufen und Verkäufen zu er- zielen, und beinhaltet sämtliche Derivate, soweit sie nicht Sicherungsinstrumente im Rah- men des Hedge Accounting darstellen. Handelsaktiva setzen sich im Wesentlichen aus Geldmarktpapieren, Anleihen und Schuldverschreibungen sowie Derivaten mit positivem Fair Value zusammen. Handelspassiva umfassen im Wesentlichen Derivate mit negativem Fair Value. Handelsaktiva und Handelspassiva werden im Rahmen der Folgebewertung er- folgswirksam zum Fair Value erfasst. Eine separate effektivzinskonstante Amortisation von Agien und Disagien erfolgt nicht.

- **Designated at Fair Value through Profit or Loss (DFV – zum Fair Value designierte Finanzinstrumente)**

Dieser als Fair-Value-Option bekannten Unterkategorie können, bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen, sämtliche Finanzinstrumente zugeordnet werden. Durch die Ausübung der Fair-Value-Option können die aus den unterschiedlichen Bewertungsmethoden entstehenden Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen vermieden bzw. signifikant verringert werden (z.B. durch Abbildung wirtschaftlicher Sicherungsbeziehungen ohne die restriktiven Anforderungen des Hedge Accounting). Des Weiteren ist es durch Zuordnung zu dieser Kategorie möglich, auf eine Separierung strukturierter Produkte zu verzichten. Erläuterungen zu Art und Umfang der Anwendung der Fair-Value-Option im Konzern sind in Note (64) dargestellt. Finanzinstrumente, für die die Fair-Value-Option angewandt wird, werden in der entsprechenden Bilanzposition ausgewiesen und im Rahmen der Folgebewertung erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Eine effektivzinskonstante Amortisation im Zinsergebnis erfolgt nicht.

- **Available for Sale (AfS – zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte)**

Alle nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte, die keiner der vorgenannten Kategorien zugewiesen wurden, sind dieser Kategorie zugeordnet. Dabei handelt es sich insbesondere um Anleihen und Schuldverschreibungen sowie Aktien und Beteiligungen. Die Folgebewertung wird zum Fair Value vorgenommen; ist der Fair Value für Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente wie z.B. bestimmte Aktien oder Beteiligungen, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt (sowie Derivate auf solche), nicht verlässlich ermittelbar, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten. Das Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung wird erfolgsneutral in einer gesonderten Eigenkapitalposition (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen. Bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswertes wird das in der Neubewertungsrücklage bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis aufgelöst und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Bei bonitätsinduzierten Wertminderungen (Impairment) ist der Unterschiedsbetrag zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem aktuellen Fair Value in der Gewinn- und Verlustrechnung zu berücksichtigen. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden erfolgswirksam, Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten – soweit nicht zu Anschaffungskosten bewertet – erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Unterschiede zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag werden mittels der Effektivzinsmethode erfolgswirksam amortisiert.

Für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte wird zu jedem Bilanzstichtag beurteilt, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Vermögenswerts oder einer Gruppe von Vermögenswerten vorliegen. Für Eigenkapitaltitel, die als Available for Sale klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des Fair Value der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Für Schuldtitel, die als Available for Sale klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt.

- **Other Liabilities (OL – sonstige finanzielle Verbindlichkeiten)**

Zu dieser Kategorie zählen insbesondere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, Verbriefte Verbindlichkeiten sowie das Nachrangkapital, soweit diese Passiva nicht im

Rahmen der Fair-Value-Option als DFV designiert wurden. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten (Amortised Cost) unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Die Buchwerte und Nettoergebnisse pro Bewertungskategorie finden sich in den Notes (55) und (56).

Ermittlung des Fair Value

Nach den Vorschriften von IFRS 7 wird im Bremer Landesbank Konzern die Hierarchie mit der im IFRS 7 vorgesehenen Terminologie Level 1, Level 2 und Level 3 eingesetzt. Der jeweilige Level bestimmt sich nach den verwendeten Inputdaten, die zur Bewertung herangezogen werden, und spiegelt die Marktnähe der in die Ermittlung des Fair Value eingehenden Variablen.

Im Rahmen der im Geschäftsjahr 2011 angewandten Fair-Value-Hierarchie wird ein Finanzinstrument in den Level 1 eingestuft, soweit dieses auf einem aktiven Markt gehandelt wird und zur Bestimmung des Fair Value öffentlich notierte Börsenkurse oder tatsächlich gehandelte Preise am OTC-Markt Anwendung finden. Sofern keine Börsenkurse oder tatsächlich gehandelte Preise am OTC-Markt erhältlich sind, werden bei der Level-1-Bewertung zur Wertermittlung grundsätzlich Preisnotierungen von Händlern genutzt. Dabei finden beim Rückgriff auf andere Preisquellen als Börsen Quotierungen Verwendung, die von anderen Banken oder Market Makern eingestellt werden.

Für den Fall, dass nicht auf Preisnotierungen auf aktiven Märkten zurückgegriffen werden kann, wird der Fair Value über anerkannte Bewertungsmethoden bzw. -modelle sowie über externe Pricing Services ermittelt, sofern die Bewertung dort ganz oder in Teilen über Spread-Kurven erfolgt (Level 2).

Im Bereich der Bewertung von Finanzinstrumenten zählen hierzu unter üblichen Marktbedingungen am Markt etablierte Bewertungsmodelle (z.B. Discounted-Cashflow-Methode), deren Berechnungen grundsätzlich auf am Markt verfügbaren Eingangsparametern basieren. Es gilt die Maßgabe, dass Einflussgrößen in die Bewertung einbezogen werden, die ein Marktteilnehmer bei der Preisfestsetzung berücksichtigen würde. Die entsprechenden Parameter werden – sofern möglich – dem Markt entnommen, auf dem das Instrument emittiert oder erworben wurde.

Bewertungsmodelle werden vor allem bei OTC-Derivaten und für auf inaktiven Märkten notierte Wertpapiere eingesetzt. In die Modelle fließen verschiedene Parameter ein, wie Marktpreise und andere Marktnotierungen, beispielsweise Volatilität und Marktliquidität. Wenn es in Einzelfällen erforderlich ist, ggf. bei der Verwendung von Optionspreismodellen, Schätzungen vorzunehmen, wird dabei stets eine marktübliche Methode angewandt.

Für diese Level-2-Bewertungen werden diejenigen Marktdaten verwendet, die bereits als Grundlage für das Risikocontrolling Anwendung finden. Dabei handelt es sich vor allem um am Markt verfügbare Credit Spreads, die in Verbindung mit der risikolosen Zinskurve für die Bewertung der Finanzinstrumente verwendet werden. Die Spreads werden auf Grundlage vergleichbarer Finanzinstrumente (beispielsweise unter Berücksichtigung des jeweiligen Marktsegments und der Emittentenbonität) ermittelt.

Seit dem Geschäftsjahr 2011 kommt für die Ermittlung des Marktwertes ein sogenanntes Hazard-Rate-Verfahren zum Einsatz. Dabei werden aus den genannten Credit Spreads Überlebenswahrscheinlichkeiten ermittelt, die bei der Berechnung der erwarteten zukünftigen Cashflows verwendet werden. Diese so mit ihrer Auszahlungswahrscheinlichkeit gewichteten Cashflows werden dann mit der (risikolosen) Swapkurve diskontiert.

Für die im Bestand befindlichen CDS, die sämtlich dem alten CDS-Protokoll folgen, lagen zum Abschlussstichtag keine CDS-Spreadquotierungen vor, da CDS-Quotierungen seit Einführung des neuen CDS-Protokolls nur noch für CDS nach dem neuen Protokoll gestellt werden. Die Ermittlung der Fair Values dieser CDS erfolgte daher auf Basis der Spreadquotierungen für vergleichbare CDS nach dem neuen Protokoll.

Auf diese Weise bewertete CDS wurden Level 2 zugeordnet.

In Abhängigkeit von der Höhe der Spreadquotierungen vergleichbarer CDS wurden auch Wertpapierspreads von liquiden Anleihen der Referenzschuldner bei der Bewertung berücksichtigt. Hierdurch wird bei der Fair-Value-Ermittlung berücksichtigt, dass das Settlement gemäß dem CDS-Protokoll, dem die CDS des CDS-Portfolios der Bremer Landesbank folgen, im Fall eines Credit Events physisch erfolgt. Das heißt, der Sicherungsnehmer muss im Credit Event dem Sicherungsgeber eine gemäß CDS-Vertrag lieferbare Anleihe des Referenzschuldners zum Nennwert liefern.

Liegt der beobachtbare CDS-Markt-Spread unter einem Schwellwert von 75 Basispunkten, wird die Bewertung ausschließlich auf Grundlage des CDS-Markt-Spreads vorgenommen. Liegt der CDS-Markt-Spread dagegen über einem Wert von 450 Basispunkten, sodass die durch den CDS-Markt-Spread implizierte Wahrscheinlichkeit eines Credit Events vergleichsweise hoch ist, erfolgt die Bewertung ausschließlich auf Basis des beobachtbaren Bond-Markt-Spreads. Bei einem CDS-Markt-Spread zwischen 75 und 450 Basispunkten wird der jeweilige CDS-Kontrakt mittels einer Linearkombination des beobachtbaren CDS-Markt-Spreads und des beobachtbaren Bond-Markt-Spreads bewertet. Im letztgenannten Fall wird der auf diese Weise bewertete CDS-Kontrakt in der Fair-Value-Hierarchie jedoch bereits Level 3 zugeordnet.

Im Verlauf des Jahres 2008 haben Teile der Geld- und Kapitalmärkte ihre Funktionsfähigkeit verloren, was in der Folge zur Verunsicherung der Marktteilnehmer, zur Illiquidität einiger Märkte und zu rückläufigen Investments in Sekundärmarktprodukte geführt hat. Dies hatte zur Konsequenz, dass am Markt für einige Finanzinstrumente keine umsatzfähige Preisbildung mehr stattfand, Quotierungen zum Teil Abwehrkonditionen darstellen und einige Umsätze zu Fire-sale-Konditionen getätigt werden. Für einige Finanzinstrumente bestehen diese Konditionen unverändert auch im Jahr 2011.

Für Finanzinstrumente, für die am 31. Dezember 2011 kein aktiver Markt vorliegt und bei denen zur Bewertung daher nicht auf Marktpreise zurückgegriffen werden kann, kommt seit dem Jahresabschluss 2008 ein Discounted-Cashflow-Verfahren zur Ermittlung der Fair Values zum Einsatz, in dem neben indikativen Marktdaten auch das Credit Rating der jeweiligen Referenzadresse berücksichtigt wird.

Die Feststellung, welches Finanzinstrument im Bremer Landesbank Konzern auf diese Weise zu bewerten ist, erfolgt auf Einzeltitelbasis und einer darauf aufbauenden Trennung in aktive und inaktive Märkte. Eine veränderte Einschätzung des Marktes wird kontinuierlich bei der

Bewertung herangezogen. Die Beurteilung der Frage, ob für die CDS-Kontrakte des Bremer Landesbank Konzerns ein aktiver Markt vorliegt, erfolgt im Wesentlichen anhand von drei Kriterien. Als Indikatoren für das Vorliegen eines inaktiven Marktes werden eine hohe Geld-Brief-Spanne zum Bewertungsstichtag, eine erhebliche Abweichung der Kursfeststellungen von verschiedenen Marktdatenanbietern sowie geringe Umsätze zum Bewertungsstichtag gesehen. Die Grenzwerte der jeweiligen Kriterien, aus denen sich die Trennung zwischen aktiven und inaktiven Märkten ergibt, resultieren aus den für aktive Märkte typischen Ausprägungen der jeweiligen Parameter.

Das Bewertungsmodell für Finanzinstrumente auf inaktiven Märkten basiert dabei auf laufzeit-spezifischen Zinssätzen, der Bonität des jeweiligen Emittenten sowie einer angemessenen Verzinsung des gebundenen Eigenkapitals. Als Parameter im Verfahren werden u.a. auch die Ratings der jeweiligen Kontrahenten verwendet.

Da im Verfahren die von der Bremer Landesbank verwandten internen Ratings des Internal Ratings-Based Approach (auf internen Ratings basierender Ansatz) eingehen, sind die Finanzinstrumente dem Level 3 zuzuordnen.

Eine Zuordnung zum Level 3 erfolgt unabhängig davon, dass die internen Daten für die aufsichtsrechtliche Zulassungsprüfung mit Daten aus öffentlich verfügbaren Ratings kalibriert wurden, welche Grundlage von Preisentscheidungen von Marktteilnehmern sind. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass für Finanzinstrumente, bei denen kein aktiver Markt mehr existiert und für deren Bewertung nicht mehr auf Marktpreise und nicht mehr vollständig auf beobachtbare Marktparameter zurückgegriffen werden kann, eine Fair-Value-Ermittlung nach dem sogenannten Level-3-Verfahren vorliegt.

Im Vergleich und in Abgrenzung zur Level-2-Bewertung werden bei dieser Methode sowohl institutsspezifische Modelle verwendet als auch Daten einbezogen, welche nicht am Markt beobachtbar sind. Der Anteil dieser Parameter ist möglichst gering gehalten und die Einbeziehung von marktspezifischen Daten wird bevorzugt, d.h., Basissignale des Marktes, die am Bilanzstichtag zu beobachten sind, werden in die Methodik einbezogen.

Über das Level-3-Verfahren werden CDS-Papiere und Wertpapiere des Konzerns bewertet, bei denen der Markt als inaktiv eingestuft wurde. Darüber hinaus werden auch die übrigen mit auf einem internen Rating basierenden Ansatz bewerteten verzinslichen Wertpapiere dem Level 3 zugeordnet.

Für die Bewertung der als Level 3 eingestuften CDS-Kontrakte wird ein Bewertungsspread ermittelt, der sich aus dem beobachtbaren CDS-Markt-Spread und dem Credit Rating des Referenzschuldners ergibt. Der zum Credit Rating korrespondierende Credit Spread wird in Richtung des beobachtbaren CDS-Markt-Spreads angepasst, um die aktuelle Information über die Kreditqualität, die in der Höhe des CDS-Spreads enthalten ist, im Bewertungsverfahren zu verarbeiten.

Weitere Angaben zur Fair-Value-Hierarchie und den Fair Values von Finanzinstrumenten finden sich in Note (54).

Finanzanlagen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zum Fair Value ausgewiesen, wobei sich der Fair Value aus dem Barwert der mit dem Eigentum an dem Unternehmen verbundenen zukünftigen Nettozuflüsse an die Unternehmenseigner (Zukunftserfolgswert) ergibt. Die zur Ermittlung des Ertragswerts abzuzinsenden Nettoeinnahmen der Unternehmenseigner ergeben sich vorrangig aus den Ausschüttungen der vom Unternehmen erwirtschafteten finanziellen Überschüsse.

Ausgangspunkt der Ermittlung des beizulegenden Wertes der Beteiligung ist folglich eine Prognose über die Ergebnisentwicklung des Jahres 2011 sowie eine Detailplanung für das Jahr 2012 und ggf. Mittelfristplanung über die folgenden bis zu vier Jahre (Planungsphase I). Für die Folgejahre, die über den Planungshorizont hinausgehen, wird in der Regel eine ewige Lebensdauer der Unternehmung unterstellt. Dazu wird eine sogenannte ewige Rente ermittelt, die den nachhaltigen Zustand des Beteiligungsunternehmens widerspiegeln soll (Planungsphase II). Diese erwarteten Zukunftserfolge werden unter Berücksichtigung der erwarteten Ausschüttungen auf den Bilanzstichtag abgezinst.

Der verwendete Diskontierungszinssatz repräsentiert die Rendite aus einer zur Investition in das Beteiligungsunternehmen adäquaten Alternativanlage hinsichtlich Fristigkeit sowie Risiko und wird auf Basis eines Kapitalmarktmodells abgeleitet. Der Diskontierungszinssatz setzt sich aus den Komponenten risikofreier Zinssatz sowie Risikozuschlag aufgrund des Risikos künftiger finanzieller Überschüsse zusammen. Der Risikozuschlag stellt dabei das Produkt aus einer durchschnittlichen Marktisikoprämie und des Betafaktors dar, der die unternehmensspezifische Risikostruktur des jeweils zu bewertenden Unternehmens zum Ausdruck bringt. Als relatives Maß beschreibt der Betafaktor, in welchem Ausmaß die Rendite des betreffenden Wertpapiers an dem Beteiligungsunternehmen die Veränderungen der Rendite des Marktportfolios nachvollzieht.

Zur Bewertung von Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen werden Vergleichsgruppen vergleichbarer börsengehandelter Titel gebildet und für jeden Einzelwert das Beta in Relation zum jeweiligen landesweiten Index berechnet. In Summe fließt der auf diese Weise ermittelte Betafaktor der Vergleichsgruppe als wesentlich wertbestimmender Multiplikator in die Berechnung des Kapitalisierungszinses ein.

Das Raw Beta stellt dabei das historische Beta eines Unternehmens dar, wie es sich aus einer linearen Regression der Aktienrendite gegen die Rendite des Marktportfolios ergibt. Alternativ zur Verwendung des Raw Betas repräsentiert das Adjusted Beta eine Schätzung der künftigen Betaentwicklung. Im Rahmen einer einheitlichen Vorgehensweise im NORD/LB-Konzern wird der Adjusted Betafaktor ($\text{Adjusted Beta} = \text{Raw Beta} \times 0,67 + 0,33$) genutzt, um die Volatilität der Beteiligungsbewertung im Zeitablauf zu glätten.

Strukturierte Produkte

Strukturierte Produkte setzen sich aus zwei Bestandteilen – einem oder mehreren eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten (Embedded Derivatives, z.B. Swaps, Futures, Caps) und einem Basisvertrag (Host Contract, z.B. Finanzinstrumente, Leasingverträge) – zusammen. Beide Bestandteile sind Gegenstand nur eines Vertrages über das strukturierte Produkt, d.h., diese Produkte bilden eine rechtliche Einheit und können aufgrund der Vertragseinheit nicht getrennt voneinander gehandelt werden.

Nach IAS 39 ist ein eingebettetes Derivat vom Basisvertrag zu trennen und als eigenständiges Derivat zu bilanzieren, sofern folgende Kriterien kumulativ erfüllt sind:

- Die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken des eingebetteten Derivats sind nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen und Risiken des Basisvertrages verbunden.
- Ein eigenständiges Derivat mit den gleichen Bedingungen wie das eingebettete derivative Finanzinstrument würde die Definition eines derivativen Finanzinstruments erfüllen.
- Das strukturierte Produkt wird nicht erfolgswirksam zum Fair Value angesetzt (Kategorie aFV).

Im Konzern werden trennungspflichtige Finanzinstrumente – sofern nicht der Kategorie aFV zugeordnet – getrennt bewertet und ausgewiesen. Die Bilanzierung und Bewertung des Basisvertrags folgt den Vorschriften der zugewiesenen Kategorie des Finanzinstruments, die des eingebetteten Derivats erfolgt als Teil der Handelsaktiva bzw. Handelspassiva ergebniswirksam zum Fair Value.

Hedge Accounting (Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen)

Unter Hedge Accounting wird die buchhalterische und bilanzielle Abbildung von Sicherungsbeziehungen verstanden. In diesem Rahmen werden Hedge-Beziehungen zwischen Grund- und Sicherungsgeschäften gebildet. Ziel ist es, Schwankungen des Jahresergebnisses und des Eigenkapitals zu vermeiden, die aus der unterschiedlichen Bewertung der Grund- und Sicherungsgeschäfte resultieren.

Es werden drei Grundformen von Hedges unterschieden, die eine unterschiedliche Behandlung beim Hedge Accounting erfordern. Beim Fair Value Hedge Accounting werden (Teile von) Vermögenswerte(n) bzw. Verbindlichkeiten sowie feste Verpflichtungen gegen Wertänderungen des Fair Value abgesichert. Einem solchen Marktwertisiko unterliegen insbesondere die Emissions- und Kreditgeschäfte des Konzerns und die zinstragenden Wertpapiere. Es werden sowohl Einzelgeschäfte als auch Portfolios mittels Fair Value Hedges abgesichert. Derzeit erfolgt ausschließlich eine Absicherung des Fair Value gegen das Zinsrisiko. Zur Absicherung dieses Risikos werden Zinsswaps verwendet.

Die beiden anderen Grundformen Cashflow Hedge Accounting und Absicherung einer Nettoinvestition in einem ausländischen Geschäftsbetrieb werden im Konzern gegenwärtig nicht angewendet.

Sicherungsbeziehungen dürfen lediglich nach den Regeln des Hedge Accounting bilanziert werden, wenn die restriktiven Voraussetzungen des IAS 39 erfüllt wurden. Die Anforderungen des Hedge Accounting, insbesondere der Nachweis der Hedge-Effektivität, müssen zu allen Bilanzstichtagen und für alle Sicherungsbeziehungen erfüllt sein. Für die prospektive Durchführung von Effektivitätstests wird im Konzern die Marktdatenshift-Methode und die Regressionsmethode eingesetzt. Für retrospektive Effektivitätstests kommt die modifizierte Dollar-Offset-Methode zum Einsatz, die das bei geringen Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft auftretende Problem der kleinen Zahl durch eine zusätzliche Toleranzgrenze berücksichtigt.

Im Portfolio Fair Value Hedge wurden im Hinblick auf den retrospektiven Effektivitätstest die Abgänge aus dem abgesicherten Portfolio von Grundgeschäften bisher nach der Percentage-Methode behandelt. Seit dem 2. Quartal 2011 wird die Bottom-Layer-Methode als Abgangsfiktion angewendet. Bei unveränderter Bewertung von Abgängen nach der Percentage-Methode wäre zum 31. Dezember 2011 ein um 5 Mio. € höheres Zinsergebnis aus der Auflösung der Separate Line Items ausgewiesen worden. Daneben wäre der Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente um 5 Mio. € niedriger bilanziert worden.

Da die Auswirkungen auf die Folgeperioden abhängig von den zukünftigen Geschäftsabschlüssen sind, können diese naturgemäß nicht ermittelt bzw. angegeben werden.

Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accounting werden die zur Absicherung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente zum Fair Value als positive bzw. negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten bilanziert (Note (33) bzw. Note (46), Positive bzw. Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten). Die Bewertungsänderungen werden erfolgswirksam erfasst (Note (22) Ergebnis aus Hedge Accounting). Für den gesicherten Vermögenswert bzw. die gesicherte Verpflichtung sind die aus dem gesicherten Risiko resultierenden Fair-Value-Änderungen ebenfalls ergebniswirksam in der Position Ergebnis aus Hedge Accounting zu vereinnahmen.

Bei Anwendung des Hedge Accounting für Finanzinstrumente der Kategorie AfS ist der Teil der Wertänderung, der auf abgesicherte Risiken entfällt, erfolgswirksam im Ergebnis aus Hedge Accounting erfasst, während der nicht auf das abgesicherte Risiko zurückzuführende Teil in der Neubewertungsrücklage verbucht wird.

Bei der Absicherung von Zinsrisiken auf Portfoliobasis werden die Fair-Value-Änderungen von passivischen Grundgeschäften bezogen auf das abgesicherte Risiko im Bilanzposten Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente auf der Passivseite ausgewiesen (Note (44)). Grundgeschäfte von AfS-Beständen auf der Aktivseite werden weiterhin zum Full Fair Value unter den Finanzanlagen ausgewiesen. Aktivbestände, die nicht der Kategorie AfS zugeordnet sind, befinden sich derzeit nicht im Portfolio Fair Value Hedge.

Im Rahmen des Mikro-Hedge-Accounting werden die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente um die Veränderung des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen ist, im Bilanzansatz korrigiert (Hedge Adjustment).

Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grund- oder Sicherungsgeschäft ausläuft, veräußert oder ausgeübt wird bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind; zu den Grundgeschäften in effektiven Sicherungsbeziehungen vergleiche Note (62).

Wertpapierpensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

Im Fall echter Wertpapierpensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) führt eine Übertragung des in Pension gegebenen Wertpapiers zu keiner Ausbuchung, da das übertragende Unternehmen im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an dem Pensionsgegenstand verbundenen Chancen und Risiken zurückbehält. Der übertragene Vermögenswert ist somit weiterhin beim Pensionsgeber zu erfassen und gemäß der jeweiligen Kategorie zu bewerten. Die erhaltene Zahlung ist als

finanzielle Verpflichtung zu passivieren (je nach Kontrahent unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden). Vereinbarte Zinszahlungen werden laufzeitgerecht als Zinsaufwendungen erfasst.

Reverse Repo-Geschäfte werden entsprechend als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert und der Kategorie Loans and Receivables zugeordnet. Die dem Geldgeschäft zugrunde liegenden in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Aus diesem Geschäftsvorgang entstehende Zinsen werden laufzeitgerecht als Zinserträge erfasst.

Die Grundsätze zur Bilanzierung von echten Pensionsgeschäften gelten analog für die Wertpapierleihe. Die verliehenen Wertpapiere werden als Wertpapierbestand ausgewiesen und gemäß IAS 39 bewertet, während entliehene Wertpapiere nicht bilanziert werden.

Gestellte Barsicherheiten für Wertpapierleihgeschäfte werden als Forderungen, erhaltene Sicherheiten als Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Bezüglich Umfang und Volumen von Wertpapierpensions- und Wertpapierleihgeschäften verweisen wir auf Note (66).

Bilanzierung von „Day-One Profits and Losses“

Soweit für die Bewertungsmodelle nicht beobachtbare Marktdaten verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Nach dem erstmaligen Ansatz eines solchen Finanzinstruments (Folgebewertung) ist ein Gewinn oder Verlust nur insoweit zu erfassen, wie er durch die Änderung eines Faktors (einschließlich Zeit) entstanden ist, den Marktteilnehmer bei der Ermittlung eines Preises (Fair Value) berücksichtigen würden (IAS 39.AG76A).

(8) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen ab. Für eingetretene, aber von der jeweiligen Konzerneinheit noch nicht identifizierte Risiken werden darüber hinaus für Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikomerkmale Portfoliowertberichtigungen, deren Höhe auf Portfoliobasis – basierend auf historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten – ermittelt wird, gebildet. Bei der Gruppenbildung wurde die Branche als Sortier- und Ausweiskriterium ausgewählt. Die Berechnung der Portfoliowertberichtigung erfolgt auf Einzelgeschäftsebene. Basis der Berechnung der spezifischen Wertberichtigungshöhen auf Portfolioebene sind die Ratingnoten bzw. die hiermit zusammenhängenden Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probability of Default) und Verlusthöhen im Schadensfall (Loss Given Default). Als Maß für die Berechnung der Portfoliowertberichtigungen wird auf den sogenannten „Expected Loss“ aus den Basel-II-Anforderungen zurückgegriffen. Zusätzlich kommt die Loss Identification Period (LIP) zur Anwendung. Diese stellt die Zeitspanne zwischen dem Eintritt eines Ausfallereignisses und dessen Identifikation bzw. Bekanntwerden dar.

In Anbetracht der gegenwärtigen Marktsituation wird für das Schiffsportfolio für die Ermittlung der PoWB auf Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten zurückgegriffen, die sich im Rahmen des Schiffe-Stresstests ergeben. Dabei wurde im Rahmen eines Stresstests der Ratinganwendung „Schiffsfinanzierungen“ ein Stress simuliert. Unter Berücksichtigung dieser verschärften Rahmenbedingungen wurde das Incurred Loss Potential im Schiffsfinanzierungsportfolio durch eine zusätzliche Portfoliowertberichtigung für die Segmente Container- und Bulkschiffahrt sowie Multipurpose abgedeckt.

In die portfoliobasierte Betrachtung gehen sämtliche nicht einzeln wertgeminderte Forderungen ein.

Der Bedarf für eine Wertberichtigung liegt vor, wenn aufgrund beobachtbarer Kriterien wahrscheinlich ist, dass nicht alle Zins- und Tilgungsverpflichtungen bzw. sonstigen Verpflichtungen termingerecht erfüllt werden können. Derartige Kriterien umfassen u.a. den Ausfall oder den Verzug bei Zins- oder Tilgungszahlungen von mindestens 90 Tagen und erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners.

Die Risikovorsorge betrifft Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden. Die Höhe der Wertberichtigungen bemisst sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert des erwarteten zukünftigen Cashflows. Für Finanzinstrumente der Kategorie aFV inklusive der Kategorie HfT wird kein gesondertes Impairment gebildet, da diese erfolgswirksam zum Fair Value bewertet sind und Wertminderungen somit im Periodenergebnis erfasst werden.

Die Risikovorsorge als separater Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung umfasst außerdem Aufwendungen bzw. Erträge aus der Bildung bzw. Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft, die beispielsweise für außerbilanzielle Geschäfte (Avale, Indossamentsverbindlichkeiten, Kreditzusagen) gebildet wurden.

Gekündigte Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigung bestand, werden nach Verwertung der bestehenden Sicherheiten direkt abgeschrieben. Grundsätzlich erfolgt eine Direktabschreibung bei ausfallgefährdeten Forderungen bis 10 T€. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst. Eine Ausbuchung einer Forderung hat grundsätzlich immer dann zu erfolgen, wenn deren Ausfall unter ökonomischen Gesichtspunkten feststeht. Die vorherige Kündigung ist dafür keine zwingende Voraussetzung.

Bei Forderungen, für die eine Risikovorsorge gebildet wurde, wird nach Verwertung der Sicherheiten ein verbleibender Restsaldo gegen die bestehenden Risikovorsorgen gebucht (verbraucht).

Für noch nicht eingetretene Verluste wird keine Risikovorsorge gebildet.

(9) Sachanlagen

Sachanlagen werden im Zugangszeitpunkt mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt. Abnutzbares Sachanlagevermögen wird im Rahmen der Folgebewertung abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer bilanziert. Dabei spiegelt die zugrunde gelegte Abschreibungsmethode den Nutzenverschleiß wider. Wertminderungen werden in der Höhe vorgenommen, in der der Buchwert den höheren Wert

aus Fair Value abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert des Vermögenswerts übersteigt. Bei Wegfall der Gründe für die Wertminderung werden Zuschreibungen (Wertaufholung) bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen. Die planmäßigen Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

Sachanlagen werden über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Grundstücke und Gebäude	25 bis 50
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 15

Für Fremdkapitalkosten, die direkt dem Erwerb, dem Bau oder der Herstellung eines qualifizierten Vermögenswertes zugeordnet werden können, wurde vor dem 1. Januar 2009 von dem Wahlrecht der sofort aufwandswirksamen Erfassung Gebrauch gemacht.

Ab dem 1. Januar 2009 erfolgt eine Aktivierung der Fremdkapitalkosten gemäß IAS 23 (revised 2007). Im Geschäftsjahr 2011 wurden keine Fremdkapitalkosten aktiviert.

Zuschüsse der öffentlichen Hand werden sofort von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten des zugehörigen Vermögenswertes abgesetzt. Im Berichtsjahr wurden von der öffentlichen Hand keine Zuschüsse gewährt.

(10) Leasinggeschäfte

Nach IAS 17 sind Leasingverträge zu Beginn des Leasingverhältnisses in Finance Lease und Operating Lease zu klassifizieren. Erfolgt eine Übertragung wesentlicher, mit dem Eigentum verbundener Risiken und Chancen auf den Leasingnehmer, ist das Leasingverhältnis als Finance Lease einzustufen; die Bilanzierung des Leasingobjektes erfolgt beim Leasingnehmer. Erfolgt keine Übertragung wesentlicher mit dem Eigentum verbundener Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer, ist das Leasingverhältnis als Operating Lease zu klassifizieren; die Bilanzierung des Leasingobjektes erfolgt beim Leasinggeber.

Finance Lease

Die Bremer Landesbank als Leasinggeber bilanziert zu Beginn der Laufzeit des Leasingvertrags eine Forderung in Höhe der Zahlungsverpflichtungen des Leasingnehmers aus dem Leasingverhältnis. Die Forderung wird zum Nettoinvestitionswert erfasst (Differenz aus Bruttoinvestition in das Leasingverhältnis und dem noch nicht realisierten Finanzertrag) und unter Forderungen an Kreditinstitute bzw. Kunden ausgewiesen. Eventuelle Nebenkosten werden über die Vertragslaufzeit verteilt.

Die Leasingraten im Rahmen des Finance Lease werden in einen Tilgungs- und Zinsanteil aufgespalten. Der Tilgungsanteil wird erfolgsneutral von den Forderungen (Leasinggeber) bzw. Verpflichtungen (Leasingnehmer) abgesetzt. Der Zinsanteil wird erfolgswirksam als Zinsertrag (Leasinggeber) bzw. Zinsaufwand (Leasingnehmer) vereinnahmt.

Verträge der Bremer Landesbank als Finance-Leasinggeber haben eine geringe Bedeutung. Verträge der Bremer Landesbank als Finance-Leasingnehmer bestehen nicht.

Operating Lease

Beim Operating Lease erfasst der Konzern Bremer Landesbank die geleisteten Leasingraten als Aufwand unter den anderen Verwaltungsaufwendungen. Die anfänglichen direkten Kosten (wie z.B. Gutachterkosten) werden sofort ergebniswirksam erfasst.

Verträge der Bremer Landesbank als Operating-Leasingnehmer haben eine sehr geringe Bedeutung. Verträge als Operating-Leasinggeber bestehen nicht.

(11) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) sind Grundstücke und Gebäude/-teile, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Für Immobilien mit einer wesentlichen Fremdnutzung von mehr als 20% der Grundmietfläche wird untersucht, ob der fremdgenutzte Teil separiert werden kann. Ist dies nicht der Fall, erfolgt die Bilanzierung der gesamten Immobilie unter den Sachanlagen.

Gemäß dem Anschaffungskostenmodell werden als Finanzinvestition gehaltene Immobilien im Zugangszeitpunkt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet; Transaktionskosten werden in die erstmalige Bewertung einbezogen. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, soweit sie zu einer wesentlichen Verbesserung des Vermögenswertes führen und damit den zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen des Vermögenswertes erhöhen.

Fremdkapitalkosten werden grundsätzlich gemäß IAS 23 (revised 2007) aktiviert. Im Geschäftsjahr 2011 waren keine aktivierungspflichtigen Sachverhalte gegeben.

Zuschüsse der öffentlichen Hand werden direkt von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten des zugehörigen Vermögenswertes abgesetzt. Im Berichtsjahr wurden von der öffentlichen Hand keine Zuschüsse gewährt.

Im Rahmen der Folgebewertung von Investment Properties werden planmäßige, lineare Abschreibungen berücksichtigt. Wertminderungen werden in der Höhe vorgenommen, in der der Buchwert den höheren Wert aus Fair Value abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert des Vermögenswertes übersteigt. Entfallen die Gründe für die vorgenommene Wertminderung, erfolgt eine Zuschreibung maximal bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Die planmäßigen Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	25 bis 50

Zur Bestimmung des Fair Value der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird das Ertragswertverfahren verwendet. Des Weiteren wird die Bestimmung des Fair Value durch Marktdaten unterlegt. Die Bewertung erfolgt durch einen bankinternen Gutachter.

(12) Immaterielle Vermögenswerte

Als immaterielle Vermögenswerte werden sowohl erworbene Software als auch selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte bilanziert. Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten ausgewiesen. Für die im Geschäftsjahr 2011 erstmalig bilanzierten selbst erstellten immateriellen Vermögenswerte werden gemäß IAS 38.57 die Entwicklungskosten aktiviert.

Für immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden planmäßige, lineare Abschreibungen entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer berücksichtigt. Wertminderungen werden bei immateriellen Vermögenswerten mit begrenzter Nutzungsdauer in der Höhe vorgenommen, in der der Buchwert den höheren Wert aus Fair Value abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert des Vermögenswertes übersteigt. Wertaufholungen werden bei Wegfall der Gründe für die Wertminderungen vorgenommen, jedoch nicht über die Grenze der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten hinaus. Die planmäßigen Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Fremdkapitalkosten werden gemäß IAS 23 (revised 2007) aktiviert. Im Geschäftsjahr 2011 waren keine aktivierungspflichtigen Sachverhalte gegeben.

Immaterielle Vermögenswerte mit zeitlich begrenzter Nutzungsdauer werden im Verwaltungsaufwand linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Software	3 bis 5

Immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer liegen nicht vor.

(13) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die betriebliche Altersversorgung des Konzerns Bremer Landesbank basiert auf dem System der leistungsorientierten Zusagen. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erwerben Anwartschaften auf Versorgungsansprüche, bei denen die Versorgungsleistung festgelegt ist und von Faktoren wie erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen, Alter, Betriebszugehörigkeit sowie eines prognostizierten Rententrends abhängt (Defined Benefit Plan). Für dieses Versorgungssystem werden die Rechnungslegungsvorschriften gemäß IAS 19 für leistungsorientierte Pläne angewandt.

Daneben werden unter den Pensionsrückstellungen auch Rückstellungen für künftige Beihilfeleistungen (5 Mio. €; Vorjahr: 5 Mio. €) ausgewiesen. Diese Rückstellung wird unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Beihilfeaufwands der letzten Jahre und unter der Annahme eines dynamischen Kostenentwicklungstrends ermittelt. Eine Veränderung des Kostentrends um +1% wirkt sich mit 1 Mio. € auf die Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen aus; die Effekte auf den Dienstzeit- und Zinsaufwand sind dagegen nur unwesentlich.

Zur Erfüllung der Anwartschaften aus den leistungsorientierten Plänen wurde bereits im Jahr 2005 ein Teil der Deckungsmittel an die Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen (Unterstützungseinrichtung), übertragen. Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens wird bei der Bildung der Pensionsrückstellungen abgezogen.

Die erfolgswirksamen Bestandteile der Pensionsrückstellung bestehen aus dem Dienstzeitaufwand (Service Cost) und den Zinsaufwendungen (Interest Cost) auf den Barwert der Verpflichtung. Dabei mindern die erwarteten Nettoerträge aus dem Planvermögen die Pensionsaufwendungen. Darüber hinaus ist ggf. ein nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand erfolgswirksam zu berücksichtigen. Zinsaufwendungen und erwartete Erträge aus Planvermögen werden im Zinsüberschuss berücksichtigt. Der Dienstzeitaufwand und ein ggf. nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand werden unter den Verwaltungsaufwendungen erfasst.

Der Konzern Bremer Landesbank erfasst die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in voller Höhe erfolgsneutral im Eigenkapital, sodass keine Minderung oder Erhöhung der Pensionsaufwendungen durch die Tilgung noch nicht erfolgswirksam gebuchter versicherungsmathematischer Gewinne bzw. Verluste erfolgt.

Die Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen werden zum Bilanzstichtag von unabhängigen Versicherungsmathematikern nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Für die Berechnung werden zusätzlich zu den biometrischen Annahmen der Rechnungszinsfuß (Discount Rate) für hochwertige Industrieanleihen sowie künftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungsraten berücksichtigt.

Bewertungsprämissen sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

	31.12.2011	31.12.2010
Rechnungszins	5,10%	5,25%
Erwartete langfristige Verzinsung des Planvermögens	3,5%	3,6%
Gehaltstrend		
Pensionsverpflichtungen	2,4%	2,4%
Beihilfe	4,5%	4,5%
Rententrend		
Pensionsverpflichtungen (abhängig von der Versorgungsordnung)	1,0–3,5%	1,0–3,5%
Beihilfe	4,5%	4,5%

Die Berechnung der leistungsorientierten Verpflichtung erfolgt unter Verwendung der Heubeck-Richttafeln 2005 G.

(14) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden gemäß IAS 37 und IAS 19 für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich und deren Höhe zuverlässig ermittelbar ist. Die Bewertung von Rückstellungen bemisst sich nach der bestmöglichen Schätzung. Diese beruht auf der Einschätzung des Managements unter Berücksichtigung von Erfahrungswerten und ggf. Gutachten oder Stellungnahmen von Sachverständigen. Dabei werden Risiken und Unsicherheiten in Betracht gezogen. Künftige Ereignisse werden nur berücksichtigt, wenn hinreichende objektive Hinweise für deren Eintritt bestehen. Rückstellungen werden abgezinst.

Ist eine Inanspruchnahme nicht wahrscheinlich oder kann die Höhe der Verpflichtung nicht zuverlässig geschätzt werden, wird eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen.

(15) Ertragsteuern

Die tatsächlichen Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen wurden mit den gültigen Steuersätzen berechnet, in deren Höhe die geleistete Zahlung an bzw. die Erstattung von der jeweiligen Steuerbehörde erwartet wird.

Latente Steueransprüche und -verpflichtungen berechnen sich aus dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert eines Vermögenswerts oder einer Schuld in der Bilanz und dem korrespondierenden Steuerwert. Dabei führen die latenten Steueransprüche und -verpflichtungen aufgrund der temporären Differenzen voraussichtlich in zukünftigen Perioden zu Ertragsteuerbelastungen oder -entlastungen. Sie wurden anhand der Steuersätze bewertet, deren Gültigkeit für die Periode, in der ein Vermögenswert realisiert wird oder eine Verpflichtung erfüllt wird, zu erwarten sind. Dabei werden unternehmensindividuelle Steuersätze (und Steuervorschriften) verwendet, die zum Bilanzstichtag gültig oder beschlossen sind.

Ein latenter Steueranspruch für den Vortrag noch nicht genutzter steuerlicher Verluste und noch nicht genutzter Steuergutschriften wird nur in dem Umfang bilanziert, in dem es wahrscheinlich ist, dass in der Zukunft zu versteuernde Gewinne zur Verfügung stehen werden, gegen die noch nicht genutzte steuerliche Verluste und noch nicht genutzte Steuergutschriften verwendet werden können.

Die laufenden Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen sowie die latenten Steueransprüche und -verpflichtungen werden saldiert, wenn die Voraussetzungen für eine Saldierung gegeben sind. Abzinsungen erfolgen nicht. In Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhalts werden die latenten Steueransprüche bzw. -verpflichtungen entweder erfolgswirksam oder erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

In der Bilanz sind die Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen gesondert ausgewiesen. In den Erläuterungen erfolgt eine Aufteilung in die laufenden und latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen des Berichtsjahres.

In der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns ist der Ertragsteueraufwand bzw. -ertrag in der Position „Ertragsteuern“ ausgewiesen. Die Aufteilung in laufende und latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen des Berichtsjahres ist den Erläuterungen zu entnehmen. Bilanzuell sind die laufenden und latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen als Aktiv- bzw. Passivposten dargestellt, wobei der Buchwert eines latenten Steueranspruchs zu jedem Bilanzstichtag auf seine Werthaltigkeit überprüft wird.

(16) Nachrangkapital

Der Posten Nachrangkapital setzt sich aus verbrieften nachrangigen Verbindlichkeiten sowie Einlagen stiller Gesellschafter zusammen. Die Einlagen stiller Gesellschafter sind nach den Vorschriften des IAS 32 aufgrund der vertraglichen Kündigungsregelungen als Fremdkapital zu klassifizieren; nach HGB stellen sämtliche stillen Einlagen Eigenkapital dar. Aufsichtsrechtlich im Sinn des KWG sind diese als haftendes Eigenkapital anerkannt.

Die Bilanzierung des Nachrangkapitals erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und ergebniswirksam im Zinsüberschuss vereinnahmt. Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen werden dem entsprechenden Posten innerhalb des Nachrangkapitals direkt zugeordnet.

Segmentberichterstattung

(17) Segmentierung nach Geschäftsfeldern (primäres Berichtsformat)

31.12.2011 (in Mio. €) ¹⁾	Firmen- kunden	Spezial- finan- zierungen	Privat- kunden	Financial Markets	Alle sonsti- gen Seg- mente	Überleitung	Konzern insgesamt
Zinsüberschuss	59	200	33	70	32	-18	376
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	100	4	2	5	0	112
Zinsergebnis nach Risikovorsorge	59	100	29	68	27	-18	264
Provisionsüberschuss	13	19	8	4	1	-17	26
Ergebnis aus erfolgswirk- sam zum Fair Value bewer- teten Finanzinstrumenten	4	6	0	-32	-1	35	13
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0	0	12	12
Ergebnis aus Finanz- anlagen	0	0	0	0	-2	0	-2
Ergebnis aus at Equitybe- werteten Unternehmen	0	0	0	0	10	0	10
Summe Erträge	76	125	36	40	34	12	323
Verwaltungsaufwand	26	27	27	18	60	0	159
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0	0	0	0	3	-2	1
Ergebnis vor Steuern	50	97	9	22	-23	9	165
Segmentvermögen	4.053	13.007	1.670	13.569	888	1.675	34.862
Segmentverbindlichkeiten	2.300	3.853	1.173	15.110	-591	11.970	33.814
CIR ²⁾	33,8%	12,2%	66,8%	34,5%	0,0%	0,0%	36,4%
RoRa ³⁾ RoE ⁴⁾	34,1%	13,7%	15,0%	16,5%	0,0%	0,0%	15,8%

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Verwaltungsaufwand / Summe Erträge ohne Ergebnis aus Finanzanlagen.

³⁾ Ergebnis vor Steuern / Gebundenes Kernkapital.

⁴⁾ Betriebsergebnis nach Risikovorsorge und Bewertung / Gebundenes Kernkapital.

31.12.2010 (in Mio. €)¹⁾	Firmen- kunden	Spezial- finan- zierungen	Privat- kunden	Financial Markets	Alle sonsti- gen Seg- mente	Überleitung	Konzern insgesamt
Zinsüberschuss	59	171	28	58	4	-5	314
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	12	73	6	2	-34	0	59
Zinsergebnis nach Risikovorsorge	46	98	22	55	38	-5	255
Provisionsüberschuss	11	20	8	4	-1	-15	28
Ergebnis aus erfolgswirk- sam zum Fair Value bewer- teten Finanzinstrumenten	2	7	1	-123	-1	21	-93
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0	0	4	4
Ergebnis aus Finanz- anlagen	0	0	0	0	8	0	8
Ergebnis aus at Equitybe- werteten Unternehmen	0	0	0	0	6	0	6
Summe Erträge	59	125	32	-64	50	5	208
Verwaltungsaufwand	26	26	27	17	67	0	162
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0	0	0	0	-11	28	17
Ergebnis vor Steuern	34	99	4	-80	-28	33	63
Segmentvermögen	3.818	12.301	1.736	13.858	1.295	1.793	34.801
Segmentverbindlichkeiten	1.854	3.520	1.186	14.752	-387	12.887	33.812
CIR ²⁾	36,0%	12,6%	63,7%	-1385,3%	0,0%	0,0%	57,0%
RoRaC ³⁾ RoE ⁴⁾	24,8%	20,4%	17,6%	-24,9%	0,0%	0,0%	7,0%

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Verwaltungsaufwand / Summe Erträge ohne Ergebnis aus Finanzanlagen.

³⁾ Ergebnis vor Steuern / Gebundenes Kernkapital.

⁴⁾ Betriebsergebnis nach Risikovorsorge und Bewertung / Gebundenes Kernkapital.

Informationen zu den Geschäftsfeldern

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Management Approach“, der verlangt, die Segmentinformationen auf Basis der internen Berichterstattung so darzustellen, wie sie vom sogenannten „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu den Segmenten und zur Beurteilung ihrer Performance herangezogen werden. Im Bremer Landesbank Konzern übt der Vorstand die Funktion des „Chief Operating Decision Maker“ aus.

Die Segmentberichterstattung dient der Information über die Geschäftsfelder des Konzerns und erfolgt in Übereinstimmung mit dem Geschäftsmodell der Bank. Die Segmente werden dabei als Kunden- oder Produktgruppen definiert, die sich an den Organisationsstrukturen des Konzerns orientieren. Mit Blick auf die überwiegend regionale Geschäftstätigkeit der Bank kommen Abgrenzungsmerkmale für eine geografische Segmentierung nicht in Betracht. Die Anzahl der Segmente im Konzern ist gleich geblieben. Folgende Segmente werden in der Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern betrachtet.

Geschäftsfeld Firmenkunden

Das Geschäftsfeld Firmenkunden, ausgerichtet auf das Geschäft mit mittelständischen Firmenkunden und Gewerbekunden in der Nordwest-Region, steht seinen Kunden als zuverlässiger und innovativer Partner bei Finanzdienstleistungen zur Verfügung.

Im Jahr 2011 wurden die Vertriebsaktivitäten weiter ausgebaut. In einem sehr unterschiedlichen Marktumfeld konnten die Ertragserwartungen an das Geschäftsfeld deutlich übertroffen werden. Sowohl bei Investitionsdarlehen als auch bei Betriebsmittelkrediten ist im Jahresverlauf ein erfreulicher Anstieg der Volumina zu verzeichnen. Die klassische Investitionstätigkeit in der Region war zeitweise etwas verhalten, die vertriebliche Verstärkung des Bereiches „Öffentliche Fördermittel“ führte aber auch bei langfristigen Finanzierungen zu erfreulichen Volumenausweitungen. Trotz gestiegenem Kreditvolumen lagen die Risikokosten deutlich unterhalb der antizipierten Werte.

Als hoffnungsvolles Nischenprodukt zeigte sich der Warenterminhandel im Agrar-Segment, hier konnte eine deutliche Ausweitung erzielt werden. Mit der Einführung einer elektronischen Handelsplattform zum Jahresende 2011 wurde die Basis für einen weiteren Ausbau gelegt. Das 2011 deutlich in Bewegung befindliche Zinsniveau führte zu einer zunehmenden Nachfrage nach derivativen Produkten. Volatile Märkte können 2012 zu weiter steigenden Erträgen aus Absicherungsprodukten führen.

Für 2012 erwarten wir generell eine verhalten positive Entwicklung der Ertragslage. Hierbei ist von wesentlicher Bedeutung, dass der konjunkturelle Verlauf sich nicht zu deutlich eintrübt und sich die Kreditnachfrage auf hohem Niveau hält. Eine gesunde Risikostruktur in Verbindung mit einer komfortablen Eigenkapitalausstattung versetzt uns auch in Zukunft in die Lage, umfangreiche Investitionsvorhaben der Kunden zu begleiten.

Insgesamt ist es das Ziel des Geschäftsfeldes Firmenkunden, die führende Bank im Firmenkundengeschäft der Region zu sein und dies durch weiter steigende Marktanteile zu unterlegen.

Die Bremer Landesbank hat traditionell in der Region den Ruf als stabiler und verlässlicher Partner. Während der Wirtschaftskrise konnte dieser Vertrauensbonus noch ausgebaut werden.

Wir sehen darin eine gute Basis, neue Kunden gewinnen zu können und bei bedeutenden Unternehmen noch stärker die Hausbankfunktion zu übernehmen.

Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen

Das Spezialfinanzierungsgeschäft der Bremer Landesbank umfasst das Schiffsfinanzierungsgeschäft, die Refinanzierung von Mobilien-Leasing- und Factoringgesellschaften sowie Sozialimmobilien und Erneuerbare Energien mit den Teilsegmenten Windkraft, Biogas und Photovoltaik.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank hat sich auch im Jahr 2011 weiterhin positiv entwickelt. Die Wachstumsdynamik der Spezialfinanzierungen verläuft seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise insgesamt moderater. Insbesondere bei den Schiffsfinanzierungen hat dies spürbare Auswirkungen gehabt. Die Risikovorsorge verlief zwar über den Prognosewerten, die von einer Seitwärtsbewegung auf den Märkten ausgingen, aber aufgrund der hohen Granularität des Portfolios dennoch ohne substanzielle Beeinträchtigung der Ertragslage der Bremer Landesbank. Die geplante Ertragsentwicklung konnte im Geschäftsfeld dennoch erneut erreicht werden. Insbesondere die Erneuerbaren Energien wussten Marktchancen zu nutzen und konnten über Plan wachsen.

Im Schiffsfinanzierungsgeschäft hat die Bremer Landesbank seit Verschärfung der Schifffahrtskrise nur selektives Neugeschäft in begrenztem Umfang getätigt. Das Volumenwachstum ist insbesondere auf Ablieferungen aus bereits in den Vorjahren kontrahiertem Geschäft zurückzuführen. Das von der Bremer Landesbank praktizierte Krisenmanagement erweist sich als umsichtig und tragfähig. Die Bremer Landesbank ist unverändert auf mögliche Leistungsstörungen, bedingt durch die Schifffahrtskrise, vorbereitet und wird, sofern erforderlich, die Risikovorsorge entsprechend anpassen. Gleichmaßen ist die Bank mit nachhaltigen Finanzierungsstrukturen und langjährigen Direktkundenbeziehungen unverändert gut aufgestellt und geht allerdings erst ab 2013 von einer langsamen Markterholung aus. Langfristig wird aufgrund des Globalisierungstrends mit steigendem Welthandelsvolumen ein zunehmender Bedarf an moderner Schiffstonnage erwartet.

Bei der Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften konnte die Bremer Landesbank ihre Position als führender Finanzierer mittelständischer Leasinggesellschaften im Jahr 2011 behaupten und die Ertragssituation weiter ausbauen. Die Bremer Landesbank nimmt seit 2008 die Kompetenzzentrumfunktion innerhalb der NORD/LB-Gruppe in diesem Teilsegment wahr und ist bei breiterer Kundenbasis unverändert verlässlicher Partner für banknahe Leasinggesellschaften. Seit Beginn des Jahres 2011 konnten darüber hinaus erste Geschäftsabschlüsse bei der Refinanzierung von Factoringgesellschaften erzielt werden.

Der deutliche Schwerpunkt in der Finanzierung von Sozialimmobilien der Bremer Landesbank liegt in der Finanzierung von Pflegeheimen, für die die Bank ebenfalls die Kompetenzzentrumfunktion im NORD/LB-Konzern übernommen hat. Die demografische Entwicklung und der insgesamt zunehmende stationäre Pflegebedarf unterstreichen die strategische Bedeutung des Bereiches.

Im Segment der regenerativen Energien verzeichnete die Bremer Landesbank im abgelaufenen Geschäftsjahr ein deutliches Wachstum. Die Neugeschäftsentwicklung spiegelt auch den verstärkten Strukturierungs- und Finanzierungsbedarf der Kunden nach erfolgter Novellierung des

Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wider. Insbesondere Windkraft und Photovoltaik konnten weiterhin von positiven Rahmenbedingungen profitieren. Innerhalb der NORD/LB-Gruppe nimmt die Bremer Landesbank die Kompetenzcenterfunktion für Biogas und Photovoltaik in Deutschland wahr. Darüber hinaus werden erfahrene Kunden selektiv ins europäische Ausland begleitet.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank sieht sich mit der Fokussierung auf die Teilsegmente Schifffahrt, Leasingrefinanzierung, Sozialimmobilien und Erneuerbare Energien bei nachhaltiger Ausrichtung auf langjährige, verlässliche Kundenbeziehungen im überwiegend mittelständischen Bereich weiterhin gut positioniert.

Geschäftsfeld Privatkunden

Das Geschäftsfeld Privatkunden bündelt die gesamten Aktivitäten der Bremer Landesbank im Geschäft mit den privaten Kunden. Der Bereich besteht aus den Geschäftseinheiten Privatkundenbetreuung, Private Banking sowie dem Asset- und Wertpapiermanagement.

Die Krise an den internationalen Finanzmärkten hat sich auch auf das Geschäftsfeld Privatkunden ausgewirkt. Insbesondere hat diese Situation zu einem erhöhten Informationsbedarf seitens der Kunden geführt. Hier konnte die Bremer Landesbank durch professionelles Kundenmanagement das Vertrauen der Kunden nachhaltig stärken. Dies wurde uns auch in den sehr guten Ergebnissen der durchgeführten Kundenzufriedenheitsanalyse bestätigt und widergespiegelt.

Das Augenmerk gilt nach wie vor dem weiteren Ausbau des Marktanteils im Private Banking. Die Geschäftsentwicklung unterstreicht auch im Jahr 2011 die aufgebaute Positionierung als Premiumanbieter im Private Banking.

Ein wesentlicher Baustein für die positiven Ergebnisse ist die konsequente Umsetzung des ganzheitlichen Beratungsansatzes. Im Private Banking wird dies durch unter finanzplanerischen Aspekten erstellte Vermögenskonzepte unterstützt. Im Kundensegment der Privatkundenbetreuung wurde das ebenso auf finanzplanerischen Aspekten beruhende Finanzkonzept mit großem Erfolg auch für weniger komplexe Vermögenssituationen eingeführt.

Mit großem Erfolg wurde das „Unternehmerbanking“ weiter vorangetrieben. Auch hier hat sich die ganzheitliche Beratungsphilosophie als Erfolgstreiber herausgestellt. Durch eine enge Zusammenarbeit und Vernetzung mit den Bereichen Spezialfinanzierungen und Firmenkunden wird die Kompetenz des Private Banking in dieser Kundenklientel gut angenommen. Eine noch stärkere Fokussierung der Berater im Private Banking auf den „Unternehmer und Selbstständigen“ soll den Erfolg verstetigen.

Ein weiterer Baustein für die positiven Ergebnisse ist, dass das Geschäftsfeld Privatkunden über ein eigenes, unabhängiges Portfolio-Management verfügt. Die Ergebnisse des hier konzipierten SIP®-Investmentprozesses kommen insbesondere in den Vermögensverwaltungen, der SIP®-Fondsfamilie sowie im Beratungsprozess zum Tragen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich der Trend aus dem letzten Jahr – die verhaltene Nachfrage der Kunden nach Wertpapierprodukten, die sich zudem überwiegend auf sogenannte sichere Anlagen erstreckte – auch in diesem Jahr fortgesetzt hat.

Geschäftsfeld Financial Markets

Das Geschäftsfeld Financial Markets der Bremer Landesbank stellt den Zugang zu den nationalen und internationalen Finanzmärkten für die privaten und institutionellen Kundengruppen sowie für das Eigengeschäft der Bank bereit. Die über- und unterjährigen Refinanzierungsmaßnahmen der Bremer Landesbank werden ebenfalls im Geschäftsfeld Financial Markets durchgeführt.

Mit dem über das Kunden- und Kontrahentenportfolio generierten Geschäftsvolumen trägt das Geschäftsfeld Financial Markets der Bremer Landesbank wesentlich zu bilanzrelevanten Positionen des Konzerns bei.

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank 2011 neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt laufend die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Das operative Kapitalmarktgeschäft wurde in einem Marktumfeld durchgeführt, das im Jahresverlauf 2011 wesentlich durch die Auswirkungen der Euro-Krise und die länder- und institutionenübergreifenden Bemühungen zur Begrenzung der Folgen auf den Finanz- und Realmärkten gekennzeichnet war.

Die Treasury-, Handels- und Vertriebsaktivitäten der Financial-Markets-Einheiten der Bremer Landesbank erwiesen sich dabei als erfolgreich, wobei die Steuerung der Liquiditäts- und Zinsrisiken, die durchgängige Sicherstellung der Liquidität der Bank und die Versorgung der oben genannten Kundengruppen mit Geld- und Kapitalmarktprodukten die Schwerpunkte des Handels bildeten.

Die Sales-Einheiten des Geschäftsfeldes verzeichneten 2011 erneut hohe Umsätze und einen anhaltend intensiven Beratungs- und Betreuungsbedarf in allen Geld-, Devisen- und Derivatprodukten.

Auch 2011 zeigten die Credit Spreads ihre Wirkung auf das Bewertungsergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und damit das Segmentergebnis insgesamt. Die immer noch negativen Ergebnisse aus der CDS-Bewertung konnten durch die operativen Aktivitäten des Geschäftsfeldes Financial Markets kompensiert werden und es konnte durch den erfreulichen Zinsüberschuss ein positives Segmentergebnis mit einer deutlichen Steigerung zum Vorjahr erzielt werden.

Das im Geschäftsfeld Financial Markets ebenfalls betriebene Verbundgeschäft der Bremer Landesbank wurde 2011 mit der ganzheitlichen Betreuung der verbundenen Sparkassen mit Erfolg fortgesetzt.

Im Konsortialgeschäft mit Firmenkunden der verbundenen Sparkassen standen neben dem klassischen Finanzierungsgeschäft erneut das Zins- und Währungsmanagement sowie das dokumentäre Auslandsgeschäft im vertrieblichen Fokus.

Ein weiterer Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten im Verbund bleibt die Refinanzierung der öffentlichen Hand.

Neben den eigenen Finanzierungsangeboten gegenüber Gebietskörperschaften bildete die Unterstützung der Verbundsparkassen bei deren Finanzierung der öffentlichen Hand einen weiteren Teil der Vertriebsaktivitäten.

Zusammenfassend ist es in einem nicht leichten wirtschaftlichen Umfeld mit ausgeprägten Wettbewerbsstrukturen gelungen, ein positives Segmentergebnis zu erzielen und das Ergebnis des Vorjahres deutlich zu übertreffen.

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss

Die interne Berichterstattung wurde im ersten Halbjahr 2011 substanziell weiterentwickelt. Als ein wesentliches Ziel konnte die Konsistenz zwischen der internen Berichterstattung, dem Konzernberichtswesen und der externen Darstellung im Segmentbericht deutlich erhöht werden. Die Anpassungen zwischen dem internen Berichtswesen und der Darstellung im Segmentbericht betreffen im Wesentlichen den Zinsüberschuss und die Risikovorsorge und werden im Folgenden dargestellt.

Zinsüberschuss: Der Zinsüberschuss der einzelnen Segmente wird nach der Marktzinsmethode ermittelt. Einbezogen sind u.a. die Zinserfolge aus dem Aktiv- und Passivgeschäft sowie der Anlage- und Finanzierungserfolg. Den Geschäftsfeldern wird der direkt zurechenbare Anlage- und Finanzierungserfolg zugeordnet. Der Ausweis weiterer Elemente des Anlage- und Finanzierungserfolgs erfolgt ab 2011 unter „Alle sonstigen Segmente“ statt „Überleitung“. Der Zinsüberschuss des Konzerns errechnet sich aus den tatsächlichen Zinserträgen abzüglich Zinsaufwendungen.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft: In dieser Position werden den Geschäftsfeldern die Einzelwertberichtigungen zugeordnet, der Ausweis weiterer Größen der Risikovorsorge erfolgt analog dem internen Berichtswesen unter „Alle sonstigen Segmente“ (bis 2010 Zuordnung zu den Geschäftsfeldern).

Provisionsüberschuss: Der Provisionsüberschuss wird analog zu 2010 im Wesentlichen direkt auf die Geschäftsfelder verteilt. Im Vergleich zum Ausweis im Jahr 2010 ist durch die Zuordnung von Kreditprovisionen zum Zinsüberschuss der Provisionsüberschuss im „Konzern insgesamt“ reduziert. Bei konstantem Ausweis in den Segmenten ergibt sich eine im Vergleich zu 2010 höhere (negative) Überleitungsposition. Im Provisionsüberschuss und den folgenden Positionen ergeben sich in der Zuordnungslogik zu den Segmenten keine Veränderungen im Vergleich zu 2010.

Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten: Das Überleitungsergebnis dieser Position resultiert aus verschiedenen Effekten, die nicht den Bereichen zugeordnet werden, insbesondere Zahlungen und Bewertungsergebnis aus Derivaten.

Ergebnis aus Hedge Accounting: Das Ergebnis aus Hedge Accounting wird keinem Geschäftsfeld zugerechnet und in der Überleitung gezeigt.

Ergebnis aus Finanzanlagen: Der Ausweis der Geschäftsfelder erfolgt seit 2011 zur besseren Vergleichbarkeit mit der GuV ohne Berücksichtigung der Neubewertungsrücklage.

Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen: Diese Position wird nicht den vier direkt vertriebsorientierten, sondern den anderen Segmenten zugeordnet.

Verwaltungsaufwand: Den Geschäftsfeldern werden der direkt zurechenbare Verwaltungsaufwand sowie die Ergebnisse der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung zugeordnet. Im internen Berichtswesen wurden im Jahr 2011 die internen Kostenarten mit der GuV detailliert abgeglichen, eine Überleitung konnte minimiert werden.

Sonstiges betriebliches Ergebnis: Diese Position wird nicht den Geschäftsfeldern zugeordnet.

Segmentvermögen/Segmentverbindlichkeiten: Der Unterschied zwischen den addierten Segmentvermögen/Segmentverbindlichkeiten und dem Konzernvermögen/-verbindlichkeiten resultiert zum überwiegenden Teil aus der Durchschnittsbetrachtung bei den Geschäftsfeldern und der Stichtagsbetrachtung beim Konzern. Refinanzierungsmittel werden nicht bei den Geschäftsfeldern abgebildet und fließen bei den Segmentverbindlichkeiten in der Überleitung ein.

Rentabilitätskennzahl der Bereiche: Konsistent mit dem internen Berichtswesen und dem Konzernberichtswesen wird der RoRaC auch in der externen Berichterstattung ausgewiesen (bis 2010 RaRoC).

RoE der Bank: Die Berechnung dieser Kennzahl wird zur besseren Vergleichbarkeit konzern-einheitlich vorgenommen.

Alle sonstigen Segmente: Inhalte dieser Säule sind die Ergebnisse sämtlicher Stabsbereiche (inklusive Zinsüberschuss aus Beteiligungsverkäufen sowie dem Verwaltungsaufwand der nicht direkt dem Vertrieb zuzuordnenden Bereiche), der strategischen Maßnahmen (im Wesentlichen Zinsüberschuss als Saldo aus Anlage und Kosten der Liquiditätsbevorratung), des Anlage- und Finanzierungserfolgs, der nicht direkt den Bereichen zuzuordnen ist, sowie der Konsolidierung der Töchter im Teilkonzern und der Risikovorsorge außerhalb der Einzelwertberichtigungen.

Informationen der Zugänge zu den langfristigen Vermögenswerten, bei denen es sich nicht um Finanzinstrumente handelt: Der Zugang bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung (Sachanlagen) ist im Wesentlichen auf das aus aufsichtsrechtlichen Gründen erworbene IT-Equipment zur Spiegelung und Ausgliederung der Rechenzentren in Bremen und Oldenburg in Höhe von 3 Mio. € zurückzuführen. Die immateriellen Anlagewerte betreffen System- und Anwendungssoftware. Im Jahr 2011 wurden im Wesentlichen 9 Mio. € für die Architektur der FI-Migrations-Schnittstellen als selbst erstellter immaterieller Vermögenswert aktiviert.

Überleitung: In der Überleitung werden die Überleitungspositionen von der internen Berichterstattung zu den Konzerngesamtzahlen der GuV gezeigt.

Erläuterungen zur Konzern Gewinn- und Verlustrechnung

(18) Zinsüberschuss

Die Positionen Zinserträge und -aufwendungen enthalten neben den erhaltenen Zinserträgen und -aufwendungen zeitanteilige Auflösungen von Agien und Disagien aus Finanzinstrumenten. Aufgrund der nach IAS 32 unter bestimmten Voraussetzungen zu erfolgenden Klassifizierung von stillen Einlagen als Fremdkapital werden die Leistungen an stille Gesellschafter im Zinsaufwand erfasst.

	1.1.–31.12. 2011 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2010 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Zinserträge			
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.004	989	2
Zinserträge aus Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	127	118	8
Zinserträge aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten			
Handelsbestand und Hedge-Accounting-Derivate	1.080	1.001	8
Zinserträge aus der Fair-Value-Option	3	1	>100
Laufende Erträge			
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	0	–
aus Beteiligungen	24	3	>100
Zinserträge aus sonstiger Amortisierung			
aus Ausgleichsposten Portfolio Fair Value Hedge	8	6	33
aus Hedge-Accounting-Derivaten	16	21	–24
Erwartete Erträge aus Planvermögen	1	1	–
Summe Zinserträge	2.263	2.140	6
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	597	587	2
Zinsaufwendungen aus Verbrieften Verbindlichkeiten	218	230	–5
Zinsaufwendungen aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten			
Zinsaufwendungen aus Handelsbestand und Hedge-Accounting-Derivaten	980	910	8
Zinsaufwendungen aus der Fair-Value-Option	–	0	–
Zinsaufwendungen aus Nachrangkapital	47	49	–4
Zinsaufwendungen aus sonstiger Amortisierung			
Zinsaufwendungen aus Ausgleichsposten Portfolio Fair Value Hedge	1	5	–80
Zinsaufwendungen aus Hedge-Accounting-Derivaten	27	29	–7
Zinsaufwendungen für Rückstellungen und Verbindlichkeiten	17	16	6
Sonstige Zinsaufwendungen und zinsähnliche Aufwendungen	–	–	–
Summe Zinsaufwendungen	1.887	1.826	3
Gesamt	376	314	20

In den laufenden Erträgen aus Beteiligungen sind die Bewertungsgewinne aus dem Verkauf der mittelbar gehaltenen Anteile an der DekaBank Deutsche Girozentrale in Höhe von 21 Mio. € enthalten.

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus dem Barwerteffekt der wertgeminderten Vermögenswerte (sogenanntes Unwinding) in Höhe von 11 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €) enthalten.

Der gesamte Zinsertrag für Finanzinstrumente, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 1.164 Mio. € (Vorjahr: 1.117 Mio. €). Der gesamte Zinsaufwand für Finanzinstrumente, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 880 Mio. € (Vorjahr: 887 Mio. €).

(19) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Erträge aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft			
Auflösung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	41	45	-9
Auflösung von portfoliobasierten Wertberichtigungen auf Forderungen	-	17	-100
Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	6	7	-14
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	3	2	50
Erträge aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft	50	71	-30
Aufwendungen aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft			
Zuführung zu Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	146	119	23
Zuführung zu portfoliobasierten Wertberichtigungen	7	-	-
Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	3	9	-67
Direkte Forderungsabschreibungen	6	2	>100
Aufwendungen aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft	162	130	25
Gesamt	-112	-59	90

(20) Provisionsüberschuss

	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Provisionserträge			
Provisionserträge aus dem Bankgeschäft			
Kredit- und Avalgeschäft	9	12	-25
Wertpapier- und Depotgeschäft	8	8	–
Kontoführung und Zahlungsverkehr	10	10	–
Treuhandgeschäft	18	21	-14
Vermittlungsgeschäft	2	2	–
Sonstige bankübliche Provisionserträge	3	3	–
Provisionserträge aus dem Nicht-Bankgeschäft			
Immobilien-geschäft	1	1	–
Summe Provisionserträge	51	57	-11
Provisionsaufwendungen			
Provisionsaufwendungen aus dem Bankgeschäft			
Wertpapier- und Depotgeschäft	2	2	–
Treuhandgeschäft	18	21	-14
Vermittlungsgeschäft	1	1	–
Kontoführung und Zahlungsverkehr	–	1	-100
Kredit- und Avalgeschäft	3	3	–
Sonstige bankübliche Provisionsaufwendungen	1	1	–
Summe Provisionsaufwendungen	25	29	-14
Gesamt	26	28	-7

(21) Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten

	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Handelsergebnis			
Realisiertes Ergebnis			
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	1	1	–
Ergebnis aus Derivaten	23	–6	–
Summe Realisiertes Ergebnis	24	–5	–
Bewertungsergebnis			
Ergebnis aus Derivaten	–29	–107	–73
Summe Bewertungsergebnis	–29	–107	–73
Devisenergebnis	12	12	–
Sonstiges Ergebnis	6	7	–14
Summe Handelsergebnis	13	–93	–
Ergebnis aus der Fair-Value-Option			
Realisiertes Ergebnis			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0	–
Bewertungsergebnis			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0	–
Summe Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten (Fair-Value-Option)	0	0	–
Gesamt	13	–93	–

Das realisierte Ergebnis stellt das Ergebnis der im Berichtsjahr ausgelaufenen bzw. vorzeitig beendeten Finanzinstrumente dar, während sich das Bewertungsergebnis auf die zum Stichtag bestehenden Finanzinstrumente bezieht.

Das Devisenergebnis beinhaltet alle Devisenerfolge, die sich aus der Realisation durch Abgänge und der Bewertung aller bestehenden Fremdwährungspositionen der Bank im aktuellen Berichtsjahr ergeben haben. Das Ergebnis der Währungsumrechnung der Fremdwährungsposten wird ebenfalls im Devisenergebnis ausgewiesen. Es beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf 42 Mio. € (Vorjahr: 123 Mio. €).

Das sonstige Ergebnis betrifft im Wesentlichen die Prämienzahlungen aus den Credit Default Swaps.

(22) Ergebnis aus Hedge Accounting

Das Ergebnis aus Hedge Accounting enthält die zinsinduzierten Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften in effektiven Fair-Value-Hedge-Beziehungen.

	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Hedge-Ergebnis im Rahmen von Mikro Fair Value Hedges			
aus gesicherten Grundgeschäften			
der Haltekategorie Available for Sale (AfS)	17	13	31
der Haltekategorie Other Liabilities	-103	-71	45
aus derivativen Sicherungsinstrumenten	89	58	53
Summe Mikro Fair Value Hedges	3	0	-
Hedge-Ergebnis im Rahmen von Portfolio Fair Value Hedges			
aus gesicherten Grundgeschäften			
der Haltekategorie Available for Sale (AfS)	11	5	>100
der Haltekategorie Other Liabilities	-127	-28	>100
aus derivativen Sicherungsinstrumenten	125	27	>100
Summe Portfolio Fair Value Hedge	9	4	>100
Gesamt	12	4	>100

(23) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Finanzanlageergebnis werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands (Available-for-Sale-Wertpapiere), Beteiligungen und assoziierten Unternehmen, die nicht at Equity bilanziert werden, und Anteilen an Tochtergesellschaften, die nicht konsolidiert werden, ausgewiesen.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie Available for Sale setzt sich wie folgt zusammen:

	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Ergebnis aus dem Abgang von			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	8	-100
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	-	-
Wertminderungsergebnis von Schuldverschreibungen	-	-	-
Summe Ergebnis aus Abgängen	-	8	-100
Ergebnis aus Anteilen an Unternehmen	-2	-	-
Gesamt	-2	8	-

Zuvor erfolgsneutral erfasste Bewertungsgewinne sind in Höhe von 21 Mio. € aus der Neubewertungsrücklage in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert worden (Vorjahr: Bewertungsgewinne von 7 Mio. €). Die Bewertungsgewinne stehen im Zusammenhang mit dem Verkauf der mittelbar gehaltenen Anteile an der Dekabank Deutsche Girozentrale und werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

(24) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Anteile an assoziierten Unternehmen			
Erträge	10	6	67
Aufwendungen	–	–	–
Gesamt	10	6	67

(25) Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwand, Sachaufwand (andere Verwaltungsaufwendungen) und planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) und immaterielle Vermögenswerte.

Im Einzelnen gliedern sich die Aufwendungen wie folgt:

	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Personalaufwand			
Löhne und Gehälter	74	75	–1
Soziale Abgaben	11	12	–8
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung (davon Dienstzeitaufwand 5 Mio. €; im Vorjahr: 4 Mio. €)	6	5	20
Summe Personalaufwand	91	92	–1
Andere Verwaltungsaufwendungen			
EDV- und Kommunikationskosten	31	36	–14
Raum- und Gebäudekosten	7	7	–
Aufwand für Marketing, Kommunikation und Repräsentation	7	6	17
Personenbezogener Sachaufwand	4	3	33
Rechts-, Prüfungs-, Gutachter- und Beratungskosten	7	7	–
Umlagen und Beiträge	4	4	–
Aufwand für Betriebs- und Geschäftsausstattung	1	1	–
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	1	1	–
Summe Andere Verwaltungsaufwendungen	62	65	–5
Abschreibungen			
Sachanlagen	3	3	–
Immaterielle Vermögenswerte	2	1	100
Investment Properties	1	1	–
Summe Abschreibungen	6	5	20
Gesamt	159	162	–2

(26) Sonstiges betriebliches Ergebnis

	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Sonstige betriebliche Erträge			
aus Miet- und Pachteinnahmen	7	7	–
aus Kostenerstattungen	1	1	–
aus Abgängen von Vermögensgegenständen	–	7	–100
sonstige Erträge	3	6	–50
Summe Sonstige betriebliche Erträge	11	21	–48
Sonstige betriebliche Aufwendungen			
aus Miet- und Pacht aufwendungen	1	1	–
aus dem Rückkauf begebener Schuldverschreibungen	2	3	–33
sonstige Aufwendungen	7	–	–
Wertminderungen Sachanlagen	–	–	–
Summe Sonstige betriebliche Aufwendungen	10	4	>100
Gesamt	1	17	–94

Die sonstigen Erträge beinhalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen in Höhe von 1 Mio. €.

Die sonstigen Aufwendungen entfallen auf Aufwendungen aus dem Rückkauf begebener Schuldverschreibungen in Höhe von 2 Mio. € sowie die gemäß Restrukturierungsfondsgesetz vorgesehene und durch gesonderte Restrukturierungsfonds-Verordnung im 3. Quartal 2011 in nationales Recht übernommene Bankenabgabe in Höhe von 5 Mio. €.

(27) Ertragsteuern

Die Ertragsteuern des Konzerns gliedern sich wie folgt:

	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	47	41	15
Latente Steuern	–13	–27	–52
Gesamter Ertragsteueraufwand	34	14	>100

Die nachfolgende steuerliche Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem IFRS-Ergebnis vor Steuern und dem ausgewiesenen Ertragsteueraufwand.

	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
IFRS-Ergebnis vor Steuern	165	63	>100
Erwarteter Ertragsteueraufwand	52	20	>100
Überleitungseffekte			
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze	-1	-1	-
Im Geschäftsjahr erfasste Steuern aus Vorjahren	-5	-4	25
Auswirkungen aus Steuersatzänderungen	-1	0	-
Nicht abziehbare Betriebsausgaben	3	0	-
Auswirkungen steuerfreier Erträge	-13	-1	>100
Auswirkungen permanenter Effekte bilanzieller Natur	-3	-1	>100
Auswirkungen von Bemessungsgrundlagentransfers	-2	-	-
Sonstige Auswirkungen	4	1	>100
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand	34	14	>100

Der erwartete Ertragsteueraufwand in der steuerlichen Überleitungsrechnung errechnet sich aus dem in Deutschland im Jahr 2011 geltenden Körperschaftsteuersatz von 15% zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5% und dem durchschnittlichen Gewerbesteuersatz von circa 15,6%. Daraus ergibt sich ein inländischer Ertragsteuersatz von 31,5% (Vorjahr: 31,5%), mit dem die Bewertung der latenten Steuern zum Bilanzstichtag erfolgt.

Erläuterungen zur Konzernbilanz

(28) Barreserve

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Kassenbestand	4	4	–
Guthaben bei Zentralnotenbanken	210	70	>100
Gesamt	214	74	>100

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 210 Mio. € (Vorjahr: 70 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank zur Erfüllung der Mindestreserveverpflichtungen.

(29) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Forderungen aus Geldmarktgeschäften			
Inländische Kreditinstitute	594	1.261	–53
Ausländische Kreditinstitute	301	196	54
Summe Forderungen aus Geldmarktgeschäften	895	1.457	–39
Andere Forderungen			
Inländische Kreditinstitute			
Täglich fällig	66	47	40
Befristet	3.581	3.661	–2
Ausländische Kreditinstitute			
Täglich fällig	35	35	–
Befristet	274	313	–12
Summe Andere Forderungen	3.956	4.056	–2
Gesamt	4.851	5.513	–12

Von den Forderungen an inländische Kreditinstitute entfallen 3.245 Mio. € (Vorjahr: 3.451 Mio. €) auf Forderungen an Verbundsparkassen. Vom Gesamtbestand entfallen 3.213 Mio. € (Vorjahr: 3.240 Mio. €) auf Forderungen, die erst nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(30) Forderungen an Kunden

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Forderungen aus Geldmarktgeschäften			
Inländische Kunden	152	125	22
Ausländische Kunden	4	4	–
Summe Forderungen aus Geldmarktgeschäften	156	129	21
Andere Forderungen			
Inländische Kunden			
Täglich fällig	1.010	798	27
Befristet	18.849	18.811	0
Ausländische Kunden			
Täglich fällig	110	65	69
Befristet	2.560	2.257	13
Summe Andere Forderungen	22.529	21.931	3
Gesamt	22.685	22.060	3

Vom Gesamtbestand entfallen 18.282 Mio. € (Vorjahr: 15.499 Mio. €) auf Forderungen, die erst nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(31) Risikovorsorge

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Risikovorsorge auf Forderungen an Kreditinstitute			
Inländische Kreditinstitute	8	5	60
Portfoliobasierte Wertberichtigungen auf Forderungen	1	1	–
Summe Risikovorsorge auf Forderungen an Kreditinstitute	9	6	50
Risikovorsorge auf Forderungen an Kunden			
Inländische Kunden	300	232	29
Ausländische Kunden	–	0	–
Portfoliobasierte Wertberichtigungen auf Forderungen	69	68	1
Summe Risikovorsorge auf Forderungen an Kunden	369	300	23
Gesamt	378	306	24

Die auf die Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden entfallende Risikovor-
sorge und die Rückstellungen im Kreditgeschäft haben sich wie folgt entwickelt:

(in Mio. €)	Einzelwert- berichtigungen		Portfoliowert- berichtigungen (on balance)		Summe		Rückstellungen im Kreditgeschäft ¹⁾	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Forderungen an Kreditinstitute								
1.1.	5	6	1	1	6	7	-	-
Erfolgswirksame Veränderungen								
Zuführungen	4	-	-	-	4	0	-	-
Auflösungen	-	-	-	-	-	0	-	-
Unwinding	-1	-1	-	-	-1	-1	-	-
Erfolgsneutrale Veränderungen								
Inanspruchnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-	-	-	-	-
31.12.	8	5	1	1	9	6	-	-
Forderungen an Kunden								
1.1.	232	161	68	102	300	263	26	25
Erfolgswirksame Veränderungen								
Zuführungen	142	119	7	-	149	119	3	9
Auflösungen	-41	-45	-	-17	-41	-62	-6	-7
Unwinding	-10	-8	-	-	-10	-8	1	-
Erfolgsneutrale Veränderungen								
Inanspruchnahmen	-29	-13	-	-	-29	-13	-1	-
Umbuchungen	6	18	-6	-17	-	1	-2	-1
31.12.	300	232	69	68	369	300	21	26
Gesamt	308	237	70	69	378	306	21	26

¹⁾ Inklusive Portfoliowertberichtigungen off balance.

Der Gesamtbetrag der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingehen, belief sich zum Abschlussstichtag auf 29 Mio. € (Vorjahr: 36 Mio. €). Für Kredite mit einem Gesamtvolumen von 878 Mio. € (Vorjahr: 658 Mio. €) wurden Einzelwertberichtigungen gebildet.

Die auf diese Kredite entfallenden ausstehenden Zinsforderungen beliefen sich zum 31.12.2011 auf 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €). Im Berichtsjahr erfolgten direkte Forderungsabschreibungen in Höhe von 6 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €). Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 3 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €).

Das maximale Ausfallrisiko der finanziellen Vermögenswerte nach IFRS 7.36(a) entspricht dem Buchwert der Instrumente.

Die Qualität der Kredite und Forderungen sowie zur Veräußerung verfügbarer Finanzanlagen hat sich wie folgt entwickelt:

Ratinggruppe (in Mio. €)	sehr gut bis gut		gut/zufriedenstellend		noch gut/befriedigend		erhöhtes Risiko		hohes Risiko		sehr hohes Risiko		ohne Zuordnung	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Kredite und Forderungen (LaR)														
Forderungen an Kreditinstitute	4.825	5.487	–	–	–	–	–	–	–	–	26	26	–	–
Forderungen an Kunden	12.060	12.745	2.960	3.094	3.319	2.798	1.350	930	1.027	806	1.093	1.042	876	645
Finanzanlagen	14	14	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zur Veräußerung verfügbar (AfS)														
Finanzanlagen	4.984	5.578	–	58	–	–	236	38	–	–	–	–	–	0
Summe	21.883	23.824	2.960	3.152	3.319	2.798	1.586	968	1.027	806	1.119	1.068	876	645

Die überfälligen Kredite und Forderungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Ratinggruppe (in Mio. €)	weder überfällig noch wertgemindert		überfällig, aber nicht wertgemindert								
			kleiner 3 Monate		3 bis 6 Monate		6 bis 12 Monate		größer 12 Monate		
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	
Kredite und Forderungen (LaR)											
Forderungen an Kreditinstitute	4.825	5.487	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Forderungen an Kunden	20.572	20.780	537	591	636	6	40	11	22	14	
Finanzanlagen	14	14	–	–	–	–	–	–	–	–	
Zur Veräußerung verfügbar (AfS)											
Finanzanlagen	5.220	5.674	–	–	–	–	–	–	–	–	
Summe	30.631	31.955	537	591	636	6	40	11	22	14	

Zur Veräußerung verfügbare Finanzanlagen waren im Berichtsjahr wie im Vorjahr nicht wertberichtigt.

Die wertberichtigten Kredite und Forderungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

(in Mio. €)	Buchwerte		Wertberichtigungen	
	2011	2010	2011	2010
Kredite und Forderungen (LaR)				
Forderungen an Kreditinstitute	26	26	8	5
Forderungen an Kunden	878	658	300	232
Finanzanlagen	–	–	–	–
Summe	904	684	308	237

(32) Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte

In dieser Position sind die Handelsaktiva (Held for Trading – HfT) sowie die zum Fair Value designierten Finanzinstrumente enthalten. Die Handelsaktivitäten des Konzerns umfassen den Handel mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Namenspapieren sowie derivativen Finanzinstrumenten, die nicht im Rahmen des Hedge Accounting eingesetzt werden.

Von den erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind 107 Mio. € (Vorjahr: 88 Mio. €) börsenfähig und 107 Mio. € (Vorjahr: 83 Mio. €) börsennotiert.

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Handelsaktiva			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
Anleihen und Schuldverschreibungen			
von öffentlichen Emittenten	10	–	–
von anderen Emittenten	15	–	–
Summe Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	25	–	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere Investmentanteile	–	–	–
Positive Fair Values aus Derivaten in Zusammenhang mit:			
Zinsrisiken	1.046	787	33
Währungsrisiken	176	200	–12
Kreditderivaten	20	12	67
Summe Positive Fair Values aus Derivaten	1.242	999	24
Summe Handelsaktiva	1.267	999	27
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	82	88	–7
Summe Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	82	88	–7
Gesamt	1.349	1.087	24

Vom Gesamtbestand entfallen 1.086 Mio. € (Vorjahr: 943 Mio. €) auf finanzielle Vermögenswerte, die erst nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(33) Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten

Diese Position umfasst positive Fair Values von Sicherungsinstrumenten in effektiven Fair-Value-Hedge-Beziehungen.

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Derivate im Rahmen von Mikro-Fair-Value-Hedges	364	306	19
Derivate im Rahmen von Portfolio Fair Value Hedges	167	32	>100
Gesamt	531	338	57

Vom Gesamtbestand entfallen 462 Mio. € (Vorjahr: 266 Mio. €) auf Sicherungsinstrumente, die nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden. Als Sicherungsinstrumente werden Zinsswaps eingesetzt.

(34) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen umfasst als Available for Sale (AfS) kategorisierte Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere. Daneben werden Anteile an Unternehmen sowie eine stille Beteiligung an der DekaBank Deutsche Girozentrale (Buchwert 14 Mio. €), die als Loans and Receivables (LaR) kategorisiert wurde, hier ausgewiesen.

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Finanzanlagen der Kategorie LaR	14	14	-
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS)			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
von öffentlichen Emittenten	1.423	1.417	0
von anderen Emittenten	3.723	4.065	-8
Geldmarktpapiere	-	-	-
Summe Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.146	5.482	-6
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	9	0	-
Anteile an nicht konsolidierten Unternehmen	65	192	-66
Sonstige Finanzanlagen der Kategorie AfS	-	-	-
Summe Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS)	5.220	5.674	-8
Gesamt	5.234	5.688	-8

Vom Gesamtbestand entfallen 4.625 Mio. € (Vorjahr: 4.621 Mio. €) auf zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS), die erst nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden. Die LaR-Finanzanlagen haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

Insbesondere durch die Veräußerung der mittelbar über die GLB GmbH & Co. OHG gehaltenen Beteiligung an der DekaBank Deutsche Girozentrale und die damit verbundene Kapitalherabsetzung der GLB GmbH & Co. OHG hat sich der Buchwert der Anteile an nicht konsolidierten Unternehmen zum 31. Dezember 2011 gegenüber dem 31. Dezember 2010 um 127 Mio. € reduziert.

(35) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

In diesem Posten werden Anteile an assoziierten Unternehmen i. S. d. IAS 28 ausgewiesen, die nach der Equity-Methode bewertet werden. Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Assoziierte Unternehmen			
Kreditinstitute	15	12	25
Andere Unternehmen	69	65	6
Gesamt	84	77	9

Die Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

(in Mio. €)	Assoziierte Unternehmen	
	2011	2010
1.1.	77	81
Zugänge	0	0
Abgänge	0	-7
Abschreibungen	0	0
Zuschreibungen	7	3
Erfolgsneutrale Veränderungen	0	0
31.12.	84	77

In der nachfolgenden Tabelle werden anteilig entsprechend der Beteiligungshöhe finanzielle Informationen über assoziierte Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammengefasst:

(in Mio. €)	DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG	BREBAU GmbH	Ammerländer Wohnungsbau- Gesellschaft mbH ¹⁾	Lazard- Sparkassen Rendite- Plus-Fonds	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesell- schaft mbH
Anteil am Vermögen 31.12.2011	16,50%	48,84%	32,26%	49,18%	22,22%
Vermögen	150	80	23	17	52
Verbindlichkeiten	135	44	11	0	33
Eigenkapital	15	36	12	17	19
Summe der Erträge	9	21	3	0	13
Periodenergebnis	4	2	1	0	4

¹⁾Zahlen zum 31.12.2010.

(36) Sachanlagen

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Grundstücke und Gebäude	28	29	-3
Betriebs- und Geschäftsausstattung	8	5	60
Sonstige Sachanlagen	2	2	-
Gesamt	38	36	6

Im Jahr 2011 wurden erste Vorleistungen in Höhe von 3 Mio. € für den im Jahr 2012 beginnenden Neubau der Niederlassung Bremen erbracht. Durch hausintern erstellte Marktwertgutachten wurden für Grundstücke und Gebäude stille Reserven in Höhe von 45 Mio. € ermittelt. Der Zugang bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung ist im Wesentlichen auf das aus aufsichtsrechtlichen Gründen erworbene IT-Equipment zur Spiegelung und Ausgliederung der Rechenzentren in Bremen und Oldenburg in Höhe von 3 Mio. € zurückzuführen. Die historischen Anschaffungskosten für Sachanlagen, die zum Stichtag zwar voll abgeschrieben waren, aber weiterhin genutzt werden, betragen 54 Mio. €.

(37) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Anlageimmobilien	68	70	-3
Gesamt	68	70	-3

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien beträgt 99 Mio. €. Aus der Vermietung dieser Objekte wurden im Berichtsjahr 7 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €) erzielt. Die Erhöhung der historischen Anschaffungskosten für als Finanzinvestition gehaltene Immobilien resultiert aus der Fertigstellung der im Oldenburger Hauptgebäude vermieteten Ladenflächen in Höhe von 1 Mio. €. Die direkten betrieblichen Aufwendungen (einschließlich Reparaturen und Instandhaltung) ohne Abschreibungen betragen 2 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €).

Die Entwicklung der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten sowie die kumulierten Abschreibungen für Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien stellen sich wie folgt dar:

(in Mio. €)	bankbetrieblich genutzt				nicht bankbetrieblich genutzt		
	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Geleistete Anzahlungen/Anlagen im Bau	Summe	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Geleistete Anzahlungen/Anlagen im Bau	Summe
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten per 31.12.2010	65	29	5	99	78	–	78
Zugänge	13	3	4	20	10	1	11
Abgänge	–	–1	–7	–8	–6	–	–6
Summe 31.12.2010	78	31	2	111	82	1	83
Kumulierte Abschreibungen per 31.12.2010	–48	–24	–	–72	–14	–	–14
Planmäßige Abschreibungen	–1	–2	–	–3	–1	–	–1
Außerplanmäßige Abschreibungen	–	–	–	0	–	–	–
Umbuchungen	–	–	–	0	–	–	–
Abgänge	–	–	–	–	2	–	2
Summe 31.12.2010	–49	–26	–	–75	–13	–	–13
Endbestand per 31.12.2010	29	5	2	36	69	1	70
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten per 31.12.2011	78	31	2	111	82	1	83
Zugänge	1	4	4	9	1	0	1
Abgänge	–	0	–4	–4	0	–1	–1
Summe 31.12.2011	79	35	2	116	83	0	83
Kumulierte Abschreibungen per 31.12.2011	–49	–26	–	–75	–13	–	–13
Planmäßige Abschreibungen	–2	–1	–	–3	–2	–	–2
Außerplanmäßige Abschreibungen	–	–	–	–	–	–	–
Umbuchungen	–	–	–	–	–	–	–
Abgänge	–	–	–	–	–	–	–
Summe 31.12.2011	–51	–27	0	–78	–15	0	–15
Endbestand per 31.12.2011	28	8	2	38	68	0	68

(38) Immaterielle Vermögenswerte

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Software			
Entgeltlich erworben	2	2	–
Selbst erstellt	9	–	–
Gesamt	11	2	>100

Die immateriellen Anlagewerte betreffen System- und Anwendungssoftware. Es handelt sich ausschließlich sowohl um entgeltlich erworbene Software als auch um selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte. Im Jahr 2011 wurden im Wesentlichen 9 Mio. € für die Architektur der FI-Migrations-Schnittstellen als selbst erstellter immaterieller Vermögenswert aktiviert. Die Restnutzungsdauer der immateriellen Anlagewerte liegt zwischen 1 und 59 Monaten. Die historischen Anschaffungskosten für immaterielle Vermögenswerte, die zum Stichtag zwar voll abgeschrieben waren, aber weiterhin genutzt werden, betragen 10 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €).

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte stellt sich wie folgt dar:

(in Mio. €)	Software	
	2011	2010
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten per 1.1.	13	12
Zugänge	11	1
Abgänge	–	–
Summe 31.12.	24	13
Kumulierte Abschreibungen per 1.1.	–11	–10
Planmäßige AfA	–2	–1
Abgänge	–	–
Summe 31.12.	–13	–11
Endbestand per 31.12.	11	2

(39) Laufende Ertragsteueransprüche sowie latente Ertragsteuern

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	6	7	–14
Aktive latente Steuern	142	117	21
Gesamt	148	124	19

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus temporären Unterschieden zwischen den Werten der Vermögenswerte und Schulden in der IFRS-Konzernbilanz und den Steuerwerten nach den steuerlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Zum 31.12.2011 wurden keine aktiven latenten Steuern direkt mit dem Eigenkapital verrechnet.

Latente Ertragsteueransprüche wurden im Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten sowie noch nicht genutzten steuerlichen Verlusten gebildet:

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung in %
Risikovorsorge	16	14	14
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	390	243	60
Finanzanlagen	17	3	>100
Sachanlagen	22	20	10
Immaterielle Vermögenswerte	1	1	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12	10	20
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	40	21	90
Verbriefte Verbindlichkeiten	25	18	39
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	82	91	–10
Negative Fair Values aus Hedge-Derivaten	83	40	>100
Rückstellungen	65	65	–
Nachrangkapital	9	6	50
Steuerliche Verlustvorträge und sonstige aktive latente Steuern	11	11	–
Summe	773	543	42
Saldierung	631	426	48
Gesamt	142	117	21

Die Ertragsteueransprüche aus latenten Steuern werden nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert.

(40) Sonstige Aktiva

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Vorräte	1	1	–
Steuererstattungsansprüche aus sonstigen Steuern	–	2	–100
Sonstige Vermögenswerte	26	35	–26
Gesamt	27	38	–29

Die Sonstigen Vermögenswerte beinhalten insbesondere aktivierte Forderungen gegenüber nicht konsolidierten Tochtergesellschaften in Höhe von 14 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €) und Forderungen gegenüber isländischen Banken von 7 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €).

Alle Beträge der Position „Sonstige Aktiva“ sind innerhalb der nächsten 12 Monate fällig.

(41) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Einlagen von anderen Banken			
Inländische Kreditinstitute	–	–	–
Ausländische Kreditinstitute	–	–	–
Summe Einlagen von anderen Banken	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften			
Inländische Kreditinstitute	1.201	2.585	–54
Ausländische Kreditinstitute	–	152	–100
Summe Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften	1.201	2.737	–56
Andere Verbindlichkeiten			
Inländische Kreditinstitute			
Täglich fällig	246	240	3
Befristet	8.426	7.468	13
Ausländische Kreditinstitute			
Täglich fällig	9	25	–64
Befristet	1.127	1.130	–0
Summe Andere Verbindlichkeiten	9.808	8.863	11
Gesamt	11.009	11.600	–5

Vom Gesamtbestand entfallen 8.289 Mio. € (Vorjahr: 7.818 Mio. €) auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, die voraussichtlich nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kreditinstituten entfallen 437 Mio. € (Vorjahr: 664 Mio. €) auf Verbindlichkeiten gegenüber Verbundsparkassen.

(42) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Spareinlagen			
Mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten			
Inländische Kunden	158	184	-14
Ausländische Kunden	15	15	-
Mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten			
Inländische Kunden	17	13	31
Ausländische Kunden	1	1	-
Summe Spareinlagen	191	213	-10
Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften			
Inländische Kunden	2.038	1.787	14
Ausländische Kunden	93	120	-23
Summe Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften	2.131	1.907	12
Andere Verbindlichkeiten			
Inländische Kunden			
Täglich fällig	1.847	1.811	2
Befristet	6.296	6.115	3
Ausländische Kunden			
Täglich fällig	138	109	27
Befristet	1	-	-
Summe Andere Verbindlichkeiten	8.282	8.035	3
Gesamt	10.604	10.155	4

Vom Gesamtbestand entfallen 7.082 Mio. € (Vorjahr: 5.472 Mio. €) auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, die voraussichtlich nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(43) Verbriefte Verbindlichkeiten

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Begebene Schuldverschreibungen			
Pfandbriefe	632	677	-7
Kommunalschuldverschreibungen	2.196	2.285	-4
Sonstige Schuldverschreibungen	5.340	5.304	1
Summe Begebene Schuldverschreibungen	8.168	8.266	-1
Geldmarktpapiere			
Commercial Papers	524	673	-22
Sonstige Geldmarktpapiere	-	-	-
Summe Geldmarktpapiere	524	673	-22
Gesamt	8.692	8.939	-3

Vom Gesamtbestand entfallen 6.536 Mio. € (Vorjahr: 7.105 Mio. €) auf Verbriefte Verbindlichkeiten, die voraussichtlich nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

Gemäß IAS 39 wurden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 150 Mio. € (Vorjahr: 99 Mio. €) von den ausgegebenen Schuldverschreibungen direkt abgesetzt.

Die folgende Aufstellung enthält die wesentlichen im Berichtsjahr 2011 begebenen Schuldverschreibungen ab einem Emissionsvolumen von 40 Mio. €.

Wertpapierkurzbezeichnung	Nominal	Währung	Fälligkeit	Zinssatz
BREM.LB.KR.A.OLD.PF.20VAR	50.000.000,00	EUR	21.11.2014	1,774
BREM.LB.KR.A.OLD.OPF 90	51.000.000,00	EUR	14.01.2014	1,95
BREM.LB.KR.A.OLD.OPF 93	100.000.000,00	EUR	12.11.2012	1,25
BREM.LB.KR.A.OLD.IS.116	47.679.000,00	EUR	07.02.2013	2,5
BREM.LB.KR.A.OLD.IS.118	42.566.000,00	EUR	17.02.2014	2,5
BREMER LDSBK TR.910	90.000.000,00	EUR	19.01.2012	0,955
BREMER LDSBK TR.913	190.000.000,00	EUR	03.01.2012	0,7

(44) Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente

Diese Position umfasst die zinsinduzierten Wertänderungen von im Portfolio Fair Value Hedge designierten Verbindlichkeiten der Haltekategorie Other Liabilities (OL).

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente	142	22	>100
Zinsrisiken	142	22	>100

(45) Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen

In dieser Position sind die Handelspassiva (Held for Trading – HfT) dargestellt. Zum Fair Value designierte Verbindlichkeiten (Designated at Fair Value through Profit or Loss) waren wie im Vorjahr nicht im Bestand.

Die Handelspassiva umfassen negative beizulegende Zeitwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, welche nicht im Rahmen von Hedge Accounting eingesetzt wurden.

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Handelsspassiva			
Negative Fair Values aus Derivaten in Zusammenhang mit:			
Zinsrisiken	1.050	818	28
Währungsrisiken	371	386	-4
Aktien- und sonstige Preisrisiken	-	-	-
Kreditderivaten	265	245	8
Summe Handelsspassiva	1.686	1.449	16
Gesamt	1.686	1.449	16

Vom Gesamtbestand entfallen 1.281 Mio. € (Vorjahr: 1.199 Mio. €) auf zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente, die nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(46) Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten

Die Position umfasst die negativen Fair Values von Sicherungsinstrumenten in effektiven Fair-Value-Hedge-Beziehungen.

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Derivate im Rahmen von Mikro Fair Value Hedges	79	66	20
Derivate im Rahmen von Portfolio Fair Value Hedges	45	40	13
Gesamt	124	106	17

Vom Gesamtbestand entfallen 93 Mio. € (Vorjahr: 69 Mio. €) auf Sicherungsinstrumente, die nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

Als Sicherungsinstrumente werden Zinsswaps eingesetzt.

(47) Rückstellungen

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	281	275	2
Andere Rückstellungen			
Rückstellungen im Kreditgeschäft	21	26	-19
Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten	17	19	-11
Gesamt	319	320	0

Von den Rückstellungen im Kreditgeschäft entfallen 2 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) auf gebildete PoWB.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	316	311	2
Abzüglich Zeitwert des Planvermögens	-35	-36	-3
Gesamt	281	275	2

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung lässt sich vom Anfangs- bis zum Endbestand der Periode unter Berücksichtigung der Auswirkungen der aufgeführten Posten überleiten:

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Anfangsbestand	311	297	5
Laufender Dienstzeitaufwand	5	4	25
Zinsaufwand	16	16	–
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus der Verpflichtung	–2	7	–
Gezahlte Versorgungsleistungen	–14	–13	8
Endbestand	316	311	2

Der Barwert der Verpflichtung ist mit 311 Mio. € (Vorjahr: 306 Mio. €) teilweise kapitalgedeckt und mit 5 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €) nicht kapitalgedeckt (unfunded).

Die unter den Gewinnrücklagen ausgewiesenen versicherungsmathematischen Gewinne stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Versicherungsmathematische Gewinne	82	81	1
Korrekturposten latente Steuern	–26	–25	4
Gesamt	56	56	–

Der Zeitwert des Planvermögens weist die folgende Entwicklung auf:

	2011 (in Mio. €)	2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Anfangsbestand	36	38	–5
Erwartete Erträge aus Planvermögen	1	1	–
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus Planvermögen	–1	0	–
Beiträge des Arbeitgebers	13	10	30
Gezahlte Versorgungsleistungen	–14	–13	8
Endbestand	35	36	–3

Das Planvermögen sowie die Renditeerwartungen setzen sich nach Vermögensarten wie folgt zusammen:

	Rendite- erwartung für 2012	Zusammensetzung des Planvermögens	
		31.12.2011	31.12.2010
Eigenkapitalinstrumente	7,0%	3,9%	4,0%
Fremdkapitalinstrumente	3,3%	69,8%	78,0%
Sonstige Vermögenswerte	3,5%	26,3%	18,0%
	3,5%	100,0%	100,0%

Als Planvermögen werden die Deckungsmittel der Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank ausgewiesen. Die nicht für die laufenden Pensionszahlungen benötigten Mittel sind im Rahmen eines Vermögensverwaltungsvertrags in Renten- und Aktientiteln investiert. Der Bestand des Planvermögens ist zum Fair Value bewertet.

Für 2012 werden Zahlungen an Arbeitnehmer und zur Dotierung des Planvermögens von insgesamt 9 Mio. € erwartet. Der tatsächliche Erfolg aus Planvermögen betrug im Berichtsjahr 0 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €). Für das Jahr 2012 wird anhand eines geschätzten Durchschnittszinsertrags von 3,5% mit einer erwarteten Rendite aus Planvermögen von 1 Mio. € kalkuliert. Die Renditeerwartung für das Jahr 2012 für Eigenkapitalinstrumente basiert auf der Annahme langfristiger Wertsteigerungen bei Aktien in Höhe von 7%. Die Renditeerwartung 2012 ergibt sich bei den Fremdkapitalinstrumenten aus der durchschnittlichen Renditeerwartung in Bezug auf die gehaltenen verzinslichen Wertpapiere. Die erwartete Rendite für das Jahr 2012 aus den sonstigen Vermögenswerten (3,5%) stellt einen gewichteten Wert aus anderen sonstigen Kapitalinstrumenten dar. Im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens sind in der Kategorie Fremdkapitalinstrumente eigene Finanzinstrumente der Bremer Landesbank in Höhe von 3 Mio. € enthalten (Vorjahr: 5 Mio. €).

Die Historie der Barwerte der leistungsorientierten Verpflichtungen sowie der Zeitwert des Planvermögens sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	31.12.2008 (in Mio. €)	31.12.2007 (in Mio. €)
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	316	311	297	272	295
Zeitwert des Planvermögens	-35	-36	-38	-39	-42
Saldo	281	275	259	233	253

Die erfahrungsbedingten Anpassungen des Planvermögens sowie des Verpflichtungsumfangs stellen sich wie folgt dar:

(+ = Ertrag; - = Aufwand)	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	31.12.2009 (in Mio. €)	31.12.2008 (in Mio. €)	31.12.2007 (in Mio. €)
Abweichungen der Planvermögenserträge von den tatsächlichen Erträgen	-1	0	1	-2	0
Erfahrungsbedingte Anpassungen der Pensionsverpflichtung	1	4	0	9	3

Die Annahmen über die Entwicklung der Kosten im medizinischen Bereich haben Auswirkungen auf die dargestellten Beträge der Gesundheitsfürsorgepläne (Beihilfe). Eine Veränderung in der angenommenen Entwicklung der Gesundheitskosten um einen Prozentpunkt hätte folgende Auswirkungen für den Konzern:

(in Mio. €)	Anstieg um 1 Prozentpunkt		Rückgang um 1 Prozentpunkt	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Effekt auf die Verpflichtung zum Jahresende	1	1	-1	-1
Effekt auf die Summe aus laufendem Dienstzeit- und Zinsaufwand für das abgelaufene Geschäftsjahr	0	0	0	0

Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

(in Mio. €)	Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten		Summe
		Rückstellungen für Verpflichtungen aus dem Personalbereich	Sonstige Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten	
Bestand per 1.1.2010	25	14	2	41
Inanspruchnahme	0	-5	0	-5
Auflösungen	-8	0	-1	-9
Zuführungen	9	9	0	18
Umbuchungen	0	0	0	0
Bestand per 31.12.2010	26	18	1	45
Bestand per 1.1.2011	26	18	1	45
Inanspruchnahme	-1	-4	-1	-6
Auflösungen	-6	0	0	-6
Zuführungen	4	2	1	7
Umbuchungen	-2	0	0	-2
Bestand per 31.12.2011	21	16	1	38

Die anderen Rückstellungen untergliedern sich in Rückstellungen für das Kreditgeschäft, Rückstellungen für Verpflichtungen aus dem Personalbereich und sonstige Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten. Restrukturierungsrückstellungen und Rückstellungen für drohende Verluste liegen nicht vor.

Die Rückstellungen für den Personalbereich beinhalten Vorruhestandsrückstellungen in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 14 Mio. €) und Jubiläumsrückstellungen in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €).

Der Abzinsungsbetrag für die sonstige Rückstellung im Kreditgeschäft wurde um insgesamt 905 T€ hochgeschrieben. Davon resultieren 25 T€ aus der Veränderung des Abzinsungssatzes.

Bei allen Rückstellungen ist erst mit einer Inanspruchnahme nach mehr als 12 Monaten zu rechnen.

(48) Laufende Ertragsteuerverpflichtungen sowie latente Ertragsteuern

Die Ertragsteuerverpflichtungen gliedern sich wie folgt:

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	32	33	-3
Passive latente Steuern	2	1	100
Gesamt	34	34	-

Passive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus temporären Unterschieden zwischen den Werten der Vermögenswerte und Schulden in der IFRS-Konzernbilanz und den Steuerwerten nach den steuerlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Zum 31.12.2011 wurden 0,2 Mio. € passive latente Steuern direkt mit dem Eigenkapital verrechnet.

Die latenten Steuerverpflichtungen stehen im Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten:

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Forderungen an Kunden	6	8	-25
Positive Fair Values aus Hedge-Derivaten	166	104	60
Finanzanlagen	16	19	-16
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	5	5	-
Immaterielle Vermögenswerte	2	0	-
Sonstige Aktiva	0	1	-100
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	394	245	61
Rückstellungen	26	25	4
Sonstige Passiva	18	20	-10
Summe	633	427	48
Saldierung	631	426	48
Gesamt	2	1	100

Die Ertragsteuerverpflichtungen aus latenten Steuern werden nach Ablauf von mehr als 12 Monaten erfüllt.

(49) Sonstige Passiva

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen	4	6	-33
Verbindlichkeiten aus Beiträgen	1	1	-
Verbindlichkeiten aus kurzfristigen Arbeitnehmervergütungen	9	8	13
Verbindlichkeiten aus noch abzuführenden Steuern und Sozialbeiträgen	2	3	-33
Sonstige Verbindlichkeiten	18	6	>100
Gesamt	34	24	42

Die abgegrenzten Verbindlichkeiten aus kurzfristigen Arbeitnehmervergütungen werden im ersten Halbjahr 2012 an Mitarbeiter im Konzern ausgezahlt.

Die sonstigen Verbindlichkeiten entfallen auf die Zuführung zum Deckungsstock der Unterstützungskasse (4 Mio. €), auf die Passivierung der Gewinnausschüttung der GLB OHG (5 Mio. €) sowie auf Verbindlichkeiten der Bremer Landesbank gegenüber Dritten in Höhe von 9 Mio. €.

Alle Beträge der Position „Sonstige Passiva“ werden innerhalb der nächsten 12 Monate realisiert.

(50) Nachrangkapital

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Nachrangige Verbindlichkeiten	506	500	1
Einlagen stiller Gesellschafter	664	663	0
Gesamt	1.170	1.163	1

Die im Nachrangkapital ausgewiesenen Posten stellen in voller Höhe haftende Eigenmittel gemäß der Baseler Eigenkapitalvereinbarung dar. Dabei bezieht sich die Nachrangigkeit auf die Rangfolge der Befriedigung von Gläubigeransprüchen im Insolvenz- und Liquidationsfall. Nachrangige Verbindlichkeiten werden in diesem Fall erst nach Befriedigung der Ansprüche aller vorrangigen Gläubiger zurückgezahlt.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 15 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €). Abgrenzte, noch nicht fällige Zinsen werden im Nachrangkapital bei den Nachrangigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Die Einlagen stiller Gesellschafter stellen aufgrund ihrer vertraglichen Ausgestaltung und ihres wirtschaftlichen Charakters gemäß IAS 32 Fremdkapital dar.

Der Zinsaufwand für die aufgenommenen Einlagen stiller Gesellschafter beträgt 32 Mio. € (Vorjahr: 36 Mio. €).

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind mit nominal 150 Mio. € (Vorjahr: 150 Mio. €) festverzinslich sowie mit 350 Mio. € (Vorjahr: 350 Mio. €) variabel verzinslich.

Ende 2011 waren folgende wesentliche nachrangige Verbindlichkeiten im Umlauf:

Nominalbetrag (in Mio. €)	Fälligkeit	Zinssatz
200	28.06.2030	variabel
85	21.03.2031	variabel
65	05.04.2041	variabel
150	15.12.2015	4,875
500		

Vom Gesamtbestand entfallen nominal 500 Mio. € (Vorjahr: 500 Mio. €) auf Nachrangige Verbindlichkeiten, die nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(51) Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

(in Mio. €)	1.1.–31.12.2011			1.1.–31.12.2010		
	Betrag vor Steuern	Ertragsteuer-effekt	Betrag nach Steuern	Betrag vor Steuern	Ertragsteuer-effekt	Betrag nach Steuern
Konzernergebnis aus der GuV	165	-34	131	63	-14	49
Veränderung aus Available-for-Sale-(AfS-) Finanzinstrumenten	-57	13	-44	9	1	10
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen von at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	0	0	0	0
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste bei leistungsorientierten Pensionsrückstellungen	1	-1	0	-7	2	-5
Sonstiges Ergebnis	-56	12	-44	2	3	5
Gesamtergebnis der Periode	109	-22	87	65	-11	54
davon: den Anteilseignern des Mutterunternehmens zustehend			87			54
davon: auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss entfallend			-			-

Bei den einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2).

(52) Erläuterungen zum Eigenkapital

In den Gewinnrücklagen werden die Beträge ausgewiesen, die in den Rücklagen aus den Ergebnissen der Vorjahre und aus dem Ergebnis des laufenden Jahres zugewiesen wurden. Weiterhin werden hier versicherungsmathematische Erfolge aus Pensionsrückstellungen und die direkt im Eigenkapital erfassten Ergebnisse aus at Equity bewerteten Unternehmen erfasst.

In der Neubewertungsrücklage sind diejenigen Beträge erfasst, die aus der ergebnisneutralen Erfassung von Bewertungsunterschieden von finanziellen Vermögenswerten der Kategorie Available for Sale resultieren. Die darauf entfallenen latenten Steuern werden abgesetzt.

Die Anteilseigner der Bremer Landesbank setzen sich wie folgt zusammen:

	Anteil
Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover, Braunschweig, Magdeburg	92,5%
Land Bremen	7,5%
Gesamt¹⁾	100,0%

¹⁾Das Stammkapital der Bremer Landesbank lautet vertraglich ohne Zahl und Nennbeträge der Geschäftsanteile.

Ziele des Eigenkapitalmanagements sind die Einhaltung der gesetzlichen Mindestkapitalanforderungen sowie eine ausgewogene Relation zwischen Risikopotenzial und Risikokapital zur Sicherstellung der jederzeitigen Handlungsfähigkeit der Bank (vgl. 5. Chancen- und Risikobericht, Kapitel „Risikotragfähigkeit“).

Auf Basis des Tragfähigkeitskonzeptes werden die Risikopotenziale der Risikoarten monatlich aggregiert und dem Risikokapital der Bank gegenübergestellt. Im Risikotragfähigkeitsmodell geschieht dies im Rahmen von drei Sichtweisen.

- Die erste Sichtweise stellt den Going Concern Case dar und geht von der Unternehmensfortführung auf Basis des bestehenden Geschäftsmodells aus. Die Risikomessung basiert auf einem definierten Konfidenzniveau von 90% und stellt ökonomisch ermittelte Risikopotenziale den freien aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln gegenüber. Darüber hinaus werden unterjährige risikokapitalwirksame Effekte berücksichtigt.
- Neben dem Going-Concern-Ansatz wird in der ökonomischen Kapitaladäquanz bei der Ermittlung des Risikopotenzials auf höhere Konfidenzniveaus abgestellt. Die Risikomessung reflektiert schwerwiegende Ereignisse, welche in dieser Höhe statistisch circa alle 1.000 Jahre auftreten. Kapitaleseitig wird auf sämtliche Eigenkapital- und eigenkapitalnahen Bestandteile abgestellt. Eine Berücksichtigung von unterjährigen risikokapitalwirksamen Effekten wird durchgeführt. Diese Sichtweise dient als Nachweis der für die gemäß MaRisk erforderliche Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung (ICAAP – Internal Capital Adequacy Assessment Process).
- In der dritten Sichtweise, der regulatorischen Kapitaladäquanz, wird die Risikotragfähigkeit auf Basis der regulatorischen Vorgaben geprüft. Kapitaleseitig wird wie in der ökonomischen Kapitaladäquanz auf alle Eigenkapital- und eigenkapitalnahen Bestandteile abgestellt. Diese Sichtweise ist als strenge Nebenbedingung einzuhalten.

Risikokapital (in Mio. €)	31.12.2011	31.12.2010
Going Concern (Gesamtkennziffer 10%)	182	257
Going Concern (Gesamtkennziffer 9%)	361	431
Kapitaladäquanz (ökonomisch)	1.906	1.913
Kapitaladäquanz (regulatorisch)	1.904	1.913

Zusätzlich wird im ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process; 2. Säule aus Basel II) ein Deckungsgrad zu den anrechenbaren Eigenmitteln ohne ungenutzte Drittrangmittel gemäß Solvabilitätsverordnung ermittelt.

Die externen Kapitalanforderungen wurden im Berichtszeitraum jederzeit erfüllt.

Die NORD/LB ist verpflichtet, ihre Anteile an der Bremer Landesbank der Freien Hansestadt Bremen zum Unternehmenswert anzubieten, wenn Niedersachsen und der SVN ihre Mehrheit am Stammkapital und den Trägerrechten an der NORD/LB und damit ihre indirekte Entscheidungskompetenz über die Bremer Landesbank aufgeben. Daneben hat die Freie Hansestadt Bremen ein dauerhaftes, unbedingtes Andienungsrecht bezüglich ihrer Anteile an der Bremer Landesbank gegenüber der NORD/LB.

Weitere Vorzugsrechte und Beschränkungen gemäß IAS 1.76 sind nicht vorhanden.

(53) Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes des Berichtsjahres durch die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit.

Dabei wird der Zahlungsmittelbestand als Barreserve (Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken sowie Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind) definiert.

Die Erstellung der Kapitalflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Konzernjahresüberschuss ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen und Erträge zu- bzw. abgezogen werden, die im Berichtsjahr nicht zahlungswirksam waren. Zusätzlich werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zahlungswirksam waren, jedoch nicht dem operativen Geschäftsbereich zuzuordnen sind. Diese Zahlungen werden bei den Cashflows aus Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit berücksichtigt.

Den Empfehlungen des IASB entsprechend, werden im Rahmen des Cashflows aus operativer Geschäftstätigkeit Zahlungsvorgänge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, aus dem Handelsbestand, aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden und aus verbrieften Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Im Berichtsjahr 2011 beträgt der Gesamtbetrag der gezahlten Zinsen 1.882 Mio. € (Vorjahr: 1.814 Mio. €).

Für Kreditinstitute ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für die Bank weder die Liquiditäts- bzw. Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

Hinsichtlich der Liquiditätsrisikosteuerung des Bremer Landesbank Konzerns wird auf die Ausführungen im Risikobericht verwiesen.

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(54) Fair-Value-Hierarchie

Folgende Tabellen zeigen die Anwendung der Fair-Value-Hierarchie der erfolgswirksam und erfolgsneutral zum Fair Value bilanzierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen:

(in Mio. €)	Level 1 (Mark-to-Market)	Level 2 (Mark-to-Matrix)	Level 3 (Mark-to-Model)
31.12.2011			
Handelsaktiva	–	1.260	7
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	82	–	–
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	–	531	–
Finanzanlagen zum Fair Value bilanziert	4.103	21	1.078
Sonstige Aktiva	7	–	–
Aktiva	4.192	1.812	1.085
Handelspassiva	0	1.581	105
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Verpflichtungen	–	–	–
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	–	124	–
Passiva	0	1.705	105
31.12.2010			
Handelsaktiva	–	987	12
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	83	5	–
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	–	338	–
Finanzanlagen zum Fair Value bilanziert	4.709	73	875
Sonstige Aktiva	8	–	–
Aktiva	4.800	1.403	887
Handelspassiva	0	1.284	165
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Verpflichtungen	0	0	–
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	–	106	–
Passiva	0	1.390	165

Die Schätzparameter des Bewertungsverfahrens von Credit Default Swaps (CDS) wurden gemäß IAS 39.A76 einer Analyse unterzogen. Dabei wurde festgestellt, dass das bisher verwendete Bewertungsverfahren angesichts sehr stark ansteigender Credit Spreads zunehmend zu einer nicht länger marktüblichen Bewertung einzelner CDS-Positionen geführt hat. Vor diesem Hintergrund hat sich die Bremer Landesbank im Geschäftsjahr 2011 für die Anwendung eines differenzierteren Ansatzes für die Bewertung von CDS (Hazard-Rate-Verfahren) entschieden, der sich bei sehr hohen Spreadniveaus stärker an die Marktusancen anlehnt.

Bei unveränderter Bewertung von CDS nach dem bisherigen Ansatz wäre zum 31. Dezember 2011 ein um 71 Mio. € niedrigeres Handelsergebnis aus der Bewertung der CDS-Positionen ausgewiesen worden. Daneben wären die Handelspassiva um 75 Mio. € und die Handelsaktiva um 4 Mio. € höher bilanziert worden.

Da die Auswirkungen auf die Folgeperioden abhängig von der zukünftigen Marktentwicklung sind, können diese naturgemäß nicht ermittelt bzw. angegeben werden.

Die Fair Values aus dem synthetischen Kreditportfolio in CDS (Level 2 und Level 3) betragen zum 31. Dezember 2011 nun insgesamt 8,3% (Vorjahr: 6,8%) der Nominalbeträge in Höhe von 2,9 Mrd. € (Vorjahr: 3,4 Mrd. €). Das bestehende synthetische Kreditportfolio soll bis zur Endfälligkeit gehalten werden.

Im Fall der Mark-to-Model-Bewertung (Level 3) hängt die Höhe der Fair Values von den getroffenen Annahmen ab, sodass Änderungen in den Annahmen entsprechende Schwankungen der Fair Values zur Folge haben können. Signifikante Auswirkungen dieser auf Änderungen in den Annahmen zurückzuführenden Wertschwankungen werden für die im Abschluss erfassten Fair Values mittels einer Sensitivitätsanalyse überprüft.

- Bei der Analyse der Sensitivität in Level 3 des Wertpapiermodells wird das interne Rating jeweils um eine Ratingklasse verbessert und eine Klasse verschlechtert. Der Mittelwert der beiden Rechnungen ergibt die Sensitivität des Shifts und beträgt bei den Wertpapieren 8,4 Mio. € (Vorjahr: 6,4 Mio. €).
- Bei der Analyse der Sensitivität in Level 3 des CDS-Modells wird das interne Rating jeweils um eine Ratingklasse verbessert und eine Klasse verschlechtert. Der Mittelwert der beiden Rechnungen ergibt die Sensitivität des Shifts und beträgt bei dem CDS-Modell 9,5 Mio. € (Vorjahr: 2,2 Mio. €).
- Bei der Analyse der Sensitivität in Level 3 des Finanzanlagen-Modells wird das Adjusted Beta jeweils um $-0,1$ bzw. $+0,1$ variiert. Der Mittelwert der beiden Rechnungen ergibt die Sensitivität des Shifts und beträgt bei den Finanzanlagen 4,3 Mio. € (Vorjahr: 13,6 Mio. €).

Die Transfers innerhalb der Fair-Value-Hierarchie stellen sich wie folgt dar:

(in Mio. €)	aus Level 1 in Level 2	aus Level 1 in Level 3	aus Level 2 in Level 1	aus Level 2 in Level 3	aus Level 3 in Level 1	aus Level 3 in Level 2
31.12.2011						
Handelsaktiva	-	-	-	0	-	6
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting- Derivaten	-	-	-	-	-	-
Finanzanlagen zum Fair Value bilanziert	21	391	0	10	101	-
Aktiva	21	391	0	10	101	6
Handelspassiva	-	-	-	5	-	40
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Verpflichtungen	-	-	-	-	-	-
Negative Fair Values aus Hedge- Accounting-Derivaten	-	-	-	-	-	-
Passiva	-	-	-	5	-	40
31.12.2010						
Handelsaktiva	-	-	-	3	-	-
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting- Derivaten	-	-	-	-	-	-
Finanzanlagen zum Fair Value bilanziert	-	100	47	-	228	-
Aktiva	-	100	47	3	228	-
Handelspassiva	-	-	-	34	-	16
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Verpflichtungen	-	-	-	-	-	-
Negative Fair Values aus Hedge- Accounting-Derivaten	-	-	-	-	-	-
Passiva	-	-	-	34	-	16

Zum Bilanzstichtag 2011 wurden die instrumentspezifischen Preisinformationen für Wertpapiere als weniger verlässlich gegenüber dem Vorbilanzstichtag eingestuft, sodass von der Marktbeurteilung (Level 1) in größerem Umfang in Anspruch genommen werden konnte. Dies ist auf die allgemeine Marktunruhe zurückzuführen und führte zu einer entsprechenden Wanderungsbewegung der Wertpapiere von Level 1 in Level 3.

Die Entwicklung der finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in Level 3 der Fair-Value-Hierarchie stellt sich wie folgt dar:

(in Mio. €)	Handelsaktiva	Finanzanlagen zum Fair Value bilanziert	Summe	Handelspassiva
Anfangsbestand per 1.1.2011	12	875	887	-165
GuV-Effekt	1	19	20	-11
Effekt Neubewertungsrücklage	-	-29	-29	-
Zukäufe	-	43	43	-
Verkäufe	-	-	0	-
Tilgungen	0	-130	-130	36
Zugang aus Level 1 und 2	0	401	401	-5
Abgang aus Level 1 und 2	-6	-101	-107	40
Endbestand per 31.12.2011	7	1.078	1.085	-105
Anfangsbestand per 1.1.2010	2	996	998	-72
GuV-Effekt	7	-	7	-75
Effekt Neubewertungsrücklage	-	12	12	-
Zukäufe	-	-	-	-
Verkäufe	-	-	-	-
Tilgungen	-	-5	-5	-
Zugang aus Level 1 und 2	3	100	103	-34
Abgang nach Level 1 und 2	-	-228	-228	16
Endbestand per 31.12.2010	12	875	887	-165

Die dargestellten GuV-Effekte enthalten keine laufenden Ergebnisse.

(55) Buchwerte nach Bewertungskategorien

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Aktivposten			
Loans and Receivables (LaR)	27.197	27.306	0
Available for Sale Assets (AfS)	5.220	5.674	-8
Financial Assets Held for Trading (HfT)	1.267	999	27
Financial Assets Designated at Fair Value through Profit or Loss	82	88	-7
Positive Marktwerte aus Sicherungsbeziehungen	531	338	57
Summe Aktivposten	34.297	34.405	0
Passivposten			
Verbindlichkeiten (Other Liabilities)	31.617	31.879	-1
Financial Liabilities Held for Trading (HfT)	1.686	1.449	16
Negative Marktwerte aus Sicherungsinstrumenten	124	106	17
Summe Passivposten	33.427	33.434	0

Die Barreserve als Finanzinstrument ist nicht enthalten, da sie keiner Bewertungskategorie zugeordnet ist.

(56) Nettoergebnisse nach Bewertungskategorien

Aus den einzelnen Bewertungskategorien ergeben sich folgende Ergebnisbeiträge:

	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Loans and Receivables (LaR)	-115	-57	>100
Other Liabilities	-2	-3	-33
Available for Sale Assets (AfS)	-3	12	-
Financial Instruments Held for Trading	13	-93	-
Financial Instruments Designated at Fair Value through Profit or Loss	0	0	-

Die Nettoergebnisse enthalten jeweils keine Zins-, Provisions- und Dividendenergebnisse. Das Ergebnis aus Hedge Accounting ist in den Nettoergebnissen nicht enthalten.

Für die Finanzanlagen der Kategorie AfS sind erfolgsneutrale Bewertungsverluste in Höhe von 37 Mio. € (Vorjahr: Bewertungsgewinne von 16 Mio. €) in der Neubewertungsrücklage erfasst worden. Im selben Zeitraum sind zuvor erfolgsneutral erfasste Bewertungsgewinne in Höhe von 21 Mio. € aus der Neubewertungsrücklage in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert worden (Vorjahr: Bewertungsverluste von 7 Mio. €).

(57) Wertminderungen/Wertaufholungen nach Bewertungskategorien

	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Rückstellungen im Kreditgeschäft			
Zuführungen/Auflösungen von Rückstellungen im Kreditgeschäft	3	-2	-
Summe Rückstellungen im Kreditgeschäft	3	-2	-
Available for Sale Assets (AfS)			
Ergebnis aus Impairment von Finanzanlagen	-2	0	-
Abschreibungen/Zuschreibungen auf sonstige Aktiva	-1	4	-
Summe Available for Sale Assets	-3	4	-
Loans and Receivables (LaR)			
Wertminderungsergebnis aus			
Ergebnis aus Einzelwertberichtigungen im Kreditgeschäft			
Forderungen an Kreditinstitute	-4	1	-
Forderungen an Kunden	-104	-75	39
Ergebnis aus portfoliobasierten Wertberichtigungen im Kreditgeschäft	-7	17	-
Summe Loans and Receivables¹⁾	-115	-57	>100
Gesamt	-115	-55	>100

¹⁾ Ohne Darstellung des Unwindings.

Der Erfolg aus der Bewertung der Loans and Receivables (LaR) wird in der Position Risikovor-sorge im Kreditgeschäft ausgewiesen. Die erfolgswirksamen Bewertungsänderungen werden für die Available for Sale Assets im Ergebnis für Finanzanlagen und die erfolgswirksamen Bewertungserfolge auf sonstige Aktiva werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

(58) Fair Values von Finanzinstrumenten

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

(in Mio. €)	31.12.2011		31.12.2010	
	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert
Aktiva				
Barreserve	214	214	74	74
Forderungen an Kreditinstitute	4.969	4.851	5.600	5.513
Forderungen an Kunden	23.387	22.685	22.654	22.060
Risikovorsorge	–	–378	–	–306
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte				
Handelsaktiva	1.267	1.267	999	999
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	82	82	88	88
Finanzanlagen				
Finanzanlagen der Kategorie LaR	14	14	14	14
Finanzanlagen der Kategorie AfS	5.203	5.203	5.657	5.657
Finanzanlagen der Kategorie AfS (at cost)	17	17	17	17
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	531	531	338	338
Sonstige Aktiva				
der Kategorie LaR	18	18	17	17
der Kategorie AfS	7	7	8	8
Gesamt	35.709	34.511	35.466	34.479
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.924	11.009	11.603	11.600
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10.782	10.604	10.161	10.155
Verbriefte Verbindlichkeiten	8.380	8.692	8.911	8.939
Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente	–	142	–	22
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen				
Handelsspassiva	1.686	1.686	1.449	1.449
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	124	124	106	106
Nachrangkapital				
Einlagen stiller Gesellschafter	701	664	652	663
Nachrangige Verbindlichkeiten	538	506	532	500
Sonstige Passiva				
der Kategorie Other Liabilities	0	0	1	1
Gesamt	33.135	33.427	33.415	33.435
Zusatzklassen				
Unwiderrufliche Kreditzusagen	68	2.643	30	2.821
Finanzgarantien	4	607	3	741

Die Fair Values der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden beinhalten die Risikovorsorge.

Der Fair Value des Ausgleichspostens für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente wird bei den Bilanzpositionen der jeweils designierten Grundgeschäfte ausgewiesen.

Für Anteile an Gesellschaften in Höhe von 17 Mio. € (Vorjahr: 17 Mio. €) sind fortgeführte Anschaffungskosten angesetzt worden. Die Anteile sind nicht auf einem aktiven Markt notiert. Aufgrund des Fehlens von Planzahlen war eine verlässliche Bewertung der Unternehmensanteile nicht möglich. Der Konzern plant keine Veränderung dieser Anteile.

(59) Maximales Ausfallrisiko und verfügbare Sicherheiten

Die folgende Tabelle zeigt das maximale Ausfallrisiko sowie die zur Verfügung stehenden Sicherheiten nach Klassen von Finanzinstrumenten:

(in Mio. €)	Buchwert vor Risiko- vorsorge	Risiko- vorsorge	Maximales Ausfallrisiko	Fair Value der verfügbaren Sicherheiten
31.12.2011				
Forderungen an Kreditinstitute	4.851	-8	4.843	-
Forderungen an Kunden	22.685	-300	22.385	7.114
Unwiderrufliche Kreditzusagen	2.643	0	2.643	63
Finanzgarantien	607	-17	590	137
Gesamt	30.786	-325	30.461	7.314
31.12.2010				
Forderungen an Kreditinstitute	5.513	-5	5.508	-
Forderungen an Kunden	22.060	-232	21.828	6.741
Unwiderrufliche Kreditzusagen	2.821	0	2.821	10
Finanzgarantien	741	-19	722	739
Gesamt	31.135	-256	30.879	7.490

Die zur Verfügung stehenden Sicherheiten gliedern sich wie folgt:

(in Mio. €)	Gewerbliche Immobilien	Garantien	Sonstige physische Sicherheiten	Übrige Sicherheiten	Gesamt
31.12.2011					
Forderungen an Kunden	1.983	2.810	1.245	1.076	7.114
Unwiderrufliche Kreditzusagen	12	0	50	1	63
Finanzgarantien	66	3	59	9	137
Gesamt	2.061	2.813	1.354	1.086	7.314
31.12.2010					
Forderungen an Kunden	1.860	2.690	1.385	806	6.741
Unwiderrufliche Kreditzusagen	2	7	0	1	10
Finanzgarantien	67	3	79	590	739
Gesamt	1.929	2.700	1.464	1.397	7.490

Die Forderungen an Kreditinstitute sind wie im Vorjahr nicht besichert.

(60) Derivative Finanzinstrumente

Der Konzern Bremer Landesbank setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung ein. Darüber hinaus wird Handel in derivativen Finanzgeschäften betrieben.

Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisenswaps, Zinswährungsswaps und Devisenoptionsgeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zinsswaps, Forward Rate Agreements sowie Zinsfutures und Zinsoptionsgeschäfte; vereinzelt werden auch Termingeschäfte auf festverzinsliche Wertpapiere abgeschlossen. Aktienderivate werden insbesondere als Aktienoptionen und Aktienindexfutures abgeschlossen.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten. Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

(in Mio. €)	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Zinsrisiken	43.757	46.455	1.578	1.125	1.174	924
Zinsswap	41.419	44.867	1.558	1.112	1.131	910
FRAs	0	0	0	0	0	0
Zinsoptionen	202	186	0	0	11	6
Käufe	35	18	0	0	0	0
Verkäufe	167	168	0	0	11	6
Caps, Floors	1.718	1.184	19	13	17	8
Börsenkontrakte	358	168	1	0	0	0
Sonstige Zinstermingeschäfte	60	50	0	0	15	0
Währungsrisiken	12.377	13.235	175	200	372	386
Devisentermingeschäfte	341	777	6	5	11	23
Währungsswap/Zinsswap	11.456	11.993	159	186	353	354
Devisenoptionen	391	275	9	8	7	8
Käufe	201	145	9	8	0	0
Verkäufe	190	130	0	0	7	8
Sonstige Währungsgeschäfte	189	190	1	1	1	1
Aktien- und sonstige Preisrisiken	0	0	0	0	0	0
Aktientermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Aktienoptionen	0	0	0	0	0	0
Käufe	0	0	0	0	0	0
Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Börsenkontrakte	0	0	0	0	0	0
Kreditderivate	2.950	3.416	20	12	265	245
Sicherungsnehmer	212	272	20	12	0	0
Sicherungsgeber	2.738	3.144	0	0	265	245
Gesamt	59.084	63.106	1.773	1.337	1.811	1.555

Die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente auf Basis der jeweiligen Nominalwerte setzen sich folgendermaßen zusammen. Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Forderung oder der Verbindlichkeit angesehen.

(in Mio. €)	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Restlaufzeiten								
Bis 3 Monate	7.059	6.490	2.547	2.029	0	0	110	20
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	7.191	9.253	4.608	5.042	0	0	150	315
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	17.226	18.413	4.230	4.741	0	0	2.350	2.458
Mehr als 5 Jahre	12.281	12.298	992	1.421	0	0	340	624
Gesamt	43.757	46.455	12.377	13.235	0	0	2.950	3.416

Die folgende Tabelle enthält eine Fälligkeitsanalyse für derivative finanzielle Verbindlichkeiten auf Basis der verbleibenden vertraglichen Restlaufzeiten:

(in Mio. €)						Summe
	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	
31.12.2011						
Negative Fair Values aus Handelsderivaten	37	61	357	714	315	1.484
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	16	8	4	87	9	124
Gesamt	53	69	361	801	324	1.608
31.12.2010						
Negative Fair Values aus Handelsderivaten	73	68	351	575	197	1.264
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	14	6	20	61	5	106
Gesamt	87	74	371	636	202	1.370

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgegliedert.

(in Mio. €)	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Banken in der OECD	53.541	57.981	1.553	1.186	1.772	1.507
Öffentliche Stellen in der OECD	34	10	1	1	0	0
Sonstige Kontrahenten (inkl. Börsenkontrakte)	5.509	5.115	219	150	39	48
Gesamt	59.084	63.106	1.773	1.337	1.811	1.555

(61) Angaben zu ausgewählten Ländern

Folgende Tabelle zeigt die bilanziellen Werte der finanziellen Vermögenswerte mit Kontrahenten in ausgewählten Ländern. Die dargestellten Werte für Sovereign Exposure umfassen neben Transaktionen mit dem jeweiligen Staat Geschäfte mit Regionalregierungen, Kommunen und staatsnahen Unternehmen.

(in Mio. €)	Financial Instruments Held for Trading		Available for Sale Assets		Loans and Receivables	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Portugal	0	0	0	0	0	0
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	0	0	0	0	0	0
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	1	1
Summe Portugal	0	0	0	0	1	1
Italien	0	0	0	0	0	0
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	0	0	277	287	16	33
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0
Summe Italien	0	0	277	287	16	33
Irland	0	0	0	0	0	0
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	0	0	141	40	60	98
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0
Summe Irland	0	0	141	40	60	98
Griechenland	0	0	0	0	0	0
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	0	0	0	0	0	0
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0
Summe Griechenland	0	0	0	0	0	0
Spanien	0	0	0	0	0	0
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	0	0	169	214	18	3
Corporates/Sonstige	2	0	0	0	0	23
Summe Spanien	2	0	169	214	18	26
Gesamt	2	0	587	541	95	158

Für die Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale mit Anschaffungskosten in Höhe von insgesamt 618 Mio. € (Vorjahr: 551 Mio. €) beträgt das im Eigenkapital kumulierte Bewertungsergebnis bezüglich der genannten ausgewählten Länder insgesamt 44 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €). In der Gewinn- und Verlustrechnung der Periode wurden hierauf wie im Vorjahr keine Abschreibungen erfasst.

Für die Forderungen der Kategorie Loans and Receivables gegenüber den genannten ausgewählten Ländern wurden wie im Vorjahr keine Einzelwertberichtigungen oder Portfoliowertberichtigungen in nennenswerter Höhe gebildet. Der Fair Value dieser Forderungen der Kategorie Loans and Receivables beträgt insgesamt 98 Mio. € (Vorjahr: 157 Mio. €).

Die Kreditderivate auf Adressen in ausgewählten Ländern gliedern sich wie folgt auf:

(in Mio. €)	Nominalwerte		Marktwerte	
	2011	2010	2011	2010
Portugal	0	0	0	0
Sovereign Exposure	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	225	225	-44	-59
Corporates/Sonstige	0	0	0	0
Summe Portugal	225	225	-44	-59
Italien	0	0	0	0
Sovereign Exposure	77	75	-6	-6
Finanzinstitutionen/Versicherungen	575	615	-52	-20
Corporates/Sonstige	0	0	0	0
Summe Italien	652	690	-58	-26
Irland	0	0	0	0
Sovereign Exposure	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	45	230	-8	-46
Corporates/Sonstige	0	0	0	0
Summe Irland	45	230	-8	-46
Griechenland	0	0	0	0
Sovereign Exposure	59	57	-33	-19
Finanzinstitutionen/Versicherungen	0	0	0	0
Corporates/Sonstige	0	0	0	0
Summe Griechenland	59	57	-33	-19
Spanien	0	0	0	0
Sovereign Exposure	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	400	400	-36	-32
Corporates/Sonstige	0	0	0	0
Summe Spanien	400	400	-36	-32
Gesamt	1.381	1.602	-179	-182

Die Nominalwerte von als Sicherungsgeber und Sicherungsnehmer abgeschlossenen CDS wurden jeweils addiert. Positive und negative Marktwerte wurden saldiert.

Folgende Tabelle zeigt die Anwendung der Fair-Value-Hierarchie der erfolgswirksam und erfolgsneutral zum Fair Value bilanzierten finanziellen Vermögenswerte und Kreditderivate für ausgewählte Länder:

(in Mio. €)	Level 1		Level 2		Level 3		Summe	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Portugal	0	0	0	0	0	0	0	0
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	0	0	-37	-53	-7	-6	-44	-59
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Portugal	0	0	-37	-53	-7	-6	-44	-59
Italien	0	0	0	0	0	0	0	0
Sovereign Exposure	0	0	0	0	-6	-6	-6	-6
Finanzinstitutionen/Versicherungen	114	237	-45	0	156	30	225	267
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Italien	114	237	-45	0	150	24	219	261
Irland	0	0	0	0	0	0	0	0
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	98	40	0	0	35	-46	133	-6
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Irland	98	40	0	0	35	-46	133	-6
Griechenland	0	0	0	0	0	0	0	0
Sovereign Exposure	0	0	-33	-19	0	0	-33	-19
Finanzinstitutionen/Versicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Griechenland	0	0	-33	-19	0	0	-33	-19
Spanien	0	0	0	0	0	0	0	0
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	22	95	2	-7	111	94	135	182
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Spanien	22	95	2	-7	111	94	135	182
Gesamt	234	372	-113	-79	289	66	410	359

(62) Grundgeschäfte in effektiven Hedge-Beziehungen

IAS 39 bietet die Möglichkeit, die durch unterschiedliche Bewertung von Derivaten und Nicht-Derivaten bei Sicherungsbeziehungen entstehenden wirtschaftlich nicht gerechtfertigten GuV-Verzerrungen mittels Hedge Accounting (teilweise) zu eliminieren.

Als Grundgeschäfte im Mikro-Fair-Value-Hedge genutzte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden weiterhin zusammen mit den ungesicherten Geschäften in den jeweiligen Bilanzpositionen ausgewiesen, da die Absicherung Art und Funktion des Grundgeschäftes nicht ändert. Der Bilanzansatz der ansonsten zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Finanzinstrumente (Kategorie OL) wird jedoch um die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführende Fair-Value-Änderung korrigiert.

In der nachstehenden Tabelle werden zu Informationszwecken daher die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten kumuliert ausgewiesen, die Teil einer effektiven Mikro-Fair-Value-Hedge-Beziehung sind:

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Aktiva			
Finanzanlagen	914	902	1
Gesamt	914	902	1
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	595	673	-12
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.371	1.462	-6
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.456	1.829	-20
Nachrangkapital	406	395	3
Gesamt	3.828	4.359	-12

Neben den in Mikro-Fair-Value-Hedge-Beziehungen einbezogenen Grundgeschäften wurden festverzinsliche Grundgeschäfte auch in Portfolio-Fair-Value-Hedge-Beziehungen designiert. Dabei waren zum Bilanzstichtag Cashflows von Finanzanlagen der Haltekategorie Available for Sale in Höhe von 639 Mio. € (Vorjahr: 554 Mio. €) in einer Portfolio-Fair-Value-Hedge-Beziehung designiert. Cashflows von Verbindlichkeiten der Haltekategorie Other Liabilities (Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital) waren zum Bilanzstichtag in Höhe von 2.583 Mio. € (Vorjahr: 813 Mio. €) designiert.

(63) Restlaufzeiten von finanziellen Verbindlichkeiten

(in Mio. €)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
31.12.2011						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	685	1.399	1.125	5.085	3.205	11.499
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.709	456	973	3.552	3.531	12.221
Verbriefte Verbindlichkeiten	653	454	1.705	6.100	748	9.660
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen (ohne Derivate)	0	0	0	0	0	0
Nachrangkapital	0	-1	45	601	975	1.620
Sonstige Passiva (nur Finanzinstrumente)	0	0	0	-	-	0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	463	11	200	436	1.533	2.643
Finanzgarantien	209	0	55	86	704	1.054
Gesamt	5.719	2.319	4.103	15.860	10.696	38.697
31.12.2010						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.619	1.691	473	3.425	4.392	11.600
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.794	1.232	657	3.021	2.451	10.155
Verbriefte Verbindlichkeiten	150	681	1.003	6.316	789	8.939
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen (ohne Derivate)	0	0	0	0	0	0
Nachrangkapital	36	0	77	309	741	1.163
Sonstige Passiva (nur Finanzinstrumente)	0	1	-	-	-	1
Unwiderrufliche Kreditzusagen	301	15	30	103	2.372	2.821
Finanzgarantien	873	12	51	136	103	1.175
Gesamt	5.773	3.632	2.291	13.310	10.848	35.854

Die Restlaufzeit wird definiert als verbleibende Zeit ab dem Abschlussstichtag bis zum vertraglichen Fälligkeitstermin.

(64) Angaben zur Fair-Value-Option

Im Konzern Bremer Landesbank wird die Fair-Value-Option zur Vermeidung von Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen (Accounting Mismatch) genutzt. Die insoweit designierten Wertpapiere sind durch Zinsswaps gegen Zinsrisiken gesichert.

Ohne Designation hätten die Wertpapiere der Kategorie AfS zugeordnet und erfolgsneutral zum Fair Value bewertet werden müssen, während die Zinsswaps ohnehin erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden.

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Aktiva			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	82	88	-7

(65) Der Bremer Landesbank Konzern als Sicherungsgeber

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände gegenüber Dritten:

(in Mio. €)	31.12.2011	31.12.2010
Forderungen an Kunden	5.196	4.240
Finanzanlagen	4.900	5.379
Summe	10.096	9.619

Die Transaktionen wurden unter den handelsüblichen und gebräuchlichen Bedingungen für Darlehensgeschäfte ausgeführt.

(66) Echte Wertpapierpensionsgeschäfte

(in Mio. €)	31.12.2011	31.12.2010
In Pension gegebene Wertpapiere:		
Nennwert	–	787
Buchwert	–	787
davon Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	314

Die wesentlichen Risiken und Chancen aus den in Pension gegebenen finanziellen Vermögenswerten liegen beim Pensionsgeber. Deshalb werden die Wertpapiere nicht ausgebucht, sondern weiterhin im Konzern Bremer Landesbank bilanziert.

Die Regularien für die in Pension gegebenen Wertpapiere werden im standardisierten deutschen Rahmenvertrag dokumentiert.

Weitere Erläuterungen

(67) Eigenkapitalmanagement

Das Eigenkapitalmanagement erfolgt im Mutterunternehmen mit Wirkung für den Konzern. Ziel ist die Sicherstellung einer adäquaten Eigenkapitalausstattung in quantitativer und qualitativer Hinsicht, die Erzielung einer angemessenen Eigenkapitalrendite auf Konzernebene und die dauerhafte Einhaltung der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Mindestkapitalquoten. Maßgebliche Kapitalgrößen für das Eigenkapitalmanagement bilden:

- das bilanzielle Eigenkapital,
- das aufsichtsrechtliche Kernkapital und
- die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel.

Für die Mehrzahl dieser Kapitalgrößen sind auf Konzernebene Ziel-Kapitalquoten festgelegt, bei denen der Zähler die jeweilige Kapitalgröße bildet und der Nenner jeweils aus den risikogewichteten Aktivwerten gemäß den Regelungen der Solvabilitätsverordnung besteht. Für das aufsichtsrechtliche Kernkapital und die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel existieren darüber hinaus aufsichtsrechtlich vorgegebene Mindestkapitalquoten (aufsichtsrechtliches Kernkapital: 4,0%, aufsichtsrechtliche Eigenmittel: 8,0%), die dauerhaft einzuhalten sind. Die Ziel-Kapitalquoten bezüglich des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals und der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel liegen dabei deutlich oberhalb der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalquoten. Die Ist-Entwicklung der aufgeführten Kapitalgrößen und zugehörigen Kapitalquoten wird regelmäßig ermittelt sowie an das Management und die Aufsichtsorgane der Bank berichtet. Ebenso erfolgen bei Bedarf Plan- und Prognoserechnungen bezüglich dieser Kapitalgrößen und Kapitalquoten. Lassen diese eine Gefährdung der festgelegten Ziel-Kapitalquoten erkennen, erfolgen alternativ oder kumulativ Anpassungsmaßnahmen bezüglich der risikogewichteten Aktivwerte oder – in Abstimmung mit den Trägern der Bank – auf einzelne Kapitalgrößen gerichtete Beschaffungsmaßnahmen.

Hinsichtlich Zielen, Methoden und Prozessen beim Eigenkapitalmanagement haben sich im Vergleich zum Vorjahr keine Änderungen ergeben.

Die Bank hat in den Jahren 2011 und 2010 auf Konzernebene jederzeit die aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalquoten eingehalten. Die aufsichtsrechtliche Kernkapitalquote und aufsichtsrechtliche Eigenmittelquote (= Gesamtkennziffer) am jeweiligen Jahresende sind unter Note (68) ausgewiesen.

(68) Aufsichtsrechtliche Grunddaten

Die nachfolgenden aufsichtsrechtlichen Konzerndaten wurden entsprechend der Solvabilitätsverordnung (SolvV) ermittelt.

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Risikogewichtete Aktivwerte	17.897	17.449	3
Eigenmittelanforderungen für Adressausfallrisiken	1.322	1.288	3
Eigenmittelanforderungen für Marktrisikopositionen	47	50	-6
Eigenkapitalanforderungen für das operationelle Risiko	63	58	9
Eigenmittelanforderungen gemäß SolvV	1.432	1.396	3

Die folgende Übersicht zeigt die Zusammensetzung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel für das Institut gemäß § 10 KWG:

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Eingezahltes Kapital	140	140	-
Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	608	608	-
Sonstige Rücklagen	523	501	4
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	442	330	34
Übrige Bestandteile (Immaterielle Vermögensgegenstände)	-3	-3	-
Kernkapital	1.710	1.576	9
Abzugspositionen vom Kernkapital	172	122	41
Kernkapital für Solvenzzwecke	1.538	1.454	6
Längerfristige nachrangige Verbindlichkeiten	500	500	-
Genussrechtsverbindlichkeiten	-	-	0
Übrige Bestandteile	29	80	-64
Ergänzungskapital	529	580	-9
Abzugspositionen vom Ergänzungskapital	172	121	42
Ergänzungskapital für Solvenzzwecke	357	459	-22
Modifiziertes verfügbares Eigenkapital	1.895	1.913	-1
Drittrangmittel	-	-	-
Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 10 KWG	1.895	1.913	-1

Am Stammkapital der Bank sind die Freie Hansestadt Bremen mit 7,5% und die Norddeutsche Landesbank Girozentrale mit 92,5% beteiligt (aufgrund der Rechtsform enthalten die Anteile keinen Nennwert).

Das Kernkapital (gesamt) für Solvenzzwecke unter Berücksichtigung der Abzugsposten gemäß KWG von 172 Mio. € beträgt 1.538 Mio. €.

	31.12.2011 (in %)	31.12.2010 (in %)	Veränderung (in %)
Gesamtkennziffer gemäß § 2 Abs. 6 SolvV	10,59	10,96	-3
Kernkapitalquote (vor Gewinnverwendung)	8,59	8,34	3
Kernkapitalquote (nach Gewinnverwendung)	9,09	9,33	-3

(69) Fremdwährungsvolumen

Zum 31. Dezember 2011 bestanden im Konzern Bremer Landesbank folgende Vermögenswerte und Verpflichtungen in fremder Währung:

(in Mio. €)	USD	GBP	JPY	Sonstige	Summe
Barreserve	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	49	5	9	66	129
Forderungen an Kunden	4.066	19	386	477	4.948
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	137	3	5	23	168
Finanzanlagen	17	0	0	29	46
Summe Aktiva	4.269	27	400	595	5.291
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.357	320	0	7	1.684
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	409	2	1	24	436
Verbriefte Verbindlichkeiten	19	0	10	110	139
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	253	3	28	30	314
Summe Passiva	2.038	325	39	171	2.573

Den offenen Bilanzposten stehen entsprechende laufzeitkongruente Devisentermingeschäfte oder Währungswaps gegenüber.

**(70) Langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten
(mit einer Realisierung nach 12 Monaten)**

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Aktiva			
Forderungen an Kreditinstitute	3.213	3.240	-1
Forderungen an Kunden	18.282	15.499	18
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte			
Handelsaktiva	1.006	859	17
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	80	84	-5
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	462	266	74
Loans and Receivables (LaR) – Finanzanlagen	14	14	-
Available for Sale (AfS) – Finanzanlagen	4.611	4.621	0
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	84	77	9
Gesamt	27.752	24.660	13
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.289	7.818	6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.082	5.472	29
Verbriefte Verbindlichkeiten	6.536	7.105	-8
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen			
Handelspassiva	1.281	1.199	7
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	93	69	35
Nachrangkapital	1.137	1.050	8
Gesamt	24.418	22.713	8

(71) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Bei Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um bestehende Verpflichtungen, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle des Konzerns stehen, erst noch bestätigt wird. Weiterhin zählen gegenwärtige Verpflichtungen hierzu, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, jedoch nicht passiviert werden, weil ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtungen nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann.

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Eventualverbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	447	434	3
Andere Verpflichtungen			
Unwiderrufliche Kreditzusagen	2.643	2.821	-6
Finanzgarantien	607	741	-18
Gesamt	3.697	3.996	-7

Vom Gesamtbestand entfallen 4 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) auf assoziierte Unternehmen.

Für Geschäfte zwischen dem Bremer Landesbank Konzern und den nachfolgend aufgelisteten nahestehenden Unternehmen trägt die NORD/LB dafür Sorge, dass die Verpflichtungen erfüllt werden können:

- Deutsche Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft), Hannover
- Nieba GmbH, Hannover
- Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A., Luxemburg/Luxemburg
- NORD/LB Asset Management Holding GmbH, Hannover
- NORD/LB COVERED FINANCE BANK S.A., Luxemburg/Luxemburg
- Skandifinanz AG, Zürich/Schweiz

(72) Leasing

Der Konzern Bremer Landesbank ist Leasinggeber in Zusammenhang mit Finanzierungs-Leasingverhältnissen.

Diese Leasingverträge umfassen zum Stichtag vermietete Mobilien (z.B. Kraftfahrzeuge, Maschinen und EDV-Anlagen).

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Ausstehende Leasingzahlungen	20	26	-23
+ garantierte Restwerte	5	6	-17
= Mindestleasingzahlungen	25	32	-22
+ nicht garantierte Restwerte	-	-	0
= Bruttoinvestition	25	32	-22
- nicht realisierter Finanzertrag	3	3	0
= Nettoinvestition	22	29	-24
- Barwert der nicht garantierten Restwerte	-	-	0
= Barwert der Mindestleasingzahlungen	22	29	-24

Die Mindestleasingzahlungen umfassen die vom Leasingnehmer insgesamt aus dem Leasingvertrag zu zahlenden Leasingraten zuzüglich des garantierten Restwertes.

Der nicht realisierte Finanzertrag entspricht der dem Leasingverhältnis impliziten Verzinsung zwischen Stichtag und Vertragsende.

Der überdurchschnittlich hohe Drittverwendungswert der finanzierten Investitionsgüter gestattet einen größeren Spielraum bei der Übernahme von Bonitäts- und Kreditrisiken. Dennoch wird die Begrenzung des Bonitäts- und Kreditrisikos bereits durch die Definition von Zielkunden, Investitionsgütern und Vertragskonstellationen erreicht. Ein wichtiger Baustein für die Kreditentscheidung bleibt gleichwohl das Votum des Firmenkundenbetreuers der Bremer Landesbank, der den Kunden langfristig betreut.

Aufgrund dieser Vorgehensweise kam es im Berichtszeitraum nur zu unwesentlichen geringen Ausfällen, sodass keine kumulierten Wertberichtigungen für uneinbringliche ausstehende Mindestleasingzahlungen gebildet wurden.

Die Bruttoinvestitionen und Barwerte der Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Finanzierungs-Leasingverhältnissen gliedern sich folgendermaßen:

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Bruttoinvestitionen			
Bis zu 1 Jahr	8	9	-11
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	15	19	-21
Länger als 5 Jahre	2	4	-50
Gesamt	25	32	-22
Barwert der Mindestleasingzahlungen			
Bis zu 1 Jahr	7	8	-13
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	13	18	-28
Länger als 5 Jahre	2	3	-33
Gesamt	22	29	-24

Verträge des Konzerns Bremer Landesbank als Operating-Leasingnehmer haben eine sehr geringe Bedeutung.

(73) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind folgende wesentliche Beträge zu nennen:

- Die Bremer Landesbank haftet gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern der DekaBank Deutsche Girozentrale für diese als Gewährträger.
- Eine Einschussverpflichtung besteht gegenüber der M CAP Finance Deutsche Mezzanine Fonds Zweite GmbH & Co. KG, Leipzig, in Höhe von 4 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €).
- Eine weitere Nachschussverpflichtung sowie zusätzliche Mithaftung für andere Gesellschafter besteht gegenüber der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt a.M., in Höhe von 3 Mio. €.
- Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen neu bemessen. Daraus resultieren Nachschusspflichten in Höhe von 54 Mio. €. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.
- Im Zusammenhang mit der Einziehung der Geschäftsanteile an der FinanzIT GmbH haben sich die ausscheidenden Gesellschafter NORD/LB, Bremer Landesbank und Landesbank Saar verpflichtet, gemeinsam mit den verbleibenden Gesellschaftern der FinanzIT für Risiken der Gesellschaft aus der Zeit bis zu ihrem Ausscheiden aufzukommen, sofern diese tatsächlich eingetreten und nicht durch bereits gebildete Rückstellungen abgedeckt sind.
- Als Sicherheit für Geschäfte an Terminbörsen wurden Wertpapiere in Höhe von 20 Mio. € (Vorjahr: 26 Mio. €) hinterlegt.

(74) Nachrangige Vermögenswerte

Als nachrangig sind Vermögenswerte anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen. In den Bilanzaktiva sind folgende nachrangige Vermögenswerte enthalten:

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Forderungen an Kreditinstitute	27	21	29
Finanzanlagen	14	14	0
Summe	41	35	17

(75) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich folgendermaßen:

	31.12.2011 (in Mio. €)	31.12.2010 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Forderungen an Kunden	36	40	-10
Finanzanlagen	46	47	-2
Sonstiges Treuhandvermögen	5	9	-44
Treuhandvermögen	87	96	-9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	36	40	-10
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	0
Sonstige Treuhandverbindlichkeiten	51	56	-9
Treuhandverbindlichkeiten	87	96	-9

(76) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorstand und Aufsichtsrat der Bremer Landesbank werden der Trägerversammlung der Bremer Landesbank vorschlagen, eine Dividende in Höhe von 28 Mio. € (Vorjahr: 28 Mio. €) zu zahlen.

Für die im Exposure gegenüber Griechenland enthaltenen Kreditderivate auf den griechischen Staat muss die Bremer Landesbank aufgrund der aktuellen Sachlage nunmehr davon ausgehen, aus der Sicherungsgeberposition in Anspruch genommen zu werden. Die auf das Jahr 2012 entfallende wahrscheinliche Belastung des Handelsergebnisses durch die Fair-Value-Bewertung des Volumens an CDS auf Griechenland in Höhe von umgerechnet 58,6 Mio. € könnte bis zu rd. 14 Mio. € betragen.

Bestandsgefährdende Risiken liegen unverändert nicht vor.

Unternehmen und Personen mit Konzernverbindung

(77) Anzahl der Arbeitnehmer

Durchschnittlicher Personalbestand im Konzern während des Berichtszeitraums:

	2011			2010		
	Männlich	Weiblich	Gesamt	Männlich	Weiblich	Gesamt
Bremer Landesbank Anstalt des öffentlichen Rechts ¹⁾	514	525	1.039	500	509	1.009
Sonstige	32	21	53	34	18	52
Konzern²⁾	546	546	1.092	534	527	1.061

¹⁾ Bei dem männlichen Personalbestand sind die Vorstände enthalten.

²⁾ Für das Geschäftsjahr 2010 betrug der Personalbestand aus den nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen 271 (Geschäftsjahr 2009: 189).

Darstellung des Personalbestands nach Verantwortungsstufen:

	2011	2010
Vorstand	3	3
Führungskräfte	111	103
Sonstige	978	955
Gesamt	1.092	1.061

(78) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Als nahestehende juristische Personen wurden alle konsolidierten und nicht konsolidierten Tochterunternehmen, assoziierte Unternehmen und Joint Ventures qualifiziert. Dabei schließen assoziierte Unternehmen auch Tochtergesellschaften der assoziierten Unternehmen ein wie auch Joint Ventures Tochtergesellschaften der Joint Ventures einschließen. Darüber hinaus sind die Träger der NORD/LB und die Unterstützungseinrichtungen sowie die Unternehmen gemäß IAS 24.9(b) (iv) und (vi) Related Parties des Bremer Landesbank Konzerns.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen. Der Umfang der Transaktionen kann den folgenden Aufstellungen entnommen werden.

Geschäftsvorfälle mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Folgende Geschäfte wurden von der Bremer Landesbank mit nahestehenden Unternehmen und Personen getätigt:

31.12.2011 (in Mio. €)	Anteils- eigner	Tochter- gesell- schaften	Assoziierte Unter- nehmen	Sonstige Related Parties
Ausstehende Forderungen				
an Kreditinstitute	589	–	20	–
an Kunden	–	–	142	137
Sonstige offene Aktiva	–	–	–	–
Summe Aktiva	589	–	162	137
Ausstehende Verbindlichkeiten				
gegenüber Kreditinstituten	319	–	83	52
gegenüber Kunden	–	2	39	5
Sonstige offene Passiva	–	–	–	–
Summe Passiva	319	2	122	57
Erhaltene Garantien/Bürgschaften	2	0	5	–
Gewährte Garantien/Bürgschaften	3	–	4	1

1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	Anteils- eigner	Tochter- gesell- schaften	Assoziierte Unter- nehmen	Sonstige Related Parties
Zinsaufwendungen	8	0	5	1
Zinserträge	11	–	7	6
Provisionsaufwendungen	–	–	–	1
Provisionserträge	0	–	0	0
Übrige Aufwendungen und Erträge	–	–	–	–
Summe Ergebnisbeiträge	3	0	2	4

Zum Bilanzstichtag und im Vorjahr bestanden keine Wertberichtigungen für Forderungen an assoziierte Unternehmen.

31.12.2010 (in Mio. €)	Anteils- eigner	Tochter- gesell- schaften	Assoziierte Unter- nehmen	Sonstige Related Parties
Ausstehende Forderungen				
an Kreditinstitute	439	–	23	–
an Kunden	–	–	154	–209
Sonstige offene Aktiva	–	–	–	–
Summe Aktiva	439	–	177	209
Ausstehende Verbindlichkeiten				
gegenüber Kreditinstituten	357	–	72	55
gegenüber Kunden	–	2	43	22
Sonstige offene Passiva	–	–	–	–
Summe Passiva	357	2	115	77
Erhaltene Garantien/Bürgschaften	3	0	5	–
Gewährte Garantien/Bürgschaften	3	–	6	–

1.1.–31.12.2010 (in Mio. €)	Anteils- eigner	Tochter- gesell- schaften	Assoziierte Unter- nehmen	Sonstige Related Parties
Zinsaufwendungen	6	0	5	2
Zinserträge	6	0	7	5
Provisionsaufwendungen	–	–	–	–
Provisionserträge	0	–	0	0
Übrige Aufwendungen und Erträge	–	–	–	–
Summe Ergebnisbeiträge	0	0	2	3

Aufgrund des Amendment zu IAS 24 (rev. 2009) wurden die Vorjahresangaben entsprechend angepasst.

Geschäfte mit verbundenen Unternehmen

Tages- und Termingelder – Forderungen

Im Rahmen des jeweiligen Belegungskontingents wurden nachstehende Tagesgelder und Termingelder herausgelegt:

	Anzahl der Geschäfte	Währung	Volumen (in Mio.)
Tagesgelder			
Norddeutsche Landesbank	40	USD	719
	5	EUR	285
Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A.	1	USD	25
	1	CHF	4
Termingelder			
Norddeutsche Landesbank	9	EUR	650
Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A.	1	EUR	75

Konsortialkredite

Norddeutsche Landesbank

Die NORD/LB beteiligte sich in 82 Fällen mit anderen Konsorten an von uns gewährten langfristigen Darlehen und Schiffsdarlehen mit insgesamt 371 Mio. €.

An 5 Konsortialkrediten unter Führung der NORD/LB war die Bank mit 25 Mio. € beteiligt.

Wertpapierbestände

Norddeutsche Landesbank

Die NORD/LB kaufte von der Bremer Landesbank Effekten in Höhe von 298 Mio. € und verkaufte an die Bremer Landesbank Effekten in Höhe von 403 Mio. €.

Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH

Die Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank kaufte Effekten der Bremer Landesbank in Höhe von 2 Mio. € und fremder Emittenten mit einem Nennwert von 12 Mio. €. Sie löste Effekten fremder Emittenten mit einem Nennwert von 16 Mio. € ein.

Kontokorrent-Verbindlichkeiten

Ermittelt aus Quartalsendbeständen ergaben sich im Jahresdurchschnitt bei der Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kontokorrent-Verbindlichkeiten in Höhe von 1 Mio. €.

Verbindlichkeiten aus aufgenommenen Geldern, Krediten und Darlehen

Norddeutsche Landesbank

Es bestehen 9 Darlehenskonten über 41 Mio. €

Avale, Garantien

Norddeutsche Landesbank

Aus früheren Jahren bestehen Enthaltungen der NORD/LB für diverse Engagements in Höhe von 3 Mio. €

Die Bank hat Enthaltungen gegenüber der NORD/LB in Höhe von 53 Mio. € übernommen.

	Anzahl der Geschäfte	Währung	Volumen (in Mio.)
Tagesgelder			
Norddeutsche Landesbank	79	EUR	9.880
	84	USD	1.793
	1	JPY	12
	1	CHF	1
Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A.	16	EUR	1.205
	4	USD	185
Termingelder			
Norddeutsche Landesbank	9	EUR	818
Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A.	1	EUR	107
	1	USD	30
	1	CHF	16

Devisengeschäfte

	Anzahl der Geschäfte	Währung	Volumen (in Mio.)
Norddeutsche Landesbank	199	EUR	24.656
Devisen-Kassa-Ankauf	192	EUR	23.623
Devisen-Kassa-Verkauf	2	EUR	91
Devisen-Termin-Verkauf	10	EUR	1.198

Derivative Geschäfte

	Anzahl der Geschäfte	Währung	Volumen (in Mio.)
Norddeutsche Landesbank			
Aktiv-Swap	9	EUR	328
	27	USD	721
	2	JPY	22
	1	GBP	29
	5	CHF	36
Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A.	4	EUR	55

Sonstige Geschäfte

Norddeutsche Landesbank

Die Bremer Landesbank hat im Jahr 2011 Umlagezahlungen für NORD/IT-Entwicklungskosten in Höhe von 7 Mio. € geleistet.

Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH

Die Bremer Landesbank hat im Jahr 2011 dem Deckungskapital der Unterstützungseinrichtung 4 Mio. € zugeführt.

Beziehungen zu anderen nahestehende Personen

Die Bezüge für Personen in Schlüsselpositionen (für Vorstand und Aufsichtsrat der NORD/LB) betragen 58 T€ (Vorjahr: 53 T€).

Die gesamten Bezüge und Kredite des Vorstands und des Aufsichtsrates sind im Kapitel „Aufwendungen für Organe und Organkredite“ dargestellt. Die laufenden Bezüge für die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat betragen insgesamt 385 T€ (Vorjahr: 379 T€).

Alle Geschäfte wurden zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen.

(79) Verzeichnis der Mandate

Zum 31. Dezember 2011 wurden folgende Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB von Angehörigen des Konzerns Bremer Landesbank wahrgenommen. Dabei wurden Kreditinstitute großen Kapitalgesellschaften gleichgestellt.

Vorstandsmitglieder der Bremer Landesbank Gesellschaft/Firma	
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers	NORD Holding Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Hannover DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT – Aktiengesellschaft von 1877, Bremen GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main (bis 8.6.2011) EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Hannover
Heinrich Engelken	BREBAU GmbH, Bremen GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg
Dr. Guido Brune	BREBAU GmbH, Bremen DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
Mitarbeiter der Bremer Landesbank	
Mathias Barghoorn	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg
Harald Groppe	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg

(80) Aufwendungen für Organe und Organkredite

(in Mio. €)	2011	2010
Bezüge der aktiven Organmitglieder		
Kurzfristig fällige Leistungen	2	2
Langfristig fällige Leistungen	5	4
Bezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebenen		
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	2	2
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0	0

Der Gesamtbetrag der Organmitgliedern gewährten Vorschüsse, Kredite sowie Haftungsverhältnisse beläuft sich auf 2 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €).

(in Mio. €)	2011	2010
Gesamtbezüge der Organmitglieder		
Vorstand	2	2
Aufsichtsrat	0	0
Beirat	0	0
Gesamtbezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebenen		
Vorstand	2	2
Aufsichtsrat	0	0
Beirat	0	0

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Organmitgliedern und deren Hinterbliebenen wurden 22 Mio. € (Vorjahr: 24 Mio. €) zurückgestellt.

(81) Anteilsbesitzliste gemäß § 313 Abs. 2 und § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB

Übersicht der Unternehmen und Investmentfonds im Konsolidierungskreis:

Name und Sitz des Unternehmens	Anteile in % mittelbar	Anteile in % unmittelbar	Eigenkapital ¹⁾ (in T€)	Ergebnis (in T€)
In den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen				
Tochtergesellschaften				
BLB Immobilien GmbH, Bremen ²⁾	–	100,00	–	–
BLB Leasing GmbH, Oldenburg ²⁾	–	100,00	–	–
Bremische Grundstücks-GmbH, Bremen	–	100,00	–	–
NORDWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	–	–	–
NORDWEST VERMÖGEN Vermietungs-GmbH & Co. KG, Bremen	90,00	10,00	–	–
At Equity in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen				
Assoziierte Unternehmen				
Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede	32,26	–	–	–
BREBAU GmbH, Bremen	48,84	–	–	–
DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen	–	16,50	–	–
GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg	–	22,22	–	–
Investmentfonds				
Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds, Frankfurt am Main	–	49,18	–	–
Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen				
BGG Bremen GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	–	2.090 ⁴⁾	174 ⁴⁾
BGG Oldenburg GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	–	8.615 ⁴⁾	914 ⁴⁾
BLB I Beteiligungs-GmbH, Bremen	100,00	–	51 ⁴⁾	8 ⁴⁾
Bremer Spielcasino GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen	–	49,00	³⁾	³⁾
Bremer Toto und Lotto GmbH, Bremen	–	33,33	4.283	3
Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Präsident-Kennedy-Platz, Bremen	100,00	–	4.980 ⁴⁾	790 ⁴⁾
Bremische Grundstücks-GmbH & Co., Wohnanlagen Groß-Bonn, Bremen	100,00	–	150 ⁴⁾	52 ⁴⁾
BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT Aktiengesellschaft von 1877, Bremen	–	12,61	16.043	1.300
Deutsch-Indonesische Tabak-Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Bremen	–	24,53	435	2
GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen	7,75	–	307.848	30.610
Gewobau Gesellschaft für Wohnungsbau Vechta mbH, Vechta	–	20,46	9.602	561
Grundstücksgemeinschaft Escherweg 5 GbR, Bremen	50,00	–	–1.564 ⁴⁾	–382 ⁴⁾
Grundstücksgemeinschaft Escherweg 8 GbR, Bremen	50,00	–	–197 ⁴⁾	–287 ⁴⁾
Interessengemeinschaft KATHARINENKLOSTERHOF GbR, Bremen	30,70	–	706 ⁴⁾	–64 ⁴⁾
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	–	20,00	6.020	360
Schiffsbetriebs-Gesellschaft Bremen mbH, Bremen	–	100,00	1.082	12
Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen	–	100,00	35.513	2.796
WLO Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Oldenburg mbH, Wildeshausen	–	23,84	41	–
Wohnungsbau-Gesellschaft Wesermarsch mbH, Brake	–	21,71	18.266	225

¹⁾ Eigenkapitalbegriff entsprechend §§ 266 und 272 HGB. Ausstehende Einlagen bestehen nicht.

²⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

³⁾ Die Angaben unterbleiben nach § 313 Abs. 2 Nr. 4 Satz 3 HGB.

⁴⁾ Die Angaben beziehen sich auf den letzten vorgelegten, aber noch nicht festgestellten Jahresabschluss 2010.

Die Bremer Landesbank übt bei der DEUTSCHEN FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG einen maßgeblichen Einfluss gemäß IAS 28.37(d) aus, obwohl der Anteil der Stimmrechte für den Teilkonzern Bremer Landesbank weniger als 20% beträgt. Die Bremer Landesbank stellt bei dem vorgenannten Unternehmen ein oder mehrere Aufsichtsratsmitglieder und wahrt gemeinsam mit der NORD/LB ihre Interessen in den Aufsichtsgremien konzern-einheitlich.

(82) Honorar des Konzernabschlussprüfers

Im Berichtsjahr wurden folgende Honorare als Aufwand erfasst:

(in Mio. €)	2011	2010
Abschlussprüfung	1,1	1,0
Sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	0,5	0,4
Steuerberatungsleistungen	–	–
Sonstige Leistungen	0,0	–
Gesamt	1,6	1,4

Bremen, 28. März 2012

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –
Vorstand



Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune

8. Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt wird, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bremen, 28. März 2012

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –
Vorstand



Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune

9. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

„Wir haben den von der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Konzern Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Konzernanhang (Notes) einschließlich Konzern-Segmentberichterstattung – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.


Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Hamburg, 30. März 2012

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Frank Bühring
Wirtschaftsprüfer



Lutz Meyer
Wirtschaftsprüfer

10. Bericht des Aufsichtsrates

Der Vorstand der Bank unterrichtete den Aufsichtsrat und den von ihm eingesetzten Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss sowie den Prüfungs- und Förderausschuss regelmäßig über die geschäftliche Entwicklung und über die Lage der Bremer Landesbank AöR und des Bremer Landesbank Konzerns. In seinen Sitzungen ließ sich der Prüfungsausschuss zudem von der Revision und Compliance über deren Feststellungen berichten. In zwei Aufsichtsratsitzungen, fünf Sitzungen des Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschusses, drei Prüfungsausschuss- sowie drei Förderausschusssitzungen wurden Grundsatzfragen der Geschäftspolitik und des betrieblichen Bereiches eingehend erörtert. Die Gremien haben über die ihnen vorgelegten Geschäftsvorfälle und sonstigen Angelegenheiten, die nach der Satzung und den in deren Rahmen erlassenen Regelungen ihrer Entscheidung bedürfen, die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

Den Jahresabschluss und den Konzernabschluss der Bremer Landesbank für das Geschäftsjahr 2011 hat die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, geprüft. Sie entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Die Prüfungsgesellschaft hat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen. Ergänzend nahm der Wirtschaftsprüfer an der Jahresabschlussitzung des Aufsichtsrates am 20. April 2012 teil und berichtete über die Ergebnisse der Prüfungen.

Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers zugestimmt und nach dem Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen erhoben. In seiner Sitzung am 20. April 2012 billigte der Aufsichtsrat den Konzernlagebericht und den Konzernjahresabschluss zum 31. Dezember 2011, der damit festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat schließt sich dem Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Jahresüberschusses der Bremer Landesbank AöR an. Er schlägt der Trägerversammlung vor, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand der Bank für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit und spricht ihm sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen Dank und seine Anerkennung für die im Jahr 2011 geleistete Arbeit aus.

Bremen, 20. April 2012

Die Vorsitzende des Aufsichtsrates



Bürgermeisterin Karoline Linnert

11. Bericht der Trägerversammlung

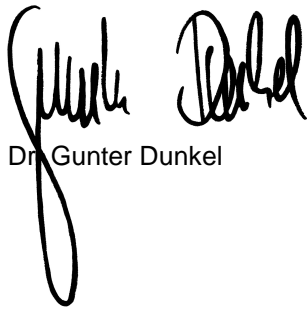
Die Trägerversammlung trat im Berichtsjahr zweimal zusammen, um die ihr durch Gesetz und Satzung auferlegten Aufgaben wahrzunehmen.

Sie beschloss am 20. April 2012 die vom Aufsichtsrat vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses 2011. Außerdem erteilte sie dem Vorstand der Bank Entlastung. Darüber hinaus haben die Träger dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Die Trägerversammlung dankt dem Aufsichtsrat, dem Vorstand und den Mitarbeitern der Bank für die im Jahr 2011 geleistete Arbeit.

Bremen, 20. April 2012

Trägerversammlung

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gunter Dunkel', with a large, stylized flourish extending downwards from the end of the signature.

Dr. Gunter Dunkel

12. Berichterstattung zur Corporate Governance

Erläuterung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Der Deutsche Corporate Governance Kodex wurde 2002 durch eine von der Bundesministerin für Justiz eingesetzte Regierungskommission verabschiedet. Die derzeit gültige Fassung datiert vom 26. Mai 2010. Der Kodex verfolgt das Ziel, die in Deutschland geltenden Regeln für die Unternehmensleitung und deren Kontrolle transparent zu machen. Er enthält national und international anerkannte Standards guter und vertrauensvoller Unternehmensführung, insbesondere hinsichtlich der Leitung und Organisation eines Unternehmens, zu Kontrollmechanismen sowie zur Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat.

Der Corporate Governance Kodex ist auf börsennotierte Unternehmen ausgerichtet und somit für Kreditinstitute in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts rechtlich nicht verpflichtend. Der Bremer Landesbank und ihrem Vorstand ist es jedoch ein wichtiges Anliegen, sich als verlässlicher Partner zu positionieren und das Vertrauen der Anleger, der Kunden, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit durch Transparenz zu fördern. Aus diesem Grund hat sich die Bank dazu entschieden, sich im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung an den Grundsätzen des Kodex zu orientieren, soweit dies im Rahmen der gegebenen Rechtsform und der Trägerstruktur möglich und angemessen ist, und ihr Corporate-Governance-System offenzulegen.

Allgemeines

Die Bremer Landesbank ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt. Die Bremer Landesbank hat ihren Sitz in Bremen. Sie unterhält Niederlassungen in Bremen und Oldenburg.

Die Organe der Bank sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Trägerversammlung. Während der Vorstand die Geschäfte der Bank führt, ist es Aufgabe des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse (Allgemeiner Arbeits- und Kreditausschuss, Prüfungsausschuss und Förderausschuss), den Vorstand zu bestellen, zu beraten und zu überwachen. Der Trägerversammlung obliegen insbesondere Entscheidungen von Grundsatzfragen.

Vorstand

Der Vorstand führt die Geschäfte der Bank unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzung der Bank und der vom Aufsichtsrat und der Trägerversammlung beschlossenen Richtlinien und Grundsätze für die Geschäfte der Bank sowie seiner Geschäftsordnung in eigener Verantwortung. Er ist dabei an das Interesse der Bank gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet.

Der Vorstand hat insbesondere dafür Sorge zu tragen, wirksame Risikomanagementsysteme einzurichten, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Bank gefährden könnten, früh zu erkennen. Das Risikomanagement muss dabei den jeweiligen aufsichtsrechtlichen Anforderungen des KWG sowie der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht entsprechen. Ferner muss

das Risikomanagement der Bank in das von der Trägerin Norddeutsche Landesbank Girozentrale als übergeordnetem Kreditinstitut einzurichtende jeweilige gruppenübergreifende Risikomanagement- und Kreditrisikoüberwachungssystem überleitbar sein.

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, falls dieser bestellt ist, und weiteren ordentlichen oder stellvertretenden Mitgliedern. Der Vorstandsvorsitzende regelt die Geschäftsverteilung im Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern des Vorstandes. Der Aufsichtsrat ist über die Geschäftsverteilung zu unterrichten. Jedem Vorstandsmitglied ist mindestens ein abgegrenzter Geschäftsbereich zuzuweisen, in dem es über Angelegenheiten des laufenden Geschäfts innerhalb der festgelegten Kompetenzen selbstständig entscheidet und einzelne seiner Entscheidungsbefugnisse auf Angestellte delegieren kann. Zugleich ist ein Vorstandsmitglied als Vertreter zu bestellen. Der Vorstand kann für bestimmte Geschäfte seine Entscheidungsbefugnisse auf ein Vorstandsmitglied übertragen oder für diesen Fall die Beteiligung eines weiteren Vorstandsmitgliedes, in der Regel des Vertreters, vorsehen.

Der Vorstand tritt regelmäßig einmal wöchentlich zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Der Vorstandsvorsitzende kann Sondersitzungen anberaumen; er ist dazu verpflichtet, wenn ein Vorstandsmitglied dies unter Angabe der Gründe verlangt. Die Sitzungen werden protokolliert, soweit der Vorstand dies im Interesse einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung für erforderlich hält.

Der Vorstand erörtert die strategische Ausrichtung der Bank mit dem Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen und berichtet ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Er berichtet zudem auf der Grundlage im Einzelnen festgelegter Informations- und Berichtspflichten regelmäßig über wesentliche Angelegenheiten der Bank, insbesondere über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, die Rentabilität der Bank und insbesondere des Eigenkapitals, den Geschäftsgang, die Lage der Bank, über Geschäfte, die für die Rentabilität und die Liquidität der Bank sowie ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von erheblicher Bedeutung sein können, sowie über die Risikosituation der Bank und ihre Vergütungssysteme. Darüber hinaus berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat – insbesondere unter Risikogesichtspunkten – unverzüglich aus wichtigem Anlass, wenn dies für die Lage der Bank von besonderer Bedeutung ist, und bindet ihn bei grundlegenden Entscheidungen entsprechend ein.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss des Aufsichtsrates festgelegt. Die Bezüge umfassen feste und variable Bestandteile und werden regelmäßig überprüft.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu beraten und dessen Geschäftsführung zu überwachen. Er beschließt über die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes, die allgemeinen Richtlinien für die Geschäfte der Bank, den Vorschlag zur Unternehmensplanung an die Trägerversammlung, die Geschäftsordnung für den Vorstand, die Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Angestellten, die Bestimmung und Beauftragung des Abschlussprüfers, die Feststellung des Jahresabschlusses, den Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen im Sinne des § 271 HGB sowie die Errichtung und Auflösung von Niederlassungen und Filialen. Der Aufsichtsrat kann beschließen, dass weitere Geschäfte und Maßnahmen, die für die Bank von besonderer Bedeutung sind, seiner Zustimmung bedürfen.

Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern, von denen zwölf Vertreter der Träger und sechs Vertreter der Arbeitnehmer sind, die nach den Vorschriften des Bremischen Personalvertretungsgesetzes von der Belegschaft der Bank unmittelbar gewählt werden. Die Amtszeit beträgt vier Jahre. Den Vorsitz des Aufsichtsrates führt der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen. Den stellvertretenden Vorsitz führen jeweils im Wechsel von zwei Jahren der Niedersächsische Finanzminister und der Verbandsvorsteher des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Zur Unterstützung des Aufsichtsrates wurden der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss, der Prüfungsausschuss und der Förderausschuss gebildet.

Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss besteht aus acht Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Vorstandes der Norddeutschen Landesbank Girozentrale. Dem Ausschuss gehören ferner drei Mitglieder für die Norddeutsche Landesbank Girozentrale, der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen und drei Arbeitnehmervertreter an. Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss hat in regelmäßig stattfindenden Sitzungen insbesondere den Vorstand in der laufenden Geschäftsführung nach den Weisungen des Aufsichtsrates zu überwachen und die Sitzungen des Aufsichtsrates vorzubereiten. Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss ist auch zuständig für die Festsetzung der Anstellungsbedingungen für den Vorstand.

Der Prüfungsausschuss besteht aus drei bis fünf Mitgliedern, und zwar mindestens aus je einem Vertreter der Träger sowie einem dem Aufsichtsrat angehörenden Beschäftigten der Bank, der auf Vorschlag der Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat von diesem gewählt wird, und ggf. bis zu zwei weiteren vom Aufsichtsrat zu wählenden Mitgliedern. Mindestens ein Mitglied des Prüfungsausschusses muss unabhängig sein und über Sachverstand auf den Gebieten der Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Der Prüfungsausschuss berichtet dem Aufsichtsrat auf der Grundlage der Berichte der Abschlussprüfer über das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses. Dem Prüfungsausschuss obliegen außerdem die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses und der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems, des Internen Revisionssystems und des Risikomanagementsystems, die Überwachung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses, die Überprüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der von diesem für die Bank erbrachten zusätzlichen Leistungen.

Dem Förderausschuss gehören der Vorsitzende des Aufsichtsrates, ein vom Aufsichtsrat aus seiner Mitte zu wählendes Mitglied aus dem Geschäftsgebiet der Bank sowie ein vom Vorsitzenden des Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschusses zu benennendes Mitglied an. Er berät den Vorstand in dem diesem von der Trägerversammlung zugewiesenen Rahmen über die Fördertätigkeit der Bank durch Spenden und Sponsoring.

Trägerversammlung

Träger der Bremer Landesbank sind zu 92,5% die NORD/LB Norddeutsche Landesbank Girozentrale und zu 7,5% das Land Bremen. Jeder Träger kann bis zu drei Vertreter in die Trägerversammlung entsenden. Das Stimmrecht richtet sich nach den Kapitalanteilen der Träger. Die Vertreter jedes Trägers können ihre Stimme nur einheitlich abgeben.

Die Trägerversammlung entscheidet über die allgemeinen Grundsätze der Geschäftspolitik, die Änderung der Satzung, die Festsetzung und Änderung des Stammkapitals, die Änderung des

Beteiligungsverhältnisses, die Aufnahme sowie die Festsetzung der Höhe und der Bedingungen sonstigen haftenden Eigenkapitals, den Abschluss, die Änderung und die Aufhebung von Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträgen, die Entlastung des Vorstandes, die Zustimmung zur Errichtung von Niederlassungen und Filialen, die Unternehmensplanung für das jeweils folgende Geschäftsjahr und die Mehrjahresplanung, die Festsetzung der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates, der Ausschüsse und Beiräte sowie über alle sonstigen Angelegenheiten, die ihr in der Satzung zugewiesen sind.

Interessenkonflikte

Die Vorstandsmitglieder unterliegen während ihrer Tätigkeit für die Bank einem umfassenden Wettbewerbsverbot.

Es ist die Aufgabe der Aufsichtsratsmitglieder, den Vorstand zu beraten und zu überwachen. Die Aufsichtsratsmitglieder sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

Organmitglieder und Mitarbeiter dürfen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten Zuwendungen oder sonstige Vorteile fordern oder annehmen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewähren. Ferner darf kein Organmitglied bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen und Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Mögliche Interessenkonflikte sind dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offenzulegen.

Alle Geschäfte zwischen dem Unternehmen einerseits und dem Vorstand und dem Aufsichtsrat sowie dessen Ausschüssen sowie ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmungen andererseits haben branchenüblichen Standards zu entsprechen.

Die Übernahme von Nebentätigkeiten durch Vorstandsmitglieder, insbesondere der Eintritt in Organe oder Beiräte anderer Unternehmen, bedarf der Einwilligung des Gesamtvorstandes. Dieser unterrichtet den Aufsichtsrat regelmäßig über die Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder.

Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge eines Aufsichtsratsmitglieds mit der Bank bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die Vorstandsmitglieder haben bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden. Verletzen die Vorstandsmitglieder ihre Pflichten, sind sie der Bank zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Für die Sorgfaltspflicht und die Verantwortlichkeit der Mitglieder des Aufsichtsrats gilt dies entsprechend.

13. Daten und Fakten

Gründung

26. April 1983

Vorgängerinstitute:

Staatliche Kreditanstalt

Oldenburg-Bremen (gegründet 1883)

Bremer Landesbank (gegründet 1933)

Rechtsgrundlage

Staatsvertrag zwischen der Freien
Hansestadt Bremen und Niedersachsen
in der Fassung vom 17. Mai 2002

Satzung vom 1. Mai 1983

(letztmalig geändert am 26. November
2008, mit Wirkung zum 1. Januar 2009)

Aufgaben

Geschäftsbank

Landesbank

Sparkassenzentralbank

Rechtsform

Rechtsfähige Anstalt des
öffentlichen Rechts

Träger

NORD/LB Norddeutsche Landesbank

Girozentrale (NORD/LB) zu 92,5%

Freie Hansestadt Bremen zu 7,5%

Organe

Vorstand

Aufsichtsrat

Trägerversammlung

Rechtssitz

Bremen

Niederlassungen

Bremen

Oldenburg

Mitgliedschaften

Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e.V.

Bundesverband öffentlicher
Banken e.V.

Hanseatischer Sparkassen- und Girover-
band

Für Kunden der Bremer Landesbank und
der mit ihr verbundenen Sparkassen eben-
falls nutzbar:

NORD/LB

Tochtergesellschaften, Beteiligungen,
Niederlassungen und Repräsentanzen:

NORD/LB Project Holding Ltd.,

London/Großbritannien

Norddeutsche Landesbank Girozentrale –
London Branch, London/Großbritannien

NORD/LB Norddeutsche Landesbank

Luxembourg S.A., Luxembourg/
Luxemburg

NORD/LB COVERED FINANCE BANK,
Luxemburg/Luxemburg

NORD/LB Moskau, Moskau/Russland

NORD/LB Norddeutsche Landesbank –

Representative Office, Mumbai/Indien

Norddeutsche Landesbank Girozentrale –
New York Branch, New York/USA

NORD/LB Paris, Paris/Frankreich

NORD/LB Beijing, Beijing/VR China

Norddeutsche Landesbank Girozentrale –
Shanghai Branch, Shanghai/VR China

Norddeutsche Landesbank Girozentrale –
Singapore Branch, Singapore/Singapur

14. Organe der Bremer Landesbank

1. Mitglieder des Vorstandes

Vorstand	Geschäftsverteilung im Vorstand	
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers (Vorsitzender)	Unternehmensbereich Banksteuerung	Gesamtbanksteuerung Kommunikation und Marketing Personalmanagement Revision Stabsbereich Vorstand
Heinrich Engelken (Stellv. Vorsitzender)	Unternehmensbereich Risikosteuerung	Compliance Geldwäscheprävention Marktfolge Finanzierungen Organisation/Informatik Risikocontrolling Unternehmensservice
Dr. Guido Brune	Unternehmensbereich Vertrieb	Geschäftsfeld Financial Markets Geschäftsfeld Firmenkunden Geschäftsfeld Privatkunden Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen BLB Immobilien GmbH BLB Leasing GmbH
Generalbevollmächtigter		
Mathias Barghoorn		

2. Mitglieder des Aufsichtsrats

Karoline Linnert

(Vorsitzende)
Bürgermeisterin
Senatorin für Finanzen der Freien
Hansestadt Bremen

Hartmut Möllring

(Stellvertretender Vorsitzender)
Niedersächsischer Minister der Finanzen

Hermann Bröring

Meppen

Dr. Claas Brons

Geschäftsführer der Firma Y. & B. Brons,
Emden

Dr. Wolfgang Däubler, Prof. i.R.

Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht,
Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht
Universität Bremen

Annette Düring (bis 30.6.2011)

Vorsitzende DGB Region
Bremen/Elbe-Weser

Dr. Gunter Dunkel

Vorsitzender des Vorstandes der
NORD/LB Norddeutsche Landesbank
Girozentrale

Heinz Feldmann

Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse LeerWittmund

Lars-Peer Finke (bis 30.6.2011)

Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Martin Grapentin

Vorsitzender des Vorstandes der
Landessparkasse zu Oldenburg

Elke Heinig

Bankkauffrau
Bremer Landesbank

Cora Hermenau

Staatssekretärin des Nieder-
sächsischen Finanzministeriums

Andreas Klarmann

Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen

Dr. Johannes-Jörg Riegler

Mitglied des Vorstandes der NORD/LB
Norddeutsche Landesbank Girozentrale

Jürgen Scheller (bis 30.6.2011)

Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Lutz Stratmann

Rechtsanwalt
Oldenburg

Jörg Walde (ab 1.7.2011)

Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Doris Wesjohann

Vorstandsmitglied der
Lohmann & Co. AG,
Visbek

Eike Westermann (ab 1.7.2011)

Volljurist
Bremer Landesbank

Markus Westermann (ab 1.7.2011)

Gewerkschaftssekretär
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

3. Mitglieder der Trägerversammlung

Für die Norddeutsche Landesbank Girozentrale

Dr. Gunter Dunkel

Vorsitzender des Vorstandes
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen,
Hannover

Hartmut Möllring

Niedersächsischer Finanzminister

Für die Freie Hansestadt Bremen

Bürgermeisterin Karoline Linnert

Senatorin für Finanzen der
Freien Hansestadt Bremen

Dr. Anke Saebetzki

Senatsdirektorin bei der Senatorin für Finanzen
der Freien Hansestadt Bremen

Bernhard Günthert

Senatsrat bei der Senatorin für Finanzen
der Freien Hansestadt Bremen

4. Mitglieder des Beirates

Bürgermeisterin Karoline Linnert

(Vorsitzende)
Senatorin für Finanzen der Freien
Hansestadt Bremen

Thomas Mang

(Stellv. Vorsitzender)
Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen

Detthold Aden

Vorsitzender des Vorstandes der
BLG Logistics Group AG & Co. KG

Heiko Albers (ab 1.11.2011)

Präsident Wasserverbandstag e.V.

Sven Ambrosy

Landrat des Landkreises Friesland

Kai-Uwe Bielefeld

Landrat des Landkreises Cuxhaven

Bernhard Bramlage

Landrat des Landkreises Leer

Rolf Brandstrup

Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse Wilhelmshaven

Claus Brüggemann

Bremerhaven

Leenert Cornelius (bis 30.11.2011)

Ovelgönne

Günter Distelrath

Verbandsgeschäftsführer des
Sparkassenverbandes Niedersachsen

Hans Eveslage

Landrat des Landkreises Cloppenburg

Ralf Finke

Vorsitzender des Vorstandes der
Kreissparkasse Grafschaft Diepholz

Dr. Matthias Fonger

Hauptgeschäftsführer und
I. Syndicus der
Handelskammer Bremen

Günter Günnemann (ab 1.11.2011)

Vorsitzender des Vorstandes der Sparkas-
se Rotenburg-Bremervörde

Dr. Karl F. Harms (bis 31.3.2011)

Präsident der Oldenburgischen
Industrie- und Handelskammer

Martin Hockemeyer

Geschäftsführender Gesellschafter
der Thiele-Gruppe

Reinhard Krüger

Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse Rotenburg-Bremervörde

Bernd Meerpohl

Vorstand der Big Dutchman
Aktiengesellschaft, Vechta

Arendt Meyer zu Wehdel

Präsident der Landwirtschaftskammer
Niedersachsen

Dieter Mützelburg (bis 30.11.2011)

Staatsrat bei der Senatorin für Finanzen
Bremen

Dr. Götz Pätzold

Vorsitzender des Vorstandes
der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln

Angelika Saacke-Lumper

Gesellschafterin
Saacke GmbH

Thomas Schneider
Ministerialdirigent beim
Niedersächsischen Finanzministerium

Dietmar Schütz
Präsident des Bundesverbandes
Erneuerbare Energie e.V.

Prof. Dr. Gerd Schwandner
Oberbürgermeister der
Stadt Oldenburg

Dr. Carl-Ulfert Stegmann
Norden

Martin Steinbrecher
Geschäftsführer der
Martin Steinbrecher GmbH

Gerd Stötzel
Bassum

Dietmar Strehl
Staatsrat bei der Senatorin für Finanzen
Bremen

Gert Struke
Präsident der Oldenburgischen
Industrie- und Handelskammer

Michael Teiser
Bürgermeister und Stadtkämmerer
der Stadt Bremerhaven

Bernd Wagemann (bis 30.11.2011)
Vorsitzender des Vorstandes
der Kreissparkasse Syke

Manfred Wendt
Geschäftsführer Johann Bunte
Bauunternehmung GmbH & Co. KG

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

Bremen: Domshof 26, 28195 Bremen

Telefon 0049 421 332-0, Telefax 0049 421 332-2322

Oldenburg: Markt, 26122 Oldenburg

Telefon 0049 441 237-01, Telefax 0049 441 237-1333

www.bremerlandesbank.de

kontakt@bremerlandesbank.de